

HESSISCHER LANDTAG

29.03.2012

104. Sitzung

Wiesbaden, den 29. März 2012

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen Entgegengenommen Vizepräsident Frank Lortz	. 7115	Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend eine Aktuelle Stunde (Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst – auch Hessens Angestellte sind mehr wert) – Drucks. 18/5472 –	7134
55. Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine Aktuelle Stunde (Schwere Niederlage für die Hessische Landesregierung bei der Oberbürgermeisterwahl in Frankfurt – "Wortbruch" beim Flughafenausbau zahlt sich nicht aus) – Drucks. 18/5475 –	. 7115 . 7123 . 7116	Abgehalten Hermann Schaus Günter Rudolph Alexander Bauer Jürgen Frömmrich Dr. Frank Blechschmidt Minister Boris Rhein Vizepräsident Lothar Quanz Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine Ak-	7139 7134 7135 7136 7137 7138 7139
Janine Wissler Florian Rentsch Minister Jörg-Uwe Hahn Vizepräsident Frank Lortz	. 7119 . 7120 . 7121	tuelle Stunde (Einzigartiger Schutzschirm – "Blockadepolitik" der SPD schadet den Kommunen) – Drucks. 18/5477 –	7145
54. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN betreffend eine Aktuelle Stunde (Hahn blo- ckiert Islamunterricht und macht sich bundesweit "lächerlich") – Drucks. 18/5474 – Abgehalten Mürvet Öztürk	. 7123 . 7128 . 7123	Günter Schork Norbert Schmitt Willi van Ooyen Ellen Enslin Alexander Noll Minister Dr. Thomas Schäfer Vizepräsident Lothar Quanz	7141 7141 7142 7143 7144
Hans-Christian Mick Barbara Cárdenas Peter Beuth Gerhard Merz Minister Jörg-Uwe Hahn Vizepräsident Frank Lortz	. 7124 . 7125 . 7126 . 7127	Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Rüstungsexporte unterbinden – Konversion einleiten – Drucks. 18/5448 –	
53. Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine Aktuelle Stunde (Neuordnung des Länderfinanzausgleichs – Hessen für mehr Dynamik und Anreize zur Festigung der Solidarität)		Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN betreffend fragwürdige Exporter- folge der Rüstungsindustrie widersprechen frie- denspolitischen Zielen Deutschlands – Drucks. 18/5489 –	7145
- Drucks. 18/5473 - Abgehalten Florian Rentsch Marius Weiß Willi van Ooyen Gottfried Milde (Griesheim) Sigrid Erfurth Minister Dr. Thomas Schäfer Vizepräsident Frank Lortz	. 7134 . 7128 . 7129 . 7131 . 7131 . 7132 . 7134	Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen Willi van Ooyen	7156 7153 7149 7149 7150 7154

		Seite		Seite
31.	Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend den Wettbewerb stärken: faire und transparente Treibstoffpreise gewährleisten	23.	Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN betreffend statt Betreuungsgeld einführen – in frühkindliche Bildung investieren – Drucks. 18/5399 –	7178
	– Drucks. 18/5452 –	7156	Abgelehnt	
7	Angenommen	7167	Marcus Bocklet	7178 7186
67.	Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Ölkonzerne streichen 100 Millionen € pro Monat extra ein – Verkehrswende jetzt – Drucks. 18/5488 –		Gerhard Merz	7182 7183 7183 7184
	Abgelehnt	7156	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-	/100
	Uwe Frankenberger7159,Clemens ReifUlrich Caspar.7162,	7161 7161	NEN betreffend Rettung der kommunalen Kran- kenhäuser in Hessen – Drucks. 18/5449 –	7186
	Janine Wissler	7165	Von der Tagesordnung abgesetzt	7186
	Staatssekretär Steffen Saebisch Günter Rudolph Vizepräsident Frank Lortz	7167	Präsident Norbert Kartmann	7186
18	Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP be-	29.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend mehr Transparenz bei Lobbyismus – Anhörung als Beginn eines gemeinsamen Prozes-	
10.	treffend Hessischer NS-Härtefonds leistet wichti-		ses – Drucks. 18/5450 –	7186
	gen Beitrag zur Entschädigung von Opfern des Na-		Von der Tagesordnung abgesetzt	
	tionalsozialismus - Drucks. 18/5338	7167	Präsident Norbert Kartmann	
	Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen		Trasident (Voluett Kartmann)	/100
	Vizepräsident Frank Lortz		Beschlussempfehlung und Bericht des Unterausschusses Datenschutz zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Daten	
25.	Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN betreffend NS-Opfer nicht verges- sen – Hessischen NS-Härtefonds weiterführen		schutzniveau in Hessen erhalten – Drucks. 18/5403 zu Drucks. 18/5396 –	
	- Drucks. 18/5414	7167	Beschlussempfehlung angenommen	
	Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen		Präsident Norbert Kartmann	7186
	Vizepräsident Frank Lortz	7167	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbrau-	
19.	Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend eDit Filmmaker's Festival erhalten – Drucks. 18/5372 –		betreffend überzogene Kürzung der Einspeisevergütung für Fotovoltaik gefährdet dezentrale Energiewende und Tausende hessischer Arbeitsplätze	
	Von der Tagesordnung abgesetzt		– Drucks. 18/5439 zu Drucks. 18/5324 –	7186
	Vizepräsident Frank Lortz	7168	Beschlussempfehlung angenommen	7186
20.	Große Anfrage der Abg. Habermann, Gnadl, Hof-		Präsident Norbert Kartmann	7186
	meyer, Merz, Dr. Reuter (SPD) und Fraktion betreffend Ganztagsschulentwicklung in Hessen – Drucks. 18/5355 zu Drucks. 18/4472 –	7168	Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend erneuten Vertragsschluss über die Erbringung von Teilbetriebsleistungen für die JVA Hünfeld	71.05
	Antwort besprochen		- Drucks. 18/5480	
	Heike Habermann		Dem Unterausschuss Justizvollzug überwiesen Marius Weiß	
	Barbara Cárdenas		Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit	
	Mathias Wagner (Taunus)7173,	7175	Alfons Gerling	7188
	Günter Schork		Dr. Ulrich Wilken	
	Ministerin Dorothea Henzler Präsident Norbert Kartmann	7177	Jochen Paulus Präsident Norbert Kartmann	7190
		'		

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann

Vizepräsident Frank Lortz

Vizepräsident Lothar Quanz

Vizepräsidentin Ursula Hammann

Auf der Regierungsbank:

Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn

Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen

beim Bund Michael Boddenberg

Minister des Innern und für Sport Boris Rhein

Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer

Kultusministerin Dorothea Henzler

Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann

Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Lucia Puttrich

Staatssekretär Michael Bußer

Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit

Staatssekretärin Nicola Beer

Staatssekretär Werner Koch

Staatssekretär Horst Westerfeld

Staatssekretärin Prof. Dr. Luise Hölscher

Staatssekretär Dr. Herbert Hirschler

Staatssekretär Ingmar Jung

Staatssekretär Steffen Saebisch

Staatssekretär Mark Weinmeister

Staatssekretärin Petra Müller-Klepper

Abwesende Abgeordnete:

Leif Blum

Volker Bouffier

Angela Dorn

Stefan Grüttner

Heinrich Heidel

Dieter Posch

Marjana Schott

Karlheinz Weimar

Axel Wintermeyer

(Beginn: 9:03 Uhr)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Plenarsitzung. Ich begrüße Sie alle sehr herzlich. Ich stelle die Beschlussfähigkeit unseres Hauses fest.

Ich teile Ihnen mit, dass wir noch offene Tagesordnungspunkte haben: 18 bis 20, 23, 25, 27 bis 29, 31, 32, 49, 52 bis 56, 62, 67 und 68.

Wir tagen heute bis zur Erledigung der Tagesordnung.

(Anhaltende Unruhe)

– Ihr Leut, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit, auch wenn die Bayern gewonnen haben.

(Allgemeiner Beifall)

Wir tagen also heute bis zur Erledigung der Tagesordnung bei einer Mittagspause von einer Stunde.

Wir beginnen mit den Anträgen für eine Aktuelle Stunde, Tagesordnungspunkte 52 bis 56. Das ist alles bekannt. Für jeden gibt es fünf Minuten je Fraktion. Die Reihenfolge lautet: 55, 54, 53, 52, 56. Dann geht es mit Punkt 27 weiter.

Es fehlen heute entschuldigt Herr Ministerpräsident Bouffier und Herr Staatsminister Wintermeyer. Beide sind in Berlin. Herr Staatsminister Grüttner fehlt heute wegen eines medizinischen Eingriffs. Das will ich hier ausdrücklich sagen. Er ist erkrankt. Herr Staatsminister Posch und Herr Staatsminister Hahn fehlen ab 10:30 Uhr und Frau Staatsministerin Puttrich ab 15 Uhr.

(Günter Rudolph (SPD): Ist dann noch jemand da?)

– Meine Damen und Herren, ich teile Ihnen das mit, wie es hier steht. Ich bitte darum, mich nicht zu beschimpfen, Herr Kollege Rudolph. Es ist meistens so, wie es hier steht. Deshalb teile ich das so mit.

Es fehlen weiterhin entschuldigt Frau Abg. Schott, Vizepräsident Heinrich Heidel und der Abg. Leif Blum. Alle sind erkrankt.

Wir haben heute ein Geburtstagskind unter uns. Der parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Mathias Wagner, begeht seinen 38. Geburtstag

(Allgemeiner Beifall)

Alles Gute, Glück auf und Gottes Segen. Es werden auch die Blumen überbracht. Das ist das Charmanteste, was wir vom Präsidium hier jetzt entgegenbringen können.

(Schriftführerin Abg. Astrid Wallmann überreicht einen Blumenstrauß. – Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, das war es schon an Vorbemerkungen.

Dann rufe ich **Tagesordnungspunkt 55** auf:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine Aktuelle Stunde (Schwere Niederlage für die Hessische Landesregierung bei der Oberbürgermeisterwahl in Frankfurt – "Wortbruch" beim Flughafenausbau zahlt sich nicht aus) – Drucks. 18/5475 –

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Es beginnt der Kollege Günter Rudolph für die SPD-Fraktion.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Das wird ja sachlich!)

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! – Herr Kollege Müller, ich freue mich, dass Sie sich freuen, dass ich hierzu rede.

(Zuruf von der CDU: Das haben wir nicht so gesagt!)

– Das habe ich aber so interpretiert, Herr Irmer.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will es nicht verhehlen, und ich will es gleich zu Beginn sagen: Der 25. März war nicht nur ein sehr schöner Frühlingstag, sondern er war auch politisch ein guter Tag für die Sozialdemokratische Partei. Ich sage das sehr deutlich. Wir hatten es gehofft, wir hatten es gewünscht, und wir hatten es nicht erwartet. Trotzdem freuen wir uns über einen verdienten Wahlsieg für Peter Feldmann bei der Oberbürgermeisterwahl in Frankfurt.

(Beifall bei der SPD)

Und wir freuen uns über einen klaren Vertrauensbeweis der Menschen in Frankfurt.

(Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

 Ja, und in Emstal, und vielleicht gibt es noch ein paar Orte, die etwas weniger Einwohner als Frankfurt haben. Das mag so sein.

Der Versuch, beim Thema Flughafen Frankfurt mal eben die Position zu wechseln, weil Wahlen anstehen, ist gründlich misslungen. Die Wählerinnen und Wähler sind eben schlauer, als manche Parteistrategen insbesondere bei der CDU glauben. Wer als Mitglied der Landesregierung Revision gegen das Nachtflugverbot vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig einlegt – nach eigener Aussage nicht etwa, um Nachtflüge durchzusetzen, sondern um Rechtssicherheit zu schaffen –, muss sich eben nicht wundern, dass viele Menschen das nicht verstehen. Wer gegen das Nachtflugverbot klagt, kann politisch nicht das Gegenteil behaupten.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Anders ausgedrückt: Wer als Mitglied der Landesregierung die Ergebnisse der Mediation eben nicht umsetzt, für die wir hier gemeinsam im Landtag eingetreten sind – von fünf Fraktionen waren es vier –, darf sich nicht wundern, wenn nicht nur die eigene Glaubwürdigkeit darunter leidet, sondern die Glaubwürdigkeit von Politik generell. Das ist auch das Ergebnis in Frankfurt. Ich empfehle, sich nicht nur die Ergebnisse südlich des Mains anzuschauen, sondern das gesamte Wahlergebnis. Das war eine Klatsche für diese Landesregierung bei dieser Positionierung.

(Beifall bei der SPD)

Frankfurt ist eine Stadt im permanenten Wandel, aber auch eine Stadt des Widerspruchs. Auf der einen Seite ist es die Finanz- und Dienstleistungsmetropole, die prosperiert, auf der anderen Seite ist es eine Stadt, in der die sozialen Gegensätze immer deutlicher zutage treten. Peter Feldmann hat dies angesprochen und auch die Wählerinnen und Wähler erreicht. Ja, es gibt Kinderarmut in Frankfurt – zu viel. Es gibt zu wenig bezahlbaren Wohnraum in Frankfurt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das könnte etwas mit Hartz IV zu tun haben!)

Dagegen müssen wir etwas tun. Deswegen ist die Ankündigung der Landesregierung, die Landesanteile der Nassauischen Heimstätte zu verkaufen, falsch. Wir wollen, dass Wohnraum bezahlbar bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen Hände weg vom Verkauf der Nassauischen Heimstätte – nicht nur in Frankfurt, sondern in ganz Hessen. Die 160.000 Mieter haben ein Recht darauf, dass sie in Wohnungen leben können, die sie auch bezahlen können. Das ist auch eine soziale Verpflichtung der Landespolitik, zu der wir Sozialdemokraten ausdrücklich stehen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist die Oberbürgermeisterwahl nicht nur ein persönlicher Erfolg von Peter Feldmann, sondern auch eine schwere Niederlage für die Landesregierung. Bis heute können Sie nicht glaubhaft nachweisen, warum Sie die Ergebnisse der Mediation nicht umsetzen. Es gibt noch keine Hinweise darauf, warum 17 Nachtflüge im Planfeststellungsbeschluss festgesetzt sind. Bis heute gibt es noch keine nachvollziehbaren Gründe, wie Sie auf die Zahl 17 gekommen sind, außer dass Sie wirtschaftlichen Interessen der Airlines nachgegeben haben. Das ist auch eine Folge des Ergebnisses in Frankfurt.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch ein Debakel für diese Landesregierung. Wir wollen heute Morgen keine Spaßbremse sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Auf der Seite haben das noch nicht alle gemerkt. Ich musste das einbauen.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist dieses Signal für Frankfurt, nämlich die Wahl von Feldmann, auch für die sozialdemokratische Fraktion ein gutes Signal auf Landesebene.

Wir wissen es nicht erst seit den letzten Umfragen. Umfragen sind noch keine Wahlergebnisse. Aber wir spüren: Die Regierung Bouffier/Hahn hat abgewirtschaftet, weil sie die soziale Balance in diesem Land nicht aufrechterhält.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Beuth, deswegen helfen auch keine Werbekampagnen mit blühenden Landschaften oder etwas Ähnliches. Das hat schon zuletzt bei Ihrem Idol Helmut Kohl nicht mehr funktioniert, und das wird auch in Hessen nicht funktionieren.

(Zurufe der Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU) und Marius Weiß (SPD) – Helmut Peuser (CDU): Hochmut kommt vor dem Fall!)

Was wir auch nicht brauchen: wenn sich Leute in Frankfurt einmischen, die mit Frankfurt gar nichts zu tun haben.

Vertreter der nach der Wahl im Saarland siebtstärksten Partei geben dann noch kameradschaftliche Hinweise.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube nicht, dass die Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN als Kameraden bezeichnet werden wollen, sondern das entscheiden die Fraktionen und Parteien vor Ort. Deswegen dazu kein Wort.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Nur so viel: Der 25. März war ein guter Tag. Es war ein ermutigendes Signal. Ich glaube ernsthaft, die Chance für einen Wechsel, auch hin zu Rot-Grün in Hessen, ist da. Wir Sozialdemokraten sind entschlossen, das ganz konsequent zu nutzen. Ich bin sehr sicher: Wir werden mit Thorsten Schäfer-Gümbel einen besseren Ministerpräsidenten bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Dr. Wagner.

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Frankfurter OB-Wahlkampf ist entschieden. Gewonnen hat Herr Feldmann. Wir gratulieren ihm.

(Beifall bei der CDU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage zugleich: Boris Rhein gebühren für seinen vorbildlichen Einsatz Dank und Respekt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es steht außer Frage: Boris Rhein ist ein sehr guter Innenminister und wäre ein sehr guter Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt geworden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Aber an der Niederlage gibt es nichts zu deuteln. Meine Damen und Herren, Niederlagen gehören zum politischen Geschäft, zur politischen Wirklichkeit, genauso wie Siege. Für uns gilt die bewährte Lebensregel: im Sieg nicht triumphieren und in der Niederlage nicht resignieren. – Sie triumphieren gerade. Dazu werde ich noch etwas sagen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Lachen bei der SPD und der LINKEN)

Herr Schäfer-Gümbel, Herr Rudolph, diese kluge Einsicht haben Sie mit Ihrem arroganten Titel in der Aktuellen Stunde nicht beachtet.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie wollen Ihre Aktuelle Stunde zu einer Triumphstunde missbrauchen.

(Zurufe von der SPD)

Ich sage nur: Hochmut kommt vor dem Fall.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie wollen mit Ihrer Aktuellen Stunde wiederholt die Öffentlichkeit irreführen. Sie wollen den Menschen wiederholt weismachen, dass die Frage des Nachtflugverbots ein bestimmendes Thema des OB-Wahlkampfs gewesen wäre. Meine Damen und Herren, das ist schlichtweg falsch.

(Norbert Schmitt (SPD): Das hat der Bouffier gesagt! – Weitere Zurufe von der SPD)

Seit dem 21. Oktober 2011, also seit fast einem halben Jahr, gibt es aufgrund einer Entscheidung des VGH überhaupt keine Nachtflüge mehr. Thema beim OB-Wahlkampf in Frankfurt war nicht der Nachtfluglärm, sondern der Tagesfluglärm. Darüber haben sich die Menschen aufgeregt. Das war Gegenstand der Auseinandersetzungen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Schäfer-Gümbel, Sie wollen sich unter einem durchsichtigen Vorwand aus Ihrer Verantwortung für die Erweiterung des Flughafens stehlen. Das ist unredlich. Ich fordere Sie auf:

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Stehen Sie zu Ihrer Verantwortung, statt sich den Betroffenen anzubiedern, falsche Versprechungen zu machen und Sachverhalte zu verdrehen.

Herr Schäfer-Gümbel, Ihre Begeisterung kannte am Sonntag keine Grenzen. Sie haben gejubelt: "Das ist so geil. Das ist so geil."

(Heiterkeit bei der CDU, der SPD und der FDP – Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist sowohl sprachlich als auch inhaltlich jenseits dessen, was die Bürger in Hessen von politischem Spitzenpersonal erwarten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Schäfer-Gümbel, Sie haben nicht nur eine schlechte Rhetorik, sondern vor allem ein schlechtes Gedächtnis.

(Günter Rudolph (SPD): Er ist die Spaßbremse! – Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie wollen den Begriff "Wortbruch" forsch zur Keule gegen den politischen Gegner missbrauchen. Sie wollen dreisterweise vergessen machen, dass die SPD Hessen für den größten Wortbruch in den letzten Jahrzehnten steht.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD – Zurufe von der SPD: Ah!)

Herr Schäfer-Gümbel, es geht um Ihren eigenen Wortbruch. Denn – das haben Sie offenbar vergessen – auf den Tag genau heute vor vier Jahren, am 29. März 2008, versuchte die SPD Hessen

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

unter der Assistenz von Herrn Schäfer-Gümbel auf ihrem Landesparteitag in Hanau ihre Wählertäuschung zu begründen, die monatelang die bundesdeutsche Öffentlichkeit beschäftigte. Das haben Sie ganz offenbar bei der Abfassung Ihres heutigen Antrags vergessen oder zumindest verdrängt.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Vor der Wahl – wir werden es immer wieder sagen – haben Sie unzählige Male festgestellt: "Es gibt keine irgendwie geartete Zusammenarbeit mit den LINKEN." Nach-

dem feststand, dass Sie mit den GRÜNEN zusammen keine Mehrheit hatten, haben Sie Ihr Wort gebrochen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Schäfer-Gümbel, Sie haben an diesem Wortbruch aktiv mitgewirkt. Sie haben mitgeholfen, einen Leitantrag durchzusetzen, in dem es heißt: "... unter diesen Voraussetzungen kann der Landesvorstand Verhandlungen über eine Unterstützung einer rot-grünen Minderheitsregierung durch die Linkspartei aufnehmen."

(Petra Fuhrmann (SPD): Die Not ist groß!)

Herr Schäfer-Gümbel, Ihr Name wird mit diesem Wortbruch immer verbunden bleiben. Daran erinnert der 29. März heute und auch in den nächsten Jahren.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, die Folge war, dass die SPD bei den Landtags- und Kommunalwahlen unter der Führung von Herrn Schäfer-Gümbel die schlechtesten Ergebnisse in ihrer Geschichte erhalten hat.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Auch die Größe Ihrer heutigen Fraktion ist das Ergebnis dieses Wortbruchs und des Verlusts der damaligen Wahlen. Auch das wollen wir klar und deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Dr. Wagner, Sie müssen zum Schluss kommen

(Günter Rudolph (SPD): Zurück in die Vergangenheit! – Weitere Zurufe)

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Ich komme zum Schluss. – Meine Damen und Herren, lassen Sie mich Ihnen noch ein Zitat von vorgestern aus der SPD-Fraktion vortragen.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Ihr neuer OB hat gesagt: "... wo die SPD ist, ist sozialpolitisch links die Wand."

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja!)

Genau das haben wir Ihnen immer unterstellt, dass Sie einer der linkesten Landesverbände in Deutschland sind

(Beifall bei der CDU)

und dass Sie sich in Konkurrenz befinden mit den Linkssozialisten und den Kommunisten, die rechts von Ihnen sitzen. Das muss den Bürgern auch immer wieder klar und deutlich gesagt werden.

Wir werden Ihren Wortbruch nicht vergessen machen. Dafür steht der 29. März.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Petra Fuhrmann (SPD): Sie müssen im Amt bleiben! – Günter Rudolph (SPD): Halten Sie durch! – Weitere Zurufe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Dr. Wagner. – Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kollege Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 29. März hat Mathias Wagner Geburtstag, und wir gratulieren ihm noch einmal sehr herzlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege, ich bin ein wenig irritiert ob Ihrer Wortwahl. Ich hätte nicht gedacht, dass Sie die Aussagen des Kollegen Schäfer-Gümbel vom Wahlabend hier noch einmal zitieren würden.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dreimal!)

Sie sind ja sonst eher als Spaßbremse bekannt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Aber zurück zum Thema der Aktuellen Stunde. Das Ergebnis von Wahlen mag den einen mal freuen, das mag den anderen mal ärgern. Es gilt aber auf jeden Fall: Das Ergebnis von Wahlen ist zu akzeptieren.

Es gibt ein sehr deutliches, ein für viele auch sehr überraschendes Ergebnis der Frankfurter OB-Wahl. Das ist so überraschend, dass es ganz besondere Gründe haben muss. Ich glaube, die Gründe – das wird mir selbst Thorsten Schäfer-Gümbel zugestehen – liegen nicht unbedingt in der strategischen Brillanz der Frankfurter SPD,

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zurufe von der SPD: Uiuiui!)

sondern eher an den dramatischen Fehleinschätzungen der CDU.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die erste Fehleinschätzung betraf Petra Roth. Die noch amtierende Oberbürgermeisterin hat letzten Herbst gedacht, die vermeintliche Gunst der Stunde zu nutzen: Den GRÜNEN war gerade die potenzielle OB-Kandidatin abhandengekommen, die SPD dachte selbst nicht, dass sie über Erfolg versprechende Kandidaten verfügt; da trat sie vorzeitig zurück. – Was bei uns, in der politisch hauptberuflichen Welt, wie auch bei den Journalisten als vermeintlich genialer Schachzug ankam, ist bei vielen Frankfurterinnen und Frankfurtern als Trickserei wahrgenommen worden. Das war der erste Fehler.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Der zweite Fehler war Boris Rhein als Kandidat. Frankfurt ist eine im wahren Sinne des Wortes liberale und weltoffene Stadt. Ob es da eine kluge Idee der Union war, ausgerechnet Boris Rhein als Nachfolger von Petra Roth zu benennen – diese Frage ist seit Sonntag beantwortet.

Es gibt übrigens auch einen Punkt, der viel mit der Hessischen Landesregierung zu tun hat. Normalerweise ist es für einen Kandidaten ein Vorteil, wenn er als amtierender Minister in einen Wahlkampf zieht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wer der Hessischen Landesregierung unter Vol-

ker Bouffier angehört, für den ist es ein Nachteil, wenn man irgendetwas mit ihr zu tun hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Die Union muss sich übrigens die Frage stellen, ob die rechtskonservativen Parallelwelten, in denen ihr Fraktionsvorsitzender lebt, wirklich Erfolg versprechend sind. Auch dazu empfehle ich einen Blick auf das Ergebnis.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Die dritte Fehleinschätzung betraf den Wahlkampf der CDU ohne Inhalt. Wenn einmal Signale gesendet wurden, waren es auch noch die falschen. Herr Rhein, wie Sie auf die Idee kamen, zu Ihrer Abschlussveranstaltung ausgerechnet den CSU-Bundesinnenminister einzuladen, der in einer multikulturellen Stadt wie Frankfurt sicher erklären kann, wie er aus 750 Seiten Studie einen Satz in der "Bild"-Zeitung macht, und den auch noch falsch, das ist Ihr Geheimnis.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Weniger Friedrich, weniger Bouffier und mehr von der Leyen wäre vielleicht Erfolg versprechender gewesen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Boris Rhein ist auch das erste politische Opfer der Fehlentscheidung, die Nordwestlandebahn am Frankfurter Flughafen zu bauen. Wortbruch zahlt sich eben nicht aus, meine Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es war doch ein lächerliches Bild, dass in der Woche vor der Stichwahl Boris Rhein, der versprochen hat: Nachtflugverbot auf alle Fälle, dafür setze er sich ein, einer Regierung angehört, deren Anwalt in Leipzig vor aller Augen und Ohren für die Nachtflüge gekämpft hat. Da dürfen Sie sich über die Ergebnisse in Sachsenhausen, Niederrad und Oberrad nicht wundern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dementsprechend ist auch die Vorstellung, dass sich Wählerinnen und Wähler von Wahlempfehlungen beeinflussen lassen, nur bedingt hilfreich. Die Tatsache, dass Johnny Klinke drei Tage vor der Wahl noch einmal eine Anzeige schaltete und darauf hinweisen wollte, das Boris Rhein nicht Roland Koch ist – allein, dass er meinte, darauf hinweisen zu müssen, zeigt schon das ganze Problem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Herr Hahn, Sie haben gesagt, manche seien unkameradschaftlich gewesen. Als ich am Freitag vor der Wahl die Meldung gelesen habe, dass Minister Hahn zur Wahl von Boris Rhein aufruft, da war meine spontane Reaktion: Jetzt gewinnt der Feldmann.

> (Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Al-Wazir, Sie müssen zum Schluss kommen.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Es gibt in Frankfurt eine inhaltlich gut und erfolgreich arbeitende schwarz-grüne Koalition.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Na ja! – Weitere Zurufe)

Es gibt einen gewählten Oberbürgermeister Peter Feldmann, der der SPD angehört.

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Ich kann allen im Interesse der Stadt nur raten, sich auf die Inhalte zu konzentrieren und im Interesse der Stadt zu arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Al-Wazir. – Das Wort hat die Abg. Wissler.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Erstes möchte ich Peter Feldmann auch an dieser Stelle ganz herzlich zum Wahlerfolg in Frankfurt gratulieren.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich hingegen bleibe dem Landtag erhalten. Angesichts der vielen Arbeit, die uns diese Landesregierung macht, werde ich hier ja auch durchaus gebraucht.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Man schafft nicht immer alles im ersten Anlauf – das geht Ihnen so, und es geht auch mir so, selbst Bundespräsidenten geht es so. Ich habe es ausgerechnet: Ich könnte noch fünfmal zur Oberbürgermeisterwahl in Frankfurt antreten, bevor ich die Altersgrenze erreiche. Von daher habe ich noch ein bisschen Zeit.

(Minister Boris Rhein: Wenn Sie antreten, trete ich aber auch noch einmal an! – Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Alles klar, das machen wir so. – Das Ergebnis der Stichwahl war zumindest in seiner Deutlichkeit überraschend, und ich würde sagen, es war nicht allein dem SPD-Kandidaten geschuldet;

(Zuruf von der SPD: Wie bitte?)

denn die besten Wahlkämpfer für Feldmann kamen aus den Reihen der Landesregierung. Zu nennen ist Finanzminister Schäfer, der im Dezember laut über den Verkauf der Nassauischen Heimstätte nachdachte und damit der CDU sicher keinen Gefallen getan hat.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann ist da der Wirtschaftsminister, der nicht nur die Revision gegen das Nachtflugverbot verantwortet, sondern

auch noch tatenlos dabei zusah, wie der Anwalt des Landes die Begründung der Landesregierung und ihres OB-Kandidaten für die Klage in Leipzig ad absurdum führte.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und natürlich gibt es noch den Kandidaten selbst, Herrn Innenminister Rhein; denn für viele Menschen, die ihr Kreuz bei der SPD gemacht haben, stand in erster Linie der Wunsch im Vordergrund, Boris Rhein als OB zu verhindern. In einer weltoffenen, toleranten und multikulturellen Stadt wollen viele Menschen keinen innenpolitischen Hardliner und Scharfmacher. Wer die Gewerkschaften in Frankfurt als einen Saal voller Narren beschimpft, der darf sich nicht wundern, wenn er haushoch Wahlen verliert, Herr Rhein.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Viele Menschen mit Migrationshintergrund haben Peter Feldmann gewählt, weil sie eben keinen exponierten Vertreter der hessischen CDU als OB wollten. Auch wir waren der Meinung, dass Frankfurt das nicht verdient hat, und deswegen haben auch wir gesagt: Nein zu Rhein.

Das Wahlergebnis ist aber auch eine Klatsche für die schwarz-grüne Stadtregierung; denn es ist auch eine Quittung für unsoziale Kürzungspolitik, für das Setzen auf Prestigeobjekte und für eine verfehlte Wohnungspolitik, die zu immer neuen Bürotürmen und Mietsteigerungen führt. Dazu kamen die geplanten Kürzungen bei der Kita-Betreuung, was wirklich ein Armutszeugnis für Schwarz-Grün ist; das muss ich an dieser Stelle auch einmal sagen.

Gerade in den südlichen Stadtteilen war der Fluglärm natürlich Thema Nummer eins. Das zeigt sich auch an dem guten Ergebnis von Ursula Fechter von den Flughafenausbaugegnern, die in Sachsenhausen-Süd fast 30 % der Stimmen erreicht hat. Die Landesregierung hat der Region ein klares Versprechen gegeben, nämlich kein Ausbau ohne Nachtflugverbot, und jetzt klagen Sie gegen Ihr eigenes Versprechen.

Angeblich tun Sie das, um Rechtssicherheit zu erlangen. Aber ich denke, der Auftritt des Rechtsanwalts des Landes vor dem Bundesverwaltungsgericht steht im glatten Widerspruch dazu. Er hat die 17 Nachtflüge als harmlos bezeichnet und auf die Investitionen der Luftverkehrswirtschaft verwiesen, und er hat auch davor gewarnt, dass das ganze System ohne Nachtflüge nicht funktionieren würde. – Das ist der Anwalt der Landesregierung, und wer seinen Auftritt verfolgt hat, der weiß spätestens seitdem, dass es hier eben nicht um Rechtssicherheit geht, sondern darum, dass sich diese Landesregierung einmal mehr zum Büttel der Luftverkehrswirtschaft macht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der CDU)

Deshalb ist es natürlich wenig glaubwürdig, wenn sich Herr Rhein dann in Frankfurt für die Reduzierung des Fluglärms ausspricht, während er einer Landesregierung angehört, die gerade für mehr Nachtflüge klagt.

Es geht hier aber nicht nur um das Nachtflugverbot. Es geht auch um Schadstoffe und darum, dass den Menschen auch bei den Arbeitsplatzeffekten etwas vorgegaukelt wurde. Die 100.000 Arbeitsplätze, die durch den Ausbau entstehen sollten, gibt es nicht. Auch hier fühlen die Menschen sich getäuscht, und zwar nicht nur von der Landes-

regierung – das muss man an dieser Stelle sagen –, denn auch die SPD hat den Flughafenausbau immer befürwortet, und deswegen müssen Sie sich jetzt auch nicht als Anwältin der lärmgeplagten Anwohner aufspielen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nach der Startbahn West haben Sie versprochen, kein Baum werde mehr fallen. Auch Sie haben Ihr Wort gebrochen. Es tut mir leid: An der Stelle muss ich leider die Spaßbremse sein.

(Beifall bei der LINKEN – Heiterkeit bei der SPD)

Wenige Tage vor der Stichwahl hat hr-info die Menschen in Sachsenhausen nach ihrer Meinung zu den Kandidaten gefragt. Der am häufigsten zu hörende Ausdruck war, man habe die Wahl zwischen Pest und Cholera. Das deutet darauf hin, dass sich die Begeisterung für den SPD-Kandidaten bei den lärmgeplagten Anwohnern zumindest in Grenzen hielt, wenn ich den Äußerungen so glauben kann.

Meine Damen und Herren, der Flughafenausbau war ein Fehler. Was wir jetzt brauchen, sind keine Wegzugsprämien, wie sie die Landesregierung plant. Denn nicht die Menschen müssen weichen, sondern der Lärm. Deshalb bleiben wir dabei: Die Landebahn muss stillgelegt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Gesundheit der Menschen ist wichtiger als die Profite von Lufthansa und Fraport. Deshalb ist es so wichtig, dass die Proteste auch nach der Oberbürgermeisterwahl weitergehen. Am Samstag hat sich gezeigt, dass wieder Tausende am Frankfurter Flughafen demonstriert haben.

Meine Damen und Herren, Herr Feldmann wird sich als Oberbürgermeister daran messen lassen müssen, was er im Wahlkampf versprochen hat. Wenn er das, was er im Wahlkampf zugesagt hat, umsetzen will, dann wird er in sehr vielen Punkten – das sage ich hier deutlich – auf die Unterstützung der LINKEN zählen können. Wenn es z. B. um ein absolutes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr geht, ist Herr Feldmann auf der Linie der LINKEN und nicht auf der der Landes-SPD. Die gönnen den Anwohnern leider nur sechs Stunden Schlaf.

An der Stelle werden wir selbstverständlich Herrn Feldmann unterstützen. Wir werden aber auch darauf hinweisen, dass, wer Kinder- und Altersarmut ernsthaft bekämpfen will, über Hartz IV und Rente ab 67 nicht schweigen darf, weil das nämlich Ursachen sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Es reicht nicht, nur über die Symptome zu reden. Wir müssen auch über die Ursachen reden. Es wird sich zeigen, ob die Oberbürgermeisterwahl einen Einfluss auf die Stadtpolitik haben wird oder ob alles weitergeht wie bisher. Ich will nur darauf hinweisen, es gäbe in Frankfurt auch andere Mehrheitskonstellationen als Schwarz-Grün. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Wissler. – Das Wort hat der Abg. Florian Rentsch, Vorsitzender der FDP-Fraktion.

Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Man darf den Sozialdemokraten wenigstens attestieren, dass sie mit viel Kreativität an diese Aktuelle Stunde herangegangen sind. Es ist auch völlig legitim, dass man einen solchen Wahlerfolg im Landtag feiert –

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

das hätten wir auch gemacht. Aber, lieber Kollege Günter Rudolph, ich muss schon sagen: Ich habe einmal nachgeblättert, was das Wort "Chuzpe" bedeutet. Nicht alles trifft auf Sie zu. Aber es ist eine Mischung aus intelligenter Unverschämtheit – Unverschämtheit würde ich einmal bejahen –,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

charmanter Penetranz und unwiderstehlicher Dreistigkeit. Dass die Sozialdemokraten in diesem Haus mit ihrer Geschichte das Wort "Wortbruch" in den Mund nehmen und es auf andere richten, das ist Chuzpe, das ist mutig.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie wissen doch, dass wir Ihnen das nicht durchgehen lassen können. Wer sich mit so viel Arbeit eine solche Marke gebildet hat, der wird immer auf dieser Marke sitzen bleiben. Wir werden sicherlich nicht in einen Wahlkampf ziehen und den Menschen nicht erklären,

(Zurufe von der SPD)

dass Sie 2008 den Menschen hoch und heilig versprochen haben, dass Sie mit dieser Linkspartei nicht zusammenarbeiten, und alles sofort getan haben, dass diese Zusammenarbeit im Hintergrund schon vorbereitet wird. Das war die Realität.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Deshalb darf ich einen Witz zitieren, den ich von den GRÜNEN habe. Sie sind ja enge Freunde der Sozialdemokratie – mal so, mal so. Es ist eben so, dass bei den Sozialdemokraten sofort die Alarmglocken angehen, wenn vier Sozialdemokraten im Dorint-Hotel in Wiesbaden einen Raum mieten wollen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Natürlich ist es so. Das sitzt bei Ihnen richtig tief, und das kann ich auch verstehen. Herr Kollege Grumbach, ich wundere mich, dass Sie mich jetzt so beschimpfen.

(Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, Sie sind doch diejenigen gewesen – ja, eine gesunde Portion Selbstsuggestion hilft, das weiß ich –, die versucht haben, uns in eine Koalition zu drängen. Wir haben Sie kaum aus der einen Tür hinausgeworfen, da kamen Sie durch die andere schon wieder herein. So war es doch.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Heiterkeit bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Insofern ganz ehrlich: Wenn wir 2008 noch als Koalitionspartner für Ihre Politik herhalten sollten – ich bin froh, dass wir das nicht gemacht haben, dass wir dort so standhaft waren –,

(Zurufe von der SPD)

dann zeigt das doch, wie beliebig Ihre Argumentation ist. Deshalb will ich mich gar nicht so sehr mit der SPD auseinandersetzen. Die hat einen Grund zu feiern. Sie hat eine besondere Historie. Die wird sie auch nicht verlieren können.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wollen wir auch gar nicht!)

Eigentlich ich möchte mich stattdessen ein bisschen mit dem potenziellen Koalitionspartner beschäftigen,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

den Damen und Herren von ehemals BÜNDNIS 90, heute DIE GRÜNEN. Der Kollege Al-Wazir hat gerade hier vorne eine Rede gehalten, die ein bisschen nach dem Motto war: "Er ist der neutrale Kommentator, der so ein bisschen kommentiert, was in Frankfurt passiert ist", als ob er das als Beobachter macht.

Einmal neben der Tatsache, dass sich die GRÜNEN kurz vor der OB-Wahl – Kollegin Sorge, die wir das letzte Mal hier verabschiedet haben, und auch andere – noch schnell durch die Stimmen der CDU zum Dezernenten und zur Dezernentin haben wählen lassen, hat dann die grüne Führung nicht über die Lippen gebracht, den Koalitionspartner auch zu unterstützen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf der anderen Seite verbreitet die grüne Partei heute ein bisschen das Gefühl, dass Kollege Feldmann als neuer Oberbürgermeister die richtige Wahl sei. Deshalb zeigt auch das System der GRÜNEN – das ist aus politischer Sicht mit Hochachtung zu versehen –, dass sie es schaffen, dass sie mit jedem können: Sie können mit den Schwarzen, sie können mit den Roten.

Und Sie haben es geschafft – das ist das Erstaunliche –, dass bei dem ganzen Ypsilanti-Debakel nichts an Ihnen hängen geblieben ist. Das Ypsilanti-Debakel haben nur die Kollegen der SPD mit sich herumzutragen. Die freuen sich jetzt darüber. Das merkt man. Das ist schön. Aber die merken gar nicht, wie schön sich die GRÜNEN in eine Position gebracht haben, wo sie einmal mit dem einen und einmal mit dem anderen spielen. Meine Damen und Herren, aber von Verantwortung erfahren wir hier nichts.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb lasst heute die Sozialdemokraten sich freuen. Das ist völlig legitim. Ich hätte mir für Frankfurt einen Oberbürgermeister gewünscht, der weltmännischer gewesen wäre. Ich hätte mir Boris Rhein gewünscht. Wir haben jetzt letztendlich eine Kommunalwahl gehabt. Es hat Herr Feldmann gewonnen.

Natürlich ist das Land darauf angewiesen, auch mit Herrn Feldmann zusammenzuarbeiten. Kollege Wagner hat das gesagt. Es ist unsere Pflicht, mit einer der wichtigsten Städte und der wichtigsten Stadt in Hessen eine gute Zusammenarbeit zu organisieren, denn es geht letztlich um das Wohl der Menschen. Meine Damen und Herren, aber eines wollen wir doch noch einmal klar feststellen: Während die Sozialdemokraten alles dafür tun – ich weiß um die tiefe Freundschaft von Thorsten Schäfer-Gümbel zu Herrn Feldmann, das scheint in den letzten Tagen der Euphorie bei viel Sekttrinken verloren gegangen zu sein, das ist ja völlig legitim –

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Herr Kollege Rudolph, wenn Sie das Wort "Unverschämtheit" in den Mund nehmen, muss ich wirklich lachen. Das muss ich hier vorne selten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Kollege Rentsch, Sie müssen zum Schluss kommen.

Florian Rentsch (FDP):

Eines wollen wir hier doch einmal nicht vergessen, Herr Kollege Schäfer-Gümbel: Das, was in Frankfurt diskutiert worden ist – Herr Kollege Wagner hat es gesagt –, war in vielen Fällen der allgemeine Fluglärm. Und den haben Sie, wenn es um Verantwortung geht, genauso mitzuverantworten, weil Sie sich für den Ausbau dieses Flughafens wie wir und die Kollegen der Union eingesetzt haben.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Stehlen Sie sich deshalb nicht immer wieder aus der Verantwortung.

(Zurufe von der SPD)

Versuchen Sie nicht immer, sich einen schlanken Fuß zu machen, wenn es darum geht, wer letztendlich diese Entscheidung getroffen hat. Wir haben sie gemeinsam getroffen. Sie war richtig für das Land. Aber versuchen Sie jetzt nicht, die Folgen dieser Entscheidung auf andere zu übertragen. Es ist unehrlich. Und solche Politik brauchen wir in Hessen nicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Günter Rudolph (SPD): Wir brauchen die FDP nicht mehr!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Rentsch. – Das Wort hat der Staatsminister Hahn.

(Allgemeine Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Hessische Landesregierung gratuliert dem künftigen Oberbürgermeister von Frankfurt am Main, Peter Feldmann, ganz herzlich zu seinem Wahlergebnis. Wir wünschen uns eine gute, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main und der Hessischen Landesregierung. Wir, die Hessische Landesregierung, sind dazu bereit und freuen uns auf diese Arbeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir akzeptieren natürlich, dass der künftige Oberbürgermeister mit einem so deutlichen Ergebnis von der Mehrheit der Frankfurter Wählerinnen und Wähler unterstützt wird.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wir auch!)

Wir sind sehr gespannt darauf, wie sich künftig insbesondere die inhaltliche, aber sicherlich auch die persönliche Zusammenarbeit mit Peter Feldmann gestalten wird – sei es offiziell in dem Verhältnis zwischen dem Land Hessen

und der Stadt Frankfurt, sei es in Gremien von Unternehmen, die das Land Hessen und die Stadt Frankfurt gemeinsam als Anteilseigner führen, z. B. bei der Messe und bei der Fraport AG.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Zweiten nehmen wir mit Schmunzeln zur Kenntnis, dass diese Aktuelle Stunde dann auch noch mit diesem Titel von den Sozialdemokraten in diesem Hause eingereicht und hier von Herrn Rudolph auch begonnen wurde. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten und von den GRÜNEN, wir nehmen als Landesregierung Ihren Anwurf an. Gern beschäftigen wir uns in dieser Aktuellen Stunde mit der inhaltlichen Positionierung des Landes Hessen und mit dem Unterschied zwischen bürgerlich auf der einen Seite und rot-rot-grün auf der anderen Seite.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Wir nehmen die inhaltliche Auseinandersetzung gerne an und werden dabei nicht in den Fehler verfallen, in den gerade Kollege Al-Wazir verfallen ist. Es ist ja so herrlich einfach, lieber Kollege Al-Wazir, den anderen Schulnoten zu geben. Das macht auch ein bisschen Spaß. Nur, in Ihrer Analyse, die Sie gerade vorgetragen haben, habe ich kein einziges Wort bezüglich des Verhaltens der GRÜNEN in Frankfurt und in Hessen gehört. Das ist die Schwäche der GRÜNEN in Frankfurt und in Hessen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich würde das gerne nachvollziehen, damit wir als Land wissen, wie wir mit Ihnen umzugehen haben. Sind Sie jetzt eigentlich bei den Siegern von Sonntagabend, oder sind Sie bei den Verlierern? Das würde die Landesregierung gerne wissen.

(Beifall bei der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten keinen Kandidaten!)

Man könnte auf die Idee kommen, dass Sie zu den Verlierern gehören, weil Ihre Kandidatin immerhin mit einem Ergebnis, das sie sich nicht erträumt hat – das meine ich negativ –, abgeschnitten hat und Sie dann nicht den Kandidaten des Koalitionspartners unterstützt haben. Irgendwie habe ich aber das Gefühl, Sie verstehen sich als Sieger – typisch GRÜNE in dieser Zeit. Frau Künast aus Berlin lässt grüßen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wir werden uns weiterhin unbeirrt dafür einsetzen, dass das Land Hessen inhaltlich mit Projekten nach vorne gebracht wird. Dazu gehört auch, dass wir sicherlich ab der nächsten Woche durch die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig die rechtliche Grundlage für ein absolutes Nachtflugverbot von 23 bis 5 Uhr haben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das ist das Ziel der Hessischen Landesregierung. Das ist das Ziel der Mediation gewesen, das wir ab der nächsten Woche auch umsetzen werden.

(Lachen des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden auch weiterhin dafür kämpfen, dass der Jobmotor Flughafen Frankfurt am Main erfolgreich atmet und sich erfolgreich entwickelt. Wenn Frau Kollegin Wissler sagt, die versprochenen zusätzlichen Arbeitsplätze seien nicht geschaffen worden, dann bitte ich Sie herzlich, doch wenigstens die Presseberichterstattung objektiv zur Kenntnis zu nehmen. Allein das Unternehmen Fraport hat im letzten Jahr mehr als 1.000 zusätzliche, neue Mitarbeiter eingestellt.

(Beifall bei der FDP – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

In der Betriebsstätte des Flughafens Frankfurt am Main sind allein im letzten Jahr mehr als 5.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Fraport-Statistik!)

Was haben die LINKEN eigentlich dagegen, dass sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden? Das müssen Sie den Menschen einmal erklären.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg, Janine Wissler und Hermann Schaus (DIE LINKE))

Wir werden uns engagiert dafür einsetzen, dass die soziale Balance im Land weiterhin verbessert wird. Wir haben derzeit die höchste Zahl an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, die es jemals in Hessen gegeben hat.

> (Fortgesetzte Zurufe der Abg. Janine Wissler und Hermann Schaus (DIE LINKE) – Glockenzeichen des Präsidenten)

Das ist auch eine Leistung der konsequenten Politik der bürgerlichen Mehrheit in diesem Lande.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Im Schulbereich werden wir uns weiterhin für eine Lehrerversorgung weit über 100 % einsetzen. Als wir 1999 übernommen haben, hatte Rot-Grün eine Lehrerversorgung von 80 %, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Landesregierung ist stolz darauf, dass wir diesen Switch hinbekommen haben.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Hahn, ich weise Sie darauf hin, dass die Fraktionsredezeit abgelaufen ist.

(Günter Rudolph (SPD): Lassen Sie ihn weiterreden!)

Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:

Vielen Dank. – Lassen Sie mich zum Abschluss noch sagen: Wir werden auch beim Thema Mobilität nicht nachlassen. Ich bin gespannt, wie das Verhältnis zwischen der Landesregierung und der Region Rhein-Main jetzt ist. Ich habe einen Koalitionsvertrag von GRÜNEN und SPD gelesen, in dem es keinen Straßenneubau mehr im Rhein-Main-Gebiet geben wird – eine schöne Diskussion, die wir als Landesregierung im Landtagswahlkampf gerne aufnehmen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister Hahn. – Meine Damen und Herren, es gibt keine Wortmeldungen mehr. Damit ist Punkt 55 beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 54 auf:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde (Hahn blockiert Islamunterricht und macht sich bundesweit "lächerlich") – Drucks. 18/5474 –

Frau Kollegin Öztürk hat das Wort.

Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatte eben war so faszinierend, dass ich ganz vergessen habe, meinen Zettel abzugeben. Herzlichen Dank, dass Sie es trotzdem akzeptiert haben.

Meine Damen und Herren, wir sollten heute Morgen über den Islamunterricht sprechen, weil es in der letzten Woche eine Integrationsministerkonferenz gab, an der unser Integrationsminister Herr Hahn teilgenommen hat. Dort sind verschiedene Themen diskutiert worden, unter anderem die Einführung des islamischen Religionsunterrichts nach dem Beiratsmodell, wie es in Nordrhein-Westfalen umgesetzt wird.

In der Integrationsministerkonferenz hat unser Herr Minister Hahn eine Entscheidung herbeigeführt und sich damit total ins Abseits geschossen. Er hat einen Antrag gestellt, dass das Beiratsmodell verfassungswidrig sei. Dieser Antrag ist mit 14 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt worden. Damit hat er sich eine Klatsche geholt, die meiner Meinung nach für ihn und gegen sein Engagement spricht. Deswegen müssen wir das heute thematisieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich möchte klar unterstreichen, dass es seine Sache ist, ob er sich als Integrationsminister blamiert und sich einen Namen als Integrationsverweigerer macht. Denn nichts anderes ist er, da er sich dem Prozess der Einführung des Religionsunterrichts verweigert, meine Damen und Herren. Ich möchte aber klarmachen, dass wir es nicht erlauben werden, dass er das auf dem Rücken der muslimischen Schülerinnen und Schüler in Hessen austrägt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Worum geht es? – Es geht darum, dass das Land Nordrhein-Westfalen entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, der Justizministerkonferenz und der Deutschen Islam-Konferenz ein Übergangsmodell einführen möchte. Weil es den Ansprechpartner nach Art. 7 Abs. 3 des Grundgesetzes nicht gibt, möchte die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen einen Versuch starten und den Islamunterricht über das Beiratsmodell schrittweise einführen.

Es ist klar, dass das Beiratsmodell nicht die Entstehung der eigenständigen Religionsgemeinschaft ersetzen wird. Es ist auch klar, dass es ein Übergangsmodell ist, meine Damen und Herren. Zuletzt ist das in der Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen deutlich geworden, an der auch Vertreter des Hessischen Kultusministeriums teilgenommen haben. Dieses Modell wird auch von Verfassungsrechtlern, von

Fachleuten als ein möglicher Übergang empfohlen und vorgeschlagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Herr Minister Hahn möchte sich den Argumenten komplett verschließen und übt sich in Blockadehaltung, meine Damen und Herren. Das ist unsäglich, schäbig und nicht das, was wir in Hessen unter Integrationspolitik und auch unter der Einführung des islamischen Religionsunterrichts verstehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er wird natürlich gleich versuchen, das Argument der Personen zu bringen, die das Beiratsmodell in der Anhörung durchaus kritisch betrachtet haben. Ich möchte noch einmal klar unterstreichen, dass es eine befristete Übergangsregelung ist und vor allen Dingen danach gemeinsam mit den muslimischen Gemeinden entschieden werden muss, ob man in dieser Art und Weise weiter vorgehen möchte. Vielleicht hat sich bis dahin auch eine Religionsgemeinschaft entwickelt.

Ich möchte auch noch einmal unterstreichen, dass Herr Hahn, wenn er den Weg der Antragsprüfung von DITIB geht, dem Landtag Auskunft darüber erteilen muss, wie der aktuelle Stand der Antragsprüfung in Hessen ist.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Das wissen Sie doch!)

Wir haben eine Kleine Anfrage gestellt, die von Integrationsminister Hahn aber nicht beantwortet wird. Stattdessen erfahren wir von verschiedenen Personen, dass die Anträge wahrscheinlich Ende dieser Woche vorliegen werden. Wir wissen aber nicht, ob die religionswissenschaftlichen Anträge für DITIB und die Ahmadiyya abschließend sind. Wir wissen nicht, ob die staatskirchenrechtlichen Anträge schon fertig und die Gutachten in Auftrag gegeben worden sind. Die Landesregierung übt sich hier in Blockadehaltung, informiert das Parlament nicht und hat ein komisches Verständnis von Transparenz, meine Damen und Herren.

Herr Minister Hahn, ich habe das Gefühl, dass Sie sich mittlerweile in Fundamentalopposition üben möchten. Mein Vorschlag ist: Geben Sie den Menschen wenigstens den Anschein, dass Sie als Integrationsminister arbeiten wollen.

(Lachen des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

Nach den Wahlen können Sie es sich gerne auf der Oppositionsbank bequem machen, falls es überhaupt noch den einen oder anderen Sitz für Sie geben wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Mick, FDP-Fraktion.

Hans-Christian Mick (FDP):

Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Öztürk hat darauf hingewiesen: Die Integrationsministerkonferenz hat letzte Woche über das Modell diskutiert, das jetzt in NRW erprobt wird, das Beiratsmodell. In der Tat ist das Abstimmungsverhalten in der Konferenz so ausgegangen. Es ist aus parteitaktischer Sicht

und aus menschlicher Sicht verständlich, dass die Opposition das jetzt zum Thema macht. Wenn wir in der Opposition wären, würden wir es wahrscheinlich genauso machen.

In der Tat muss man fragen: Worum geht es hier in der Sache? – In der Sache hat Frau Kollegin Öztürk nichts Neues zur Diskussion beigetragen. Im Gegenteil, sie hat dieselben Argumente vorgebracht, wie sie sie schon seit zwei Jahren hier vorbringt. Auch das ist menschlich verständlich. Aber Sie müssen auch verstehen, dass uns das nicht von unserem eingeschlagenen Kurs abbringt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Abgesehen von dem falschen Titel, den diese Aktuelle Stunde trägt: "Hahn blockiert islamischen Religionsunterricht" – das ist nachweislich falsch, das ist eine nachweisliche Falschbehauptung –,

(Beifall bei der FDP – Günter Rudolph (SPD): Die Wahrheit darf man sagen!)

ist die recht unverschämte Wortwahl mit "Integrationsverweigerer" und "schäbig" der Debatte überhaupt nicht angemessen. Das zeigt auch, dass Sie aus der Sache nur parteipolitischen Klamauk machen wollen. Sie haben hier dieselbe Rede gehalten, die Sie schon gefühlte hundertmal in diesem Parlament gehalten haben.

Deswegen möchte ich die Gelegenheit nutzen, unsere Argumente noch einmal vorzutragen. Wir wollen einen islamischen Religionsunterricht auf der Basis des Grundgesetzes, so wie ihn alle anderen Religionsgemeinschaften schon seit Jahren erfolgreich in diesem Lande anbieten. Das sind nicht nur die großen christlichen Kirchen, das sind auch viele kleine Religionsgemeinschaften: Mennoniten, Unitarier, Aleviten usw. Alle diese Religionsgemeinschaften bieten schon seit Jahren erfolgreich Religionsunterricht an. Wir wollen, dass auch der Islam auf der Basis dieses Modells islamischen Religionsunterricht in diesem Lande anbieten kann.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das ist für uns auch keine Frage juristischer Spitzfindigkeiten, sondern es ist für uns eine Notwendigkeit; denn wir wollen, dass der Islam auf Augenhöhe mit anderen Religionsgemeinschaften behandelt wird. Wir wollen keine Sonderrechte für den Islam. Wir wollen gelebte, normale Integrationspolitik. Wir wollen, dass die Normalität und die gesellschaftliche Vielfalt in diesem Lande als Realität anerkannt werden. Dazu gehört auch, dass der Islam genauso behandelt wird wie alle anderen Religionsgemeinschaften. Wir wollen auch nicht, dass der Staat durch ein wie auch immer geartetes Beiratsmodell die Religionsgemeinschaft quasi fingiert. Das ist mit unserem Staatsverständnis und auch unserem Verständnis von Religionsgemeinschaften nicht zu vereinbaren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Es ist klar, und das möchte ich nicht verhehlen, wir haben immer gesagt, dass es ein schwieriger Weg ist, dass es ein langer Weg ist. Es ist auch klar, dass dieser Weg vielleicht auch unbequemer ist als der andere Weg. Aber wir sind überzeugt davon, dass aus staatspolitischer Sicht am Ende daraus ein besseres Ergebnis folgen wird.

Es macht an dieser Stelle auch keinen Sinn, wo wir uns vor drei Jahren auf diesen schwierigen Weg gemacht haben, wo wir seit drei Jahren intensiv an diesem Prozess arbeiten und wo wir kurz davor stehen, die Früchte dieses schwierigen Prozesses zu ernten, jetzt umzuschwenken auf das andere Modell. Das können Sie nicht von uns erwarten.

Im Gegenteil, ich bin davon überzeugt, dass sich die harte, lange Arbeit letzten Endes auszahlen wird und dass wir dann einen Religionsunterricht werden anbieten können, der den Islam auf Augenhöhe mit anderen Religionsgemeinschaften positioniert. Nichts anderes hat der Integrationsminister letzte Woche noch einmal klargestellt. Bei diesem Weg werden wir ihn auch weiterhin nachdrücklich unterstützen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Mick. – Das Wort hat Frau Abg. Cárdenas, DIE LINKE.

Barbara Cárdenas (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Name Hahn ist hier im Landtag ein Qualitätssiegel,

(Holger Bellino (CDU): Jawohl!)

allerdings weniger für eine erfolgreiche Integrationspolitik, als vielmehr für eine gewisse Realsatire.

(Holger Bellino (CDU): Das ist falsch!)

Noch im Herbst letzten Jahres haben Sie, Herr Minister, in einem Interview mit der "Frankfurter Rundschau" gesagt, Sie seien für christlichen Religionsunterricht und für Religionsunterricht für andere anerkannte Religionsgemeinschaften. – Die katholische und die evangelische Kirche als anerkannte Religionsgemeinschaften zu betiteln, das hatte schon etwas.

Herr Minister, ich nehme stark an, dass Sie mit Ihrer Aussage vor allem Ihren Koalitionspartner der Christlich Demokratischen Union in Person von Herrn Kollegen Irmer ärgern wollten, der den Islamunterricht abgelehnt hat. Jetzt steht Ihre Kritik an Frau Kraft in NRW sogar auf den Seiten solcher obskuren und islamhetzerischen Seiten wie "Jihad Watch Deutschland", die über den heimlichen Orientalismus Deutschlands berichten, und "Deutschelobby", die sich als Lobby für die deutschen, österreichischen, Südtiroler, Schweizer Kulturen und Lebensarten, gegen Linksextremismus und Islamismus versteht.

Ich weiß nicht, ob Sie sich über ein Lob von dieser Seite freuen sollten. Eigentlich kann ich mir Ihre dreiste Einmischung in Form dieses Briefes an Frau Kraft auch gar nicht erklären. Nicht nur, dass Sie die flexible und schnelle Reaktion unserer Kolleginnen und Kollegen in anderen Bundesländern damit boykottieren, Sie vergreifen sich auch wieder einmal im Ton. Als falsches Signal kann man die Bemühungen, endlich einen Islamunterricht praktisch wirksam werden zu lassen, wohl kaum bezeichnen.

Sie wollten wahrscheinlich von Ihrem eigenen Versagen ablenken. Denn ist es nicht Fakt, dass wir hier in Hessen nach drei Jahren Schwarz-Gelb noch immer keinen Islamunterricht eingeführt haben, und das trotz der breiten Unterstützung in diesem Hause? Wie in so vielen bildungspolitischen Punkten bewegt sich hier nichts, weder mit noch ohne die FDP.

Der Versuch, von der eigenen Unfähigkeit abzulenken, ist nach hinten losgegangen. Vielmehr sind Sie wieder einmal zu weit gegangen. Da kritisieren Sie doch allen Ernstes den Versuch, eine Übergangslösung in den Bundesländern zu finden, die sich nun sofort und ohne mindestens dreijährige Wartezeit auf den Weg zu einer Einführung von islamischem Religionsunterricht machen – Sie, der in dieser Frage noch nichts Reales bewegt hat.

Wir haben hier im Landtag schon äußerst differenziert und kontrovers über dieses Thema diskutiert. Daher will ich inhaltlich auch nur zwei Sätze dazu verlieren. Als LINKE würden wir es nach wie vor vorziehen, einen gemeinsamen und verpflichtenden Ethikunterricht einzuführen, wie es beispielsweise in Berlin und Brandenburg der Fall ist.

(Beifall bei der LINKEN – Holger Bellino (CDU): Schlechtes Beispiel!)

Gleichzeitig sollte ein freiwilliger Religionsunterricht angeboten werden. Wie schon oft ausgeführt, Herr Bellino, muss unseres Erachtens jedoch auch in Hessen gelten: Kein religiös oder weltanschaulich gebundenes Kind gleich welcher Religion oder Weltanschauung darf eine Benachteiligung wegen seines Glaubens oder seiner Weltanschauung erfahren.

(Beifall bei der LINKEN)

Das heißt: Wenn in Hessen wie in den meisten anderen Bundesländern ein verpflichtender bekenntnisorientierter Religionsunterricht garantiert ist, dann bitte für alle, egal welcher Religion und Weltanschauung.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Minister, die Kritik an Ihrer NRW-Kollegin ist unberechtigt und schlechter Stil. Ich kann Ihre Verbitterung und Frustration über den Millimeterfortschritt in Hessen nachvollziehen. Aber ganz unschuldig sind Sie daran auch nicht, und das wissen Sie selbst. Manche halten Sie sogar für den Hauptverantwortlichen. Vielleicht sollten Sie auf den erhobenen Zeigefinger verzichten und ein wenig auf dem Vulkan tanzen. Schlechter kann es nicht werden, und vielleicht bewegt sich dann doch noch etwas bis Ende 2013. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. - Das Wort hat der Kollege Beuth, CDU-Fraktion.

Peter Beuth (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden dem Drängen der GRÜNEN auf die Umgehung der Verfassung beim islamischen Religionsunterricht nicht nachgeben.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Integration ist wichtig, aber sie steht nicht über dem Grundgesetz.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut!)

Die Integrationspolitik in diesem Lande verwirklichen wir im Rahmen des Grundgesetzes.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, weil wir das so machen, ist die Position unseres Integrationsministers außerordentlich richtig gewesen. Wir halten die Verankerung einer Sonderstellung des Islam, was hier von den GRÜNEN im Grunde insinuiert wird, für einen unangemessenen Vorstoß. Wir werden die Einführung eines bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts in Hessen nicht ohne eine ausreichende Überprüfung der verfassungsrechtlichen Vorgaben machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir folgen damit dem klaren Auftrag unseres Koalitionsvertrages, den wir uns selbst gegeben haben und den Sie gerne noch einmal nachlesen können. Ich finde, auch hier geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

Zu Beginn der Wahlperiode haben wir in einer klaren Vereinbarung festgelegt, dass wir die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen, erstens, in deutscher Sprache und, zweitens, durch in deutscher Sprache ausgebildete Lehrkräfte prüfen werden.

(Zuruf der Abg. Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir werden das prüfen, und wir werden es einführen, wenn die Prüfung positiv verlaufen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Wir werden es auch ergebnisoffen prüfen – wie Sie das an allen bisherigen Bemühungen des Integrationsministers sehen können. Es ist doch völlig richtig, dass wir bei der Ausgestaltung der Religionsfreiheit in unseren Bemühungen, islamischen Religionsunterricht einzuführen, nicht überstürzt vorgehen – wie das vielleicht an anderen Orten dieser Republik geschieht.

Meine Damen und Herren, ich darf das hier einmal ganz vorsichtig und freundlich sagen: Die Position der GRÜ-NEN hierzu ist außerordentlich bedenklich und kaum nachvollziehbar. An der einen Stelle – hier in Hessen – geht es ihnen bei der Einführung des islamischen Religionsunterrichts nicht schnell genug; an einer anderen Stelle – in Berlin – geht es ihnen nicht schnell genug mit der Abschaffung des christlichen Religionsunterrichts.

(Florian Rentsch (FDP): So ist es!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das, was Sie hier vorführen, ist in keiner Weise nachvollziehbar.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Einführung des islamischen Religionsunterrichts wird nur dann erfolgen, wenn die Regeln des Grundgesetzes vollständig beachtet werden. Das gebietet der Respekt vor dem Grundgesetz, aber auch der Respekt vor dem Recht auf Religionsfreiheit und der Respekt vor einem säkularen Staat. Wir können den islamischen Religionsunterricht nur dann glaubhaft einführen, wenn wir ihn gründlich und korrekt geprüft haben, wenn wir die Errungenschaft der Trennung von Staat und Kirche tatsächlich ernst nehmen wollen.

Diese Regeln sollten wir beherzigen. Denn die Trennung von Kirche und Staat ist eine Errungenschaft in unserem Land, die mittlerweile sogar ein Merkmal unserer modernen Demokratie geworden ist. Die Säkularität verdient eine besondere Achtung, damit wir auch in Zukunft die Freiheit der Religionsausübung garantieren können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen Partner finden. Diese Partner werden gesucht. Diese Partner müssen den Islam repräsentativ und verbindlich vertreten können. Sie müssen selbst die Trennung von Staat und Religion glaubhaft verinnerlicht haben – nicht nur vom deutschen Staat, um auch das deutlich zu sagen. Und sie müssen sich in die Rechtsordnung unseres Grundgesetzes einfügen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr richtig!)

Dass das geht, das beweisen z. B. die Aleviten. Deswegen finde ich es sehr richtig, dass hier genauestens überprüft wird

Einmal völlig unabhängig von der Frage der Organisation und von der Frage, inwieweit es definierbar ist, wer dieser Religionsgemeinschaft zugehörig ist, gelten natürlich die generellen Anforderungen – Herr Integrationsminister, ich bitte, auch die zu überprüfen –, die mit den Erziehungszielen in unserem Land in Übereinstimmung gebracht werden müssen: Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, vorbehaltlose Anerkennung der Menschenrechte, Toleranz und Respekt gegenüber Andersgläubigen und anderen Religionen, Gleichberechtigung von Mann und Frau. Meine Damen und Herren, das sind übergeordnete Erziehungsziele, die eine Religionsgemeinschaft, die an unseren Schulen islamischen Religionsunterricht geben möchte, auch garantieren muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Beuth, Sie müssen zum Schluss kommen.

Peter Beuth (CDU):

Ich komme zum Schluss. – Meine Damen und Herren, in der Koalitionsvereinbarung ist von einem legitimen Partner die Rede. Genau diesen legitimen Partner versuchen wir zu finden.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Den finden Sie nicht!)

damit wir das Ziel, die Einführung des islamischen Religionsunterrichts, auch wirklich glaubhaft umsetzen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Beuth. – Das Wort hat der Abg. Merz, SPD-Fraktion.

Gerhard Merz (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! "Ihr naht euch wieder, schwankende Gestalten, die früh sich einst dem trüben Blick gezeigt" – so könnte man diese Aktuelle Stunde auch überschreiben. Am Ende dieser Legislaturperiode werde ich wahrscheinlich gefühlte 80 % meiner Plenarredezeit mit diesem Thema verbracht haben. Wenn es der Sache dienlich ist, ist das auch in Ordnung. Ich habe mich allerdings gefragt, was heute Anlass dieser Debatte ist.

Ich muss sagen: Was die hessischen Verhältnisse angeht, habe ich jetzt wirklich einen neuen Anlass gefunden.

Allerdings liegt dieser Anlass in der Person des Ministers – der in dieser Debatte eine gewisse Rolle spielt –, weniger in der Sache.

Zunächst will ich etwas zu der Sache selbst sagen, wie sie sich in Hessen darstellt.

Der Stand der Dinge ist der, dass der runde Tisch nach einem ziemlichen Geholper bei seiner Zusammensetzung seine Arbeit aufgenommen hat. An diesem Geholper hat auch die Landesregierung einen gewissen Anteil; es ging darum, ob beispielsweise die Islamische Religionsgemeinschaft an diesem runden Tisch zu beteiligen ist oder nicht. Das Ergebnis ist, dass es ein gemeinsames Curriculum gibt, auf das sich alle am runden Tisch vertretenen Verbände geeinigt haben.

Ein zweites Ergebnis ist der Beginn der islamischen Religionslehrerausbildung in einem gemeinsamen Projekt der Universitäten Frankfurt und Gießen. Auch das ist ein Schritt in der Sache nach vorne, in die richtige Richtung.

Ein weiteres Ergebnis ist: Es gibt zwei Religionsgemeinschaften oder zwei islamische Vereinigungen, die einen Antrag gestellt und insofern erklärt haben, dass sie sich auf den Weg, der beschrieben worden ist, machen wollen, um anerkannt zu werden. Es sind zwei Gutachten in Auftrag gegeben worden – wenn ich es richtig sehe, eines, das religionswissenschaftlicher Natur ist und bis Ende März vorliegen soll, und eines, das eher die verfassungs- und staatskirchenrechtlichen Probleme beleuchtet und das wohl bis Mitte dieses Jahres vorliegen soll.

Lieber Kollege Beuth, vielleicht hätten Sie einmal den Kollegen Bauer oder vielleicht auch den Kollegen Tipi fragen sollen: Diese Prüfung ist nicht identisch mit einer Überprüfung durch den Verfassungsschutz. Wenn Sie die Elle anlegen würden – nur einmal als Beispiel –, dass eine Religionsgemeinschaft immer und vorbehalt- und kompromisslos die Gleichberechtigung von Mann und Frau propagieren muss, dann sollten Sie einmal bei denen, die derzeit als Religionsgemeinschaft anerkannt sind, schauen, ob die das immer tun. – Diese Frage hat in diesem Zusammenhang nicht wirklich etwas zu suchen.

Meine Damen und Herren, das Ziel war und ist ein bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht, wie er dem Begriff entspricht, und der deshalb vollgültig und gleichberechtigt neben dem Religionsunterricht der anderen Bekenntnisse steht.

Das entspricht unserer Auffassung: dass die Gleichberechtigung der Religionen im Zentrum der Debatte steht – nicht aber pragmatische Fragen der Integrationspolitik.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wir haben es von Anfang an betont: Hier geht es um die Gleichbehandlung aller Religionen durch den Staat und gleichzeitig – das ist die Kehrseite davon – um die weltanschauliche und religiöse Neutralität des Staates. Diese beiden Seiten gehören untrennbar zur selben Medaille.

Das entspricht auch der Haltung der Verbände, die am runden Tisch beteiligt waren. Sie sind auch dieser Auffassung. Deswegen haben sie auch die Anträge gestellt und sich diesem Verfahren unterzogen, das jetzt mit den beiden Gutachten vorangetrieben werden soll.

Deswegen glauben wir, dass dieser Weg, der in Hessen eingeschlagen worden ist, jetzt – wie gesagt, war er mit viel Stolpern und vielen Irritationen verbunden; dazu komme ich noch – konsequent und ohne Verzögerung zu Ende gegangen werden muss. Wir sind verhalten zuversichtlich,

dass die Gutachten den Weg dafür ebnen werden. Wir erwarten, dass, wenn das der Fall ist, dieser Weg dann politisch ohne Wenn und Aber umgesetzt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Da muss ich allerdings sagen: Dessen sind wir nach wie vor nicht vollständig sicher.

Meine Damen und Herren, jetzt in aller Kürze zum zweiten Punkt. Ja, es gibt Anlass, über das Verhalten des Ministers zu reden. Herr Minister, dieses Verhalten war irritierend und töricht, und es ist kontraproduktiv.

(Widerspruch des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

– Ja, es ist so. – Sie haben – darauf habe ich hingewiesen – den holprigen Start mitzuverantworten. In der Vergangenheit haben Sie immer und immer wieder auch von "Islamkunde" gesprochen, also von etwas, das dem Begriff nach etwas vollkommen anderes ist als der islamische Religionsunterricht. Damit haben Sie für Irritationen gesorgt – nicht nur hier im Haus, sondern auch bei den Teilnehmern am runden Tisch.

Mit Ihren Äußerungen zu Nordrhein-Westfalen haben Sie sich in der Tat in die Angelegenheiten anderer Bundesländer eingemischt. Interessanterweise haben Sie zu Niedersachsen nie etwas gesagt,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

obwohl es auch in Niedersachsen ein Beiratsmodell gibt und der niedersächsische Weg von dem der nordrheinwestfälischen Landesregierung nicht so weit entfernt ist.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Wenn es denn richtig wäre, dass dieser Weg verfassungsrechtlich bedenklich ist – wofür manches spricht –, dann würde das auch für Niedersachsen gelten. Dazu haben Sie nie etwas gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, da liegt doch der Verdacht nahe, dass es nicht nur in der Sache liegende Gründe waren, die Sie zu diesen Äußerungen veranlasst haben, sondern dass es durchaus die Lage Ihrer Partei in Nordrhein-Westfalen gewesen sein mag. Ich würde jetzt gerne noch das eine oder andere zu dem sagen, was Sie hier dargestellt haben.

Vizepräsident Frank Lortz:

Tun Sie mir den Gefallen, und machen Sie es nicht.

(Allgemeine Heiterkeit)

Gerhard Merz (SPD):

Wenn ich noch einen Satz sagen darf: Es kann doch in dieser Frage in Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht darum gehen, Vorrechte für irgendjemanden einzuräumen. Wir sind hier bei einer Notlösung, bei einer zweitrangigen Lösung, aber sicherlich nicht bei Vorrechten. Was das alles mit Scharia zu tun hat, das müssten Sie uns auch noch einmal erklären. Dazu haben Sie jetzt Gelegenheit. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, um Missverständnissen vorzubeugen: Bei uns geht es nur um die Redezeit und nicht um Inhalte. – Herr Staatsminister Hahn hat das Wort.

Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich bin ich Frau Öztürk und den GRÜNEN dankbar dafür, dass sie heute diese Aktuelle Stunde beantragt haben – auch wenn ich sicherlich darauf hinweisen darf, dass jeder für die Wortwahl der Aktuellen Stunde und deren Folgen selbst verantwortlich ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich bin sehr dankbar, dass drei Fraktionen in diesem Haus – so habe ich den Wortbeitrag des Kollegen Merz interpretiert; wir haben uns auch in den letzten Monaten sehr oft über dieses Thema unterhalten – den Weg, den wir, die Hessische Landesregierung und insbesondere Frau Ministerin Henzler als zuständige Kultusministerin und ich als Integrationsminister, gehen, unterstützen und mitgehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie es mich ganz kurz auf den Punkt bringen, und dann gebe ich auch den Unterschied zwischen Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen noch einmal zu Protokoll.

Ganz bewusst haben die Väter und die Mütter unserer Verfassung eine Trennung von Staat und Religion vorgenommen. Wir sind kein laizistischer Staat. Die Bundesrepublik Deutschland und auch schon vorher die Weimarer Verfassung haben den Gedanken des säkularen Staates. Wenn man eine Trennung von Staat und Religion vornimmt, dann muss man sich darüber hinaus darüber unterhalten, wie man das in der Schule macht. Da gibt es eine klare und unumstößliche Vorgabe in Art. 7 Abs. 3 unseres Grundgesetzes.

Ich mache es einmal bildhaft: In der staatlichen Schule dürfen Religionsgemeinschaften bekenntnisorientierten Unterricht vornehmen. In der staatlichen Schule dürfen also Religionsgemeinschaften Werbung für ihren Glauben machen. Das ist, wenn Sie es jemand anderem im Ausland, schon allein in Frankreich, erklären, ganz schwer zu kommunizieren. Das ist auch das Missverständnis, das bei einigen vorhanden ist.

Das ist etwas ganz Besonderes: Trennung von Staat und Kirche und trotzdem Zusammenarbeit. Das ist nur möglich unter ganz besonderen Voraussetzungen. Herr Kollege Beuth hat es eben sehr trefflich formuliert, es gibt nicht ein bisschen Verfassung, und es gibt für die Hessische Landesregierung nicht erst einmal acht Jahre keine Verfassung. Für uns gibt es bei diesem Thema aus wohlüberlegten staatsrechtlichen, aber auch ganz allgemein politischen Gründen nur die Aussage: Die Verfassung wird 1:1 umgesetzt, weder light noch erschwert.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Der klassische Unterschied zwischen Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen liegt darin, dass Niedersachsen zwar auch ein Beiratsmodell hat – ich habe erhebliche Bedenken, ob das überhaupt verfassungsgemäß ist –, es aber immerhin so organisiert ist, dass der Beirat von Religionsgemeinschaften, wenigstens von solchen, die sich als Religionsgemeinschaften fühlen, besetzt wird. Das heißt, die Religionsgemeinschaften besetzen selbst das entschei-

dende Gremium. In Nordrhein-Westfalen macht das der Staat. Es darf nicht sein, dass der Staat Religionsgemeinschaften übernimmt. Es darf nicht sein, dass der Staat Religionsunterricht übernimmt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist ein gravierender Verstoß gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für Niedersachsen gilt das auch!)

– Herr Al-Wazir, ich habe es doch eben erklärt. In Niedersachsen gibt es einen gravierenden Unterschied von denjenigen, die dort sitzen. Es gibt nicht ein bisschen, sondern es gibt immer eine Grenze. Die Grenze ist in NRW erkennbar überschritten. In Niedersachsen ist man vielleicht knapp dran. Das ist der Unterschied zwischen diesen beiden Ländern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich darf Ihnen aber Folgendes mitteilen, weil Frau Kollegin Öztürk jetzt endgültig die Art der GRÜNEN, sich mit Migrationspolitik zu beschäftigen, verändert hat: Es ist schlicht unwahr, wenn Frau Öztürk so tut, als wisse sie nicht Bescheid, wie der derzeitige Stand der Entwicklung ist.

(Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Kleine Anfrage wurde bisher nicht beantwortet!)

Frau Kollegin Öztürk, es gibt nicht nur Kleine Anfragen, sondern es gibt in diesem Lande auch einen Integrationsbeirat. Den Integrationsbeirat habe ich vor drei Wochen genau über diesen Sachstand informiert. Hier gibt es einige Kolleginnen und Kollegen im Raum, die mit dabei gewesen sind. Auch Sie sind dabei gewesen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben das Parlament zu informieren! – Zuruf der Abg. Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deswegen können Sie nicht so tun, als kennen Sie den Sachstand nicht. Sie kennen ihn zu 100 %, und zwar aus dem Munde des Integrationsministers. Ich lasse es nicht zu, dass Bilder karikierend dargestellt werden, wenn Frau Öztürk persönlich anwesend gewesen ist, jetzt so tut, als ob sie es nicht von der Landesregierung wisse. Das ist ein unfairer Stil. Liebe Frau Öztürk, das lassen wir uns nicht gefallen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie wissen es genau, ich will es noch einmal wiederholen, dass es zwei gutachterliche Prüfungsaufträge seitens des Kultusministeriums gibt, für die Ahmadiyya-Gemeinde und die DITIB, und zwar zur Frage der Religionsgemeinschaften. Wir haben die Zusage – ich habe als Anwalt schon oft die Zusage von Sachverständigen gehört –, dass bis Ende dieses, Anfang nächsten Monats die Gutachten vorliegen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe darüber hinaus den Integrationsbeirat darüber informiert, dass dann jeweils noch ein staatskirchenrechtliches Gutachten erstellt werden muss. Da gibt es auch schon den entsprechenden Auftrag. Der entsprechende Professor – es gibt nur einen – hat zugesagt, bis zur Sommerpause damit fertig zu sein.

Jetzt habe ich dies offiziell auch dem Landtag zur Kenntnis gegeben. Wir als Landesregierung hoffen, dass die Professoren diese Fristen auch einhalten.

Dann passiert genau das, was unter anderem auch Herr Merz eben gesagt hat. Es gibt eine ergebnisoffene Prüfung, dann gibt es auch ein Ergebnis. Daran halten wir uns. Es gibt dann keine Diskussionen darüber, wenn die Fachleute zu dem Ergebnis kommen, es ist eine Religionsgemeinschaft nach Art. 7 Abs. 3. Dann werden wir diesen Religionsgemeinschaften auch anbieten, an hessischen Schulen bekenntnisorientierten Religionsunterricht durchzuführen. Das ist eine ganz klare Ansage.

Wenn die Gutachter zu dem Ergebnis kommen, dass es keine Religionsgemeinschaften sind, dann werden wir – Frau Kollegin Öztürk, das ist die zweite unwahre Behauptung von Ihnen – das weiter betreiben, was im Kultusministerium schon lange vorbereitet wird.

(Zuruf der Abg. Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dieser Religionsunterricht wird dann auf der Grundlage des Curriculums, das von dem von mir einberufenen runden Tisch erarbeitet worden ist, durchgeführt. Das ist die Grundlage dafür, Islamkunde dann an hessischen Schulen durchführen zu können. Die Vorarbeiten sind geleistet. Die Ausbildung der Lehrer findet statt, Herr Merz hat es eben gesagt. Was soll also diese Debatte? – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir und Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Über drei Jahre!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister Hahn. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 53 auf:

Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine Aktuelle Stunde (Neuordnung des Länderfinanzausgleichs – Hessen für mehr Dynamik und Anreize zur Festigung der Solidarität) – Drucks. 18/5473 –

Das Wort hat Herr Kollege Rentsch, Fraktionsvorsitzender der FDP.

Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute viele Gäste im Hessischen Landtag. Sie sind auch daran interessiert, wie es um die hessischen Landesfinanzen steht. Wir haben gestern eine sehr intensive Debatte über die Frage gehabt, was wir mit den Kommunen in diesem Land machen. Insgesamt geht es um die Frage: Wie steht Hessen finanziell da?

Wenn man sich diese Frage stellt, ist die Problematik des Länderfinanzausgleichs – sie ist für Hessen eine Problematik – ein ganz wichtiges Thema, das wir im Landtag auch schon mit gemeinsamen Beschlüssen mehrfach diskutiert haben.

Die Fraktionen der FDP von Bayern, Baden-Württemberg und Hessen haben vor über zwei Jahren ein Gutachten in Auftrag gegeben. Das Ergebnis war klar. Das Gutachten hat die Verfassungswidrigkeit des bestehenden Systems festgestellt. Es überrascht uns auch nicht. Es

kann nicht angehen, dass ein Land wie Hessen jedes Jahr im Durchschnitt über 2 Milliarden € in ein Solidarsystem zahlt und in diese Solidarität mehr Geld hineinsteckt als in die Neuverschuldung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das zeigt, dass gerade die, die stark sind, letztlich unter ihrer Stärke leiden müssen. Diese Stärke ist ja auch mit Einschränkungen für unsere Bürgerinnen und Bürger verbunden. Es ist unbestritten, dass der Flughafen aus der Sicht der FDP und der CDU – vielleicht aus Sicht auch von Teilen der Sozialdemokratie – ein wichtiger Baustein der Wirtschaftsinfrastruktur in Hessen ist. Dieser Mobilitätsflughafen, der letztlich dafür Sorge trägt, dass nicht nur unmittelbar dort Arbeitsplätze entstehen, sondern auch drum herum, ist letztendlich das Rückgrat einer ganzen Region und über diese Region hinaus für angrenzende Bundesländer.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Keiner von uns bestreitet, das haben die Diskussionen der letzten Monate klar gezeigt, dass dieser Flughafen auch zu Beeinträchtigungen der Lebensqualität führt. Das ist so. Wer in einem Ballungsraum mit hoher wirtschaftlicher Prosperität, mit hohen Einkommen wohnt, der muss feststellen, dass es auch eine andere Seite mit entsprechenden Auswirkungen gibt.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Er muss auch Fluglärm ertragen, genau!)

Insofern müssen wir darüber diskutieren, wie man eine Balance in Deutschland schaffen kann, dass die, die sich anstrengen, letztendlich auch etwas davon haben, und Bundesländer, die das nicht tun, eben nicht so viel haben.

(Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, es geht uns nicht darum, Solidarität aufzukündigen. Ich weiß, das ist Ihr Thema, Herr Kollege Schaus. Solidarität zwischen den Bundesländern muss sein. Die Solidarität muss aber so gestaltet sein, dass der, der mehr macht, zum Schluss auch mehr in der Tasche hat. So einfach ist das.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben gehofft, schon heute in der Situation zu sein, über Fortschritte in den Verhandlungen berichten zu können. Das ist leider nicht so. Der Bayerische Ministerpräsident, Herr Seehofer, ändert seine Meinung zu diesem Thema ein bisschen mit den Jahreszeiten. Man weiß nie so richtig, wo er steht. Seitdem in Baden-Württemberg ein grüner Ministerpräsident arbeitet, Herr Kretschmann, gibt es auch dort unterschiedliche Aussagen zu diesem Thema. Am Anfang hat er sich sehr offensiv geäußert, dann hat er sich defensiv geäußert, jetzt hat er sich wieder sehr offensiv geäußert. Es wäre schön, wenn wir gemeinsam dafür Sorge tragen würden – nicht aus parteipolitischer Sicht –, dass die drei Geberländer, die die Hauptlast tragen, auch weiterhin gemeinsam marschieren. Das ist ein wichtiger Punkt unserer Solidarität.

(Beifall bei der FDP)

Um nicht ständig die Diskussion zu führen, was wir nicht wollen, sondern konsequent zu sagen, wohin der Weg gehen muss, haben wir mit viel Glück einen Gutachter bekommen, Prof. Dr. Lars Feld, der gemeinsam mit Herrn Prof. Kube, der unser rechtliches Gutachten erstellt hat,

nun den Weg beschreitet, für uns ein Modell zu erarbeiten, wie man ein neues System organisieren könnte. Viele kennen Prof. Feld. Er ist Leiter des Walter-Eucken-Instituts und Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik Deutschland, ein sehr profunder Mann, der schon bei der einen oder anderen Anhörung hier im Landtag Rede und Antwort gestanden hat. Deshalb freue ich mich darauf, dass wir bis zum Spätsommer ein Modell erarbeitet bekommen haben, sodass wir darüber diskutieren können, ob das eine Grundlage für die weiteren Verhandlungen ist.

Kann man sich ein solches Modell vorstellen? Prof. Feld hat auf zwei Punkte Wert gelegt. Erstens. Es ist nicht gerecht, dass viele der Berechnungsgrundlagen auf der Frage der Zahl der Einwohner basieren. Diese Einwohnersystematik ist überholt. Die Zahl der Einwohner kann nicht Grundlage der Entscheidung sein, ob ein Land Geld aus dem Finanzausgleich bekommt oder nicht.

Zweitens. Es geht vor allen Dingen um die Frage, ob es eine Verbindung zwischen politischen Entscheidungen und Wahlen gibt. Das heißt, dass die Bürger möglicherweise ein Stück Haftung übernehmen müssen, wenn ihr Land in einem bestimmten Bereich mehr machen will. Ab 2020 fällt das Instrument der Nettoneuverschuldung weg, Gott sei Dank. Wenn dieses Instrument weggefallen ist, dann müssen sich die Menschen entscheiden. Wer in Nordrhein-Westfalen beispielsweise Rot-Rot-Grün wählt, der muss tiefer in die Tasche greifen, weil unsinnige Projekte finanziert werden. Das ist dann der Unterschied.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich freue mich auf das Ergebnis der Überlegungen von Prof. Kube und Prof. Feld, die uns aufschreiben wollen, wie man das systematisch machen kann. Ich freue mich aber auch auf ein neues Modell, das Verantwortung installiert, das möglicherweise dazu führt, dass Wahlentscheidungen auch Finanzentscheidungen sind. Man kann nicht Rot-Rot-Grün wählen und sich dann wundern, wenn es teurer wird. Die Menschen müssen die Verantwortung für ihre Wahlentscheidung tragen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Rentsch. – Das Wort hat der Abg. Marius Weiß, SPD-Fraktion.

Marius Weiß (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Länderfinanzausgleich – wieder einmal. Ich habe mir die Mühe gemacht, zusammenzutragen, wie oft wir uns allein in dieser Wahlperiode über den Länderfinanzausgleich unterhalten haben. Die Regierungsfraktionen haben zehn Anträge zum Länderfinanzausgleich gestellt. Heute findet die fünfte Aktuelle Stunde zu diesem Thema statt – nein, die vierte, denn einmal haben CDU und FDP für den gleichen Tag eine Aktuelle Stunde dazu beantragt; da hat die Abstimmung nicht funktioniert. Die Titel lauteten: "Verhandlungen zum LFA zügig abschließen", "Für mehr Gerechtigkeit im LFA". Vor zwei Jahren hieß es im September: "LFA – Hessen packts an" und im Dezember: "LFA – jetzt reicht es".

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, uns reicht es wirklich, dass Sie nichts anpacken, sondern ständig Anträge zum LFA produzieren, die lediglich dazu da sind, sich selbst Mut zu machen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt kommen Sie mit einem Gutachten daher, das erst im Herbst vorliegen soll. Eine Spaßbremse sind Sie wirklich nicht, Herr Rentsch. Das muss man Ihnen lassen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen um die Probleme und die Ungerechtigkeiten, die im System stecken, um die mangelnde Anreizwirkung und um die Einwohnerveredelung. Darüber haben wir uns hier länger unterhalten. Der Länderfinanzausgleich allein ist aber nicht das Problem. Herr Rentsch, das wissen auch Sie. Nach dem LFA ist Hessen immer noch vorne. Die Reihenfolge ändert sich erst, wenn die Bundesergänzungszuweisungen hinzukommen, die in ihrer Summe etwa das Doppelte der Mittel ausmachen, die aus dem LFA kommen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Ist das nicht ungerecht?)

Herr Kollege Rentsch, Sie haben hier eben gesagt: Wir müssen diesen Weg gehen. – Sie haben all das gesagt, was nicht geht, was am LFA verfassungswidrig ist. Sie haben aber nicht einen einzigen Weg aufgezeigt, wie es denn anders gehen könnte. Ich hätte eigentlich erwartet, dass Sie ein paar Lösungsbeispiele bringen, wenn Sie den LFA zum Thema machen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das hat er doch gemacht!)

Ich hätte erwartet, dass Sie etwas dazu sagen würden, wie es z. B. mit der Überlegung ist, Einkommensteuer und Umsatzsteuer jeweils zu einer reinen Bundessteuer bzw. einer reinen Ländersteuer umzuwidmen, womöglich mit einem eigenen Heberecht für die Länder. Dazu haben Sie nichts gesagt. Was ist mit dem Vorschlag, die Steuererhebung ganz beim Bund zu zentralisieren und den Ländern feste Quoten an den Einnahmen zuzugestehen? Ein weiterer Vorschlag: Die Umsatzsteuer könnte, wenigstens zum Teil, nach dem Bedarf der Länder verteilt werden. Diesen Bedarf könnte man an den Arbeitslosenquoten und der Bevölkerungsentwicklung messen.

(Zurufe der CDU: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Ein weiterer Vorschlag: Dem Bund könnte ein größerer Teil der Gemeinschaftssteuern überlassen werden, und den Nehmerländern würden einzig Bundesergänzungszuweisungen zufließen. Zu all diesen Punkten hätten Sie hier etwas sagen können.

Ein Vorschlag, der ebenfalls in der Diskussion ist, den ich persönlich sehr spannend finde, betrifft die Kosten für neue Steuerfahnder, um hier einen Anreiz zu schaffen. Wenn man neue Steuerfahnder einstellt, könnten von den Mehreinnahmen, die diese generieren, die Kosten für die neuen Steuerfahnder abgezogen werden, bevor die restlichen Mittel in den Finanzausgleich verschwinden. Auch das ist ein interessanter Vorschlag. Ich hätte eigentlich erwartet, dass Sie hier nicht nur sagen, was nicht geht, son-

dern dass Sie auch ein paar Punkte aufzeigen, die gehen, Herr Kollege Rentsch.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nur populistisch "Der LFA muss weg!" zu rufen ist viel zu wenig. Das wird auch dem bündischen Prinzip nicht gerecht, das in der Verfassung steht.

Es ist aber völlig klar, warum Sie das machen. Herr Rentsch, Sie brauchen den LFA. Deshalb passiert hier nichts. Sie brauchen den LFA – das haben wir gerade wieder gemerkt –, um die Stammtische zu bedienen, um andere Landesregierungen zu beschimpfen, um den Leuten zu erzählen, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz und in NRW von unserem Geld leben.

(Zurufe von der CDU)

Die Landesregierung braucht den LFA, um weiterhin eine Ausrede zu haben, warum sie ihr Haushaltsdefizit nicht in den Griff bekommt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Sie brauchen den LFA, und deshalb tut sich nichts. Das ist der Grund.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Herr Milde, schreien Sie ruhig. Tun Sie doch etwas. Ich weiß, das ist schwer. Umso schlimmer ist, dass Sie regieren, aber zumindest könnten Sie es versuchen.

(Zuruf des Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Herr Kollege Milde, ich weiß, dass Sie etwas machen wollen. Ich weiß, dass das in einer Koalition nicht immer einfach ist. Sie haben einen gelben Klotz am Bein, auch wenn der inzwischen zu einem Klötzchen geworden ist.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wenn Sie zumindest bei einer Sache eine feste Meinung haben, dann gehen Sie doch bitte stringent vor, statt hier seit zwei Jahren Luftblasen zu produzieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Sie haben drei Möglichkeiten. Sie können versuchen, mit den Nehmerländern ins Gespräch zu kommen. Das ist aber nicht so einfach, wenn Sie sich hierhin stellen und sie ständig beleidigen. Dann würde ich mich als Nehmerland nicht unbedingt mit Ihnen an einen Tisch setzen wollen. Sie haben zweitens die Möglichkeit, z. B. bei der Verteilung der EFRE-Mittel Druck zu machen. Da haben Sie viele Möglichkeiten. Sie haben drittens die Möglichkeit, endlich zu klagen. Das ist nämlich Beschlusslage des Landtags.

Sie haben unsere volle Unterstützung, egal welche der drei Möglichkeiten Sie wählen. Aber machen Sie bitte etwas

(Beifall bei der SPD)

Peter Ustinov hat einmal gesagt: Wer ständig auf der Stelle tritt, kann nur Sauerkraut produzieren. – Das ist oft genauso unverdaulich wie das jahrelange Zaudern von Schwarz-Gelb beim Länderfinanzausgleich. – Vielen Dank

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Weiß. – Nächster Redner ist der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Willi van Ooyen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Willi, jetzt mach nicht die Spaßbremse!)

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Auf die Spaßbremse muss ich noch kommen; das ist klar. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich erinnere mich an die vom Kollegen Weiß beschriebenen Debatten, die wir hier hatten; denn sie standen alle unter dem Motto "Und täglich grüßt das Murmeltier".

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Diese Plenarwoche wird ebenfalls von einer solchen Debatte gekrönt. Auch heute dürfen wir uns mit einem Antrag beschäftigen, der darauf abzielt, den Länderfinanzausgleich für reformbedürftig zu erklären. Wir alle wissen, dass der bestehende Länderfinanzausgleich vom Land Hessen mitgetragen wird und von Herrn Koch mit unterzeichnet wurde. Wir alle wissen, dass der Länderfinanzausgleich nach dem Auslaufen des Solidarpakts im Jahr 2019 sowieso neu verhandelt werden muss. Nur um sich nicht mit 20 Jahren verfehlter Steuerpolitik beschäftigen zu müssen, thematisiert Schwarz-Gelb hier regelmäßig die Finanzlage anderer Bundesländer.

Sie alle, CDU und FDP und natürlich auch SPD und GRÜNE, lamentieren immer wieder darüber, wie ungerecht der LFA sei. Ich könnte Sie verstehen, wenn Sie alle endlich offen sagen würden, worum es Ihnen geht, nämlich um die Senkung der Nettoneuverschuldung des Landes Hessen auf Kosten anderer Bundesländer. Das ist eine der Grausamkeiten, mit deren Hilfe Sie alle die Schuldenbremse einhalten wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist Ihnen die liebste Grausamkeit; denn wenn in Bremen oder in Rheinland-Pfalz die Kitas für alle teurer werden, ist das kein hessisches Problem mehr.

(Horst Klee (CDU): Die nehmen doch gar kein Geld!)

In der vergangenen Woche hat sich die FDP wieder einmal damit hervorgetan, ein Papier zum Länderfinanzausgleich, wenn schon nicht zu veröffentlichen – Herr Rentsch, das gibt es nicht, das ist gar nicht bekannt –, so doch zumindest anzukündigen. Nebenbei gesagt: Ich bin nicht erstaunt darüber, dass die FDP auch in diesem Fall Ankündigungen liefert. Das, was wir von der FDP zum Länderfinanzausgleich hören, besteht nämlich darin, dass sie, neben einer Verstümmelung der Solidarität im Bundesstaat, versucht, der neoliberalen Steuerpolitik zur Geltung zu verhelfen.

(Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Endlich wieder!)

Das geschieht auch in Zusammenarbeit mit dem Professor, den ich als die letzte Stütze des Neoliberalismus betrachte. Der soll doch einmal den Versuch unternehmen, eine gescheiterte Politik wiederzubeleben.

"Meine Herren von der FDP", wollte ich sagen; aber ich sehe, Frau Henzler ist ebenfalls anwesend. Ich muss natürlich auch Frau Henzler begrüßen.

(Heiterkeit bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da hast du aber lange gesucht, bis du eine gefunden hast!)

– Ja. – Mit dem Mantra von einem einfacheren und für Reiche gerechteren Steuersystem sind Sie gescheitert. Sie werden sicher keine Mehrheit für ein System finden, bei dem die Bundesländer in einen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern eintreten werden. Der Vorschlag, dass die Länder eine größere Steuerautonomie bekommen, ist absurd.

Während sich – bis auf die Rest-FDP – mittlerweile alle dafür einsetzen, dass wir das Steuersystem in Europa harmonisieren, etwa mittels einer Finanztransaktionssteuer, schlagen Sie vor, dass die Steuersätze im Taunus niedriger ausfallen als im Saarland. Genau darum geht es doch: Wenn ich von jemandem, der der FDP angehört, das Wort "Steuerautonomie" höre,

(Florian Rentsch (FDP): Bitte umblättern!)

weiß ich schon, dass es vor allem darum geht, eine Steuersenkungsautonomie durchzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

So wird man sich aber sicherlich nicht auf eine Reform des Länderfinanzausgleichs einigen. Eines will ich Ihnen von SPD, CDU, FDP und GRÜNEN aber sagen: Wenn Sie wirklich der Meinung sind, dass der LFA verfassungswidrig ist, schlagen Sie den Weg nach Karlsruhe ein. Ich bin sicher, Sie werden scheitern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege van Ooyen. – Das Wort hat der Abg. Milde, CDU-Fraktion.

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Kollege Weiß hat moniert, dass wir hier regelmäßig über den Länderfinanzausgleich debattieren, Klagen androhen und uns auch öffentlich dazu äußern. Ich muss sagen, das hat einen sehr guten Grund – Herr Kollege Rentsch hat darauf hingewiesen ∹ Hessen ist der größte Zahler im Länderfinanzausgleich. Jedes Jahr gehen 1,8 bis 2,5 Milliarden €, die in Hessen erwirtschaftet werden, an andere Bundesländer. Das ist ein guter Grund, um hier darüber zu diskutieren.

(Beifall bei der FDP)

Ich weiß auch, warum das Ihnen von der Opposition auf den Keks geht. Ich will gar nicht die Spaßbremse sein. Sie können Ihren Spaß dabei haben, kein Problem.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD, dem BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Aber welche Länder nehmen denn das Geld? Da gibt es zunächst einmal Ihr Lieblingsland Rheinland-Pfalz. Wir weisen hier regelmäßig darauf hin, dass Rheinland-Pfalz mehr als 260 Millionen € pro Jahr aus Hessen bekommt. Dann haben wir das Land Berlin, das mit den insgesamt

mehr als 3 Milliarden €, die jedes Jahr dorthin fließen, übrigens den Spitzenplatz einnimmt. Man muss sich in der Tat überlegen, ob all diese Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich kommen müssen oder ob sie nicht eher vom Bund geleistet werden sollten.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber das wird bis heute aus dem Länderfinanzausgleich bezahlt. Es ist daher logisch, dass es nicht so einfach ist, auf dem Verhandlungsweg Ergebnisse zu erzielen, wenn von 16 Bundesländern maximal vier – manchmal auch nur drei – Zahler sind, während die restlichen zwölf oder 13 Nehmerländer sind. Mit denen kann man nicht auf normalem Niveau verhandeln, wenn nicht, wie der Kollege Rentsch zu Recht gesagt hat, Druck aufgebaut und mit einer Klage gedroht wird. Deswegen ist es auch richtig, den Klageweg zu beschreiten.

(Beifall bei der CDU)

Richtig ist auch, dass eine solche Klage gut vorbereitet wird. Bei der letzten Klage war das übrigens schon einmal so. Eben wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass unter dem Vertrag über das bestehende System auch die Unterschrift des Vertreters des Landes Hessen steht. Es ist aus der Not geboren, d. h. über den Verhandlungs- und den Gerichtsweg entstanden, und es hat uns im Länderfinanzausgleich Verbesserungen in Höhe von mehreren 100 Millionen € jährlich eingebracht. Ich muss Ihnen sagen, das ist besser als nichts – besser als die Art und Weise, wie die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich vorher geregelt waren.

Es war daher ein großer Erfolg der damaligen Regierung aus CDU und FDP – mit der Unterschrift von Roland Koch –, dass wir danach Hunderte Millionen € gespart haben. Auf dieses Ergebnis können wir in Hessen durchaus stolz sein.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die GRÜNEN haben es sich zur Aufgabe gemacht – mehr als die SPD übrigens, auch wenn sie in Baden-Württemberg etwas von der Fahne gegangen sind –, beim Länderfinanzausgleich Änderungen vorzunehmen. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg hat es auf den Punkt gebracht. "Das System ist total bescheuert", hat er gesagt. Er hat dann vorgeschlagen, den Länderfinanzausgleich einfach abzuschaffen. Das ist ein "toller" Vorschlag – wie man sagen muss –; denn es ist natürlich leicht, vom Abschaffen zu reden. Herr Kollege Kaufmann, konkrete Vorschläge dazu gibt es nicht.

Von den GRÜNEN liegt ein Gutachten dazu vor, das Frau Prof. Behnke erstellt hat. In dem Gutachten, das durchaus hessische Interessen berücksichtigt, kommt man zu dem Ergebnis, dass man von einem rein einkommensorientierten System wegkommen und sich auf ein bedarfsorientiertes zubewegen muss. Allerdings fehlt bis heute jeder Vorschlag dafür, wie ein solches bedarfsorientiertes System aussehen könnte. Meine Befürchtung ist, dass es für uns am Ende teurer wird, als es jetzt ist.

Es hat einen Vorteil: Die Einnahmen würden zu 100 % im Land verbleiben. Das heißt, wir hätten bei einem solchen System, das auf den ersten Blick ganz gut aussieht, in der Tat den Vorteil, dass es einen Anreiz gibt. Einen Anreiz wollen wir geben: Wer viel erwirtschaftet, soll davon auch viel behalten können.

Nur ist es so, dass der Länderfinanzausgleich bisher auch für finanzstarke Länder eine ausgleichende Wirkung hat. In manchen Jahren, wenn in Hessen die Steuereinnahmen nicht so hoch waren und wir statt 2,5 nur 1,5 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich gezahlt haben, stellte dieses System auch eine Chance dar, auf Steuereinbrüche zu reagieren, wenn es in anderen Bundesländern gut lief. Das würde wegfallen. Darauf weise ich nur einmal hin. So einfach sind diese Vorschläge nicht, die Sie machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, deswegen begrüßen wir die Aktuelle Stunde heute sehr. Eigentlich müssten wir jedes Mal eine Aktuelle Stunde zum Länderfinanzausgleich machen.

(Florian Rentsch (FDP): Wir überlegen, ob wir das beantragen!)

Das System, das wir brauchen und wollen, muss einfacher werden. Es muss anreizgerecht werden, und es muss vor allen Dingen eine geringere Belastung für Hessen bringen. Es kann nicht sein, dass die Kindergartenplätze in Rheinland-Pfalz kostenlos sind.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Das sind sie übrigens auch deswegen, und das sei mein letzter Satz: Das Wohnsitzprinzip führt dazu, dass Rheinland-Pfalz von jemandem, der am Frankfurter Flughafen arbeitet, aber in Rheinland-Pfalz wohnt, Einkommensteuer bekommt. Zur Strafe kommt dann auch noch Geld aus dem Länderfinanzausgleich nach Rheinland-Pfalz. Es gibt für Rheinland-Pfalz einen richtigen Anreiz, die Kindergartengebühren abzuschaffen, weil es dann noch mehr Geld aus dem Länderfinanzausgleich bekommt. Das ist nicht gerecht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Milde. – Das Wort hat Frau Abg. Erfurth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben schon lange nicht mehr so einen Blödsinn geredet! Was ist denn, wenn einer in Rheinland-Pfalz arbeitet, aber in Hessen wohnt? – Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten – Florian Rentsch (FDP): Geben Sie ein Sauerstoffzelt in die letzte Reihe!)

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Milde, ich möchte Ihnen widersprechen: Wir sollten nicht jede Plenarrunde über den LFA diskutieren. Es sollte endlich einmal etwas getan werden und nicht nur geschwätzt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Hin und wieder, das muss ich zugeben, wächst mit der Anzahl der Debatten auch bei der FDP die Einsicht. Das ist jetzt tatsächlich einmal passiert; das begrüße ich außerordentlich.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

– Ja, Sie haben dazugelernt. Das muss man anerkennen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Florian Rentsch (FDP): Das ist fast ein Koalitionsangebot!)

Es besteht Einigkeit, dass am Länderfinanzausgleich etwas geändert werden muss. Es besteht Einigkeit, dass er anreizfeindlich ist und dass es sich dadurch für einige Länder nicht mehr lohnt, mehr Steuern einzunehmen, weil die Mehreinnahmen über das Anrechnungssystem letztlich nicht im eigenen Haushalt bleiben. All diese Debatten haben wir schon geführt. Sie können die Beispiele nachlesen. Das ist alles nicht neu. Ich finde, wir sollten jetzt endlich einmal aufhören, diese alten Platten zu spielen, und tatsächlich das machen, was wir hier auch mit großer Mehrheit, mit der CDU, der FDP und den GRÜNEN, beschlossen haben, nämlich zu verhandeln. Wenn sich am Ende der Verhandlungen nichts abzeichnet, dann wird letztlich auch geklagt. Man muss aber erst einmal verhandeln.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, diesen Verhandlungshorizont haben Sie noch immer nicht. Zumindest kann man nicht erkennen, wo sich da etwas tut. Herr Kollege Rentsch, wenn Sie hier sagen, wer sich mehr anstrenge, der solle auch mehr haben, dann klingt das erst einmal ganz prima. Ich frage Sie aber: Was machen Sie denn mit den neuen Bundesländern? Wie soll dann dort das Problem gelöst werden? Was machen Sie mit den Menschen in Sachsen? Wollen Sie dort auch noch einen Flughafen hinbauen? – Sie haben den Flughafen als Motor für Steuereinnahmen in Hessen beschrieben. Wollen Sie in jedes Bundesland, das unterdurchschnittliche Steuereinnahmen hat, einen Flughafen bauen? – Ich sage Ihnen: Dann geht es uns in Hessen aber schlecht.

(Minister Michael Boddenberg: Da gibt es doch Unterschiede!)

Von daher müssen Sie den Realitäten noch ein Stück weit ins Auge sehen. Wir haben in Hessen eine sehr gute Infrastruktur. Das haben andere Länder nicht. Auch das muss man zur Kenntnis nehmen; und der Auftrag des Grundgesetzes bleibt so, wie er ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen endlich zur Kenntnis nehmen, dass wir in Hessen den Länderfinanzausgleich nicht allein verändern können. Auch das ist einfach und banal, aber wahr. Wir brauchen dazu die Mehrheit der anderen Bundesländer; und wir brauchen vor allen Dingen die Nehmerländer, denn es zahlen nur drei, manchmal vier Länder ein, d. h. die Mehrheit der Bundesländer greift auf den Topf zu. Also müssen wir doch mit den Nehmerländer in Verhandlungen treten, damit die Einsicht wächst, auch hier etwas zu tun.

Wir haben das getan. Wir haben 2010 angefangen, zusammen mit Nehmerländern ein System zu erarbeiten, wie der Länderfinanzausgleich neu geordnet werden könnte. Das haben wir hier Anfang 2011 auch vorgestellt. Meine Herren von der FDP, dieser Vorschlag liegt seit einem Jahr auf dem Tisch. Wenn Sie denn so verrückt danach gewesen wären, am System etwas zu bewegen und etwas zu verändern, dann hätten Sie ihn doch aufgreifen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sagen nicht, dass das sozusagen der Weisheit letzter Schluss ist. Es ist aber ein Vorschlag, über den man diskutieren kann. Wir haben etwas vorgelegt, passiert ist aber nichts. Die FDP braucht noch ein neues Gutachten. Ich bin also sehr gespannt, was in diesem Gutachten steht und ob man dann wirklich dazu kommt, zu verhandeln. Genau das sollten die Regierungsfraktionen tun: in Verhandlungen treten. Das war der im März 2010 formulierte Auftrag. Leider habe ich da bisher nur wenig Bewegung bemerkt.

Ich bin mir sicher, dass der Ministerpräsident von Baden-Württemberg großes Interesse an diesem Gespräch hat. Das hat er erst letzte Woche wieder in einem Interview bekundet. Ich bin sehr gespannt, ob die Herren Bouffier und Seehofer auch Interesse an Verhandlungen haben oder ob sie einfach nur ein Interesse daran haben, hinterher zu verkünden, die anderen hätten kein Interesse, damit das Problem bleibt. Wenn also auch Herr Bouffier und die Regierung in Hessen verhandeln wollen – dann wären es schon einmal zwei, nämlich Herr Kretschmann und Herr Bouffier –, dann sollen sie doch bitte endlich einmal anfangen, diese Gespräche zu führen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Mit dem Gutachten, das die FDP im letzten Jahr – ich glaube, es war schon vor zwei Jahren – bei Herrn Prof. Kube in Auftrag gegeben hat, das die Frage der Verfassungsgemäßheit beleuchtet, wurde festgestellt, dass es gerade die dritte Stufe im Länderfinanzausgleich ist, die am meisten Probleme macht.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Unser Gutachten setzt gerade an diesem Punkt an. Es besagt eben, dass die dritte Stufe des Länderfinanzausgleichs so nicht bleiben kann. In dieser dritten Stufe werden ungefähr 7 bis 8 Milliarden € auf die anderen Länder verteilt. Drei bis vier Länder zahlen ein, die anderen greifen darauf zu. Unser Vorschlag wäre, diese horizontale Verteilung, diese 7 bis 8 Milliarden €, die eigentlich nur einen relativ kleinen Teil des gesamten Länderfinanzausgleichs ausmachen, in eine vertikale Verteilung der Umsatzsteuer zu bringen und dafür einen allgemein akzeptierten Verteilungsschlüssel zu finden. Wir schlagen auch vor, diesen Verteilungsschlüssel an demografische, soziale und finanzpolitische Gegebenheiten zu binden.

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Erfurth, Sie müssen zum Schluss kommen.

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, ich danke Ihnen für den Hinweis. – Der Vorteil dieser Verteilung wäre, das ist der abschließende Satz, dass wir endlich die Diskussion vom Tisch kriegen, dass derjenige, der mehr einnimmt, dies letztendlich nicht behalten kann. Das wäre der Vorteil. Der Vorschlag liegt seit einem Jahr auf dem Tisch. Es wäre uns sehr recht, wenn endlich einmal darüber gesprochen würde und Verhandlungen begonnen würden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund der beträchtlichen Belastungsvolumina, die der Länderfinanzausgleich seit vielen Jahren und Jahrzehnten zulasten des hessischen Landeshaushalts ausmacht, ist die Anzahl der stattgefundenen Debatten im Hessischen Landtag jedenfalls nicht überdimensioniert. Wir diskutieren hier teilweise viel häufiger und intensiver über Fragen, deren zumindest monetäre Auswirkungen in sehr viel geringeren Dimensionen von Bedeutung für das Land Hessen sind. Insofern freue ich mich, wenn der Landtag die Gelegenheit nimmt, sich mit diesen Problemkreisen auseinanderzusetzen.

Lassen Sie mich an dem anknüpfen, was Frau Erfurth eben vorgetragen hat. Wir sind dankbar für jeden weiteren Diskussionsbeitrag zu der Frage: Wie können wir dieses extrem komplexe System künftig entflechten und neu gestalten? – Ich war auch dankbar für das Gutachten, das die GRÜNEN in Auftrag gegeben haben. Ich wäre nur dankbar, wenn es dann einmal vollständig vorgelegt werden könnte. Frau Prof. Behnke hatte angekündigt, noch eine sehr präzise Rechnung machen zu können, wie sich was auswirkt. Zumindest habe ich die Zahlen bisher nicht gesehen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben sie! Alles da!)

– Dann wäre es schön, wenn Sie sie uns auch einmal zuteilwerden lassen, weil der Vortrag hier im Hause: "Wir haben vor einem Jahr ein Gutachten vorgelegt, nun beschäftigt euch einmal damit", zumindest der Ergänzung bedurft hätte: "Wir haben es euch noch nicht vollständig vorgelegt."

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Parallel zu den Diskussionen, die wir hier führen, wissen Sie, dass die drei Ministerpräsidenten, Herr Kretschmann, Herr Seehofer und Herr Bouffier, vereinbart haben, in den nächsten Wochen gemeinschaftlich Gespräche auf der Ebene der Ministerpräsidenten, unterstützt durch die Chefs der Staatskanzleien, zu führen und zu versuchen, bis Mitte des nächsten Jahres einen Korridor konsensfähig zu identifizieren, auf dessen Basis dann zielgerichtet einzelne Elemente abgearbeitet werden sollen.

Das setzt natürlich voraus, dass auf der Seite der Nehmerländer auch eine grundsätzliche Bereitschaft identifiziert werden kann, über diese Punkte zu reden. Das, was mir bisher aus den Beratungen berichtet worden ist – ich formuliere das mit diplomatischer Zurückhaltung -, war jedenfalls nicht so, dass man die Hoffnung mit besonderem Überschwang jetzt schon feiern dürfte. Ich hoffe, dass es gelingt, weil auch die Nehmerländer teilweise - auf den ersten Blick wirkt das widersprüchlich - identische Interessenlagen wie die Geberländer haben. Denn wir haben teilweise so absurde Konstruktionen, dass insbesondere bei den Nehmerländern eine Einnahme von 1 Million € mehr zu einem Abzug von der gleichen Million in anderen Strukturen von Bundesergänzungszuweisungen des Länderfinanzausgleichs führt, sodass es diese Motivation insbesondere für die Nehmerländer, sich um eigene Mehreinnahmen zu bemühen, praktisch nicht gibt.

Deshalb gibt es dort übereinstimmende Interessenslagen, die man nun versuchen muss in vernünftige Gesetzgebung zu fassen. Es gibt aber auch ein paar Punkte, die man strukturell überwinden muss. Die Einwohnerveredelung sorgt für zweierlei Probleme: Zum einen ist es aus heutiger Sicht nicht einsehbar, wenn man schon glaubt, man müsse Einwohner in Stadtstaaten veredeln – auch das kann man schon bestreiten –, dies einheitlich mit 135 % zu nivellieren. Dass natürlich die Veredelungsnotwendigkeit in Bremen eine andere sein muss als in Hamburg und möglicherweise wieder eine andere als in Berlin, das, so glaube ich, leuchtet bei der Betrachtung des jeweiligen Stadtstaates unmittelbar ein. Da müssen wir herangehen.

Es gibt auch einen zweiten Punkt. Die eigentlich notwendige Diskussion um die Neugliederung des Bundesgebietes verhindert genau diese Einwohnerveredelung. Wenn Hamburg und Schleswig-Holstein über die Frage nachdenken würden, ob sie ihre beiden Länder zusammenfassen sollen, würde das neue Konstrukt Hamburg plus Schleswig-Holstein im Verhältnis zu der bisherigen Situation wegen des damit einhergehenden Verlustes des Stadtstaaten-Status etwa 1 Milliarde € im Jahr weniger haben. Dann ist doch klar, dass die Prozesse, die wir für notwendig halten, nicht vorankommen. Deshalb muss diese Geschichte auf den Prüfstand. Sonst werden wir diese Stadt-Umland-Konflikte, die wir rund um Berlin, rund um Bremen und rund um Hamburg sehen, nie vernünftig auflösbar sein. Insofern müssen wir strukturell an diese Geschichten heran.

Ich hoffe sehr, dass es den drei Ministerpräsidenten gelingt, dort ein größeres Maß an Sensibilität jenseits der üblichen Plakatsätze und Ängste mancher Nehmerländern zu schaffen, dass auch über manche Fragen der Ausgabenpolitik in diesen Ländern diskutiert wird und eine Chance eröffnet wird, sachlich die einzelnen Punkte abzuarbeiten. Anlass dafür ist zur Genüge vorhanden. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Damit ist der Punkt 53 erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 52 auf:

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend eine Aktuelle Stunden (Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst – auch Hessens Angestellte sind mehr wert) – Drucks. 18/5472 –

Das Wort hat der Kollege Hermann Schaus.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Zwischenruf von Herrn Kaufmann hat sich schon wieder als Spaßbremse herausgestellt.

Meine Damen und Herren, die Bundesarbeitsministerium Frau von der Leyen sagte im Februar in der "Bild"-Zeitung – ich darf zitieren –: "Das Grundversprechen der sozialen Marktwirtschaft lautet: Wenn alle fleißig mitarbeiten, werden alle am Erfolg und Wohlstand beteiligt." Etwa zur gleichen Zeit erklärte der Fraktionsvorsitzende der FDP im Bundestag, Rainer Brüderle, dass deutliche Lohnerhöhungen sinnvoll seien.

(Beifall bei der LINKEN)

Was deutliche Lohnerhöhungen sind, Herr Staatssekretär, haben die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst mit ihren Tarifforderungen − 6,5 %, mindestens 200 € sowie 100 € für die Auszubildenden und deren unbefristete

Übernahme – zum Ausdruck gebracht. Das erste Arbeitgeberangebot – durchschnittlich 1,7 % und eine Einmalzahlung von 200 € – ist eine Provokation der Gewerkschaften. Durchschnittlich waren es 1,7 %. Ich höre immer etwas von 3,3 % in den Nachrichten, wobei für die nächsten zwei Jahre gerechnet dieses Angebot weiteren Reallohnverlust bedeutet; denn die Preissteigerungsrate beträgt derzeit schon 2,3 %.

Deshalb sind die zurückliegenden massiven Warnstreiks mit mehr als 25.000 Beteiligten allein in Hessen ein klares Signal an die Adresse der öffentlichen Arbeitgeber, in den Verhandlungen, die gestern aufgenommen wurden, nun auch Zugeständnisse zu machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Gut funktionierende öffentliche Dienste sind notwendig für eine funktionierende Gesellschaft. Das wird leider allzu oft vergessen, Herr Kaufmann. Aber gut funktionierende öffentliche Dienste brauchen auch motivierte Beschäftigte, und die gibt es nicht zum Nulltarif. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben Nachholbedarf.

Die Realität: Beim Bund und bei den Gemeinden wird weniger verdient als in der Privatwirtschaft. Diese Tendenz hat sich leider in den letzten Jahren fortgesetzt. Betrachtet Frau oder Mann die Entwicklung der Tariflöhne ab 2000, so ist festzustellen: eine Steigerung in der Metallindustrie um 30 %, eine Steigerung in der Gesamtwirtschaft um 27 % und eine Steigerung im öffentlichen Dienst nur um 22,5 %.

Es kann nicht sein, dass eine Meisterin oder ein Meister in der Metallindustrie monatlich deutlich mehr als eine Meisterin oder ein Meister mit genau den gleichen Tätigkeiten im öffentlichen Dienst verdient. Ein Öffentlicher-Dienst-Abschlag ist nicht gerechtfertigt.

(Beifall bei der LINKEN)

Gerne wird an dieser Stelle von den Arbeitgebern und der Politik auf die angebliche Sicherheit der Arbeitsplätze hingewiesen. Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sind aber nur so lange sicher, wie die Beschäftigten auch gebraucht werden. Erzieherinnen und Krankenschwestern werden händeringend gesucht, ebenso wie Fachleute in den Bauhöfen und in der Verwaltung. Also müssen sie ordentlich bezahlt werden. Der Mangel an Fachkräften – auch im öffentlichen Dienst – ist aber selbst verschuldet. Denn seit über 20 Jahren werden im öffentlichen Dienst überproportional viele Arbeitsplätze abgebaut.

Betrachten wir die Entwicklung der Tarifbeschäftigten von 1991 bis 2010, stellen wir erschreckt fest: In den Kommunen wurde die Zahl der Beschäftigten von 1,9 Millionen auf 1,1 Millionen reduziert. Also waren es 800.000 weniger. Beim Bund, wo 600.000 Beschäftigte waren, sind es jetzt noch 150.000, also 450.000 weniger. Auch im öffentlichen Dienst hat also eine erhebliche Produktivitätssteigerung stattgefunden.

Krankenschwestern, Erzieherinnen, Busfahrer, Müllmänner, Feuerwehrleute und Flugzeugabfertiger, angestellt in Verwaltung und sozialen Berufen, sie alle leisten einen wichtigen Dienst für die Allgemeinheit und auch für die Wirtschaft. Ohne öffentliche Dienste und ohne den Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur könnte auch Opel nicht produzieren. Die Entwicklung der privaten Wirtschaft ist also untrennbar mit der Entwicklung des öffentlichen Dienstes verbunden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen – lassen Sie mich das zum Schluss sagen – auch im öffentlichen Dienst endlich wieder eine Erhöhung der Reallöhne, finanziert durch eine gerechte Steuerpolitik, durch eine Finanztransaktionssteuer, eine gerechte Vermögensteuer und eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, damit die Reichen endlich zur Kasse gebeten werden.

(Zuruf von der CDU: Oh Mann! Klassenkampf pur!)

Nur das wäre gerecht, weil sie es wert sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Schaus. – Das Wort hat der Abg. Günter Rudolph für die SPD-Fraktion.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Rentsch, ich mache mir langsam Sorgen.

(Zuruf von der FDP: Das war nur eine freundliche Frage!)

– Nein, aber ich mache mir langsam Sorgen. Er wirkt auch nicht so entspannt. Das ist schlecht für den Blutdruck. Ich weiß, die Lage ist schwierig, aber versuchen Sie trotzdem, ein bisschen zu entspannen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich erinnere an den 3. März 2011. Am 3. März 2011 hat der Kollege Schaus die gleiche Problematik, nämlich die Diskussion über die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst, in diesem Landtag thematisiert.

Herr Kollege Schaus, ich mache das jetzt genauso wie Sie. Im Wesentlichen wiederhole ich meinen Beitrag vom letzten Jahr.

(Minister Michael Boddenberg: Haben Sie den noch?)

 Herr Minister Boddenberg, den habe ich noch. – Denn zweitens hat sich inhaltlich in dem Jahr nichts geändert.
 Um das sehr deutlich zu sagen: Ich finde es irgendwie auch nicht so besonders prickelnd, dass Sie uns alle Jahre wieder solche Anträge präsentieren. Das ist wie beim Länderfinanzausgleich der FDP: nichts Neues. Damit wird uns Redezeit in diesem Landtag genommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Alexander Bauer (CDU) – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Ich verweise auf Art. 9 des Grundgesetzes, in dem etwas zur Tarifautonomie gesagt ist.

(Nancy Faeser (SPD): So ist es!)

Ich bin wie Sie Mitglied einer Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes. Ich habe bei ein paar Gewerkschaftern ein bisschen herumgehorcht. Herr Kollege Schaus, die wollen gar nicht, dass die LINKEN im Landtag ihnen vorschreiben, welche Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst kommen sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Hermann Schaus (DIE LINKE): Die Forderung haben die Gewerkschaften aufgestellt! – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Vizepräsident Lothar Quanz übernimmt den Vorsitz.)

Warum thematisieren Sie im Landtag die Problematik, dass es zurzeit Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst gibt? Im letzten Jahr gab es noch einen Antrag dazu. Da haben wir uns nicht beteiligt. Ich bin dafür, dass sich starke Gewerkschaften mit starken Arbeitgebern auseinandersetzen.

(Minister Boris Rhein: So ist das!)

Ich bin auch sicher, dass es in Potsdam oder in den Tagen danach eine Lösung geben wird, die die Gewerkschaften im Rahmen ihrer Tarifautonomie bewerten und entscheiden müssen. Herr Kollege Schaus, deswegen: Was soll das? Trauen Sie als ehemaliger Gewerkschaftsfunktionär Ihrer eigenen Gewerkschaft nicht zu, Tarifverhandlungen so zu führen.

(Zurufe der Abg. Alexander Bauer (CDU) und Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

dass die Mitglieder am Schluss sagen: "Es ist gut", "Es ist weniger gut", "Wir nehmen das an", oder "Wir streiken weiter"?

(Alexander Bauer (CDU): Wahrscheinlich nicht!)

Nein, im Gegensatz zu Ihnen traue ich ver.di, GdP und vielen anderen zu, dass sie vernünftige Tarifverträge aushandeln. Herr Schaus, wenn im nächsten Jahr wieder Tarifauseinandersetzungen anstehen, lassen Sie es einfach. Lassen Sie die Gewerkschaften mit den Arbeitgebern verhandeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Politisch bin ich sehr dafür, dass auch Arbeitnehmer an den Einkommensentwicklungen teilhaben. Das ist überhaupt keine Frage. Denn Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst sind auch Konsumenten. Das ist wichtig für das Wirtschaftswachstum.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Dienstleister!)

 Dienstleister, so ist es. – Aber wir sollten aufhören, das im Landtag zu debattieren.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Warum?)

Es gibt Systeme, in denen der Staat das festschreibt. Das ist nicht unsere Position. Herr Schaus, das will ich auch sehr deutlich sagen. Die Tarifautonomie ist von den Gewerkschaften hart erkämpft worden. Wir sind stolz darauf, dass sie im Grundgesetz als Grundwert verankert ist. Deswegen: Hände weg von der Tarifautonomie. Hände weg von solchen Diskussionen im Landtag.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Denn Sie als LINKER wollen offensichtlich – das sage ich auch recht kritisch – die Gewerkschaften instrumentalisieren.

(Nancy Faeser (SPD): So ist es! – Minister Boris Rhein: Natürlich! – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Nein!)

Ja, es gibt Gewerkschafter, die sind in der CDU, die sind in der SPD, die sind bei den GRÜNEN. Gut, bei einer Partei ist es übersichtlich. Sie engagieren sich aus unterschiedlichen Motiven. Wir haben das System der Einheitsgewerkschaften. Dazu stehen wir ausdrücklich. Herr Schaus, wir sollten aber nicht die Gewerkschaften, wie Sie es zum wiederholten Male tun, parteipolitisch instrumentalisieren. Ich sage Ihnen das sehr deutlich: Das ist nicht in Ordnung.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Wir tragen die Forderungen nur in den Landtag!)

Deswegen: Wir haben vollstes Vertrauen in die Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst. Warnstreiks gehören dazu. Das ist auch eine gewisse Art, um auf Forderungen aufmerksam zu machen.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Ich bin sicher, in Potsdam wird es irgendwann in den nächsten Stunden, möglicherweise spät nachts oder früh morgens, ein Ergebnis geben. Das werden dann die Tarifpartner zu bewerten haben. Auch wir sind öffentliche Arbeitgeber aufseiten des Bundes und der Kommunen. Hessen ist noch gar nicht betroffen. Das ist eine ganz andere Geschichte.

Herr Schaus, im Gegensatz zu Ihnen vertraue ich den Gewerkschaften. Am Schluss wird ein Kompromiss herauskommen, den man bewerten und akzeptieren muss. Wir sollten diese Auseinandersetzung bitte nicht im Landtag führen. Ersparen Sie uns nächstes Jahr einen erneuten Antrag zu der Tarifauseinandersetzung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Rudolph. – Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Bauer zu Wort gemeldet.

Alexander Bauer (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Selten habe ich dem Kollegen Rudolph so gerne zugehört. Denn es ist in der Tat ein stetig sich wiederholendes Ritual. Wenn die Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst beginnen, beginnen auch die LINKEN, ihren Antrag zu schreiben. Mit dem Schreiben des Antrags oder mit dem Benennen der Aktuellen Stunde sind Sie schnell fertig. Denn Sie mussten lediglich das Datum austauschen. Herr Kollege Rudolph hat es Ihnen gesagt. Am 3. März 2011 haben wir die gleiche Debatte hier schon einmal geführt. Schon damals haben Ihnen die Kollegen Frömmrich und andere die Unsinnigkeit und die Deplatziertheit Ihres damaligen Antrags vor Augen geführt. Jedes Jahr aufs Neue erklären Ihnen die demokratischen Parteien im Landtag,

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Sie sollten sich das schon einmal anhören!)

wie das mit der Tarifautonomie funktioniert. Denn das scheinen Sie noch immer nicht alles gelernt zu haben. Aber mit den demokratischen Grundlagen tun Sie sich erfahrungsgemäß auch in anderen Bereichen etwas schwer.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Was soll das denn? – Zurufe der Abg. Willi van Ooyen und Hermann Schaus (DIE LINKE))

In Art. 9 Abs. 3 des Grundgesetzes steht die Tarifautonomie, ein hohes Gut. Gerne sage ich für die Kollegen von den LINKEN, was das bedeutet.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Deswegen darf man hier nicht darüber reden?)

Die Tarifautonomie ist das verankerte Recht z. B. der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, Vereinbarungen mit normativer Wirkung frei von staatlichen Eingriffen über Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen abzuschließen. Das ist Tarifautonomie.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das haben wir! – Hermann Schaus (DIE LINKE): Was ist Ihre Position? Sagen Sie etwas inhaltlich zu den Tarifverhandlungen!)

Autonomie bedeutet eben gerade, sich unabhängig vom Einfluss Dritter an den Verhandlungstisch zu setzen. Der Hessische Landtag ist ein gänzlich ungeeignetes Organ, um sich in laufende Verhandlungen einzumischen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Kollege Rudolph hat es gesagt, und Sie müssen es akzeptieren, wenn Ihnen das vier Fraktionen so vorhalten. Als Tarifpartei würde ich mir eine Einmischung sogar ausdrücklich verbitten. Dass die Vertreter der Linkspartei Ort und Stunde nutzen wollen, um die Verhandlungen vom Spielfeldrand zu beeinflussen, das kann ihnen keiner verbieten.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Sagen Sie etwas Inhaltliches!)

Aber ich frage mit vielen anderen Kollegen: Was soll das? Ich kann mir gut vorstellen, dass es für den einen oder anderen ehemaligen Gewerkschafter in den Reihen der LINKEN nicht ganz einfach ist, nur zuzuschauen. Lobbyismus von der Abgeordnetenbank ist bei Ihnen vielleicht nicht ganz so verpönt, wie Sie immer behaupten.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das haben wir von Ihnen gelernt!)

Herr Schaus, ich kann Sie als teilzeitaktiver ver.di-Vertreter gut verstehen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Wir machen das für unsere Klasse!)

Aber solange verhandelt wird und nicht die gesetzlichen Grundlagen zur Debatte stehen, gehört diese Diskussion einfach nicht hierher. Sie missachten ein demokratisches Recht, um sich bei den Angestellten anzubiedern. Nichts anderes ist Sinn Ihrer Aktuellen Stunde.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist in den vergangenen Jahren immer zu einer guten Einigung gekommen. Die Vertragsparteien sind auch jetzt gerade noch inmitten ihrer Gespräche. Es ist schade, dass bereits Warnstreiks zulasten der Bürger stattgefunden haben. Aber nun heizen Sie, die Vertreter der LINKEN, dieses Klima noch weiter an. Dabei wissen Sie doch selbst, dass die Forderungen der Gewerkschaften einen erheblichen Millionenbetrag beinhalten. Eine Forderung ist noch kein Abschluss. Das wissen auch wir. Aber ein Kompromiss ist bekanntlich das Aufeinander-Zugehen.

Heute lese ich, dass die Arbeitgeber und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Potsdam erneut am Verhandlungstisch sitzen

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Seit gestern schon!)

und ihre Gespräche für die 2 Millionen Beschäftigten in den Kommunen und beim Bund fortsetzen. Ich bin mir sicher, dass die derzeitigen Verhandlungen auf der Fachebene einen wichtigen Schritt vorankommen. Sind wir doch einmal so geduldig und warten ab, was heute oder morgen herauskommt. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben unterschiedliche Forderungen aufgestellt, die im Einzelnen abzuwägen und zu verhandeln sind. Die Verhandlungen werden auch durch unsere Debatte im Hessischen Landtag nicht maßgeblich nach vorne gebracht. Das müssen Sie doch selbst einsehen. Mit oder ohne Linkspartei, nur eine sachliche Diskussionskultur zwischen den Verhandlungspartnern wird auch zu einer guten Lösung führen.

Meine Damen und Herren, diesen Ergebnissen sollte aus Respekt vor den Verhandlungsführern nicht vorgegriffen werden. Es hat immer eine konstruktive Lösung gegeben, die der Bedeutung und den guten Leistungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst entgegenkam. Warum soll es diesmal anders sein?

Meine Damen und Herren, am Ende von Tarifverhandlungen steht meistens ein Kompromiss. Ein Kompromiss ist häufig die Kunst des Machbaren. Warten wir doch einfach einmal ab, was machbar und am Ende auch bezahlbar ist. – Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Kollege Bauer. – Herr Frömmrich, Sie haben sich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Klassenkampf! – Janine Wissler (DIE LINKE): Ich glaube, ich weiß schon, was er sagt! – Günter Rudolph (SPD): Bei solchen Vorlagen!)

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Herr Präsident! Die Kollegin Wissler hat gerade gewispert, sie wisse schon, was ich sagen würde.

(Günter Rudolph (SPD): Bei solchen Vorlagen!)

Frau Kollegin Wissler, das ist ganz selbstverständlich: The same procedure as last year. Denn genau vor einem Jahr haben wir das gleiche Thema hier schon einmal diskutiert. Schön, dass zumindest Sie das in Erinnerung behalten haben. Beim Kollegen Schaus habe ich die Hoffnung aufgeben, dass er sich daran noch erinnert.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Er erinnert sich!)

Es ist so sicher wie das Amen in der Kirche: Wenn sechs Demonstranten zusammenstehen, dann ruft Willi van Ooyen die Weltrevolution aus, und wenn Gewerkschaften versuchen, ihre Rechte durchzusetzen, dann schreibt Hermann Schaus Grußadressen, damit wir uns hier wieder damit beschäftigen.

Es ist überhaupt nicht von der Hand zu weisen, dass wir natürlich sehr viele Sympathien für die Erzieherinnen, die Krankenschwestern und die Altenpflegerinnen haben, die guten Lohn für ihre Arbeit fordern.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das ist doch schon etwas!)

Das ist selbstverständlich. Ich glaube, dass in vielen Bereichen für diese schwierige und verantwortungsvolle Arbeit zu wenig gezahlt wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der LIN-KEN)

Das ist eine Selbstverständlichkeit. Wir sagen, dass an vielen Punkten wichtige Arbeit geleistet wird – es werden Nachtschichten geschoben, in Schichtarbeit vertrauensvoll mit Patientinnen und Patienten zusammengearbeitet. Wenn diese Menschen sagen, sie wollen guten Lohn für gute Arbeit, ist das für uns sehr gut nachzuvollziehen. Wir haben sehr viele Sympathien für diese Menschen, die das jetzt öffentlich machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Aber es ist nicht unsere Aufgabe, im Hessischen Landtag die Tarifauseinandersetzungen zwischen den Tarifparteien zu kommentieren. Das ist nicht unsere Aufgabe, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP)

Nein, wir sind für Tarifautonomie, genau so, wie sie im Grundgesetz festgeschrieben worden ist. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben gut daran getan, genau dies den Tarifparteien zu übereignen, sich mit diesen Dingen zu beschäftigen und es außerhalb des politischen Raums und der Parlamente zu organisieren.

Frau Kollegin Wissler, Herr Kollege Schaus, was würden Sie eigentlich sagen, wenn ein CDU-Fraktionsmitglied als Teilzeitbeschäftigter eines Arbeitgeberverbandes hier einen Resolutionsantrag einbringen würde, nach dem diese Forderungen der Gewerkschaften nicht in die Welt passen und die Arbeitgeber überfordern würden? Was würden Sie dazu sagen? – Sie würden genau diese Frage nach der Tarifautonomie stellen.

(Zuruf von der CDU: So ist es! – Gegenruf von der LINKEN)

Deswegen ist es auch guter Brauch, dass wir uns in die Tarifauseinandersetzungen, wie sie zurzeit stattfinden, nicht einmischen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Herr Kollege Schaus, Sie reden ja viel für Transparenz und Offenheit. Bei Ihnen besteht noch das Problem, dass man mit einem Blick auf Ihre Homepage sieht – wir diskutieren nachher noch darüber, wie sich Lobbyisten zu verhalten haben –, dass Sie auf der einen Seite Teilzeitbeschäftigter von ver.di sind und dafür 15.000 € im Jahr kassieren. Auf der anderen Seite reden Sie hier so und mischen sich in Tarifauseinandersetzungen ein, die dieses Parlament nichts angehen.

(Zuruf von der CDU: Unverschämtheit!)

Herr Kollege Schaus, Sie sollten sich einmal überlegen, wie Sie sich in diesen Auseinandersetzungen zu verhalten haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben gut daran getan, die Tarifautonomie so ins Grundgesetz zu schreiben, wie sie das getan haben. Wir sollten uns nur mit Dingen beschäftigen, die uns angehen. Ich glaube, dass die Gewerkschaften es auch gar nicht nötig haben, dass wir uns hier damit auseinandersetzen. Die Gewerkschaften sind gut genug aufgestellt, und sie haben gute Argumente für die Verhandlung dieser Fragen mit den Arbeitgebern. Am Ende wird irgendein gemeinsam ausgehandelter Kompromiss stehen.

Es ist aber nicht so – das haben wir im Übrigen auch damals kritisiert, als diese Landesregierung Tarifpolitik über Gesetze betrieben hat –, dass es Aufgabe dieses Parlaments ist, Tarifpolitik zu machen. Das gehört in die Hände der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften, und das ist auch gut so.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Frömmrich. – Auf dem Weg zum Rednerpult ist Herr Dr. Blechschmidt für die FDP-Fraktion.

Dr. Frank Blechschmidt (FDP):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Vorab: Für die FDP ist es unerlässlich, dass die Tarifparteien die anstehenden Verhandlungsrunden nutzen, um zu einem für beide Seiten angemessenen Ergebnis zu gelangen. Dies umfasst einerseits die berechtigte Einkommenserwartung der Beschäftigten als Leistungsträger, die für das Funktionieren des öffentlichen Dienstes unerlässlich sind, andererseits aber auch die prekäre Lage der öffentlichen Haushalte, die überproportional ansteigende Personalaufwendungen nicht stemmen können.

Wir führen jetzt abermals eine Debatte unter einer gewissen Selbstzerfleischung der LINKEN, da sie immer wieder diesen Antrag bringt und schon fast mein Mitleid als Liberaler haben muss.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Wenn man sich dann noch ansieht, wie Sie von SPD und GRÜNEN vorgeführt werden, will ich es einmal kurz und prägnant bringen: Die Tarifautonomie – das haben alle in diesem Landtag gesagt –, die eine Selbstverständlichkeit ist, sollte eine Selbstverständlichkeit bleiben.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das sagen wir ja auch!)

Sie sollte, auch unter Bezugnahme auf Art. 9, ausdrücklich so kurz und prägnant dargestellt werden, dass sie eine Selbstverständlichkeit bleibt. Deshalb will ich diese Selbstverständlichkeiten auch kurz und prägnant in meiner Rede aufgreifen und sagen: Bitte unterlassen Sie diese Beiträge demnächst. Tarifautonomie wird hochgehalten. Sie tun sich nichts Gutes. Es ist schon aufgedrängt, was Sie den Gewerkschaften da antun; das ist nicht gewollt. Die Selbstverständlichkeit sollte kurz und prägnant auf den Punkt gebracht werden. Deshalb in aller Kürze dieser

Rede: Selbstverständlichkeit muss Selbstverständlichkeit bleiben. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Dr. Blechschmidt. – Für die Landesregierung spricht Herr Staatsminister Rhein.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich könnte man Ihrem Antrag mit ein paar knappen Bemerkungen in Sachen Tarifautonomie begegnen, so, wie das hier geschehen ist; selten waren wir uns bei etwas so nah. Es kommt noch hinzu, dass aktuell etwas diskutiert wird, was mit dem Land Hessen gar nichts zu tun hat

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Doch, mit den Kommunen!)

 In der Tat, mit den Kommunalen. Aber lassen Sie uns hier doch einfach diskutieren, was wir miteinander zu diskutieren haben, und die Kommunalen das, was sie miteinander zu diskutieren haben.

Ich bin Präsident des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Hessen gewesen, als ich seinerzeit Personaldezernent in Frankfurt war. Ich hätte damals alles gebraucht, aber keine Ratschläge der Linkspartei zu Verhandlungen in Potsdam. Belassen Sie es einfach dabei.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Janine Wissler und Hermann Schaus (DIE LINKE))

Zweitens. Tarifautonomie ist das entscheidende Thema und die tragende Säule dieses Systems der sozialen Marktwirtschaft, die wir seit 1918 haben, ausschließlich unterbrochen durch die schreckliche Zeit des Nationalsozialismus. Ich sage es noch einmal sehr deutlich: Nur die Tarifpartner und sonst niemand haben die Kompetenz und das Recht, in diesen Dingen zu verhandeln. Jeder Eingriff in dieses System stört das System empfindlich und erheblich. Deswegen: Unterlassen Sie es in Zukunft doch einfach.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Auch mit Blick auf die Situation in Hessen reizt es mich schon, noch ein paar Dinge mitzuteilen, gerade weil die Situation in Hessen so positiv ist: "Gute Arbeit – guter Lohn", das ist das Motto, das wir in Hessen umgesetzt haben. Deswegen ist es auch richtig gewesen, dass wir damals aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder ausgestiegen sind.

(Günter Rudolph (SPD): Ja, ja! – Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

 Zugegebenermaßen konnte ich es mir nicht verkneifen, den Zusammenhalt zwischen uns ein bisschen zu stören.

Wir haben seit Januar 2010 gemeinsam mit den Gewerkschaften ein neues Tarifrecht geschaffen. Gerade weil wir uns aus der TdL verabschiedet haben, profitieren die Tarifbeschäftigten des Landes Hessen genau von dem, was wir beschlossen haben. Nehmen Sie beispielsweise die Kinderzulage. Diese beträgt 100 € für ein Kind, ab dem

dritten Kind sind es 153 €. Das gibt es in keinem anderen Bundesland, in keinem Mitgliedsland der TdL, beim Bund oder den Kommunen. Das ist einzigartig und eine hessische Komponente.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Natürlich setzen wir ganz klare landesspezifische Akzente. Das haben wir auch in der letzten Tarifrunde getan, die am 5. April abgeschlossen worden ist. Wir haben einen guten Tarifabschluss geschafft. Wir haben – das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen – mehr als 100 Millionen € für und in diesen Tarifabschluss investiert. Er hat eine Laufzeit von zwei Jahren. Die Tabellenentgelte sind um 1,5 % angehoben worden, und aktuell, ab März 2012, gibt es eine weitere Erhöhung von 2,6 %, außerdem gibt es eine Einmalzahlung. – Ich finde, das kann sich sehen lassen, Herr Schaus. Wenn die Gewerkschaften für sich solche Tarifverträge abschließen würden, wären sie damit auch einen riesigen Schritt voraus; aber das haben nicht wir zu bewerten.

Im Übrigen will ich auch sehr deutlich sagen, dass wir in diesem Tarifvertrag auch hessenspezifisch und wiederum einzigartig im Vergleich mit anderen Bundesländern durch verbindliche Übernahmeregelungen Perspektiven für junge Menschen in der Ausbildung geschaffen haben. Damit haben wir wieder klare, eigene positive Akzente gesetzt. Sie sehen, dass wir die gute Arbeit unserer Beschäftigten, unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sehr schätzen und deswegen im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten das getan haben, was wir für sie tun konnten. "Gute Arbeit – guter Lohn", das ist das Motto in Hessen, und dabei wird es auch bleiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Rhein. – Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass Tagesordnungspunkt 52, Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend eine Aktuelle Stunde (Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst – auch Hessens Angestellte sind mehr wert), Drucks. 18/5472, abgehalten ist.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 56** auf:

Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine Aktuelle Stunde (Einzigartiger Schutzschirm – "Blockadepolitik" der SPD schadet den Kommunen) – Drucks. 18/5477 –

Herr Schork hat sich dazu zu Wort gemeldet. Für unsere Zuschauerinnen und Zuschauer: Jedem Redner stehen fünf Minuten Redezeit zur Verfügung.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das vor "den Kommunen" auch noch in Anführungszeichen!)

Günter Schork (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat das Thema Schutzschirm zum Thema der Aktuellen Stunde gemacht, um auf zweierlei hinzuweisen und einzugehen,

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das ist noch gar nicht gesagt!)

zum einen, um noch einmal deutlich zu machen, welch ein hervorragendes Angebot für die hessischen Kommunen dieser Kommunale Schutzschirm ist,

(Beifall bei der CDU)

zweitens, um auf die aktuelle politische Diskussion, die in den Kommunen geführt wird, einzugehen. Ich sage es sehr freimütig: Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass es eine gesteuerte Kampagne der SPD gegen diesen Schutzschirm gibt.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Oh! – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Der ist doch noch gar nicht fertig!)

Wenn ich mir ansehe, was der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Hessen, der Herr Landrat Albers, zu diesem Schutzschirm sagt, dann

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Wird er recht haben!)

wird es sehr deutlich, dass er entweder den Kommunalen Schutzschirm nicht verstanden hat oder gezielt eine Kampagne gegen diesen Schutzschirm macht. Aus meinem eigenen Kreis weiß ich, dass das auch der dortige SPD-Landrat zum Teil mit falschen Behauptungen tut.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Entweder haben sie zu viel Geld oder sind dumm!)

Wenn der Herr Albers davon spricht, dass das ein vergiftetes Angebot ist, dass er die Kommunen vor dem Rettungsschirm warnt, wenn er den Kommunalen Rettungsschirm als Anschlag auf das ehrenamtliche Engagement

(Peter Beuth (CDU): So ein Unsinn!)

und die kommunale Selbstverwaltung und als Anschlag auf die demokratische Verfasstheit der Kommunen bezeichnet,

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

dann ist das schlicht und einfach unerträglich und geht an der Sache vorbei.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe der Abg. Peter Beuth (CDU) und Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Wenn im Zusammenhang mit der Diskussion Fragen gestellt und Behauptungen aufgestellt werden, wie die, die Hilfsgewährung aus dem Landesausgleichsstock sei an besondere Bedingungen geknüpft, dann ist das schlicht und einfach falsch. Wenn die Frage gestellt wird, wie sich denn diese Umschuldung für Kreis und Kommunen in der Bilanz niederschlagen, und diese Frage von einem Kämmerer und Landrat gestellt wird, dann frage ich mich, welche Ahnung er von Bilanzen und von Finanzen hat.

(Peter Beuth (CDU): Keine!)

Dies zeigt sehr deutlich,

(Peter Beuth (CDU): Der Schuldenlandrat aus dem Rheingau-Taunus-Kreis!)

dass es Ihnen nicht um die Sache geht, sondern dass Sie eine Kampagne fahren und versuchen, diesen Schutzschirm zu verleumden. Daran ist ausgerechnet der Landrat beteiligt, der den Kreis führt, der sich besonders durch Fremdwährungsanleihen hervorgetan hat, die zu enormen Verlusten des Kreises geführt haben.

(Holger Bellino (CDU): Hört, hört, hört! – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das war doch die Stadt Frankfurt!)

Nun zu dem, was tatsächlich bei dem Kommunalen Schutzschirm beabsichtigt ist. Es ist ein Angebot an die Kommunen. Jeder Kommune ist es freigestellt, dieses Angebot aus eigener Verantwortung anzunehmen oder abzulehnen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ist es!)

Ich halte es, darin bin ich mir mit meinen Kollegen von der Fraktion einig, für fahrlässig, das Angebot von vornherein abzulehnen und noch nicht einmal das Gesprächsangebot des Landes anzunehmen. Das halte ich für fahrlässig.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir haben bewusst mit den Kommunalen Spitzenverbänden bei der Konzeptionierung des Kommunalen Schutzschirms Wert darauf gelegt, dass die kommunale Selbstverwaltung, die Unabhängigkeit der Kommunen und Kreise, in dieser Frage gewahrt wird. Es wird keiner gezwungen, bestimmte Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ist es!)

Nein, wir lassen es im Gegenteil in der Eigenverantwortung der Kommunen.

(Holger Bellino (CDU): Alles freiwillig!)

Das Einzige, worauf wir bei dem Kommunalen Schutzschirm bestehen, ist die Einhaltung und der Vollzug der Hessischen Gemeindeordnung. Wenn Sie das nicht glauben, dann empfehle ich Ihnen, § 92 Hessische Gemeindeordnung nachzulesen. Darin steht bereits jetzt, dass defizitäre Kommunen ein Konsolidierungsprogramm aufzulegen haben, das unter anderem einen Abbaupfad für die Verschuldung und das Defizit beinhaltet. Nichts anderes ist Bestandteil des Kommunalen Schutzschirms.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zusammengefasst gilt: Das ist ein hervorragendes Angebot an die Kommunen. Die Kommunen, die den Schutzschirm nicht in Anspruch nehmen, sind entweder reich und müssen reich sein, weil sie auf das Angebot verzichten können,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Oder dumm!)

oder sie sind dumm, weil sie dieses hervorragende Angebot an die Kommunen nicht annehmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Schork. – Als Nächster spricht Herr Kollege Schmitt für die SPD-Fraktion.

(Peter Beuth (CDU): Reich kann man für Herrn Albers ausschließen! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Jetzt erkläre einmal die Strategie!)

Norbert Schmitt (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Ja, zur Frage der Strategie saß am Montag die CDU mit ihrem Fraktionsvorstand zusammen und hat nach Frankfurt überlegt, was sie als Aktuelle Stunde bringt. Es gab einen Vorschlag mit der Überschrift "Boris Rhein ist nicht Roland Koch". Sie haben dann gesagt: Na ja, vielleicht ist das doch nicht das richtige Thema. – Dann kam der Chefstratege Schork und hat gesagt: etwas zum Schutzschirm.

Dementsprechend war heute der Beitrag des Chefstrategen Schork. Herr Schork, Sie waren bei der Bundeswehr. Normalerweise müsste man dann wissen

(Peter Beuth (CDU): Widerliche Arroganz! – Weitere Zurufe von der CDU)

- bei den Fallschirmspringern, dann wären wir beim Thema, dazu komme ich gleich -, bei Gegenwind, und wenn man von der Sonne geblendet ist, wenn man bis zur Kniehöhe im Sumpf steckt, wenn die Truppen demoralisiert und etwas demotiviert sind, ist eigentlich ein Gegenangriff nicht immer sehr erfolgreich.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich finde, wenn Herr Beuth nicht in der Lage ist, eine Kreistagsdebatte zu führen, sollen wir die doch nicht in den Landtag verlagern.

(Beifall bei der SPD – Peter Beuth (CDU): Diese Arroganz!)

 Herr Beuth, setzen Sie sich doch im Rheingau-Taunus-Kreis mit dem Herrn Landrat Burkhard Albers auseinander. Dann bekommen Sie dort von ihm auch die entsprechenden Antworten.

(Judith Lannert (CDU): Fassen Sie an die eigene Nase!)

Ich gehe auf das Thema des Antrags – der Aktuellen Stunde ein.

(Zurufe von der CDU)

– Mannomann, wenn man sich verspricht und es darauf Zwischenrufe gibt: In welcher erbärmlichen Verfassung muss man sein, wenn man mit einem Zwischenruf versucht, so etwas zu bewerten?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe der Abg. Peter Beuth und Judith Lannert (CDU))

Ich gehe auf das Thema Ihrer Aktuellen Stunde ein. Nun heißt es, dieser Schutzschirm sei einzigartig. Wissen Sie, was im Verhältnis Land und Kommunen wirklich einzigartig in Deutschland ist? Es ist einzigartig, dass die Landesregierung den Kommunen jährlich 344 Millionen € entzieht. Das ist in der Tat einzigartig.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Wissen Sie, was in der Bundesrepublik einzigartig ist? Das ist das Defizit der Kommunen in einem Land. An letzter Stelle – das höchste Defizit gibt es in Hessen mit 2,534 Milliarden €,

(Judith Lannert (CDU): Wie mühsam!)

mit Abstand das höchste Defizit in Deutschland, einzigartig. Wissen Sie, was auch einzigartig ist? Die Bedingungen, unter denen die Kommunen Hilfen empfangen sollen, sind einzigartig. Solche Regelungen, die die kommunale Selbstverwaltung am Ende ersticken, sind in der Tat einzigartig in Deutschland. Es ist, wie Sie das bezeichnen, ein

einzigartiger Schutzschirm, der am Ende – weil es nur ein Knirps ist, worunter nur 106 Kommunen kommen – zu einem Schlagstock gegen die kommunale Selbstverwaltung wird.

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch genau der springende Punkt. Einzigartig sind die Vorgaben. Die Vorgaben heißen: 100 Millionen € pro Jahr und Bürger sollen eingespart werden. Das ist als Ergebnisverbesserung dargestellt worden. Das wächst auch von Jahr zu Jahr mehr.

Im dritten Jahr der Konsolidierung soll eine Gemeinde oder eine Stadt, die unter dem Schutzschirm steht, pro Einwohner und Jahr eine Ergebnisverbesserung von 300 € erzielen. Dazu gibt es Vorschläge. Der Minister hat auch gegengerechnet. Die allgemeine Steuerentwicklung hilft ein bisschen. Sie führt vielleicht, wenn man gut rechnet, zum Abzug von 30 oder 40 €. Aber im dritten Jahr wird es – wir haben das ausgerechnet –, selbst wenn alle freiwilligen Leistungen in den betroffenen Kommunen gestrichen und wenn Schwimmbäder und Bibliothek zugemacht werden, am Ende für eine vierköpfige Familie eine Belastung von 848 € geben.

Wie ist das mit den Sprüchen der FDP in diesem Landtag "keine weitere Belastung" in Verbindung zu bringen? Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Auch die Vorgaben, die in dem Konsolidierungshandbuch der Landesregierung gemacht wurden, passen nicht zusammen. Da wurde in der Tat die Philosophie der Landesregierung zum Ausdruck gebracht, mit welchen Maßnahmen jetzt zu rechnen ist, welche Maßnahmen die Kommunen ergreifen müssen, die unter den Schutzschirm wollen. Ich will aus dem Handbuch zitieren.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Schmitt, Sie müssen aber zum Schluss kommen.

Norbert Schmitt (SPD):

Schade. – Das reicht von der Erhöhung der Steuern über die Zusammenführung und Schließung von Feuerwehren bis zur Streichung der Schulsozialarbeit, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der CDU: Wo steht denn das?)

Ich kann nur eines sagen: Wenn das die Bedingungen sind, dann ist es das Ende der kommunalen Selbstverwaltung. Das bedeutet auch das Aus für die lokale Demokratie in diesem Lande, was wir sicherlich nicht mitmachen werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Schmitt. – Als Nächster spricht Herr van Ooyen für die Fraktion DIE LINKE.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Befürchtungen, die der Kollege Schmitt dargestellt hat, teilen wir.

Es ist ein seltsames Schauspiel, das heute vorgeführt wurde: Die FDP kündigte ein Gutachten zur Aktuellen Stunde an und die CDU ein Gesetz, über das bisher nur in erster Lesung beraten worden ist.

Dennoch ist der Titel der Aktuellen Stunde interessant; denn man fragt sich, ob die CDU noch weiß, dass sie eine eigene Mehrheit hat. Es ist lächerlich, der SPD eine Blockadehaltung vorzuwerfen, wenn sie gar nichts blockieren kann, sondern nur der Meinung ist, dass wir in Hessen bald einen Politikwechsel brauchen.

(Beifall bei der LINKEN – Holger Bellino (CDU): Falsch!)

- Sehr bald, Herr Bellino. - Wenn die CDU in der Aktuellen Stunde beklagt, dass sich einige Kommunen gegen die Teilnahme an dem Schutzschirm aussprechen, dann ist das vielleicht der Konstruktion und der Geschichte des Schutzschirms anzulasten. Es gäbe den Schutzschirm nicht, wenn der Finanzminister den Kommunen nicht jedes Jahr 344 Millionen € wegnehmen würde.

(Alexander Noll (FDP): Lächerlich!)

Das ist die Spaßbremse für die Kommunen. Machen wir uns doch nichts vor: Der Schutzschirm ist Ausdruck des schlechten Gewissens des Finanzministers, der weiß, dass er mit dafür verantwortlich ist, dass die hessischen Kommunen im Bundesvergleich die höchsten Schulden haben; Herr Kollege Schmitt hat darauf hingewiesen.

(Alexander Bauer (CDU): Die stärkste Wirtschaftskraft! – Günter Schork (CDU): Wir haben aber auch die höchsten Steuereinnahmen! Das muss man dazusagen!)

– Sie sind diejenigen, die eine Schuldenbremse beschließen, Herr Schork, sich das Geld bei den Kommunen holen und anschließend im Bundesrat Steuersenkungen fordern. Heute bauen Sie einen Popanz auf, weil Ihnen die Kommunen sagen, dass es so nicht geht.

Dazu kommt, dass der Rettungsschirm womöglich noch mit einer Rosskur – Herr Schmitt hat es angedeutet – für die teilnehmenden Kommunen verbunden wird, die sie 30 Jahre bindet. Wer will es den Kommunen verdenken, dass sie bei den freiwilligen Leistungen nicht auf Jahre hin kürzen wollen, nur weil der hessische Finanzminister seinen Landeshaushalt an den Bedürfnissen der Schuldenbremse und nicht an denen der Menschen ausrichten möchte?

Außerdem ist es abenteuerlich, dass wir heute über die angebliche Blockade diskutieren, obwohl überhaupt noch nicht klar ist, was am Ende bei den Kommunen ankommen soll. Denn sicher wird sich keine Kommune dagegen wehren, wenn man ihre Finanzausstattung dauerhaft verbessert. Ob man allerdings von den Kommunen verlangen kann, das doppelte Spiel der Landesregierung mitzuspielen, indem erst beim KFA gekürzt wird und dann löchrige Rettungsschirme aufgespannt werden, das wage ich zu bezweifeln.

(Holger Bellino (CDU): Was heißt denn "löchrig"?)

Meine Damen und Herren, warten wir doch die Anhörung der Kommunen zum sogenannten Schutzschirm ab. Dann wissen wir, ob sie darin wirklich den entscheidenden Schritt zur Verbesserung der kommunalen Finanzen sehen oder ob es vielleicht doch besser wäre, die Kürzung des KFA um 344 Millionen € zurückzunehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr van Ooyen. – Als Nächste spricht Frau Enslin für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ellen Enslin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Schutzschirm wird von den Kommunen und Kreisen eben nicht als großzügiges Geschenk, sondern durchaus als zwiespältiges Angebot bewertet. CDU und FDP haben schon einen Schuldigen ausgemacht: Die SPD ist schuld. Wir haben es gerade gehört: Sie fährt angeblich eine Kampagne. Mit ihrer Blockadehaltung schade sie den Kommunen.

Nun ist es gar nicht ungewöhnlich, dass sich die Opposition kritisch mit den Aktivitäten der Regierung auseinandersetzt. Wenn diese Argumente bei den Kommunen ankommen, dann sollte Ihnen das zu denken geben. Vielleicht ist ja etwas dran? Schon im Vorfeld zum Schutzschirmgesetz haben wir etliche Fragen aufgelistet, auf die Sie keine befriedigenden Antworten gegeben haben, z. B.:

Was geschieht mit den Kommunen, die den Haushaltsausgleich objektiv nicht schaffen können? Wie sehen die Zwangsmaßnahmen konkret aus? Welchen Spielraum haben Kommunen überhaupt noch, wenn sie unter den Schutzschirm schlüpfen?

Sie sehen also: Viele Kommunen haben zu Recht große Angst, ihre kommunale Autonomie zu verlieren. Das müssen wir ernst nehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Diese Angst muss auch die Landesregierung ernst nehmen und ausräumen. Anstatt hier eine Aktuelle Stunde abzuhalten, um von eigenen Versäumnissen abzulenken, geben Sie doch einfach Antworten auf die vielen Fragen. Ihre Aktuelle Stunde hätte z. B. den Titel haben können: Landesregierung nimmt Ängste der Kommunen zum Schutzschirm ernst und gibt Antworten auf kommunale Fragen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Aber nichts dergleichen geschieht. Sie zeigen nur mit dem Finger auf diejenigen, die nicht sofort Hurra schreien, und haben Ihren Schuldigen ausgemacht. So ist es nicht verwunderlich, wenn in den Kommunen Zweifel und Skepsis hinsichtlich des Schutzschirms bestehen. Anstatt den Schutzschirm mit Attributen wie "einzigartig" oder "setzt bundesweit Maßstäbe" hochzujubeln, halten Sie den Ball einfach flach, und überprüfen Sie, wo es vielleicht hakt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es gibt viele offene Fragen, die noch nicht ausreichend beantwortet worden sind. Selbst der Städte- und Gemeindebund sieht noch Nachbesserungsbedarf. Immerhin gehörte er zu denjenigen, die die Rahmenvereinbarungen mit unterzeichnet haben. Nachdem er jetzt den Gesetzentwurf vorgelegt bekommen hat, sieht er ganz klar Nachbesserungsbedarf. Können Sie es den Kommunen dann verdenken, dass sie dem Schutzschirm reserviert gegenüberstehen? (Zuruf von der CDU: Ja!)

Sie müssen sich schon mit den Dingen auseinandersetzen. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, dass der Schutzschirm Ihr Eingeständnis ist, dass es Kommunen gibt, die Hilfe brauchen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Kriegen sie doch!)

Durch den unsystematischen KFA-Entzug, die Bundessteuergesetzgebung, die Sie in Berlin maßgeblich unterstützt haben, aber auch die Übertragung von Aufgaben auf die Kommunen leiden viele von ihnen an chronischer Unterfinanzierung und brauchen Unterstützung. Die ca. 120 Millionen €, die den Kommunen über den Schutzschirm zufließen werden, sind doch nur ein kleiner Teil im Vergleich zum jährlichen Entzug von mehr als 340 Millionen € aus dem KFA.

Ob die Kommunen das Angebot des Schutzschirms annehmen, entscheiden die Parlamente vor Ort, und das ist gut so. Wir sind der Meinung, die Gemeindeparlamente sind der richtige Ort, an dem diese Entscheidung getroffen werden kann. Dort wird individuell entschieden, ob der Schutzschirm für die Bedingungen in einer Kommune gut ist oder nicht. Der Schutzschirm ist unter anderem mit einem strikten Sparkurs verbunden. Wir haben Ihnen von Anfang an gesagt – das ist ganz klar –: Bei allen Sparauflagen muss die kommunale Selbstverwaltung respektiert werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was nützt es den Kommunen, wenn es heißt – schauen Sie in die Presse –: "schuldenfrei, aber Kommune tot"? Das wollen wir nicht.

Außerdem darf sich das Land nicht nur auf den Schutzschirm beschränken, sondern muss auch seiner Verantwortung nachkommen, dass es für alle Kommunen eine auskömmliche Finanzausstattung sicherzustellen hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Das gilt auch für die Kommunen, die nicht unter den Schutzschirm gehen können. Wir brauchen endlich eine umfassende Reform der kommunalen Finanzausstattung. Der KFA muss endlich gerecht und aufgabenbezogen die Kommunen finanzieren.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Enslin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Ellen Enslin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Er muss den demografischen Wandel und die Sozialstruktur, die in den Kommunen herrscht, berücksichtigen. Wir warten sehnsüchtig darauf, dass Sie endlich etwas dazu vorlegen. Die Kommunen warten schon lange darauf, eigentlich viel zu lange. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Frau Enslin. – Für die FDP-Fraktion hat sich Herr Kollege Noll zu Wort gemeldet.

Alexander Noll (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte hier ein paar Argumente aufgreifen, die im Rahmen der Debatte genannt worden sind. Zunächst einmal haben Sie, Frau Enslin, die Auflage des Kommunalen Schutzschirms als ein Eingeständnis der Landesregierung bezeichnet, dass es Kommunen gibt, die Hilfe brauchen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Sagen Sie einfach, Sie wollen griechische Verhältnisse!)

Dazu braucht es keines Eingeständnisses, das ist so. Aber Sie machen es sich etwas zu leicht, mit der Behauptung, dass es hilfebedürftige Kommunen gibt, gleichzeitig die Schuldzuweisung zu verbinden, dass es ausschließlich Schuld der Landesregierung oder der Bundesregierung sei.

Nein, so wie die kommunale Selbstverwaltung funktioniert, hat der Weg in die Schulden natürlich über die kommunale Selbstverwaltung dazu geführt, dass zu großen Teilen auch auf kommunaler Ebene Entscheidungen getroffen worden sind, die im Laufe von 30 oder 40 Jahren zu Strukturen geführt haben, die letztendlich in einer Überschuldung bestimmter Kommunen gemündet sind. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Punkt. Wenn Sie konstatieren, dass die hessischen Kommunen an der Spitze der verschuldeten Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland stehen, dann müssen Sie allerdings auch zur Kenntnis nehmen, dass die hessischen Kommunen diejenigen sind, die in der Bundesrepublik Deutschland mit am meisten über Einnahmen und Erträge verfügen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die Tatsache, dass Kommunen verschuldet sind, sagt noch lange nichts darüber aus, dass sie ihre Schulden nicht finanzieren könnten. Ich bin fest davon überzeugt, dass beispielsweise die Stadt Frankfurt ihre Schulden durchaus bedienen kann – im Gegensatz zu anderen Kommunen, die das nicht können.

(Norbert Schmitt (SPD): Wie denn?)

Insgesamt zählen die Darlehen und Schulden der Kommunen, die sie selbst finanzieren können, zum Gesamtberg der Schulden dazu. Das alleine als Indiz zu benutzen, es gehe den Kommunen schlecht, ist eine fast verzerrende Art und Weise, die Realität darzustellen. So ist es nun einmal nicht.

Ein Teil dieser Schulden entfällt auf Kommunen, die ihre Schulden nicht mehr bedienen können. Genau an die richtet sich das Angebot des Kommunalen Schutzschirms.

(Reinhard Kahl (SPD): Dann hätte man ihre Finanzkraft nicht reduzieren sollen!)

Meine Damen und Herren, dass er einzigartig ist, das haben wir in der letzten Debatte zur Einbringung des Gesetzentwurfs bereits festgestellt. Denn der Schutzschirm, wie er in Hessen gestaltet ist, übernimmt in der Größenordnung des Schutzschirms die Schulden von Kommunen, die daran teilnehmen können, in der Gesamthöhe und nicht anteilig oder unter bestimmten Bedingungen, wie das in anderen Bundesländern der Fall ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Die einzige Bedingung ist die freiwillige Entscheidung, sich an diesem Schutzschirm zu beteiligen. Wo wird da

kommunale Selbstverwaltung ausgeschaltet? Die einzige Bedingung ist, sich wieder einigermaßen an die Finanzrechtslage in diesem Lande Hessen anzunähern. Dazu sind ausgeglichene Haushalte notwendig.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, wo schaltet das kommunale Selbstverwaltung aus? Oder erklären Sie etwa, dass die Tatsache, dass man sich weiterhin nicht an ausgeglichene Haushalte annähern will,

(Norbert Schmitt (SPD): Will? Das ist unglaublich!)

dass diese Art, kommunale Politik zu machen, in Zukunft zum Regelfall werden soll? Das kann ich so nicht unterstreichen.

Meine Damen und Herren, das Handbuch mit Konsolidierungsvorschlägen als Knebelpackung zu bezeichnen, wie Sie das indirekt getan haben, ist blanker Unsinn. Sie haben beklagt, dass das Land Hessen bewusst keine verbindlichen Vorgaben gemacht hat,

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Sagen Sie einfach: Ich will griechische Verhältnisse!)

an welcher Stelle welche Dinge einzusparen sind oder wie die Haushalte zu konsolidieren sind. Es ist die Aufgabe, das in gemeinsamen Verhandlungen mit dem Finanzministerium zu regeln. Weil es eben Stimmen gab, die fragten, wie sie das denn machen sollten, hat die Landesregierung gemeinsam mit dem Rechnungshof eine solche Handreichung gegeben, die doch nicht verbindlich ist. Sie können darüber hinaus doch Vorschläge erarbeiten, die der einzelnen Kommune überlassen bleiben. Das ist auch gut so, weil jede einzelne Kommune ihre eigene kommunale Wirklichkeit hat, auf die es Antworten zu geben gilt. Wo ist da die kommunale Selbstverwaltung ausgeschaltet?

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Kollege Noll, Sie müssen zum Schluss kommen.

Alexander Noll (FDP):

Meine Damen und Herren, dieses Gesetz ist ein Gesetz zur Handreichung, um den Kommunen Hilfestellung zu geben. Es ist ein Gesetz, das natürlich die kommunale Selbstverwaltung im Rahmen dessen bewahrt, was man zur eigenen Entschuldung machen will und muss. Deswegen ist es ein gutes Gesetz. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Kollege Noll. – Für die Landesregierung spricht Herr Finanzminister Dr. Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich schildere Ihnen jetzt einige Eckpunkte eines kommunalen Entschuldungsfonds: 34 Städte werden gezwungen, bis 30.06. einen verbindlichen Finanzierungsplan und Sanierungsplan für ihre Kommunen vorzulegen. Spätestens bis 2016 ist in diesem Sanierungsplan der Haushaltsausgleich zu erreichen.

(Alexander Bauer (CDU): Wo gibt es denn so etwas?)

Funktioniert das nicht, wird ein Staatskommissar eingesetzt.

Das, was ich Ihnen jetzt geschildert habe, ist nicht der hessische Schutzschirm, sondern das ist der kommunale Stärkungspakt, wie er im Land Nordrhein-Westfalen genannt wird. So wird mit Kommunen umgegangen, wenn SPD und GRÜNE regieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD sowie des Abg. Günther Schork (CDU))

Der Staatskommissar ist die schärfste Waffe zur Abschaffung der kommunalen Demokratie. Deshalb wundert es mich sehr, dass Kollege Schmitt den Mut hat, das hier so vorzutragen.

Wir haben auf ein anderes Verfahren gesetzt. Wir haben auf das Verfahren gesetzt, das Konzept gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden zu erarbeiten, das Konzept gemeinsam weiter zu verfeinern, Modifikationen anzubringen. Wir zwingen niemanden unter den Schutzschirm. Es ist eine freiwillige Entscheidung.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Es kann jeder entscheiden: Hält er es für richtig, mitzumachen, hält er es für vertretbar, oder lässt er es bleiben? Das ist eine Entscheidung in kommunaler Eigenverantwortung, nichts anderes.

(Beifall bei der CDU)

Wir schreiben keine allgemeingültigen verbindlichen Zeitpläne vor, sondern sagen: Grundsätzlich soll der Haushaltsausgleich bis 2020 erreicht werden. Wer der Auffassung ist, er schafft es bis dahin nicht, kann uns dies ausdrücklich begründet vortragen. Dann werden wir individuell mit der betreffenden Kommune schauen, ob es einen Weg gibt, ob der Weg möglicherweise verlängert werden muss, individuell auf das Bedürfnis jeder einzelnen Kommune ausgerichtet.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben mit den Kommunalen Spitzenverbänden vereinbart - das können Sie der Rahmenvereinbarung vom Januar entnehmen -, dass der Rechnungshof gemeinsam mit den Institutionen der Landesregierung all die Punkte zusammenträgt, die der überörtlichen Prüfung des Rechnungshofs jemals begegnet sind, wie Kommunen konsolidiert haben. Diese Handreichung ist im Moment im Gespräch mit den Kommunalen Spitzenverbänden. Ich erhoffe mir von ihnen noch Ergänzungen, sodass es nicht bei den 500 Vorschlägen bleibt, sondern dass aus der Praxis der Kommunen vielleicht noch 100 oder 200 hinzukommen, um allen Kommunen die Chance zu geben, eine möglichst umfassende Liste von Möglichkeiten zu haben, die man ergreifen könnte, wenn man sie ergreifen will. Es bleibt aber dabei, in kommunaler Eigenverantwortung, dem Ausdruck kommunaler Selbstverwaltung, diese Entscheidung am Ende zu

(Beifall bei der CDU und der FDP – Peter Beuth (CDU): Das Gegenmodell zum rot-grünen Modell!)

Deshalb bin ich am Ende sehr gelassen. Wenn sich zahlreiche Kommunen entscheiden, das Angebot nicht anzunehmen, dann ist das auch eine Entscheidung in eigener

Verantwortung. Das spart dem Land am Ende Geld. Das ist ein Teil; das Finanzministerium freut sich darüber.

Dann ist aber am Ende auf der kommunalen Seite – das wird im Moment dort nur sehr rudimentär gesehen – auch das im Moment extrem günstige Kassenkreditniveau in den Blick zu nehmen. Teilweise können sich Kommunen derzeit zu einem Zinssatz von unter 1 % über ihren Kassenkredit refinanzieren. Unabhängig davon, ob in den nächsten Jahren das allgemeine Zinsniveau steigen wird, werden die Belastungen für diejenigen Kommunen, die hohe Altschulden haben, sicherlich schon alleine deshalb steigen, weil die finanzierenden Banken aufsichtsrechtlich gezwungen werden, bei jenen Kommunen, die besonders hoch verschuldet sind, Eigenkapital zu unterlegen. Bisher war das nicht erforderlich. Die Folge wird sein, dass die Zinsen in möglicherweise dramatische Dimensionen steigen.

Der Rheingau-Taunus-Kreis ist in besonderer Weise mit Kassenkrediten gesegnet – in weitem Abstand vor allen anderen. Sie können ausrechnen, was dort ein oder zwei Prozentpunkte an Zinsdifferenz bedeuten.

(Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

Deshalb bin ich relativ gelassen und optimistisch, dass in einer Abwägung der Risikosphäre am Ende auch der Rheingau-Taunus-Kreis dazu kommen wird, dieses Angebot anzunehmen. Mancher Brief, der vorher von links nach rechts geschrieben wurde, wird dann sicherlich mit einer gewissen Gelassenheit zur Abheftung kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ein Angebot an die kommunale Familie. Nach den zahlreichen Gesprächen der letzten Wochen und Monate bin ich sehr zuversichtlich, dass – nach manchen schwierigen Gesprächen vor Ort – am Ende die große Mehrzahl dieses Angebot annehmen wird. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Dr. Schäfer.

Meine Damen und Herren, ich darf feststellen, dass auch die Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU (Einzigartiger Schutzschirm – "Blockadepolitik" der SPD schadet den Kommunen) abgehalten wurde.

Ich darf **Tagesordnungspunkt 27** aufrufen:

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Rüstungsexporte unterbinden – Konversion einleiten – Drucks. 18/5448 –

Dazu wird mit aufgerufen Tagesordnungspunkt 68:

Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend fragwürdige Exporterfolge der Rüstungsindustrie widersprechen friedenspolitischen Zielen Deutschlands – Drucks. 18/5489 –

Das Wort darf ich dem Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Herrn van Ooyen, erteilen. Die Redezeit beträgt zehn Minuten pro Fraktion.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der in der Friedensbewegung gebräuchliche Ruf "Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt" mag vielen der hier Anwesenden als eine Überzeichnung vorkommen. Wer sich jedoch ernsthaft mit Rüstungsproduktion und deutschem Waffenexport auseinandersetzt, kommt zu dem traurigen Ergebnis: Dieser Satz trifft zu. Mehr noch: Er ist aktueller denn je.

Wirtschaftskrise hin, Finanzkrise her – der Waffenhandel bleibt eine Wachstumsbranche. Es sind gerade deutsche – zahlreiche in Hessen ansässige – Waffenschmieden, die beim Geschäft mit dem Tod ganz vorne dabei sind.

Nach den aktuellen Zahlen des Friedensforschungsinstituts SIPRI steht Deutschland bei den Rüstungsexporten weltweit an dritter Stelle. Ein Weltmarktanteil von rund 10 % und Rüstungsexporte in Spannungsgebiete und Krisenregionen machen deutlich: Eine angeblich restriktive deutsche Rüstungskontrolle ist längst Makulatur geworden.

Wir erinnern uns: Als eine wichtige Lehre aus der unrühmlichen deutschen Geschichte haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes in Art. 26 das Folgende festgeschrieben:

Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorbereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Einen ganz ähnlichen Artikel enthält auch unsere Hessische Verfassung.

Doch das, was im Grundgesetz und in der Hessischen Verfassung steht, ist im Laufe der zurückliegenden Jahrzehnte von der Regierungspraxis immer mehr unterhöhlt und ad absurdum geführt worden. Wer das bestreitet, muss sich nur einige Fakten vor Augen führen.

Fakt ist: Die Türkei hat unter anderem von der hessischen Firma Fritz Werner eine Munitionsfabrik erhalten. Deutschland ist eine der wichtigsten Waffenlieferanten der Türkei. Fotos aus den kurdischen Gebieten des Landes belegen, dass nicht zuletzt deutsche Panzer im Einsatz sind, wenn kurdische Dörfer beschossen und Menschen vertrieben werden.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Wer das nicht glaubt: Ich habe eine Dokumentation der in Frankfurt ansässigen Hilfsorganisation medico international dabei, die dies eindeutig belegt.

Ein anderes Beispiel. In den Sechziger- und Siebzigerjahren ist dem Iran und Pakistan gleichzeitig die Produktion des deutschen G3 in Lizenz gestattet worden. Seither kann die Bundesrepublik nicht mehr kontrollieren und auch nicht mehr beeinflussen, an wen diese Länder das Sturmgewehr verkaufen. Mittlerweile taucht es regelmäßig auf vielen Kriegsschauplätzen auf, auch in den Händen von Kindersoldaten.

Ein weiteres Beispiel. Der Irak unter der Präsidentschaft von Saddam Hussein war für einige Jahre einer der größten Abnehmer deutschen Kriegsgeräts. Bei einem Chemiewaffeneinsatz der irakischen Armee auf die mehrheitlich von Kurden bewohnte Stadt Halabdscha im Norden Iraks starben im März 1988 mehr als 5.000 Männer, Frauen und Kinder. Das Giftgas, das bei diesem Angriff eingesetzt wurde, stammte zu 70 % aus deutscher Produktion – wie die 1994 im Irak erschossene Frankfurter

Journalistin Lissy Schmidt und verschiedene Rüstungsexperten in den Jahren danach recherchierten.

Zu den deutschen Firmen, die damals maßgeblich zum Aufbau der irakischen Giftgasanlagen beigetragen haben, gehörten auch die hessische Firmen Pilot Plant und Karl Kolb. Gegen 22 Beschuldigte von zehn beteiligten deutschen Unternehmen wurde damals ermittelt. Am Ende wurden gerade einmal drei Händler des Todes zu Bewährungsstrafen verurteilt – und dies, obwohl die Bundesregierung seit 1984 durch die USA und den Bundesnachrichtendienst über die Rolle deutscher Firmen beim Bau der irakischen Giftgasanlagen informiert war. Die Ermittlungen waren so lange verschleppt worden, bis sie in mehreren Fällen wegen Verjährung eingestellt wurden.

Ein Beispiel aus jüngster Zeit. Deutschland war vor dem Sturz Gaddafis der zweitwichtigste Handelspartner, nach Italien. Produkte im Wert von 996 Millionen € wurden exportiert. Auch die Rüstungsindustrie profitierte von den Geschäften mit Gaddafi.

Und ganz aktuell: Saudi-Arabien hat Interesse an bis zu 270 Leopard-Panzern bekundet. Der Bundessicherheitsrat – ihm gehören die Kanzlerin und mehrere Fachminister an – hat grünes Licht zum Export gegeben.

An dieser Stelle möchte ich Christoph Müller, Sprecher von Krauss-Maffei Wegmann in Kassel, zu Wort kommen lassen, der zu diesem Panzer sagt: Kein anderer Panzer in der Welt kann dem Leopard 2 das Wasser reichen. Er ist nahezu eine perfekte Tötungsmaschine. – In Europa ist er ein Ungetüm einer längst überholten militärischen Strategie.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Zudem: Von der Bundeswehr allein könne man sich nicht ernähren, sagt KMW-Sprecher Müller. Deswegen habe der Konzern "schon vor sehr langer Zeit begonnen, eine sogenannte Internationalisierungsstrategie einzuleiten".

Selbst im ansonsten hier wenig Skrupel zeigenden schwarz-gelben Lager gibt es Kritik an diesem Panzerdeal. Gott sei Dank.

(Holger Bellino (CDU): Vorsicht, lieber Freund!)

Denn dass in Saudi-Arabien Menschenrechte wenig gelten, ist bekannt.

Ansonsten werden Waffenlieferungen in zahlreiche Spannungsgebiete zumeist geräuschlos abgewickelt. Die deutschen Waffenproduzenten haben die Konkurrenz aus Ländern wie Frankreich oder Großbritannien längst überholt. Die Ausfuhren gehen in mehr als 130 Länder. In jüngster Zeit schwangen sich die Golfstaaten zu den Hauptimporteuren auf. So waren im letzten Jahr die Vereinigten Arabischen Emirate die Nummer eins, und auch Saudi-Arabien vergibt gigantische Aufträge nach Deutschland.

Große Abnehmer sind unter anderem auch die Türkei und Griechenland. Diese Länder rüstet die Bundesrepublik gegeneinander auf.

Es ist wichtig, Griechenland finanziell unter die Arme zu greifen. Eine Bedingung müsste aber lauten, dass der Rüstungshaushalt dort wirklich heruntergefahren wird. Prozentual zum Bruttoinlandsprodukt gerechnet ist der Militäretat Athens doppelt so hoch wie im Restbereich der EU. Dennoch werden dort weiterhin Waffen geordert, da gibt es keine Einschränkungen – während Löhne und Ge-

hälter gesenkt werden. Das ist ein skandalöser Zustand. Wir sollten hier Initiativen ergreifen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich nenne Ihnen einen weiteren Aspekt deutscher Rüstungspolitik: Nicht nur in der Türkei, sondern auch in Saudi-Arabien wurde eine Fabrikanlage für deutsche Sturmgewehre gebaut. Außerdem werden Leopard-Panzer dorthin verschifft, die können schon rein geografisch nicht gegen den Iran eingesetzt werden, wohl aber gegen Israel, gegen aufständische Nachbarstaaten wie Bahrain und vom Bautyp her gegen die eigene Bevölkerung. Für mich ist der Export von 200 Kampfpanzern nach Saudi-Arabien ein fatales Zeichen gegenüber den Freiheitsbewegungen in der arabischen Welt.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Lieferungen von Waffen und Ausrüstungen zur Kriegsführung sowie zur innerstaatlichen Unterdrückung an diktatorische Regimes ist ein permanenter Skandal deutscher Außen- und Außenwirtschaftspolitik. Das sehen die beiden christlichen Kirchen in ihrem gemeinsamen Rüstungsexportbericht der GKKE genauso.

Mir ist unbegreiflich, dass Deutschland Waffen in Staaten liefert, in denen die Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Wie sollen wir das denjenigen vermitteln, die sich im eigenen Land für Freiheit und Menschenrechte engagieren? Um unser Ziel des grundsätzlichen Verbots des Waffenhandels zu erreichen, brauchen wir ein breites gesellschaftliches Bündnis. Die Kampagne gegen Rüstungsexport spiegelt den gesellschaftlichen Konsens wider. Die Menschen wollen nicht, dass Deutschland die Welt aufrüstet. Die Bundesrepublik handelt mit ihrer exportorientierten Genehmigungspraxis diametral gegen den Willen einer breiten Mehrheit. Das machen wir publik, sicherlich auch in den nächsten Jahren.

(Beifall bei der LINKEN – Vizepräsidentin Ursula Hammann übernimmt den Vorsitz.)

Die Aufschrei-Kampagne der Friedensbewegung fordert von der Bundesregierung, den skandalösen Waffenhandel endlich wirksam zu unterbinden.

Noch ein anderer Aspekt muss dabei ins Auge gefasst werden. Die Bundesregierung genehmigt nicht nur Rüstungsexporte in immer größerer Zahl, sie sichert viele dieser Geschäfte mit staatlichen Ausfallbürgschaften ab und beteiligt auch den Steuerzahler an einigen Waffenexportgeschäften. Wir fordern die Beschränkung dieser Ausfallbürgschaften auf zivile Produkte, die an nicht militärische Empfänger geliefert werden.

Wir fordern Sie auf, in Hessen eine neue gesellschaftliche Debatte über Rüstungskonversion zu führen. In diesem Zusammenhang begrüße ich ausdrücklich den Antrag, den die GRÜNEN eingebracht haben. Die Umstellung von militärischer auf zivile Produktion und ein Ende der skandalösen Waffenlieferungen gehören auf eine Agenda der Politik.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch ein Ende der verdeckten militärischen --

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Sie müssten zum Ende Ihrer Rede kommen.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Ja, ich komme zum Ende meiner Rede. – Auch ein Ende der verdeckten militärischen Grundlagenforschung an der Universität ist notwendig.

In diesem Sinne werden sich auch in diesem Jahr wieder in zahlreichen hessischen Gemeinden Menschen an den bevorstehenden Ostermärschen beteiligen, auch die Mitglieder meiner Fraktion. Es wäre schön, wenn sich andere hier Anwesende diesen Demonstrationen anschließen würden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr van Ooyen. – Als nächster Redner spricht zu uns Jürgen Frömmrich von den GRÜNEN.

(Holger Bellino (CDU): Geht das auch ohne die finanzielle Unterstützung von Honecker?)

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe darauf gewartet und gehofft, Willi würde es noch schaffen, den Werbeblog für die Ostermarschkampagne hineinzubekommen. Aber man hat ja gesehen, es ist ihm auf den letzten Metern noch gelungen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist aller Ehren wert, über die Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland zu diskutieren. Wir haben dazu auch einen Antrag vorgelegt.

Wir bedauern sehr, dass der Anspruch der Bundesrepublik Deutschland, eine restriktive Rüstungspolitik zu betreiben, in der Praxis nur unzureichend umgesetzt wird. Eine restriktive Rüstungspolitik sollte sich an den Zielen der Gewaltvermeidung, der Menschenrechte und einer nachhaltigen Entwicklung orientieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leider müssen wir feststellen, dass es ein dramatisches Missverhältnis zwischen den friedenspolitischen Zielen Deutschlands einerseits und den fragwürdigen Exporterfolgen der deutschen Rüstungsindustrie andererseits gibt. Es ist nicht ganz verwunderlich, wenn der Bericht der Bundesregierung über die Exportpolitik der konventionellen Rüstungsgüter im Jahr 2010 mit dem Logo des Wirtschaftsministers versehen ist. Dort kann man lesen: Wirtschaft, Wachstum, Wohlstand. – Meine Damen und Herren, dies ist keine gute Headline für den Bericht über wachsende Rüstungsexporte der Bundesrepublik. Falsches Ministerium, falsches Logo.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deutschland liegt auf Platz drei bei den Rüstungsexporten. Das SIPRI-Institut meldet: Mit 30 % werden die meisten Waffen aus den USA exportiert. Die Ausfuhr aus Russland liegt bei 24 %. Deutschland zählt mit 9 % zu den großen Waffenexporteuren. Frankreich und Großbritannien liegen mit 8 bzw. 4 % aller Waffenexporte hinter der Bundesrepublik Deutschland. In den letzten fünf Jahren haben die Waffenexporte um 24 % zugenommen. In Deutschland sind die Waffenexporte um 37 % gesteigert worden. – Meine Damen und Herren, das ist keine gute

Entwicklung. In diesem Bereich sollten wir restriktiver vorgehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Auf Druck der grünen Bundestagsfraktion wurden schon im Jahr 2000 die politischen Grundsätze der Bundesregierung für Rüstungsexporte deutlich verschärft. Leider müssen wir erkennen, dass diese Grundsätze keine ausreichende Bindekraft entfalten. Entgegen den Grundsätzen setzen sich oft die wirtschafts- und industriepolitischen Interessen gegen die Menschenrechtsinteressen durch.

Wurden 1997 noch Ausfuhren in Höhe von 707,4 Millionen € getätigt, waren es im Jahr 2010 schon Ausfuhren in Höhe von 2,1 Milliarden €. Darin sind die geplanten Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien noch gar nicht enthalten

Bereits jetzt sind 70 % aller Produkte der deutschen Rüstungsindustrie für den Export bestimmt. Die Vereinigten Arabischen Emirate, Brasilien oder Indien sind die zahlungskräftigsten Abnehmer deutscher Rüstungsgüter. Dem wachsenden Rüstungsexport stehen eine mangelnde Transparenz und eine fehlende parlamentarische Kontrolle bei den Rüstungsexporten gegenüber. Deshalb hat unsere Bundestagsfraktion im Januar dieses Jahres Eckpunkte für ein Rüstungskontrollgesetz vorgelegt.

Meine Damen und Herren, wir müssen an der Debatte um die Rüstungsexporte und auch bei den Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien sehr genau sehen, dass dieser Problembereich mangelnd transparent ist und wir dafür eine ordentlich funktionierende parlamentarische Kontrolle brauchen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Zu den Zielen, die unsere Bundestagsfraktion formuliert hat, gehören beispielsweise die gesetzliche Verankerung von Rüstungsexportentscheidungen, eine verbindliche Berichtspflicht, die Federführung beim Auswärtigen Amt und nicht beim Wirtschaftsministerium, die Stärkung der Kontrollrechte des Parlaments, ein Verbot der Lizenzvergaben für Drittstaaten – Willi van Ooyen hat das gerade für die Gewehre gesagt – eine Endverbleibskontrolle, die sicherstellt, dass Waffen, die in NATO-Partnerländer geliefert werden, auch wirklich dort verbleiben, und letztendlich die Einführung eines Verbandsklagerecht.

Diese Vorschläge für ein Rüstungsexportgesetz werden dazu führen, dass in diesem Bereich restriktiver und zurückhaltender bei den Exporten in Drittländer vorgegangen wird. Wir finden es wichtig, dass wir in diesem Bereich restriktiver und zurückhaltender vorgehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Gegensatz zu den LINKEN sind wir aber nicht für eine generelle Einstellung der Exporte.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Gestern für Autos, heute für Waffen!)

– Frau Kollegin Wissler, vielleicht verhindert vertiefte Sachkenntnis auch die muntere Debatte. – Herr van Ooyen, wenn Sie einmal in die Anlage 7 des Berichts der Bundesregierung sehen, können Sie entnehmen, dass es durchaus Lieferungen gibt, die unter diesen Bereich der Rüstungsexporte fallen, die aber für humanitäre Zwecke oder für VN-Missionen dienen. Frau Kollegin Wissler, ei-

nige Beispiele, auch für Sie: Minenräumgeräte, die nach Afghanistan und nach Jordanien gehen. Frau Kollegin Wissler, wollen Sie das in der Tat verbieten?

(Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Geländewagen mit Sonderschutz an Hilfsorganisationen oder Botschaften in Jordanien, Kenia oder Aserbaidschan: Wollen Sie das wirklich verhindern, Frau Kollegin Wissler?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lkw-Teile für den Katastrophenschutz nach Haiti: Frau Kollegin Wissler, wollen Sie das wirklich verhindern? Teile von Maschinenpistolen für VN-Missionen, also für UN-Missionen, nach Kambodscha und in den Libanon: Wollen Sie in der Tat verhindern, dass diese Institutionen, die im Auftrag internationaler Organisationen tätig sind, mit solchen Gütern, die sie schützen, beliefert werden? Frau Kollegin Wissler, wir glauben, nein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der LINKEN)

Um Aspekten der Menschrechte mehr Gewicht zu verleihen und der Gefahr innerstaatlicher Repression zu begegnen, sollten die gemeinsamen Standpunkte der EU zu Waffenexporten im Außenwirtschaftsgesetz und im Kriegswaffenkontrollgesetz verankert werden. Dazu gehören erstens die Einhaltung internationaler Verpflichtungen, zweitens die Achtung der Menschenrecht und des humanitären Völkerrechts, drittens die Berücksichtigung der inneren Lage im Endbestimmungsland, viertens die Aufrechterhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der jeweiligen Religion, fünftens die Sicherung der nationalen Sicherheit der Mitgliedsstaaten sowie befreundeter Länder, sechstens die Bewertung des Verhaltens des Käuferlandes gegenüber der internationalen Gemeinschaft unter besonderer Berücksichtigung der Art der von ihm eingegangenen Bündnisse und der Einhaltung des Völkerrechts, siebtens die Verminderung des Risikos der Abzweigung von Militärtechnologie oder Militärgütern im Kaufland oder der Wiederausfuhr von Militärgütern unter unerwünschten Bedingungen und achtens die Vereinbarkeit der Handelsaktivitäten mit der technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des jeweiligen Empfängerlandes.

Das sind gute grundsätzliche Standpunkte, die von der EU formuliert worden sind. Andere europäische Länder, wie Großbritannien, Schweden, Dänemark, Tschechien und Österreich, haben diese gemeinsamen Standpunkte bereits in nationales Recht übernommen. Die Rüstungsexportrichtlinien und die gemeinsamen Standpunkte der EU enthalten viele gute Kriterien für eine restriktive Exportpolitik. Wir sollten diese Normen auch bei uns gesetzlich verankern. Es würde auch der Bundesrepublik Deutschland gut anstehen, die EU-Standpunkte in nationales Recht zu überführen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Schluss möchte ich noch darauf hinweisen, dass man, wenn man in diesem Bereich restriktiver vorgehen will, wenn man die Exporte beschränken will, natürlich auch Strategien entwickeln muss, wie man den Firmen hilft – um dort die Arbeitsplätze zu erhalten –, die zurzeit von diesen Exporten abhängig sind. Ich denke, da brauchen wir besondere Anstrengungen im Bereich der Konversion, insbesondere Beratungsleistungen durch den Staat, wie man Güter entwickelt und produziert, die man erfolgreich am Weltmarkt platzieren kann.

Meine Damen und Herren, das, was ich hier vorgestellt habe, das, was im Deutschen Bundestag in der Debatte ist – vorgelegt durch unsere Fraktion –, nämlich eine gesetzliche Verankerung, ist der richtige Weg. Wir sollten uns einig sein, dass man in diesem Bereich restriktiv vorgeht und ihn nicht in dem Maß ausweitet, wie das in den letzten Jahren geschehen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg, Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Frömmrich. – Als Nächster spricht Herr Kollege Lenders von der FDP-Fraktion zu uns. Bitte schön.

Jürgen Lenders (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege van Ooyen, ich akzeptiere, wenn jemand die Grundüberzeugung vertritt, dass jede Waffe für Kriegshandlungen benutzt werden könnte und wir deshalb am besten überhaupt keine Waffen produzieren sollten. Ich könnte mich jetzt auch auf den Standpunkt stellen, dass nicht die Waffe das Problem ist, sondern der Mensch, der sie benutzt. Aber so einfach kann und will ich es mir bei diesem Thema nicht machen, denn beide Standpunkte sind zu einfach. Beide Positionen entpuppen sich bei genauer Betrachtung als Illusion.

Eine der wichtigsten Staatsaufgaben, und zwar eines jeden Staates, ist es, für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Eine Gesellschaft erwartet von ihrem Staat – und muss von ihrem Staat erwarten können –, dass er für die Sicherheit sorgt. Das gilt für Bedrohungen von innen, aber auch und gerade für Bedrohungen von außen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Wer bedroht uns denn?)

Ich bin in der glücklichen Situation, der ersten Generation in Deutschland anzugehören, die keinen Krieg mehr erlebt hat. Wir wissen, dass leider nicht immer Frieden in Deutschland geherrscht hat, und wir wissen auch, dass es in der Welt Kriegsherde und Bedrohungen gibt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, auf unserer Erde gibt es große Gefahrenherde und erhebliche Sicherheitsrisiken. Ich nenne den Iran, Nordkorea und aktuell natürlich Syrien. Vor diesen Realitäten darf man die Augen nicht verschließen. Eine Realität ist auch, dass mit uns verbündete und befreundete Staaten bedroht sind und bedroht werden. Es ist Staatsräson in der Bundesrepublik Deutschland, dass wir dem Staat Israel auch aufgrund unserer historischen Verantwortung beistehen und ihn unterstützen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die FDP-Fraktion war nicht zufällig kürzlich in Israel. Jeder weiß, dass Israel ganz erheblichen Bedrohungen ausgesetzt ist. Das Regime im Iran stellt das Existenzrecht Israels nicht nur offen infrage, sondern fordert zur Vernichtung Israels auf. Wir haben Israel bisher beigestanden, und wir werden Israel weiterhin beistehen – ausdrücklich auch durch Stärkung des militärischen Verteidigungspotenzials

dieses Staates. Deshalb ist es notwendig, dass wir die Fähigkeit dazu auch in Hessen haben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Es geht also nicht nur darum, dass wir in Deutschland in relativer Sicherheit vor militärischen Bedrohungen von außen leben. Auf diese Sicherheit haben auch mit uns befreundete Staaten einen Anspruch. Aufgrund der Sicherheitsinteressen des Landes brauchen wir Unternehmen der Rüstungsindustrie. Auch wenn wir es uns noch so sehr wünschen: Es bleibt eine Illusion, dass das Ende der Produktion von Waffen das Ende von Gewalt und Krieg bedeutet. Der Atomwaffensperrvertrag, der eine ähnliche Idee zur Grundlage hat, zeigt das sehr plastisch. Obwohl der Bau und der Verkauf von Atomwaffen nicht mehr stattfinden sollen, gibt es Länder, die alles daransetzen, Atomwaffen zu bauen und zu besitzen. Es gibt also nicht das Ideal, dass es keinen Krieg mehr gibt, wenn keiner mehr Waffen hat. Deutsche Unternehmen würden bei Umsetzung der Rahmenbedingungen der LINKEN ihre Produktionsstandorte ins Ausland verlegen. Die Waffen würde es nach wie vor geben. Abrüstung kann nicht erfolgreich sein, indem man so vorgeht, wie es die LINKEN wollen. Abrüstung kann man nur über diplomatischen Einsatz und internationale Vereinbarungen erreichen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Das ist nach dem Kalten Krieg zunächst sehr gut gelungen. Außenminister Guido Westerwelle hat sich für seine Amtszeit vorgenommen, für die Abrüstung zu werben, und ist mit diesem Ziel in der Welt unterwegs. Deutsche Außenminister haben eine große Rolle dabei gespielt, Abrüstungsverträge zu vermitteln. Wir wollen weiterhin an einer besseren Welt mitbauen, aber die Realität müssen wir dabei schon im Blick behalten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deutschland hat strenge Sicherheitsvorkehrungen und Kontrollen eingerichtet, wahrscheinlich die sichersten der Welt. Sie stellen sicher, dass keine Rüstungsgüter in Kriegsregionen geliefert werden, wo sie gegen Menschen eingesetzt werden können. Dazu gibt es das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, BAFA, das hier in Eschborn einen hervorragenden Job macht. Als Grundlage der Arbeit des BAFA gelten noch heute die politischen Grundsätze der Bundesregierung aus dem Jahre 2000, also von Rot-Grün, Herr Kollege Frömmrich. Diese Grundsätze sind geprägt durch das Bestreben, die Rüstungsexportpolitik restriktiv zu gestalten, im Rahmen der internationalen gesetzlichen Verpflichtungen den Export am Sicherheitsbedürfnis und an dem außenpolitischen Interesse Deutschlands zu orientieren, durch Begrenzung und Kontrolle einen Beitrag zur Sicherung des Friedens, zur Gewaltprävention, zur Sicherung der Menschenrechte und für nachhaltige Entwicklung in der Welt zu leisten, internationale Beschlüsse zu bedrücksichtigen, die eine Beschränkung des internationalen Waffenhandels unter Abrüstungsgesichtspunkten anstreben, und darauf hinzuwirken, solchen Beschlüssen Rechtsverbindlichkeit auf internationaler und europäischer Ebene zu verleihen.

Diese Grundsätze gelten nach wie vor. Herr Kollege Frömmrich, ich konnte Ihre Rede nicht nachvollziehen; denn es gelten nach wie vor die Grundsätze, die Rot und Grün bei diesem Thema vorgesehen haben.

(Beifall bei der FDP)

Auch in diesen allgemeinen Grundsätzen ist die Prüfung der Menschenrechte in allen Zielländern ausdrücklich verankert. Herr Frömmrich, GRÜNE und LINKE haben doch in der Regel ein großes Vertrauen in die staatlichen Organisationen. Warum ist das nicht auch bei der Ausfuhrkontrolle der Fall?

Für die FDP kann ich sagen, dass wir die Kontrollen bei den Rüstungsausfuhren nicht infrage stellen, sondern dass wir die Arbeit des BAFA schätzen. Ich denke, Deutschland ist da sehr vorbildlich aufgestellt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Lenders. – Herr Kollege Frömmrich hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet. Bitte schön, Herr Frömmrich. Sie haben zwei Minuten Zeit für die Erwiderung.

(Günter Rudolph (SPD): Genau zwei Minuten!)

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil der Kollege Lenders auf die Exportrichtlinien aus dem Jahr 2000 eingegangen ist. Sie haben gehört, dass ich sie erwähnt habe.

Herr Kollege Lenders, wenn Sie richtig zugehört hätten, hätten Sie mitbekommen, dass ich gesagt habe, es hat sich leider herausgestellt, dass diese Richtlinien keine Bindewirkung entfalten. Aus diesem Grund wurde seitens unserer Fraktion gesagt: Wenn das in der Realität so ist, brauchen wir etwas, was wir gesetzlich normieren.

Diese Vorschläge für gesetzliche Normen habe ich Ihnen hier vorgestellt. Es handelt sich um ein Papier der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag, das genau diese Eckpunkte und die Rüstungskontrolle im Blick hat. Herr Kollege Lenders, wenn Sie hier schon auf die Beiträge von Vorrednern eingehen, sollten Sie auch darauf achten, dass die Zitate nicht aus dem Zusammenhang gerissen werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Frömmrich. – Herr Lenders, Sie haben sich ebenfalls gemeldet. Sie können auf das eingehen, was Herr Abg. Frömmrich gesagt hat.

Jürgen Lenders (FDP):

Herr Kollege Frömmrich, ich darf also feststellen, dass Sie Ihre Unzulänglichkeit in diesem Bereich bekannt haben und Ihre eigene Position korrigieren wollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Das war sehr kurz. – Nächster Redner ist Herr Schork von der CDU-Fraktion.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Aber, Herr Lenders, Saudi-Arabien als Hort der Demokratie! Vielen Dank! – Gegenruf des Abg. Jürgen Lenders (FDP): Saudi-Arabien? – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Ja!)

Günter Schork (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ein sich ständig wiederholendes Ritual. Oder man könnte sagen: Alle Jahre wieder stellen die LINKEN in der letzten Plenarsitzung vor Ostern – und damit als Werbeblock für die Ostermärsche geeignet – einen Antrag, der sich mit Rüstung und Militär beschäftigt.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das ist wichtig! Wir sollten das jeden Monat machen! – Hermann Schaus (DIE LINKE): Das ist doch in Ordnung!)

Das ist legitim. Genauso legitim ist es, das hier festzustellen.
 Nachdem ich mir den vorliegenden Antrag der LINKEN angesehen habe, stelle ich fest, dass er sehr gefährlich ist; denn in ihm werden Dinge vermengt und Unterstellungen vorgebracht, die wir schlicht und einfach nicht hinnehmen können. Das ist meine Sicht.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Deshalb sind Sie ja für Waffenexporte!)

Im ersten Absatz Ihres Antrags zitieren Sie das Grundgesetz und die Hessische Verfassung. Sie suggerieren im Kontext Ihres Antrags, dass es in der Bundesrepublik Deutschland – auch in Hessen – verantwortliche Politiker gibt, die einen Angriffskrieg vorbereiten.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ist es!)

Das ist schlicht und einfach infam; denn es entspricht nicht der Wahrheit.

(Beifall bei der CDU – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Sie werden sagen, dass in Afghanistan verteidigt wird!)

Im zweiten Absatz nennen Sie die Zahlen, die das Friedensforschungsinstitut SIPRI zu den weltweiten Rüstungsexporten veröffentlicht hat. Sie schreiben in dem Zusammenhang aber nicht, dass z. B. die Zahl der Exportgenehmigungen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2010 rückläufig war. Ihre Zahl ist exakt um 5,7 % − 290 Millionen € – zurückgegangen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Kollege Frömmrich schüttelt den Kopf. Nachzulesen ist das im Rüstungsexportbericht der Bundesregierung.
 Das Perfide ist: Im nächsten Absatz erklären Sie im Zusammenhang mit dem vorhergehenden

(Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

hören Sie gut zu, Herr Schaus –, dass die Bundesrepublik Deutschland 9 % aller Exporte tätigt. Sie weisen darauf hin, besonders dramatisch stelle sich die Situation in Krisenregionen dar.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Genau!)

So habe z. B. Syrien seine Waffenimporte im Zeitraum 2007 bis 2012 um 580 % gesteigert. Das mag stimmen. Aber Sie suggerieren damit, dass es die Bundesrepublik Deutschland war, die diese Waffen an Syrien geliefert hat. Das ist schlicht und einfach falsch.

(Beifall bei der CDU)

Es sind Ihre sozialistischen Bruderländer China und Russland, die Syrien mit Waffen versorgen und sich im UNO-Sicherheitsrat bis heute dagegen stemmen, dass gegen das dortige Regime Sanktionen verhängt werden, um die Menschenrechte in diesem Land zu gewährleisten und sicherzustellen. Das ist Fakt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn Sie über die arabischen Länder und die arabische Revolution reden, beantworten Sie mir bitte die Frage: Wie wäre es denn in Libyen ausgegangen,

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): 50.000 Tote!)

wenn die Aufständischen und die, die dort für Freiheit und Demokratie gekämpft haben, nicht mit Waffen versorgt worden wären? Wie wäre das denn ausgegangen? Es hätte ein Blutbad unter der libyschen Bevölkerung gegeben.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Bedauerlicherweise – das sage ich sehr deutlich, Herr Kollege Frömmrich – hat sich die Bundesrepublik Deutschland bei der Abstimmung im Sicherheitsrat, als es um Libyen ging, falsch verhalten. Das ist meine persönliche Einschätzung. Das räume ich sehr freimütig ein.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mir wäre es lieber gewesen, die Bundesrepublik Deutschland hätte sich solidarisch an dem Einsatz der Weltgemeinschaft und der NATO in Libyen beteiligt.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Kein Krieg mehr ohne Deutschland!)

Schließlich erwähnen Sie in Ihrem Antrag noch die "Panzerschmiede" Krauss-Maffei Wegmann. Dazu muss man sagen, dass Krauss-Maffei Wegmann kein Rüstungskonzern ist. In einem Teilbereich ist dieser Konzern ein wehrtechnisches Unternehmen. Es gehört aber auch dazu, dass Kraus-Maffei Wegmann in Kassel unter anderem führend in der Produktion von Eisenbahnen ist.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Dagegen haben wir gar nichts! Eisenbahnen können die ja produzieren!)

Das gehört ebenfalls dazu, und das dürfen Sie nicht alles in einen Topf werfen.

(Beifall bei der CDU)

Aus dem Rüstungsexportbericht der Bundesrepublik Deutschland geht hervor – Herr Kollege Frömmrich hat dankenswerterweise einige Einzelbeispiele genannt; es zeigt, dass der Antrag der LINKEN und der Wortbeitrag des Kollegen van Ooyen an der Sache vorbeigingen –, dass 70 % der deutschen Rüstungsexporte in Staaten der Europäischen Union, in Staaten der NATO

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Vor allem Griechenland und die Türkei!)

und in Staaten, die der NATO gleichgestellt sind, gehen. Das ist eine Tatsache. Natürlich gehört dazu auch Griechenland. Herr van Ooyen, falls Sie es noch nicht wissen: Griechenland ist Mitglied der Europäischen Gemeinschaft, und Griechenland ist Mitglied der NATO.

(Beifall bei der CDU – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das weiß ich!)

Warum lagen die Zahlen für Griechenland in den letzten fünf Jahren so hoch? Es handelte sich schlicht und einfach um ein einziges Geschäft: Die Griechen haben von der Bundesrepublik Deutschland U-Boote der Klasse 214 mit Brennstoffzellenantrieb gekauft. Sie können nachlesen, was sich dahinter verbirgt.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Unnötig, wie ich finde!)

Herr Staatssekretär Saebisch, es entzieht sich meiner Kenntnis, ob sie sie bezahlt haben; aber vermutlich fällt das auch unter den Schuldenschnitt, den wir den Griechen gerade im Zusammenhang mit der Finanzkrise gewährt haben.

(Horst Klee (CDU): Das wird alles verrechnet! – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Herr Schork, die haben keine Munition mehr kaufen können, die hatten kein Geld!)

Dazu gehören auch die ganzen Lieferungen in Krisengebiete, das muss man so sagen, um die UN-Friedenstruppen und Nichtregierungsorganisationen zu unterstützen. Diese Beispiele hat der Kollege Frömmrich vorhin genannt.

Auch Bestandteil des Rüstungsexportberichts sind wehrtechnische Kooperationen, die innerhalb der NATO logischerweise sinnvoll und notwendig sind, um gewisse Dinge voranzubringen und zu vereinheitlichen. Ein besonders beliebter Exportartikel, das führt Ihr Argument des Angriffskrieges dann völlig ad absurdum, sind z. B. Dieselmotoren, die dort auch aufgeführt werden.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): So ist es!)

Weitere Dinge, die geliefert werden, sind Funkgeräte und Radaranlagen zur Grenzsicherung. Jetzt sagen Sie mir bitte, was Radaranlagen zur Grenzsicherung mit einem Angriffskrieg zu tun haben. Nichts, aber auch gar nichts.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Für den Mauerbau!)

Die Kollegen Frömmrich und Lenders haben eine kurze Diskussion über die Richtlinien geführt, nach denen die Rüstungsexporte vonstattengehen. Es gelten nach wie vor die Grundsätze aus dem Jahr 2000. Zwölf Jahre später kann man sicher über das eine oder andere, was da drinsteht, nachdenken. Insofern ist das, was der Kollege Frömmrich vorgetragen hat, sicherlich eine Diskussionsgrundlage. Aber fest steht auch, dass bisher keine Bundesregierung, egal welcher Couleur, an dem Verfahren – Einzelgenehmigung für Rüstungsexporte durch Beschlussfassung im Bundessicherheitsrat – etwas geändert hat, sondern sie sind alle bei diesem Verfahren geblieben.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das stimmt!)

Das deutet zumindest darauf hin, dass das ein Verfahren ist, das sich in der Praxis bewährt hat. Hinzu kommt – auch das dürfen wir nicht vergessen, wenn es dann um die Frage der parlamentarischen Kontrolle geht –, dass die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag den Rüstungsexportbericht jedes Jahr vorlegt.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir diskutieren jetzt über den 2010er!)

– Wir diskutieren jetzt über den 2010er, dann legen sie ihn vielleicht ein bisschen spät vor. – Die parlamentarische

Kontrolle und die parlamentarische Befassung sind durch die Vorlage des Rüstungsexportberichts gewährleistet.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt keine Fristen!)

– Es gibt keine Fristen. – Eine letzte Bemerkung, ich glaube, auch das muss man sehr deutlich sagen: Die wehrtechnische Industrie, auch und gerade in Hessen, arbeitet nicht nur im wehrtechnischen und im Rüstungsbereich, sondern es finden dort in sehr starkem Umfang Forschung und Entwicklung statt, die auch für zivile Nutzung notwendig und gut sind. Wir müssen auch feststellen: In der Bundesrepublik Deutschland gibt es – –

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Schork, Sie müssten bitte zum Ende Ihrer Rede kommen.

Günter Schork (CDU):

Ich bin fast fertig. – In der Bundesrepublik Deutschland gibt es keinen klassischen Rüstungskonzern. Herr Kollege van Ooyen, Ihr Antrag geht an der Sache vorbei und ist einzig und allein Ihre Propaganda für die bevorstehenden Ostermärsche. Schon aus diesem Grund, weil er auch fachlich falsch ist, können wir dem Antrag nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Schork. – Als Nächster spricht zu uns Herr Kollege Warnecke von der SPD Fraktion. Bitte schön.

Torsten Warnecke (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ostern steht vor der Tür. Gutes Wetter ward verheißen. Es ist Zeit für Osterspaziergänge oder, wie es auch für Sie, Herr van Ooyen, etwas drakonischer heißt: "Ostermärsche", und es ist Zeit für einen Antrag zum Thema Konversion. Sie führen zunächst einmal schweres Geschütz auf, indem Sie auf die Verfassung verweisen. Sie sagen nicht nur, dass die Rüstungsexportpraxis offenkundig die Verfassung ad absurdum führe, sondern auch, dass das, was im Moment geschieht, verfassungswidrig sei.

Herr van Ooyen, ob das in allen Fällen so ist, gilt es zu prüfen. Wir stehen in dieser Welt offenkundig nicht mehr in der klassischen Konfrontation von Armeen, sondern wir stehen in dieser Welt offenkundig vor der Situation, dass es sogenannte asymmetrische Kriege gibt. Der Sozialdemokrat Erhard Eppler hat darauf hingewiesen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Bauernkriege!)

– Ja, die hat es aber nicht in dem Maße gegeben. – Weil Sie in diesem Antrag die Steigerung der Waffenexporte ganz dramatisch beklagen, gilt es einige Punkte zu berücksichtigen, die auch Kollegen schon genannt haben. Der maßgebliche Punkt, warum die Waffenexporte der Bundesrepublik Deutschland gesteigert wurden, und zwar in solchem Umfang, wie bereits genannt, ist offenkundig die Marinetechnik – die teuren U-Boote, die nicht nur nach Israel, Griechenland oder in die Türkei, sondern auch nach Südkorea und Südafrika geliefert wurden.

Herr van Ooyen, wenn so ein U-Boot 500 bis 700 Millionen € kostet, und wir 3 Milliarden € pro Jahr angeben, dann nimmt es wenig wunder, dass mit einem U-Boot gigantische Steigerungen von 30 % zu erzielen sind. Diese U-Boote werden aber klassischerweise nicht in den asymmetrischen Kriegen eingesetzt. Man kann die Frage, die Sie aufwerfen, inwieweit die Zivilbevölkerung betroffen ist und dort im Grunde genommen Angriffskriege vorbereitet werden, sehr wohl thematisieren. Man kann auch thematisieren, ob in ein Land wie Griechenland Waffen exportiert werden sollten. In diesem Zusammenhang darf ich übrigens auf die SIPRI-Studie, "Trends in International Arms Transfers", verweisen. Da steht, die Bundesrepublik Deutschland liefert 9 % des weltweiten Waffenexportes, und Griechenland erhält von der Bundesrepublik Deutschland 13 % dessen, was die Bundesrepublik Deutschland exportiert. Sie schreiben, es seien 5 %; die Zahl scheint so nicht zu stimmen. Wenn sie von SIPRI ist,

(Günter Rudolph (SPD): Mit Zahlen haben sie es nicht so!)

Wenn wir auf Griechenland verweisen, muss natürlich die Frage gestellt werden, die schon aufgeworfen wurde: Darf Griechenland als NATO-Land deutsche Waffen erhalten? – Steht dahinter Ihre These, dass jedes Land seine Waffen selbst produzieren soll?

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Gar keine Waffen!)

– Dass es gar keine Waffen produzieren soll. Wenn Sie dieser Auffassung sind, dann frage ich auch: Woher kriegt die Bundeswehr ihre Waffen?

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Keine!)

Auch keine mehr. Das ist eine grundlegend pazifistische Position – ich darf hier Willy Brandt zitieren –, die allerdings von der Sozialdemokratie nicht geteilt wird. Ich wundere mich übrigens auch, dass DIE LINKE für sich in Anspruch nimmt, mittlerweile eine pazifistische Partei zu sein, und zwar in allen Teilen. Wenn dem nicht so sein sollte, dann ist das Ihre Position, die mag Ihnen –

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Militaristen pur! – Gegenruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE): Jetzt regen Sie sich einmal nicht so auf, Herr Irmer!)

- "Militaristen pur", na ja. – Ich will keinem Pazifisten aberkennen, dass er sich als Pazifist in der Tat gegen jede Form von Krieg und Aufrüstung verwahrt. Das ist eine ehrenhafte Position. Willy Brandt hat für uns einmal die Position beschrieben:

Die SPD ist keine pazifistische Partei, obwohl Pazifisten in unseren Reihen sind, die ... geachtet werden.

(Beifall bei der SPD)

Das ist, glaube ich, die richtige Position, die die Sozialdemokratie ausgewogen wahrnimmt. Man kann auch über
Libyen, weil dies hier schon angesprochen wurde, sehr viel
diskutieren. Ich glaube aber nicht, dass dieser Krieg mithilfe des großen Papierfliegers beendet worden wäre.
Ganz im Gegenteil: Gaddafi hätte sicherlich denjenigen,
die man sonst gemeinhin aus Ihren Reihen vielleicht als
Revolutionäre bezeichnet, mit seiner Armee und der damit verbundenen Luftüberlegenheit den Garaus gemacht,
um es ganz deutlich zu sagen; und diese Auseinandersetzung wäre anders ausgegangen. Jetzt kann man sich darü-

ber unterhalten, ob das Ziel, das wir vielleicht haben, erreicht wurde. Es wird aber sicherlich nicht zu bestreiten sein, dass diese militärische Auseinandersetzung anders ausgegangen wäre.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben allerdings ein Thema in diesem Antrag überhaupt nicht angesprochen, das sicherlich auch viele derjenigen umtreibt, die sich mit Rüstungsexporten beschäftigen – Herr Müller –, die sogenannten Dual-Use-Güter, man könnte auch sagen: "zwei Verwendungsmöglichkeiten". Wie auch immer, es ist ein ständiges Thema.

Vor zwei Wochen hat die "Auto Bild" groß kritisiert, dass beispielsweise deutsche Zugmaschinen offenkundig auch in Länder geliefert werden, die als Gruppe die arabischen Staaten, wie ich sie einmal insgesamt nenne, geheißen werden. Es gab große Kritik an Volvo, Mercedes und Iveco. Man wollte offenkundig den GRÜNEN Herrn Fischer und Frau Hohmann-Dennhardt treffen, nach dem Motto: "So reden Sie, und so handeln Sie". Man kann diese Maschinen dazu benutzen, um Bagger und Raupen zu transportieren. Selbstverständlich kann man darauf auch einen Panzer setzen.

Jetzt zur Konversion. Wie sieht denn die Konversion dieser Fahrzeuge aus? Was heißt denn das für das Achsenwerk von Mercedes in Kassel?

(Zuruf von der CDU: Es wird nicht mehr gebaut!)

Machen wir das jetzt dicht, weil Zugmaschinen offenkundig dafür genutzt werden, um auch Panzer zu transportieren? Was ist mit dem Unimog, dem Universalen Motorgerät, das die Straßenmeistereien in Hessen gern fahren, das aber leider auch gern von Armeen genutzt wird? Dürfen die grundsätzlich nicht mehr exportiert werden? Was passiert mit dem Mercedes-Geländewagen, den Herr Frömmrich schon genannt hat, der gepanzert durchaus dazu dient, entsprechende Personen der UNO zu transportieren? Dürfen die nicht mehr exportiert werden?

Herr van Ooyen, es gibt also eine Vielzahl von Gütern, wo die Entscheidung nicht so einfach ist, zu sagen: Das ist jetzt ein Militärgut. – Es definiert sich am Ende über die Frage, wie es genutzt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Damit sind wir bei etwas, was sicherlich, nachdem die Ost-West-Konfrontation in Deutschland Gott sei Dank durch die Einheit beendet wurde, auch die Frage der Konversion als solche betrifft. Die DDR hat nachweislich originäre Rüstungsgüter nur zu einem geringen Teil produziert, weil die DDR im Rahmen der Aufteilung des Warschauer Paktes für die Produktion der Güter nicht vorgesehen wurde. Vielleicht war das auch ein Misstrauen gegenüber den Deutschen. Ich weiß es nicht, ob das vielleicht eine Rolle gespielt hat.

Aber ein großer Teil der dort produzierten Güter – auch für die Nationale Volksarmee und die verbündeten Truppen – hat, obwohl sie unter dem Aspekt hergestellt wurden, den ich gerade genannt habe – dual use –, schlicht und einfach dazu geführt, dass die Betriebe danach dichtgemacht wurden. Denn die Güter brauchte niemand mehr – weder die entsprechende Funktechnik noch die Fallschirme noch die anderen für eine Armee notwendigen Güter. Wir unterhalten uns aber nicht über Dual-Use-Güter. Wir unterhalten uns über die umgekehrte Frage, näm-

lich über diese Güter, die von der Waffenindustrie oder der Wehrtechnikindustrie, wie sie Herr Schork genannt hat, in der Regel in geringer Zahl produziert werden.

Herr Schork, wenn man sich mit Konversion beschäftigt, sollte man schon ein wenig davor warnen, dass man eben einmal aus der Rakete eine Teflonpfanne entwickelt und damit das Problem dieses Betriebes geregelt ist.

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Das habe ich nicht gesagt! – Gegenruf von der SPD: Das ist aber eine zündende Idee!)

Aber alle, die sich mit Konversion beschäftigen, sagen, dass das eben nicht so einfach ist. In der Regel ist damit Arbeitsplatzverlust verbunden. Als Pazifist kann man grundsätzlich sagen, dass das dann eben so ist.

(Günter Rudolph (SPD): Man kann auch sagen: Ist mir egal!)

In der Regel ist es auch nicht so, dass die gesättigten Märkte, die wir in der Bundesrepublik Deutschland haben, sagen: Wir brauchen zusätzliche Produkte aus diesem Bereich. – In der Regel ist auch die Fahrzeugindustrie, um diese einmal zu benennen, nicht darauf angewiesen, zusätzlich von Krauss-Maffei Wegmann noch ein paar Hinweise zu bekommen, wie man beispielsweise bessere Unimogs baut. In der Regel ist damit eine Einstellung der Produkte verbunden. Das kann man so fordern. Das ist auch nicht das Problem eines Pazifisten, aber es ist das Problem von uns, wie wir damit umgehen.

Jetzt kommen wir zum Bundesland Hessen. Wir als Bundesland Hessen sind sicherlich der falsche Ansprechpartner. Wir verfügen weder über eine Landwehr, die die Produkte abnimmt, noch sind wir diejenigen, die diese entsprechenden Firmen besitzen – es sei denn, man würde ein bisschen interpretatorisch in der Verfassung nachlesen und den Bereich der Eisen- und Stahlproduktion erweitern und sagen, wir müssten jetzt Krauss-Maffei Wegmann in Gemeineigentum überführen. Ich wundere mich, dass diese Forderung nicht kommt. Dann könnte das Land Hessen direkt eingreifen. Das ist ja sonst eine Forderung, die Sie gern stellen. Man muss sich also schon überlegen, was wir dort machen.

Herr van Ooyen, den Prozess als solchen, Abrüstung weltweit zu betreiben, wollen wir vorantreiben. Aber den anderen dahinterstehenden Prozess der europäischen Einigung, der auch bedeutet, dass ein Punkt der Friedensdividende eintritt, der von Ihnen immer wieder formuliert wird, nämlich Rüstung im wahrsten Sinne des Wortes, was die Produkte angeht, vergleichbarer zu machen und nicht zu teuer zu machen, um dann auch die Kosten für die Armeen in Europa zu reduzieren - angesichts der Vielfalt von verschiedenen Betrieben, die wir in Europa haben -, voranzutreiben, würden Sie doch wahrscheinlich als ersten Schritt teilen. Wenn Sie dies als ersten Schritt teilen, dann ist Ihre Position, die Sie da formuliert haben, wonach wir im Rahmen der NATO sicherlich dabei sind, die verschiedenen Betriebe oder die verschiedenen Länder mit verschiedenen Funktionen zu versehen - das ist sogar schon bei der Armee geplant, dass gewisse Kontingente von Armeen nur noch für gewisse Bereiche gestellt werden, sodass der eine die Marine stellt, der andere einen Teil der Luftwaffe und der nächste einen Teil des Heeres stellt -, dass dies sich dann natürlich auch bei den Rüstungsbetrieben auswirken wird und am Ende das Militär günstiger machen wird.

Jetzt können wir darüber streiten, ob es klug war – ich merke, dass wir auf das Ende zugehen – die Bundeswehrreform so, wie sie gemacht wurde, durchzuführen. Wir können uns auch lange darüber streiten, ob die Verheißungen eines gewissen Herrn K. T., der behauptet hat, dass man 8 Milliarden € bei der Bundeswehr im Bereich der jetzt anstehenden Umstrukturierung einsparen kann, tatsächlich so wahr waren. Ich höre von denjenigen, die im Bundestag sind, nur, das wird alles teurer werden. Das alles kann man diskutieren.

Aber wir sollten vielleicht noch einen abschließenden Punkt benennen, der in der Tat ein bisschen problematisch zu sein scheint. Sie führen hier Syrien an. Ich will einen anderen Punkt von Herrn Schork benennen. Das, was hier im Antrag zu Syrien genannt wird, ist ein bisschen merkwürdig. Denn die Position mehrerer Mitglieder Ihrer Bundestagsfraktion ist, wenn wir das richtig nachgelesen haben, die Forderung nach einer Aufhebung der Embargomaßnahmen gegen Syrien.

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Meine Damen und Herren, wenn das der Punkt ist, dann kann ich Ihnen nur sagen: Es geht doch wohl maßgeblich um Rüstungsgüter.

> (Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN): Deswegen schreiben die auch solche Briefe dahin!)

Herr van Ooyen, das abschließend zum Thema Pazifismus: Das müssten Sie dann schon näher erklären, wieso eine Zivilmaßnahme – es ist offensichtlich keine militärische –

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege Warnecke, Sie müssten zum Ende kommen.

Torsten Warnecke (SPD):

Sie müssen erklären, wieso eine zivile Maßnahme wie die Einschränkung der Belieferung eines Staates, der offenkundig gegen seine zivile Bevölkerung Krieg führt, jetzt keine aus Ihrer Sicht zu treffende Maßnahme ist, sondern offenkundig – jedenfalls indirekt – Rüstungslieferungen aus Russland und anderen Staaten notwendig sind, um dort die, wie ich finde, diktatorische Ordnung aufrechtzuerhalten. Ich denke, das müssten Sie noch einmal erklären. – Ich danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Warnecke. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr van Ooyen gemeldet. Bitte schön. Zwei Minuten.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Herr Warnecke, was die Frage der Waffenlieferung angeht – gerade was Syrien betrifft –, da gibt es nicht nur die Waffenlieferungen, die von der Sowjetunion oder von China dorthin gemacht werden,

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Die Sowjetunion gibt es nicht mehr!)

sondern es geht im Grunde genommen darum, dass dort eine Gegenarmee ausgestattet worden ist und wir dort einen Bürgerkrieg inszeniert haben. Das Gleiche gilt übrigens für Libyen. Irgendjemand hat gesagt, wir würden sozusagen das Blut nicht sehen, das dort geflossen ist.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein! Wer hat da was inszeniert? Das ist eine komische Geschichtsbetrachtung! Jetzt müssen Sie das mal sagen!)

50.000 Tote hat der Krieg gegen Libyen gekostet, und er ist zu Ende. Das sage ich noch einmal deutlich. Diese Gaddafi-Unterstützung fand doch mithilfe der Bundesrepublik und Europas statt.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben doch auf die Hilfe gesetzt, die als Waffenlieferungen an Gaddafi durch Frontex gegangen sind.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Wer wollte denn nach Libyen reisen zu Gaddafi? Die Hessische Landesregierung!)

Das sind doch halbherzige und doppelbödige Diskussionen, die Sie hier führen. Ich will Ihnen Folgendes sagen: Statt Waffen zu produzieren, können wir auch etwas anderes produzieren. Denn das ist im Grunde genommen von der Berechnung her ganz einfach. Die Waffenproduktion lohnt sich nur, wenn man einen Krieg gewinnt und denjenigen, den man besiegt hat, dafür zahlen lässt. Sonst rechnet sich diese Waffenproduktion überhaupt nicht.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie sind im Denken der Sowjetunion verhaftet!)

Lassen Sie uns von daher andere Dinge produzieren, die vernünftig sind und gebraucht werden und die helfend sind – beispielsweise im Bereich der Katastrophenschutzentwicklung. Aber Waffen zu produzieren ist wirklich Unsinn und auch volkswirtschaftlich nicht zu begründen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr van Ooyen. – Herr Warnecke, Sie haben zwei Minuten Zeit, zu antworten.

Torsten Warnecke (SPD):

Herr van Ooyen, ich möchte zwei Punkte sagen.

Punkt eins: Ein Embargo trifft alle – auch die von Ihnen genannten Aufständischen.

(Günter Rudolph (SPD): Ja! – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das ist aber nicht so der Fall gewesen!)

Es trifft alle. Das ist Sinn und Zweck eines Embargos.

Zu der Frage, die Sie thematisiert haben, nämlich ob man Konversion betreiben kann, sage ich: Ja, es wird Konversion betrieben. Das ist auch in der Bundesrepublik Deutschland betrieben worden.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Wo?)

 Beispielsweise in der ehemaligen DDR, in den neuen Bundesländern.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Die Waffen sind in der Türkei aufgetaucht!)

– Herr van Ooyen, das habe ich Ihnen doch gerade erklärt. In der ehemaligen DDR hat es, wie Sie selber nachlesen können, kaum Waffenproduktion gegeben. Wenn Sie beispielsweise einen Militär-Lkw aus der Produktion der DDR, weil er so angestrichen wurde, vergleichen mit einem Lkw, der damals in der DDR, von mir aus von IFA gebaut, herumfuhr, dann ist außer der Farbe kein großer Unterschied zu sehen. Das ist der Nachteil von Dual-Use-Gütern.

Ich wollte nur sagen: Wenn Sie diese Argumentation bis zum Ende treiben, dann haben Sie einen großen Teil der in der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen Güter ebenfalls auf dieser Liste. Das ist die Problematik. Das ist auch die Problematik, die im Hinblick auf Schiffsmotoren usw. angesprochen wurde. Natürlich kann ein solcher Schiffsmotor in eine Fregatte eingebaut werden. Dieser kann in leicht veränderter Form auch in ein Frachtschiff eingebaut werden. Wenn Sie sagen, Sie wollen diese Exporte grundsätzlich nicht mehr, dann gibt es auch keine Konversion, Herr van Ooyen, weil niemand die einen wie die anderen Produkte kaufen kann. Das ist doch das Problem dabei.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Wir als exportabhängiges Land sind doch darauf angewiesen. Das war der Hinweis.

Und vielleicht noch ein kleines Schmankerl, da Sie von der Sowjetunion gesprochen haben: Russland. – Danke.

(Heiterkeit bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der FDP – Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Warnecke. – Für die Landesregierung spricht Herr Staatssekretär Saebisch. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Steffen Saebisch, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Hessische Landesregierung betreibt keine eigene Außen- und Sicherheitspolitik im Bereich der Rüstungsexporte, sondern dies ist aufgrund der Kompetenzordnung des Grundgesetzes der Bundesregierung anvertraut. Die Hessische Landesregierung fühlt sich auch mit dieser Aufgabenteilung wohl. Nichtsdestotrotz führen wir, Herr van Ooyen, heute eine Debatte, die in einem ähnlichen Format auch schon im Deutschen Bundestag geführt wird, und zwar sehr regelmäßig.

Herr Frömmrich war so freundlich, direkt auf die Position der grünen Bundestagsfraktion zu verweisen. In dem Zusammenhang machen wir heute etwas, was nicht ehrenrührig ist. Wir spielen hier etwas Bundestag miteinander, und führen diese Debatte hier. Bei diesem Thema kann man sich auch über die grundlegenden Einschätzungen zu Rüstungsexporten austauschen, weil das in der Tat auch auf Landesebene zu diskutieren ist.

Herr van Ooyen, was mich aber schon etwas bestürzt an dieses Pult treten lässt, ist, dass Sie den moralischen Anspruch, den Sie hier angesprochen haben und den Ihnen sicherlich auch niemand absprechen will, mit einer fast schon verschwörerischen Tendenz im Hinblick auf den arabischen Frühling, auf entsprechende inszenierte Provokationen verknüpfen und ausführen, eine Freiheitsbewegung im Nahen Osten, die im Entstehen ist, sei ein finsteres Machwerk von Großmächten und Rüstungsindustrien. Das halte ich für problematisch.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Ich glaube, Sie werden dem Freiheitsimpuls in dieser Region überhaupt nicht gerecht, wenn Sie anfangen, in der Diktion des Kalten Krieges über Machtblöcke und Konfrontationsstrategien zu reden. Wenn Sie dann "Sowjetunion" sagen, zeigt das, dass Sie im Jahr 1990 stehen geblieben und seitdem nicht vorangekommen sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zuruf des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

Ich würde Ihnen auch gar nicht Ihre – das haben Sie gerade mit der Kandidatur von Frau Klarsfeld noch einmal zu unterstreichen versucht – antifaschistische Einstellung absprechen. Gehen wir einmal in die fernere Zeitgeschichte zurück und überlegen uns, was gewesen wäre, wenn Willi van Ooyen 1940 amerikanischer Präsident gewesen wäre. Er wäre dann in der Situation gewesen, dass Großbritannien dringend um Rüstungsexporte bittet, weil es das letzte Land in Europa war, das eine freiheitliche Demokratie war.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Willi van Ooyen als Franklin Delano Roosevelt hätte gesagt: Keine Rüstungsexporte, das machen wir nicht. – Herr van Ooyen, was wäre die historische Konsequenz gewesen?

Wenn die Sowjetunion – jetzt sage ich "Sowjetunion", weil es in dem Zusammenhang stimmt – nicht von den US-Amerikanern massiv mit Rüstungsgütern im Zweiten Weltkrieg unterstützt worden wäre, was wäre die historische Konsequenz gewesen? Herr van Ooyen, ich finde, Sie machen es sich etwas einfach.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Moral ist auch nicht teilbar. Man kann sich nicht den einen Bereich aussuchen und sagen: Da passt meine moralische Grundeinstellung hin, und deswegen fühle ich mich da gut, und für den anderen Bereich blende ich das total aus. – Moral ist unteilbar. Wenn Sie eine moralische Grundhaltung haben, dann müssen Sie an allen Punkten konsequent sein und können sich nicht jedes Mal aussuchen, wo Ihre Moral passt und wo sie nicht so gut ins Kontor passt. Herr van Ooyen, das wirkt nicht glaubwürdig. Das wirkt sehr beliebig.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Nachdem wir festgestellt haben, dass eine komplette Ablehnung von Rüstungsexporten auch Ihrer antifaschistischen Einstellung massiv widerspricht – ich glaube, das können wir so weit festhalten –, kommen wir jetzt zu der Frage: Was machen wir, wenn Rüstungsexporte grundsätzlich zulässig sind? Wie gehen wir mit dieser Frage um?

Herr Frömmrich, ich finde, Sie haben dazu einiges sehr Richtiges gesagt. Das muss man Ihnen zugestehen. Man muss sich in der Tat die Frage stellen: Wie geht man mit der Dynamik auch im Hinblick auf Rüstungsexporte um? Herr Frömmrich, da erspare ich Ihnen aber Folgendes nicht: Sie haben von 1998 bis 2005 Regierungsverantwortung getragen. Die hessischen GRÜNEN haben nicht nur den Bundesaußenminister gestellt. Der hat in dieser Frage ad personam, aber auch qua Amtes sicherlich Einflussmöglichkeiten gehabt. Alles andere würde uns bei Joschka Fischer überraschen. Außerdem haben Sie die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium, Frau Wolf, gestellt.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie waren also in diesen Bereichen über Jahre hinweg auf prominenten Positionen in der Bundesregierung vertreten. Herr Frömmrich, warum haben Sie seit 2000 bis 2005 nie mit der entsprechenden Verschärfung der Exportrichtlinien reagiert, als unter Rot-Grün die Rüstungsexporte Jahr für Jahr gestiegen sind?

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Ach nein!)

Ich kann Ihnen auch nicht das Thema Kleinfeuerwaffen ersparen. Auch Sie selbst werden mir zugestehen, dass diese gerade im Hinblick auf den Einsatz gegenüber der eigenen Bevölkerung von besonderer Qualität sind. Gerade seit den Regierungszeiten von Rot-Grün sind die Exporte von Kleinfeuerwaffen um 1.200 % gestiegen. Herr Frömmrich, wenn Sie das in der Bundesregierung Jahr für Jahr beobachtet haben, warum haben Sie das nicht alles vorgelegt, was Sie heute beklagen? Warum kommen Sie zwölf Jahre später und sagen: "Jetzt haben wir gemerkt, so ging das nicht; jetzt müssen wir etwas tun"? Herr Frömmrich, zwölf Jahre zu spät. Da hat jemand eine ziemlich lange Leitung, muss man an der Stelle sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich kann Ihnen nur empfehlen, mit etwas Demut damit umzugehen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben über den Nahen Osten gesprochen. Ich mache einmal darauf aufmerksam, dass im Jahr 2007 z. B. nach Ägypten Kriegswaffen im Wert von 1,3 Millionen € geliefert worden sind. Aber unter Rot-Grün waren es im Jahr 2003 17,1 Millionen €. Ich will damit nur darauf hinweisen: Man muss sich schon offensiv der eigenen Geschichte stellen. Das gilt nicht nur für Herrn van Ooyen. Das gilt natürlich auch für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ich mache aber auch darauf aufmerksam, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung – Herr Schork hat freundlicherweise darauf hingewiesen – nicht nur im Zeitraum von 2009 bis 2010 7 % weniger Rüstungsexporte zu verzeichnen hatte, sondern im Zeitraum von 2008 bis 2009 immerhin 12 % weniger. Sie haben gesagt: "Das ist eine Frage des Betrachtungszeitraums." In der Tat, mit Amtsantritt der schwarz-gelben Bundesregierung – da ist schon das Jahr 2009 zu nennen – sind die Rüstungsexporte gesunken, und sie sind auch im zweiten Jahr gesunken.

Jetzt möchte ich an dieser Stelle – Herr Rudolph, Sie werden es mir verzeihen – auch noch einmal die sozialdemokratische Fraktion ansprechen. Herr Warnecke, ich fand, Sie haben heute hier eine sehr beeindruckende Rede gehalten. Das muss ich ganz ehrlich sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Ist auch ein guter Mann!)

Sie haben an der Stelle darauf hingewiesen: Die SPD ist keine pazifistische Partei. – Ich habe neulich in einer Fernsehsendung Herrn Gabriel gesehen, der sogar angedeutet hat, dass die SPD einmal im algerischen Freiheitskampf mit Parteigeldern Waffenkäufe der dortigen Freiheitsbewegung unterstützt hat. Sie sind also nicht nur eine nicht pazifistische Partei, manchmal sind Sie auch ein bisschen bellizistisch. In dem Zusammenhang – das muss man ganz ehrlich sagen – kann man immer etwas von der Sozialdemokratie lernen. Das ist ein interessanter Hinweis von Sigmar Gabriel an Oskar Lafontaine gewesen.

Herr Warnecke, wenn man über das Thema Rüstungsexporte miteinander diskutiert, muss man aber auch darauf hinweisen, dass eine Bundesregierung Rüstungsgeschäfte auch ablehnen kann. Das hat Schwarz-Gelb gemacht. Man muss als Bundeskanzler nicht nur Rüstungsexporte anbahnen. Herr Schröder hat immer offen gesagt, er ist der erste Vermarkter der deutschen Industrie, ausdrücklich auch der deutschen Rüstungsindustrie. Aber wir haben jetzt unter dem Bundesaußenminister Guido Westerwelle und der Bundeskanzlerin Angela Merkel die Situation, dass im Jahr 2010 Anträge auf Rüstungstransfers nach Indien und Pakistan negativ beschieden wurden. Die Bundesregierung hat sich entsprechenden Anträgen nicht geöffnet. Sie hat diese Rüstungstransfers abgelehnt.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Herr van Ooyen, auch das gehört zur Wahrheit dazu.
 Das gehört mit zum Regierungshandeln.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, bei Rüstungsexporten muss man in der Tat die Situation und die Dynamik sehr genau beobachten. Wenn es notwendig ist, muss man auch restriktivere Ausfuhrkontrollen prüfen. Aber ich finde schon, dass es sich lohnt, noch einmal darauf hinzuweisen: Die Bundesrepublik Deutschland als ein freiheitlich-demokratisches Gemeinwesen hat die strengsten und restriktivsten Rüstungskontrollvorschriften der Welt. Darauf sollten wir alle gemeinsam stolz sein. Das ist eine Errungenschaft dieser parlamentarischen Demokratie zugehörig sein wollen – das sagen Sie immer –, dann sollten Sie anfangen, mit schnellen Schritten vom Jahr 1990 in das Jahr 2012 vorzustoßen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Beide Anträge, d. h. der Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Rüstungsexporte unterbinden – Konversion einleiten sowie der Dringliche Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend fragwürdige Exporterfolge der Rüstungsindustrie widersprechen friedenspolitischen Zielen Deutschlands, werden an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen.

Wir treten dann in die Mittagspause ein. Um 14 Uhr geht es weiter. Ich unterbreche hiermit die Sitzung und danke Ihnen.

(Unterbrechung von 12:59 bis 14:02 Uhr)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Ich bitte das Kamerateam darum, die Saalmitte zu verlassen. – Vielen Dank dafür. Ich begrüße die Zuschauerinnen und Zuschauer am heutigen Nachmittag herzlich zu unserer Sitzung.

Wir fahren fort mit **Tagesordnungspunkt 31**:

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend den Wettbewerb stärken: faire und transparente Treibstoffpreise gewährleisten – Drucks. 18/5452

Dazu wird mit aufgerufen Tagesordnungspunkt 67:

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Ölkonzerne streichen 100 Millionen € pro Monat extra ein – Verkehrswende jetzt – Drucks. 18/5488 –

Setzpunkt der FDP. Ich erteile das Wort Herrn Müller für die FDP-Fraktion. Zehn Minuten Redezeit, Herr Müller.

(Beifall bei der FDP – Günter Rudolph (SPD): Eingriff in die Marktwirtschaft, und das von der FDP! Ludwig Erhard würde sich im Grab umdrehen! – Gegenruf des Abg. Dr. Frank Blechschmidt (FDP) – Weiterer Zuruf)

Stefan Müller (Heidenrod) (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Staatssekretär, ich werde es Herrn Rudolph auch noch einmal erklären, vielleicht versteht er es beim zweiten Mal.

Wir alle haben gemerkt, dass der Benzinpreis in den letzten Monaten stark gestiegen ist und so hoch liegt wie nie zuvor

(Günter Rudolph (SPD): Ja, das stimmt!)

Wenn man es genau betrachtet, hat er sich seit 1999 verdoppelt. Das hat drei Gründe: zum einen den riesigen Steueranteil, der die Preise in die Höhe treibt – die Mineralölsteuer, die Ökosteuer von den grünen Freunden und auch die Mehrwertsteuer. Zum Zweiten liegt es auch am gestiegenen Ölpreis.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

- Herr Rudolph, jetzt hören Sie doch zu, wenn ich es Ihnen erklären soll.

(Beifall bei der FDP – Günter Rudolph (SPD): Sie müssen mir nicht vorschreiben, was ich zu tun habe!)

Zum Dritten – und das ist das Entscheidende – liegt es am fehlenden Wettbewerb an den Tankstellen, aber auch der dahinterstehenden Raffinerien, wodurch sich zeigt, dass Marktwirtschaft an dieser Stelle nicht funktioniert.

(Beifall bei der FDP)

Die vom hessischen Verkehrsminister Posch ergriffene Initiative widmet sich gerade der Frage des fehlenden Wettbewerbs. Die Bürger haben zu Recht das Gefühl, dass etwas nicht richtig läuft und der Wettbewerb in diesem Bereich an den Tankstellen und auch zwischen den Raffinerien nicht funktioniert.

Das Bundeskartellamt hat im Übrigen in einer umfassenden Untersuchung ein Oligopol der großen Benzinanbie-

ter festgestellt, also eine marktbeherrschende Stellung. Aufgrund dieser Marktstruktur kommt es auch dazu, dass von den fünf großen Konzernen keiner aus dem Preisgefüge ausbricht und über einen längeren Zeitraum einmal die Preise senkt. Einzige Ausnahme sind hier die freien Tankstellen, aber diese sind ihrerseits beim Benzinbezug wiederum von den Multis abhängig.

Deswegen aus liberaler Sicht angemerkt, extra für Sie, Herr Rudolph:

(Günter Rudolph (SPD): Sie müssen sich nicht überanstrengen!)

- Sie über den Markt und die Marktwirtschaft zu informieren ist mir jede Mühe wert. – Es gibt keinen funktionierenden Markt bei den Benzinpreisen. Deswegen ist es im Interesse gerade liberaler Politik, einen Markt zu schaffen, den Wettbewerb zu beleben und damit die besten Preise für die Verbraucher zu erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Die Analyse des Bundeskartellamts ist die erste systematische und objektive Untersuchung, mit der die Preise bei den Tankstellen in Deutschland verfolgt worden sind. Dazu kommt eine weitere Studie des ADAC, deren Ergebnisse die Erkenntnisse des Bundeskartellamts nachdrücklich unterstützen.

Was wir ändern müssen und was die Menschen ganz besonders stört, sind die unabsehbaren und nicht nachvollziehbaren Preissprünge und Preisschwankungen innerhalb kürzester Zeiträume. Diese Schwankungen haben nichts mit einem veränderten Ölpreis zu tun; denn dieser kann gar nicht so schnell steigen oder sinken. Die fünf großen Anbieter Aral, Esso, Jet, Shell und Total haben bei den Preiserhöhungen ein festes Verhaltensmuster entwickelt: In 90 % der Fälle sind es Aral und Shell, die vorpreschen, und die anderen ziehen innerhalb von drei Stunden nach. Das sind übrigens Feststellungen des Bundeskartellamtspräsidenten Mundt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Schließlich liegt genau hier das Problem: Dem Bundeskartellamt fehlen wirksame Eingriffsmöglichkeiten. Aufgrund der jederzeit offenen Preisgestaltung, die über die Kennzeichnungstafeln an den Tankstellen sehr deutlich machen, wie die Preise angehoben oder gesenkt werden, ist eine geheime Absprache für die Ölmultis gar nicht erforderlich, was wiederum den Nachweis von Kartellrechtsverstößen extrem schwierig macht.

Genau da setzt die Initiative des Landes Hessen an. Für all die aufgezeigten Probleme liegen Lösungsmöglichkeiten parat. Wir versprechen keine Wunderheilung, aber sehr wohl deutliche Verbesserungen. Das australische Modell sieht vor, dass bis 14 Uhr am Vortag gemeldet werden muss, welcher Benzinpreis am nächsten Tag gelten soll. Dieser Preis gilt dann auch von 6 Uhr morgens bis zum nächsten Tag um 6 Uhr morgens. Damit ist auch für die Verbraucher sehr transparent, wie hoch der Preis liegt. Die Schwankungen werden aufhören.

Meine Damen und Herren, dies betrifft alle drei Bereiche: Zum einen wird der Wettbewerb angeregt. Wer beim Benzinpreis zu hoch pokert, hat am nächsten Tag das Nachsehen.

Zweitens. Die Mineralölkonzerne müssen ihre Preise gleichzeitig beim Bundeskartellamt melden. Wenn es dann weiterhin zu Auffälligkeiten kommt und sich Preisabsprachen zwischen den Ölmultis nachweisen lassen, kann das Bundeskartellamt einschreiten. Auch hier wirkt das australische Modell.

Drittens. Die Bürger können sich darauf verlassen, dass die Preise auch länger Bestand haben, sodass sie – nachdem sie im Internet geschaut haben, wo sie tanken sollen –, wenn sie nach einer halben Stunde an der Tankstelle ankommen, auch noch den gleichen Preis vorfinden und er nicht schon wieder 10 Cent teurer oder billiger geworden ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir können uns sehr gut vorstellen, dies über verschiedene Apps oder andere Möglichkeiten sehr transparent zu gestalten, sodass sich die Menschen informieren und auch schauen können, wo sie am günstigsten tanken können, während sie noch unterwegs sind. Darüber wird Wettbewerb angeregt.

Ich will noch kurz auf die Kritikpunkte an dem Modell eingehen. Der Hauptvorwurf lautet, dass das Modell in Westaustralien nicht funktioniert habe. Der "Spiegel" hat als Beispiel für die Untauglichkeit des Modells in einem Artikel tatsächlich die Pilbara-Wüste aufgeführt. Dort habe sich der Markt trotz des Modells nicht entwickelt. – Ich weiß nicht, ob dem "Spiegel" entgangen ist, dass die Pilbara-Wüste etwa eineinhalbmal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland ist und dass in der Pilbara-Wüste sage und schreibe 40.000 Einwohner leben.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Armin Schwarz (CDU))

Dass, wenn im Umfeld von 200 km nur eine Tankstelle steht, auch kein Wettbewerb entstehen kann, das muss man hier wohl nicht weiter ausführen. Genauso muss man nicht weiter ausführen, dass wir in Deutschland eine ganz andere Struktur haben, wenn man Mecklenburg-Vorpommern einmal außen vor lässt.

Meine Damen und Herren, der ADAC begründet seine skeptische Haltung zum einen damit, dass er sagt, man könne sich die Spritpreise schon heute im Internet anschauen. – Das ist richtig. Aber wenn man eine halbe Stunde später an der Tankstelle steht, weiß man nicht, ob dieser Spritpreis dann auch noch aktuell ist; der kann dann nämlich sehr wohl schon wieder 10 Cent teurer oder auch einmal 5 Cent billiger sein. Das muss sich ändern.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wenn – wie im vorliegenden Fall – ein Wettbewerb nicht vorhanden ist, werden die Tankstellen im Umfeld auch regelmäßig den gleichen Preis haben. Dann gibt es auch keine große Wahlmöglichkeit. Auch das wird sich ändern, wenn keine Absprachen mehr möglich sind, sondern die einzelnen Tankstellen im Vorfeld kalkulieren müssen, wie sie mit den Spritpreisen umgehen.

Meine Damen und Herren, mit dem hessischen Vorstoß von Wirtschaftsminister Posch im Wirtschaftsausschuss des Bundesrates – morgen steht die Abstimmung zum australischen Modell an, das Hessen vorgeschlagen hat – werden wir Klarheit bekommen, ob die anderen Bundesländer weiter mitmachen und dabei sind bzw. sich der Initiative anschließen. Wir können damit in ganz Deutschland ein Vorgehen gegen das Oligopol an den Tankstellen erreichen und für eine Entwicklung hin zu einem funktio-

nierenden Benzinmarkt Sorge tragen. Das wird am Ende den Verbrauchern zugutekommen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich hoffe ganz ehrlich, dass wir eine breite Unterstützung für unseren Antrag erhalten werden, auch heute in diesem Parlament in Hessen und morgen hoffentlich im Bundesrat. Ich bin ganz hoffnungsfroh. Die GRÜNEN haben auch einen Antrag eingebracht, in dem sie die Initiative der Landesregierung ausdrücklich loben, wobei ich zur Haltung der GRÜNEN sagen muss: Das ist schon ein bisschen neunmalklug, und man versucht schon, die Menschen ein bisschen an der Nase herumzuführen.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Ich erinnere daran, was die GRÜNEN mit der Ökosteuer gemacht haben: 18 Cent gehen bei den Benzinpreisen auf Kosten der GRÜNEN. Sich dann hinzustellen und den Ölkonzernen vorzuwerfen, sie zockten die Bürger um 4,7 Cent ab – das ist richtig, das werfen wir den Ölkonzernen auch vor, aber die GRÜNEN stehen für 18 Cent Preiserhöhung an den Tankstellen. Das werfen wir Ihnen vor, und das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Holger Bellino (CDU) – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer regiert denn momentan, Herr Kollege?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist relativ klar, das wir unserem Antrag zustimmen werden. Wir hoffen, dass Sie das auch tun werden. Sie haben in Ihrem Antrag relativ viele Allgemeinplätze. Es ist richtig, dass Ihnen das nicht gefällt. Das ist mir klar. Sie versuchen, den Eindruck zu erwecken, als seien Sie gegen die hohen Benzinpreise.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie waren es, die noch vor zehn Jahren gesagt haben, Sie wollen 2,50 € je Liter Sprit.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Ulrich Caspar (CDU))

Jetzt stellen Sie sich hierhin und sagen, die Benzinpreise sind zu hoch. Das ist schon ein bisschen absurd und sehr scheinheilig. Ihr Antrag ist mit sehr vielen Allgemeinplätzen versehen. Der entscheidende Punkt ist der Punkt 5. Es geht darum, dass morgen der Bundesrat erfolgreich das australische Modell beschließt. Deswegen braucht man diesen Antrag nicht als Ergänzung. Wir werden unserem Antrag zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Müller, vielen Dank. – Ich darf Frau Karin Müller aus Kassel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufrufen.

Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Müller hat mir eine Steilvorlage gegeben. Wahrscheinlich denkt die FDP auch, mit Benzinpreisen kann man Wählergunst verlieren, aber vielleicht auch gewinnen. Deswegen haben Sie das Thema heute aufgegriffen.

Ich erkläre Ihnen noch einmal, wie das damals mit den 5 DM war. Auch die "SZ" schreibt: "Was Ottokraftstoffe angeht, sind die GRÜNEN schon eine seltsame Partei." – 1998 hätten wir damit einen Wahlerfolg riskiert. Von dem 5-DM-Ziel sind jetzt nur noch 1,74 € übrig. Und jetzt wird auf die Mineralölkonzerne eingedroschen. Der ADAC hätte es nicht besser sagen können. So die "SZ" vor ein paar Tagen.

Wie war das denn damals mit den 5 DM? – Es war nicht so, dass die 5 DM innerhalb von zehn Jahren – also bis 2008 – gezahlt und die Bürgerinnen und Bürger nicht entlastet werden sollten, ganz im Gegenteil. Die Sozialversicherungsbeiträge sollten um 6 Cent gesenkt, die KfzSteuer sollte abgeschafft und der ÖPNV sollte massiv ausgebaut werden. Das war das Konzept. Und wer sich darüber informiert hatte, fand das gut.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war keinesfalls der Rückfall in die Fundamentalopposition. Die GRÜNEN kümmern sich aber auch um die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Deswegen hat die grüne Bundestagsfraktion eine Studie in Auftrag gegeben, die wir ausgewertet haben. In dieser Studie kommt man eindeutig zu dem Ergebnis, dass 42 % der Gewinnmitnahmen seit November 2011 auf Kosten der Konzerne gehen. 42 % sind im Monat 100 Millionen € an Kaufkraft, die den Verbraucherinnen und Verbraucher verloren gehen. Dagegen wollen wir genauso wie Sie etwas tun. Deswegen unterstützen auch wir das australische Modell.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sagen durchaus, man soll das erst einmal begrenzt ausprobieren und dann evaluieren. Es gibt nämlich spieltheoretische Untersuchungen, die besagen, bei diesem Modell könnte es sein, dass die Mineralölkonzerne extra vorher etwas drauflegen, um in den Preismargen zu bleiben, die sie dann erhalten wollen. Aber wir sehen uns das vorurteilsfrei an und hoffen, dass es den Verbraucherinnen und Verbrauchern zugutekommt und diese 42 % nicht immer wieder draufgeschlagen werden.

Die Argumentation mit dem erhöhten Ölpreis oder dem Iranembargo zählen laut Untersuchung nicht. Die Mineralölsteuer haben Sie von 1992 bis 1999 mehrfach erhöht. Seit 2003 sind die Mineralölsteuer und die Ökosteuer um 0 % erhöht worden.

Gegen einen nicht funktionierenden Wettbewerb muss man angehen. Dagegen sollten wir auch gemeinsam vorgehen, damit die Kaufkraft bei den Bürgerinnen und Bürgern bleibt. Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Die Ölpreise werden weiter steigen. Es ist ein knapper werdendes Gut. Ich muss hier nicht über Peak Oil referieren. Ob es schon überschritten ist oder nicht, bleibt egal, denn das Öl wird knapper werden.

Die Schwellenländer verbrauchen immer mehr. In China – das ist ein gutes Beispiel – gab es 2002 16 Millionen Pkw, und für 2020 rechnet man mit 160 Millionen Pkw. Das sind 100 Pkw pro 1.000 Einwohner. Zum Vergleich: Bei uns sind es im Durchschnitt 516 Pkw pro 1.000 Einwohner.

Man kann sich ausrechnen, wie viel Bedarf an Öl vorhanden ist. Das heißt, wir müssen weg vom Öl. Wir müssen Verkehre verlagern und vermeiden. Wir müssen mit unsinnigen Investitionen in neue Infrastrukturprojekte aufhören. Kassel-Calden kann man vielleicht noch als Golf-

platz verwenden, aber als Flughafen wird er einfach nicht gebraucht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Ein Golfplatz? – Zuruf des Abg. Jürgen Lenders (FDP))

Auch jedem Abgeordneten seine Umgehungsstraße wird nicht mehr funktionieren. Straßenerhalt und -sanierung, Ausbau der Schieneninfrastruktur, aber auch nicht für unsinnige Großprojekte,

(Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Was für eine Klientel bedienen Sie denn, Frau Kollegin?)

das ist die Devise, aber nicht so, wie Sie Betonpolitik machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich tue Ihnen noch einen Gefallen. Ich erwähne auch das Thema Tempolimit. NRW hat gestern 120 km/h vorgeschlagen. Wir sagen, wenn wir als Höchstgeschwindigkeit 130 km/h durchsetzen würden, hätten wir viel erreicht, und im Vergleich zur Durchschnittsgeschwindigkeit von 150 km/h, die jetzt auf Autobahnen gefahren werden, würden wir auf 100 km 2 Liter Benzin sparen. Sie können sich ausrechnen, das wären enorme Summen. Da müssen wir ansetzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die Automobilhersteller sind gefragt – zum einen, sich weiter als Mobilitätsdienstleister auszubauen, und zum anderen, effizientere Autos zu bauen. Die Elektroautos werden erst 2050 serienmäßig produziert werden können und dann Effekte bringen. Es muss also jetzt passieren. Die Verbraucherinnen und Verbraucher sind gefordert, nicht mehr die Riesenautos zu kaufen, die auch noch mehr Parktraum benötigen, sondern sich auf kleinere und effizientere Autos zu beschränken.

Alles in allem sind wir gar nicht so weit voneinander entfernt. Das heißt, Sie können unserem Antrag ruhig zustimmen. Dass wir eine Verkehrswende brauchen, können auch Sie nicht leugnen. Sonst ist der Liter Benzin nicht bei 5 DM, sondern bei 5 €. Stimmen Sie unserem Antrag zu, um ein Zeichen gegen die Benzinpreisabzocke der Mineralölkonzerne

(Lachen des Abg. Peter Stephan (CDU))

und für eine sofortige Verkehrswende zu setzen, die uns unabhängiger vom Öl macht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Frau Müller. – Als Nächster spricht Herr Frankenberger für die SPD-Fraktion.

(Günter Rudolph (SPD): Sagen Sie einmal etwas zu den Anträgen der FDP über die Abschaffung der Ökosteuer! – Gegenruf des Abg. Florian Rentsch (FDP): Hast du ein Kraftfrühstück zu dir genommen?)

Uwe Frankenberger (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin schon überrascht, wie es die Kollegin Müller von den GRÜNEN immer wieder schafft, zu jedem Thema irgendwie den Flughafen Kassel-Calden noch ins Spiel zu bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Liebe Frau Müller, ich kann Sie beruhigen. Für einen Golfplatz ist es zu spät. Der Flughafen wird am 4. April 2013 eröffnet, weil ihn die Region auch dringend braucht.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Wolfgang Decker (SPD))

Herr Kollege Müller, ich habe Ihre Ausführungen gegen die Ökosteuer sehr wohl vernommen. Ich habe mich bloß gefragt: Warum gibt es vonseiten der FDP keine Initiativen zur Abschaffung der Ökosteuer?

(Wolfgang Greilich (FDP): Gut aufgepasst! – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Ich habe es bisher nicht wahrgenommen. Wenn alles so schlimm ist, haben Sie es doch politisch in der Hand. Im Moment sind Sie in Berlin an der Regierung. Der Kollege Rudolph hat gesagt, "regieren" sollte man nicht sagen, sondern lieber "an der Regierung". Das würde den Zustand besser beschreiben, der in Berlin herrscht. Insofern haben Sie es in der Hand. Ich bin auf Ihre Initiativen gespannt. Ansonsten schweigen Sie in Demut. Was Sie nicht ändern wollen, das brauchen Sie auch nicht zu kritisieren, lieber Kollege Müller.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, hier wird in der Tat ein wichtiges Thema angesprochen. Die Verbraucher sind genervt, sie sind sauer, weil die Benzinpreise schwindelerregende Höhen erreicht haben. Vor allem der richtige Zeitpunkt zum Tanken ist zum Monopoly-Glücksspiel geworden. Es ist richtig, dass sich die Politik dieses Themas annimmt. Nur – das sage ich gleich vorweg –, ob das Instrument, das Sie vorschlagen, zum Erfolg führt, daran gibt es erhebliche Zweifel.

(Holger Bellino (CDU): Haben Sie einen besseren Vorschlag?)

Dann finde ich es noch schlimmer, wenn man Hoffnungen weckt, die man anschließend bei den Verbrauchern, bei den geplagten Autofahrern nicht einhalten kann. Das ist reine Symbolpolitik, die unter dem Strich niemandem etwas nützt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Holger Bellino (CDU): Was schlagen Sie denn vor, ganz theoretisch?)

Ich finde es schon recht beachtlich, dass gerade die FDP erklärt: Wir müssen eingreifen, um den Wettbewerb wiederherzustellen. – Das ist für die FDP schon mutig. Ich würde mir wünschen, dass Sie bei den Verursachern der Krise genauso mutig wären und sagen würden: Auch da bedarf es staatlichen Handelns, damit diejenigen, die die Krise verursacht haben, endlich an den Kosten der Krise beteiligt werden. – Dazu habe ich von der FDP noch nichts Entsprechendes vernommen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Auf der einen Seite ist man für staatliche Eingriffe, auf der anderen Seite lässt man es lieber laufen und sagt: Der Markt wird es schon richten. – Das ist widersprüchlich, Herr Kollege Müller.

(Zuruf des Abg. Stefan Müller (Heidenrod) (FDP))

Meine Damen und Herren, die Kollegin Müller hat es angesprochen: Jeden Monat wird eine Menge an Kaufkraft

entzogen, weil die Verbraucher hohe Benzinpreise bezahlen müssen. 25 % der Deutschen sagen, dass sie im Moment auf andere Konsumausgaben verzichten, weil sie so viel Geld für den Sprit bezahlen müssen. Insofern ist es ein Thema, dessen man sich annehmen muss – das haben CDU und FDP erkannt –, aber reine Ankündigungspolitik für ein Instrument, von dem man noch nicht weiß, ob es überhaupt wirkt, finde ich ein bisschen vermessen und auch übertrieben.

Meine Damen und Herren, die Wirksamkeit dieser Maßnahme, nämlich der Einführung des sogenannten australischen Modells, ist höchst umstritten. Bereits im Frühjahr 2011 hat Bundesverkehrsminister Ramsauer erkannt, dass Handlungsbedarf besteht, und nach einer sogenannten Benzinpreisbremse nach australischem Modell gerufen. Allein der Name ist schon irreführend, das Modell gibt es nämlich nur in Westaustralien.

(Minister Michael Boddenberg: Richtig!)

Deswegen ist es falsch, von dem sogenannten australischen Modell zu sprechen.

(Günter Rudolph (SPD): Australien ist größer!)

Herr Kollege Müller, Sie haben den "Spiegel" zitiert. Dann müssen Sie schon die ganze Wahrheit sagen, nämlich dass das Modell im Jahre 2008 als Modell für ganz Australien von der australischen Regierung verworfen und nicht eingeführt worden ist. Man hat es bei Westaustralien belassen, weil es sich nach Ansicht derer, die darüber zu entscheiden hatten, nicht bewährt hat. Auch das stand im "Spiegel", Kollege Müller. Man soll sich nicht immer nur das herausgreifen, was passt, sondern muss dann auch alles benennen.

(Zuruf des Abg. Stefan Müller (Heidenrod) (FDP))

Dieses Modell wurde nicht als tauglich für ganz Australien angesehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wesentliche Gründe dafür sind – das ist ganz spannend –: Man hat festgestellt, dass gerade die Gewinne der großen Mineralölkonzerne in Westaustralien stärker gestiegen sind als im Rest von Australien. Also dort, wo das Modell gilt, sind die Gewinne der Mineralölkonzerne stärker gestiegen als im Rest des Landes.

Man hat auch festgestellt: Bei diesem Modell kommen die kleinen Anbieter, die im Moment noch die Marktnischen nutzen, die sogenannten freien Tankstellen, unter die Räder. Die großen können Benzinpreise auf einem hohen Niveau durchhalten, die kleinen können das nicht und werden dann nach und nach vom Markt verschwinden.

(Beifall bei der SPD – Marius Weiß (SPD): Wie die FDP!)

Meine Damen und Herren, man muss sich doch die Entwicklung ansehen, bevor man ein Modell so hochjubelt, wie Sie es machen. In Westaustralien ist folgende Preisentwicklung zu beobachten: Die Preise steigen von einem Tag auf den anderen, und zwar in großen Sprüngen. Dann gehen sie in den nächsten Tagen nur ganz langsam wieder zurück. – Das heißt, der Benzinpreis hat sich, auf lange Sicht gesehen, auf einem hohen Niveau eingependelt. Genau das wollen wir doch nicht, sondern wir wollen, dass die Verbraucher keine hohen Benzinpreise bezahlen. All das ist gut gemeint, aber hier ist genau das Gegenteil erreicht worden.

(Beifall bei der SPD – Stefan Müller (Heidenrod) (FDP): Das ist nicht das österreichische Modell!)

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte im Rahmen einer Kleinen Anfrage nachgefragt, wann das Modell denn eingeführt würde. Daraufhin hat die Bundesregierung im Oktober 2011 geantwortet: Die Prüfung innerhalb der betroffenen Ressorts – auch nach Gesprächen mit Vertretern der Mineralölindustrie, insbesondere der mittelständischen Mineralölunternehmen, sowie Verbraucherorganisationen – hat ergeben, dass das westaustralische Modell keine Verbesserung des Wettbewerbs ermöglicht. – So das Bundesverkehrsministerium im Oktober 2011 zu dem Modell, das hier im Landtag im Moment so hochgejubelt wird, meine Damen und Herren.

Im Jahre 2011 gab es aber noch einen anderen Vorschlag, von dem Sie nicht gesprochen haben. Die Monopolkommission hat die Initiative von Herrn Ramsauer hinsichtlich der Einführung des australischen Modells kritisiert und gesagt, sie halte den Vorschlag für kontraproduktiv. Die Monopolkommission hat eine Forderung aufgestellt, die der FDP insgesamt wahrscheinlich zu weit ging. Sie sah ein Gesetz zur Entflechtung der fünf großen Mineralölkonzerne als richtigen Ansatz an, um das Problem strukturell zu lösen. Die FDP ist aber nicht so weit und war nicht so weit. Allerdings hatte der damalige Wirtschaftsminister Brüderle – politisch bin ich selten bei ihm – genau ein solches Gesetz vorgeschlagen, mit dem er dann im Bundeskabinett abgeblitzt ist, meine Damen und Herren. Insofern gibt es durchaus andere Vorschläge als Ihren Vorschlag, Sie haben nur nicht den politischen Mut, das weiterzuverfolgen.

Jetzt wird der Vorschlag, von dem die Bundesregierung im Oktober 2011 gesagt hat, er bringe keine Verbesserung des Wettbewerbs, von Ihnen in einer Aktuellen Stunde mit einem Jubelantrag hochgelobt und gesagt: Das müssen wir unbedingt einführen. – Interessant ist, dass Herr Ramsauer noch vorige Woche erklärt hat – das ist übrigens derjenige, der im Oktober gesagt hat, das Modell bringe keine Verbesserung des Wettbewerbs –, er sei schon immer dafür gewesen. Das alles ist schon ein bisschen durcheinander.

Die Bezeichnung "Benzinpreisbremse" finde ich irreführend.

(Beifall bei der SPD)

Sie sorgen doch lediglich dafür, dass sich die Benzinpreise auf einem dauerhaft hohen Level einpendeln können und die Verbraucher wissen, wie viel sie 24 Stunden lang bezahlen müssen. Weniger wird es dadurch auch nicht. Das muss man einfach konstatieren, meine Damen und Herren.

(Stefan Müller (Heidenrod) (FDP): Sie haben eben noch von den 100 Millionen geredet!)

Insofern ist es nicht richtig, dass Sie die Verbraucher an der Nase herumführen wollen und von einer Benzinpreisbremse sprechen. Das trifft es nicht.

Meine Damen und Herren, richtiges Vertrauen in Ihren Vorschlag haben Sie ja selbst nicht; denn in Ihrem Antrag steht: "Durch die von Verkehrsminister Posch vorgeschlagene Einführung ... könnte eine Regelung geschaffen werden, ..."

(Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Wir leben in einer Demokratie und brauchen eine Mehrheit!)

Das heißt, wir diskutieren im Moment über ein Instrument, von dem kein Mensch weiß, ob es überhaupt kommt, ob es überhaupt taugt. Unter großem Getöse wird hier vorgegaukelt, dass man etwas für die Verbraucher machen will, obwohl man noch gar nicht weiß, ob es den Verbrauchern auch zugutekommt.

Ich kann nur sagen: viel Rauch, wenig Feuer. Sie wecken Erwartungen, die Sie nicht werden erfüllen können.

(Stefan Müller (Heidenrod) (FDP): Schauen wir mal!)

Wirksam allein ist aus Sicht der SPD-Fraktion der Vorschlag der Monopolkommission, ein Entflechtungsgesetz auf den Weg zu bringen. Dieser Weg ist für Sie aber wahrscheinlich zu schwierig. Ich prophezeie Ihnen: Er wäre erfolgversprechender. – Vielen Dank, meine Damen und

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Frankenberger. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Kollege Reif von der CDU-Fraktion gemeldet. Sie haben zwei Minuten Redezeit, Herr Reif.

Clemens Reif (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Etwas zum australischen Modell von jemandem, der zigmal in Australien gewesen ist:

(Zurufe von der SPD: Oh! – Janine Wissler (DIE LINKE): Haben Sie da auch getankt?)

Australien ist mit 7,7 Millionen km² flächenmäßig mindestens 21-mal größer als die Bundesrepublik Deutschland. In Australien lebt nur etwa ein Viertel der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland.

Westaustralien hat ein Drittel der Gesamtfläche von ganz Australien, aber nur 10 % der Bevölkerung, also 2,5 Millionen km² mit etwa 2,2 Millionen Menschen. Das heißt, weniger als ein Mensch wohnt auf einem Quadratkilometer. Die größte Stadt ist Perth mit 1,6 Millionen Einwohnern. Dann kommt Bunbury, 175 Meilen südlich von Perth, mit 50.000 Einwohnern.

Das Modell funktioniert. Es hat in Westaustralien dazu geführt, dass in diesem wahnsinnigen Flächengebiet der Benzinpreis zwar gestiegen ist wegen dieser flächenmäßigen Struktur, aber nicht explodiert ist wie früher. Das ist der Grund.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Auffassung, dass man mit freien Tankstellen mitten in der Pampa irgendetwas machen könnte, ist eine Illusion.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das ist doch überhaupt nicht vergleichbar mit uns!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann nur sagen: Man muss in diesem Bereich jede Möglichkeit versuchen, die sich uns anbietet, und sie in Deutschland umsetzen. Wenn ein Land dazu geeignet ist, dann ist es die Bundesrepublik Deutschland mit 80 Millionen Einwohnern auf einer Fläche von 375.000 km², wo 230 Menschen auf einem Quadratkilometer leben.

Da ist es sinnvoll, freie Tankstellen im Wettbewerb mit Mineralölkonzernen zu haben und vieles andere mehr, um dieses Preisdiktat des Oligopols zu brechen, indem man diese Vorankündigungen nützt, damit die Bürger und die Autofahrer sich darauf einstellen können und Flexibilität und Möglichkeiten haben, das auszunutzen, was gesetzlich möglich ist. – Dies zu Ihren Ausführungen, Herr Frankenberger.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Reif, kommen Sie bitte zum Schluss.

Clemens Reif (CDU):

Dies zu einem Modell, das angeblich gescheitert ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke sehr. – Herr Frankenberger, Sie haben Gelegenheit zur Antwort und ebenfalls zwei Minuten Zeit dafür.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo warst denn du schon überall? – Gegenruf von der FDP: In Nordhessen!)

Uwe Frankenberger (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Reif, ich schätze Sie sehr und habe auch großes Zutrauen zu Ihrem Beobachtungsvermögen. Aber letztendlich glaube ich – das kann ich beim Präsidium anregen –, es wäre besser, wenn der zuständige Ausschuss sich vor Ort erkundigen und überzeugen würde,

(Allgemeine Heiterkeit)

ob Ihre Beobachtungen und Schlussfolgerungen auch zutreffen.

Herr Kollege Reif, ich hatte bei Ihren Ausführungen eine Zeit lang den Eindruck, als würden Sie nicht gegen mich reden, sondern für meine Argumentation.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Herr Kollege Reif, nicht ich habe das westaustralische Modell als nicht tauglich für ganz Australien bezeichnet, sondern das war Australien selbst. Die haben gesagt, dass das, was in Westaustralien gemacht wurde, nicht übertragbar ist und nicht als Instrument für ganz Australien taugt. Das war nicht ich, sondern das war Australien selbst.

(Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Wollen Sie nicht, oder können Sie nicht?)

Ich verstehe, dass Sie zu mir kein Zutrauen haben können, das ist politisch auch in Ordnung. Aber wenn Sie noch nicht einmal Zutrauen zu dem haben, was eine Monopolkommission voriges Jahr festgestellt hat, dass nämlich dieses Modell nicht taugt, um den Wettbewerb zu forcieren, um Wettbewerb auf dem Mineralölmarkt herzustellen, dann nehmen Sie das doch bitte zur Kenntnis.

(Beifall bei der SPD)

Ich trage doch nicht etwas vor, was ich mir ausgedacht habe. Ich bereite mich darauf vor, ich suche Fakten. Ich wäre froh im Interesse der Verbraucher, wenn es ein Instrument gäbe, von dem wir sagen könnten, dass wir davon überzeugt sind, dass es funktioniert.

Ich werfe Ihnen vor, dass Sie hier mit großem Getöse versuchen, den Leuten einzureden: Wir schaffen das, wir sorgen dafür, dass die Benzinpreise fair und transparent werden und sich auf niedrigem Niveau einpendeln werden. – Nein, ich prophezeie Ihnen, das Instrument wird die gewünschte Wirkung, die Sie prophezeit haben, nicht erzielen. Dann wird es weiterhin Ärger geben. Das ist das Problem dabei.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Warum? Sie wollen es nicht verstehen!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Frankenberger. – Als Nächster spricht Herr Caspar für die Fraktion der CDU.

Ulrich Caspar (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Frankenberger, Sie haben eben angeregt, dass der Wirtschaftsausschuss nach Australien reisen sollte. Ich halte das nicht für notwendig. In Zeiten des Internets kann man sich auch auf andere Art und Weise erkundigen,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Da kann Herr Reif den Fremdenführer machen!)

wobei ich durchaus verstehen kann, dass Sie gerne nach Australien fahren wollen. Das hätte für Sie auch den Vorteil, dass Sie anhand der Kängurus sehen könnten, wie man auch mit leerem Beutel große Sprünge machen kann.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP)

Insofern können Sie dadurch nur Erkenntnisse gewinnen. Wir halten es nicht für notwendig, weil wir meinen, dass es auch andere Wege gibt, sich über die Dinge zu informieren, die in Australien möglich sind.

Wir haben dabei die Überlegung, dass es nicht angehen kann, dass die Menschen in unserem Land, die das Auto nicht deshalb benutzen, weil sie nichts anderes zu tun haben, sondern die zum großen Teil darauf angewiesen sind, weil sie z. B. in Regionen leben, in denen ihr Arbeitsplatz nicht in unmittelbarer Nähe, insbesondere nicht fußläufig ist und auch nicht mit dem Fahrrad zu erreichen ist, dadurch benachteiligt werden. Uns geht es um die Menschen, von denen wir erwarten, dass sie bereit sind, nicht nur dort zu arbeiten, wo sie wohnen, sondern dass sie dorthin fahren, wo es Arbeit gibt.

Wir haben sehr großen Respekt vor den Menschen, die tagtäglich einen Arbeitsweg zurückzulegen haben. Deswegen kann man das nicht so leicht abtun, dass es egal sei, was mit den Benzinpreisen passiert. Ich meine schon, dass es verantwortliche Politik ist, sich intensiv damit zu beschäftigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

In diesem Zusammenhang geht es uns darum, die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken. Welche Rechte haben die Verbraucherinnen und Verbraucher? Das wesentliche Recht eines Verbrauchers ist, darüber zu entscheiden, ob man ein Produkt kauft, ob man es nicht kauft oder wo man es kauft. Dazu muss man aber wissen, wie viel das Produkt kostet.

Das Problem ist doch, dass die Tankstellen während des Tages laufend ihre Preise wechseln, sodass es nicht möglich ist, dass man z. B. im Internet oder in Kombination mit Navigationsgeräten am Morgen erfassen kann, wo im näheren Umfeld welche Tankstelle welchen Preis nimmt. Als Verbraucher hat man gar nicht die Möglichkeit, zu sagen: "Ich fahre an die oder an die Tankstelle, weil es am günstigsten ist", weil ich doch in der Situation bin, dass, wenn ich zur Tankstelle komme, der Preis vielleicht ein ganz anderer ist und eine andere Tankstelle in der Nachbarschaft günstiger gewesen wäre.

Bei dem jetzigen Modell ist der Verbraucher de facto entmündigt. Uns geht es darum, den Verbraucher zu stärken. Das ist mit diesem Modell möglich. Das heißt, am Tag vorher sind die Preise anzugeben. Diese Preise gelten dann für den nächsten Tag. Der Verbraucher hat die Möglichkeit, sich am Morgen zu informieren, wo der günstigste Preis in seiner Nähe ist, um dann genau diese Tankstelle ansteuern zu können.

Ich kann überhaupt nicht verstehen, wieso man etwas dagegen haben kann; es sei denn, es gibt irgendwelche anderen Gründe, welche Gründe auch immer. Man kann auch Interessen der Mineralölwirtschaft vertreten. Das kann so sein. Wie auch immer, wir sehen unsere Aufgabe auf jeden Fall darin, vor allem die Interessen der Menschen, der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zu vertreten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, jetzt zu dem australischen Modell. Der Fehler, den man dort gemacht hat, ist der, dass man in Australien eine bestimmte Modellregion genommen und gesagt hat: Wir probieren dort aus, ob das funktioniert. – Das hat genau dazu geführt, dass die Mineralölwirtschaft, die Angst vor diesem Modell hat, dafür gesorgt hat, dass in dieser Region hohe Preise eingestellt werden. Das war die Methode, um zu verhindern, dass dieses Modell landesweit eingeführt wird.

Wenn man weiß, dass die Mechanismen so laufen, dann weiß man, dass man so etwas nicht praktizieren kann,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Dann können sie sich doch weiterhin absprechen!)

indem man eine Modellregion nimmt, sondern man hat nur dann eine Chance, so etwas umzusetzen, wenn man das landesweit macht. Denn dann gibt es diese Ausweichmöglichkeiten nicht. Nur dann wird dieses Modell wirksam und kommt zum Tragen. Deswegen sind alle Einwände, die Sie hier gebracht haben und die der "Spiegel" erwähnt hat, nicht von Sachkenntnis getrübt; denn sonst wäre man zu einem anderen Ergebnis gelangt.

Hier kann ganz klar werden, wie man nach diesem Modell vorzugehen hat: Es kann eben nicht so funktionieren, dass man es in zwei oder drei Landkreisen ausprobiert – denn dann hat die Mineralölwirtschaft die Möglichkeit, es zu unterlaufen und dort die Preise höher zu stellen,

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

damit nachher alle sagen: In dieser Region waren die Preise höher, also können wir das nicht einführen.

Das war der Grund dafür, warum das in Westaustralien nicht funktioniert hat. Deswegen sind wir der Meinung: Wenn man es einführt, dann nicht in einer kleinen Region, sondern das muss man dann landesweit machen. Dann wird es zum Erfolg.

Kurzum, ich halte fest: Dieses Vorhaben stärkt die Verbraucherinnen und Verbraucher. Es erhöht den Druck, Benzin zu möglichst kostengünstigen Bedingungen abzu-

geben – also etwas, was eigentlich von diesem gesamten Landtag geteilt werden sollte.

Ich meine, deswegen gibt es überhaupt keinen Grund, diesem Antrag, den CDU und FDP gestellt haben, nicht zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Caspar. – Für die Fraktion DIE LINKE spricht Frau Kollegin Wissler.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was derzeit an den Tankstellen passiert, kann man in der Tat nur als dreiste Abzocke bezeichnen. Die Menschen ärgern sich völlig zu Recht über steigende Benzinpreise und über die schamlose Bereicherung der Mineralölwirtschaft.

Ich will nur eine Zahl nennen: Allein BP hat im Jahr 2011 unvorstellbare 7,6 Milliarden US-Dollar Gewinn gemacht. Der Benzinpreis für Super hingegen hat mittlerweile die Marke von 1,70 € überschritten. Wenn die Preissteigerungen so weitergehen wie in den letzten Monaten, dann ist die Forderung der GRÜNEN von 5 DM pro Liter aus dem Jahr 1998 wirklich bald erfüllt – das zeigt die Dimension, über die wir reden.

Die Leidtragenden sind natürlich vor allem die vielen Pendler, die auf ihr Auto angewiesen sind. Die müssen eben anderswo sparen, um die immer höheren Benzinpreise bezahlen zu können und so die Ölmultis noch reicher zu machen, als sie ohnehin schon sind.

(Zuruf des Abg. Jan Schneider (CDU))

Der Hauptgeschäftsführer des Mineralölwirtschaftsverbandes erklärt dazu, man habe zwar Verständnis für den Ärger der Kunden über die schwankenden Preise, aber Wettbewerb und schwankende Preise seien untrennbar miteinander verbunden.

Nun haben diese Preissteigerungen aber rein gar nichts mit Wettbewerb zu tun, sondern viel mehr mit dem Kalender. Vermutlich werden wir in den nächsten Tagen wieder einen Anstieg der Preise erleben. Das hat nichts mit den Rohölmärkten zu tun, auch nichts mit dem Wettbewerb, sondern das hat einzig und allein damit zu tun, dass die Osterferien beginnen und dann besonders viele Menschen besonders weite Strecken mit dem Auto zurücklegen.

Auch außerhalb der Ferienzeit verläuft die Preisentwicklung nach einem festen Schema. Der durchschnittliche Kraftstoffpreis liegt an Freitagen wundersamerweise immer deutlich höher als an Montagen. Fast die Hälfte der Preiserhöhungsrunden beginnt von Montag bis Donnerstag um exakt 18 Uhr. Sie werden von Aral oder Shell initiiert, und exakt drei Stunden, nachdem einer der beiden die Preise erhöht hat, folgt das jeweils andere Unternehmen. Das ist nach Angaben des Kartellamtes in etwa 90 % der Fälle so. Fünf Stunden später folgen die anderen.

Das Kartellamt kann den Konzernen keine Preisabsprachen nachweisen. Die sind aber auch gar nicht nötig, denn die Unternehmen müssen nur einen Blick auf die Anzeigetafeln der anderen Unternehmen werfen. Zu Feiertagen und vor Ferienbeginn sind diese Erhöhungen ohnehin

eingespielte Praxis und bedürfen überhaupt keiner Absprache mehr.

Es gibt keinen Wettbewerb auf dem Mineralölmarkt. Das sieht auch das Bundeskartellamt so. Dessen Arbeitskreis Kartellrecht hat diesem Thema im letzten Jahr eine ganze Tagung gewidmet. Auch dort wurde festgestellt: Der Markt wird von einem Oligopol beherrscht, das aus fünf Konzernen besteht: Aral, Shell, Esso, Total und Jet. Sie beherrschen etwa 80 % des Kraftstoffabsatzes und haben Einfluss auf etwa zwei Drittel aller Tankstellen.

(Zuruf des Abg. Jan Schneider (CDU))

Die Konzerne sind auch untereinander verflochten. Sie beliefern sich gegenseitig und betreiben gemeinsame Raffinerien und Pipelines.

An dieser Stelle will ich auch sagen: Natürlich sind auch die freien Tankstellen nicht frei. Sie verfügen über keine eigenen Raffineriekapazitäten. Sie erhalten ihr Benzin auch von den großen Konzernen. Es gibt immer wieder darüber Beschwerden, dass die freien Tankstellen mehr für das Benzin zahlen müssen als die eigenen Tankstellen der großen Konzerne.

Laut ADAC bezahlen Autofahrer im Vergleich zu 1996 heute doppelt so viel für den Liter Benzin. Und es wurde schon angesprochen: Die Bundestagsfraktion der GRÜ-NEN hat eine Studie vorgelegt, nach der die Autofahrer in Deutschland rund 100 Millionen € im Monat mehr für Benzin ausgeben, als nötig wäre.

Der größte Teil des Preisanstiegs des letzten halben Jahres lässt sich eben nicht durch höhere Rohölpreise erklären, sondern es sind reine Gewinnmitnahmen, mit denen sich die Konzerne auf Kosten der Tankkunden bereichern.

Zu diesem Befund kommt auch das Bundeskartellamt in seinen Analysen. Mittlerweile gibt es sogar Berichte darüber, dass Aral seinen Tankstellenpächtern besonders hohe Provisionen zahlt, wenn sie besonders viel für den Liter Benzin verlangen.

Ich will hier nur anmerken, dass auch die Rohölpreise keine reinen Produktionspreise sind. Auch die Rohölpreise sind natürlich Folge einer Spekulationsblase, weil viele Investoren in den letzten Jahren auf die Rohstoffmärkte ausgewichen sind, gerade in der Folge der Krise auf den Finanzmärkten. Diese Spekulationsblase erklärt, warum der Rohölpreis trotz sinkender Nachfrage infolge der Wirtschaftskrise weiter gestiegen ist.

Es gibt zwar Preissenkungen, aber die durchschnittliche Höhe einer Preiserhöhung ist ungefähr das Dreifache einer Preissenkung. Es gibt keine andere Branche, in der Preiserhöhungen so direkt – teilweise noch am gleichen Tag – an den Kunden weitergegeben werden wie dort.

In der Tat stellt sich also die Frage, was getan werden kann, um dieser Abzocke Einhalt zu gebieten. Ich finde es bemerkenswert, dass auch die FDP sieht, dass man das nicht einfach dem Markt überlassen kann, sondern dass hier staatliches Eingreifen nötig ist.

(Zuruf)

– Ja, Herr Saebisch, es ist erst einmal begrüßenswert, dass die FDP von ihrer Gläubigkeit an den Markt an der Stelle wenigstens ein bisschen Abstand nimmt.

(Beifall bei der LINKEN)

Aktuell werden im Bundesrat verschiedene Modelle diskutiert, unter anderem das österreichische Modell, wonach Tankstellenbetreiber nur einmal täglich zu einer festgelegten Uhrzeit die Preise erhöhen dürfen.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Der hessische Wirtschaftsminister schlägt jetzt vor, das australische – genauer gesagt: das westaustralische – Modell für Deutschland zu übernehmen. Das sieht vor, dass die Tankstellenbetreiber verpflichtet sind, dem Handelsministerium am Vortag den Benzinpreis zu nennen, den sie am gesamten Folgetag dann nicht mehr verändern dürfen. Die Idee ist eben, dass die Mineralölunternehmen nicht mehr unmittelbar auf Preisveränderungen eines anderen reagieren können, weil sie eben nicht wissen, welche Preise die anderen angeben, und dann tendenziell vielleicht sogar einen niedrigeren Preis angeben, damit sie nicht einen ganzen Tag lang auf ihrem überbeteuerten Benzin sitzen bleiben. Denn anders als beim österreichischen Modell sind bei dem westaustralischen Modell Preissenkungen an diesem Tag überhaupt nicht mehr möglich.

So weit die Theorie. Aber die Praxis sieht anders aus. Darauf ist bereits verwiesen worden. Man muss sich schon fragen, warum das westaustralische Modell nicht einmal in Australien landesweit eingeführt wurde, geschweige denn von anderen Ländern übernommen wurde – wenn es denn so gut funktioniert.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Tatsächlich ist der Benzinpreis in Westaustralien höher als anderswo. Dort verbuchen die Ölgesellschaften die größten Gewinnspannen. Auch das Bundeskartellamt – das das Modell selbst ins Spiel gebracht hat – räumt ein, dass es keinerlei eindeutige wissenschaftliche Untersuchungen zu einem Rückgang des Preisniveaus gibt. Auch für Österreich ist das nicht nachweisbar.

Die Befürchtung ist, dass sich die Preiszyklen allenfalls verlangsamen, nicht aber abschwächen lassen.

(Zuruf des Abg. Stefan Müller (Heidenrod) (FDP))

Andere warnen sogar vor Preiserhöhungen durch dieses Modell wegen des Sterbens der freien Tankstellen.

Auch wir sind sehr skeptisch, ob dieses Modell wirklich hilfreich ist. Ich finde die Kritik von Herrn Frankenberger absolut nachvollziehbar. Ich muss ganz ehrlich sagen: Mir ging es genauso. Als Herr Reif seine Argumentation vortrug, fand ich, dass das alles eher gegen die Übertragung des westaustralischen Modells auf Deutschland spricht.

(Jan Schneider (CDU): Was schlagen Sie vor?)

Herr Caspar, wenn Sie sagen, es sei das Problem, dass es sich um eine Modellregion handele – die Tankstellenbetreiber hätten sich abgesprochen, die Preise besonders hoch anzusetzen, damit die Modellregion scheitert und das Modell nicht auf das gesamte Land übertragen werden kann –, dann zeigt das doch gerade, dass es nicht funktioniert. Sie können sich offenbar trotzdem noch absprechen, und sie haben auch weiterhin ein Interesse an hohen Preisen.

Jetzt will ich Ihnen einmal sagen, dass es neben Österreich und Australien noch ein drittes Modell gibt, nämlich Luxemburg. Anders als in Österreich und Australien gibt es dort eine Preiskontrolle. Dort ist eine begrenzte Gewinnmarge festgeschrieben, aus der die Tankstellen ihre Kosten und den Gewinn bestreiten müssen. Dort sind die Kosten weitgehend einheitlich und stabil.

Staatliche Regulierung ist nötig. Sie darf aber nicht erst bei den Tankstellen, also beim Verkauf des Benzins, ansetzen, sondern müsste schon viel früher ansetzen. Denn die großen Konzerne kontrollieren jeden Bereich der Wertschöpfungskette von der Förderung über den Transport und die Verarbeitung. Bis das Benzin überhaupt an der Tankstelle ankommt, haben die Ölmultis bereits hohe Gewinne eingestrichen. Deshalb stellt sich hier, ähnlich wie in der Energiewirtschaft, die Frage nach den Markt- und Eigentumsstrukturen.

Herr Frankenberger, ich will nur sagen, dass ich bei der Frage der Entflechtung ein bisschen skeptisch bin, aus dem einfachen Grund: Wir haben bei den Energiekonzernen auch eine Entflechtung erlebt, das hat aber leider nichts an ihrer Marktstellung geändert. Deswegen müsste man darüber diskutieren, ob man die Gewinnmargen einschränken und Preiserhöhungen genehmigungspflichtig machen kann. Dann ließe sich sehr viel weniger Geld mit Benzin verdienen, und das wäre gut. Denn die Ölvorräte sind endlich, und auch aus Klimaschutzgründen können wir uns einen derartigen Benzinverbrauch nicht mehr lange leisten.

Dafür dürfen aber nicht die Pendler zahlen, sondern die Konzerne müssen durch die Endlichkeit ihrer Gewinne die Endlichkeit des Öls zu spüren bekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen weg vom Öl. Für die Verbraucher ist entscheidend, dass es eine attraktive Alternative zum Auto gibt, nämlich einen gut ausgebauten, eng getakteten und vor allem bezahlbaren öffentlichen Nah- und Fernverkehr. Viele Familien mit Kindern, die jetzt in die Osterferien fahren, wären froh, wenn sie keine langen Autofahrten mit quengeligen Kindern machen müssten, sondern Bahn fahren könnten. Sie schrecken aber vor den viel zu hohen Bahnpreisen zurück.

Ich will an der Stelle auch noch einmal sagen, dass ich es für einen sehr großen Fehler halte, dass Rot-Grün die Ökosteuer in die Senkung der Lohnnebenkosten gesteckt und damit die Arbeitgeber entlastet hat. Durch diese Einnahmen aus der Ökosteuer hätte man den ÖPNV weiter ausbauen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Kommen Sie bitte zum Schluss, Frau Wissler.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Die Abzocke an den Tankstellen muss eingedämmt werden. Da sind wir uns einig. Wir brauchen eine Verkehrswende. Wir müssen weg vom Öl und heraus aus der Abhängigkeit von den Ölkonzernen. Dafür brauchen wir mutige Schritte. Was Sie planen, ist etwas, was den Ölkonzernen kein bisschen wehtun wird. Ich befürchte, es wird an der derzeitigen Situation wenig verändern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Wissler. – Zu einer Kurzintervention hat Herr Caspar jetzt die Möglichkeit.

Ulrich Caspar (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Wissler, ich habe mich zu einer Kurzintervention gemeldet, weil Sie offensichtlich meine Ausführungen zu dem Thema der Modellregion nicht richtig verstanden haben. Ich habe nicht davon gesprochen, dass sich in einer kleinen Region die Tankstellenbetreiber absprechen. Es geht darum, dass dieses Modell, das man einführen will, Transparenz schafft. Es soll am Vortag mitgeteilt werden, wie am nächsten Tag die Preise sind. Das stärkt den Verbraucher.

Daran hat natürlich die Mineralölwirtschaft kein Interesse. Deswegen wird sie das Modell unterlaufen, indem sie in der Region, in der das Modell stattfindet, die Preise möglichst hoch hält, damit anschließend die einfachen Gemüter zu der Konsequenz kommen und sagen: Das funktioniert nicht. – Entscheidend ist, dass es damit unterlaufen werden kann, indem dort die Preise künstlich hoch gehalten werden. Die Preise werden ja nicht von den Tankstellenbetreibern bestimmt, sie werden von den Lieferanten bestimmt.

Momentan ist es in Deutschland so, dass die Tankstellen melden müssen, wie die Preise der umliegenden Tankstellen sind. Sie geben das an die Zentralen der Konzerne. Dort wird die Vorgabe gemacht, wie der Preis zu bestimmen ist. Genau das ist der Punkt, um den es geht. Ein solches Vorhaben darf nicht unterlaufen werden, indem man dafür nur eine Modellregion vorsieht. Das kann nur funktionieren, indem man es landesweit einführt. Das ist hierbei das Wesentliche.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Caspar. – Ich darf um etwas mehr Ruhe im Plenarsaal bitten. – Frau Wissler, Sie haben Gelegenheit zur Antwort. Zwei Minuten.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Caspar, wenn Sie sagen, dass die Modellregion Westaustralien unterlaufen worden sei, dann haben Sie doch die Frage nicht beantwortet, warum es nicht möglich sein sollte, eine solche Regelung in Deutschland zu unterlaufen. Wenn es den Konzernen in Westaustralien möglich ist, dann ist es doch auch in Deutschland möglich, wie Sie sagen, die Preise extra hochzutreiben.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Deutschland ist doch keine Insel, auf der ganz andere wirtschaftliche Grundlagen gelten. Von daher ist mir das nicht klar. Natürlich besteht das Problem, dass die Preise künstlich hoch gehalten werden. Das Problem haben wir ja jetzt auch, dass die Preiserhöhungen, die wir erleben, überhaupt nicht gerechtfertigt sind, weder durch die Produktionskosten noch durch Wechselkursschwankungen oder Ähnliches. Die Möglichkeit, Preise künstlich in die Höhe zu treiben, besteht doch weiterhin.

Der einzige Vorteil, den es bringen soll, ist doch, dass die Konzerne den Preis, der am gesamten nächsten Tag gelten soll, nicht zu hoch festlegen, aus Angst, den ganzen Tag auf dem Benzin sitzen zu bleiben, weil die Konkurrenz günstiger ist. Wenn es in Westaustralien möglich ist, das zu unterlaufen, dann frage ich mich, warum es in Deutschland nicht möglich sein soll, das zu unterlaufen. Ich traue

den Mineralölkonzernen zu, dass sie um einiges schlauer und gewiefter sind als diese Landesregierung. Sie werden es im Zweifelsfall auch schaffen, ein solches Modell zu unterlaufen und weiterhin mit erhöhten Preisen vorzugehen.

Das Kartellamt hat immer wieder versucht, den Konzernen etwas nachzuweisen. Es ist nicht gelungen. Von daher glaube ich, dass dieses Modell nichts an den Strukturen verändern wird. Solange die Markt- und Machtstrukturen so sind, wie sie heute sind, befürchte ich, wird dies die Konzerne nicht besonders jucken.

Im Moment kommt die größte Kritik von den freien Tankstellen. Auch das sollte Ihnen zu denken geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Frau Wissler. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Staatssekretär Saebisch.

Steffen Saebisch, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung bedankt sich ausdrücklich bei den Fraktionen von CDU und FDP, dass sie mit diesem Entschließungsantrag die Problematik der sehr hohen Kraftstoffpreise angegriffen haben. Wir werden morgen im Bundesrat einen Antrag Hessens abstimmen, der sich klar zu einem Preisdämpfungssystem bekennt und versucht, zu einem transparenten Preisbildungssystem in der Bundesrepublik Deutschland beizutragen. Es handelt sich um ein System, das im Übrigen darauf setzt, dass es durch klare staatliche Rahmenbedingungen mehr Wettbewerb gibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Abg. Rudolph hat mich vorhin ausdrücklich gebeten, ich möge das mit der Ordnungspolitik einmal ausführlich erklären. Herr Rudolph, dieser Aufforderung komme ich gerne nach.

(Günter Rudolph (SPD): Sie machen doch sonst auch nicht das, was ich will!)

Herr Rudolph, in diesem Fall mache ich das gerne. Ich habe für Sie ein schönes Beispiel gefunden. Sie sind ja Mitglied des Sportausschusses, und ich dachte, mit einem Beispiel aus dem Sport komme ich in die Nähe Ihrer Auffassungsgabe. – Herr Rudolph, jetzt müssen Sie aber zuhören, wenn Sie mich um etwas bitten.

(Günter Rudolph (SPD): Ich kann mehrere Sachen gleichzeitig machen!)

– Daran haben einige Zweifel. Sie können es ja heute zeigen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es gab 1982 die sogenannte Schande von Gijón. Die müsste Ihnen noch in Erinnerung sein. Damals hat Deutschland gegen Österreich gespielt. Es war klar, wenn Deutschland dieses Spiel 1:0 beendet, ist Algerien ausgeschieden. Es gab keine formale Absprache zwischen den Mannschaften. Auch von den Trainern hat sich keiner mit dem anderen vereinbart. Trotzdem ist dieses Spiel komischerweise 1:0 ausgegangen. Herr Rudolph, an das stun-

denlange Rückpassspiel können Sie als Fußballfan sich sicherlich noch erinnern.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Herr Rudolph, in der Marktwirtschaft nennt man das implizite Koordinierung. Das heißt mit anderen Worten für den Benzinpreismarkt, dass die Tankstellenbetreiber und die Mineralölkonzerne die jeweilige andere Preisbildung beobachten und ihre Preisbildung danach ausrichten.

Herr Kollege Rudolph, das bedeutet, dass morgens die Pendler, die zur Arbeit fahren, sehen, dass die Preise, die sie am Morgen noch wahrgenommen haben, sich am Abend komplett verändert haben. Das hat etwas mit dieser impliziten Koordinierung zu tun. Es hat zum einen etwas mit der oligopolistischen Struktur des Benzinpreismarktes zu tun, es hat aber auch etwas mit der vertikalen Integration zu tun.

Meine Damen und Herren, das ist etwas, was der Bundeskartellamtschef mit dem schönen Satz beschrieben hat:

> Wenn sich so ein ungeschriebenes Gesetz etabliert hat, braucht man keine Absprachen mehr.

Jetzt kommt wieder der Einschub für den Kollegen Rudolph:

Das ist wie in einer Ehe, wo feststeht, wer morgens das Frühstück macht. Die Konzerne verstehen sich sozusagen blind.

(Beifall bei der FDP – Vizepräsident Frank Lortz übernimmt den Vorsitz.)

Die Konzerne verstehen sich blind, und die Verbraucher haben das Nachsehen. Ich glaube, es ist aller Ehren wert, dass die Hessische Landesregierung der Meinung ist, dass dieses Modell bei einem Benzinpreis von $1,70 \in \text{kein Modell der Zukunft sein kann. In den Siebzigerjahren kam es – bei einem viel niedrigeren Benzinpreis – zum Ölpreisschock, der mit einer starken Lähmung unserer Wirtschaft einherging. Wir sind zwar heute in einer anderen Situation, aber ein Benzinpreis von über <math>1,70 \in \text{ist}$ eine fundamentale Bedrohung der konjunkturellen Lage. Aus diesem Grund ist nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für den Wirtschaftsverkehr Handlungsbedarf gegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Ich kann in dem Zusammenhang den Abg. Frankenberger überhaupt nicht verstehen, der gesagt hat, er prophezeie, dass dieses Modell keinen Erfolg haben werde. Herr Frankenberger, erstens dachte ich, Sie seien Abgeordneter und kein Prophet. Zweitens. Herr Abg. Frankenberger, wenn es so ist, dass Sie diesen Zustand beklagen – das haben Sie ja getan -: Wie lautet Ihr Vorschlag, um diesem Missbrauch abzuhelfen? Sie haben gesagt, Sie erwarten - ähnlich wie die Monopolkommission beim BMWi – eine Entflechtungsinitiative im Rahmen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Lieber Herr Frankenberger, Sie sind doch schon ein paar Jahre im Hessischen Landtag. Sie wissen doch, dass die Hessische Landesregierung schon in der letzten Legislaturperiode im Bundesrat eine Initiative für eine Entflechtung im GWB ergriffen hat. Diese Initiative liegt dem Bundesrat weiterhin vor. Es wäre jetzt doch an Ihnen, bei den SPD-geführten Ländern für diese Maßnahme zu werben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Herr Frankenberger, wo bleiben Sie denn? – Herr Frankenberger ist nirgendwo zu sehen. Herr Frankenberger, Herr Grumbach, die SPD in Nordrhein-Westfalen mit Ministerpräsidentin Kraft an der Spitze hat im Wirtschaftsausschuss dem Vorschlag Hessens zugestimmt. Rot-Grün in NRW stimmt Hessen also zu. Rot-Grün – zumindest Rot – in Hessen tut sich damit schwer. Lernen Sie an dieser Stelle ausnahmsweise von Nordrhein-Westfalen. Dann lernen Sie dazu, lieber Herr Frankenberger.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was lernt die FDP aus Nordrhein-Westfalen?)

– Lieber Herr Wagner, ich habe darauf gewartet, wann Sie wieder wach werden.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Ihrer Lautstärke!)

Jetzt werden die Zurufe wahrscheinlich wieder intensiver. – Die FDP hat in Nordhein-Westfalen einiges gelernt, z. B. dass sich Standhaftigkeit und Konsequenz auszahlen, und zwar deswegen, weil man zu seinen Überzeugungen auch stehen kann. Damit haben Sie ab und zu Probleme, Herr Wagner. Das ist wahr. Aber auch Sie können etwas von Nordrhein-Westfalen lernen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Was hat das westaustralische Modell für Vorteile? Es hat zum einen den Vorteil größerer Preistransparenz. Die Bürger können sich 24 Stunden lang darauf verlassen, dass die Preise fest sind. Das heißt, das Navigationssystem im Auto kann einem zukünftig sagen, welche Tankstelle in der Nähe die niedrigsten Preise hat. Wir sorgen damit im Übrigen – das ist hochinteressant – für die Verbraucher für höhere Transparenz, gerade für die Energie- und Mineralölkonzerne aber für niedrigere Transparenz. Genau diese niedrigere Transparenz für die Mineralölkonzerne ist in diesem System der entscheidende Punkt. Andreas Mundt, der Kartellamtspräsident, hat dazu gesagt: "Ich glaube, dass man sich darüber Gedanken machen sollte, wie sich die Ruhe des Benzinoligopols stören lässt." Er sagte weiter: "Es hört sich zunächst paradox an, am ehesten ginge dies, indem man den Markt intransparenter macht - nicht für die Verbraucher, aber für die Unternehmen." Genau darum geht es hier.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Ich glaube, dass auch die Planungssicherheit ein ganz entscheidender Punkt in einer Region ist, z. B. der Rhein-Main-Region, die sehr stark durch Pendlerströme gekennzeichnet ist. Jeder Pendler kennt das Problem: Er fährt morgens zur Arbeit, sieht einen bestimmten Benzinpreis, freut sich und sagt: Da fahre ich abends wieder vorbei, da will ich tanken. – Abends kommt er zu der Tankstelle und merkt, der Benzinpreis hat sich deutlich erhöht. Meine Damen und Herren, genau das werden wir mit dem westaustralischen Modell in Zukunft verhindern können. Deswegen kann ich Sie, Herr Schäfer-Gümbel, nur herzlich darum bitten und auffordern, dass Sie, auch als Präsidiumsmitglied der SPD, dafür werben, dass weitere SPD-Länder neben Nordhein-Westfalen der hessischen Initiative zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Dann würden Sie für Ihr Bundesland etwas Konstruktives leisten. Deswegen kann ich an der Stelle nur sagen: mutig voran.

Meine Damen und Herren, ich will zum Schluss nochmals auf die Schmach von Gijón zurückkommen. Herr Rudolph, jetzt wird es sportlich, jetzt können Sie wieder zuhören, jetzt geht es auch für Sie weiter.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Was war denn die Konsequenz aus der Schmach von Gijón? Die FIFA hat die Regelung eingeführt, dass in allen Gruppen die letzten Spiele zeitgleich stattfinden müssen, damit Absprachen nicht mehr möglich sind. Genauso klug wie die FIFA sollten doch auch wir sein. Wir sollten keine Angst vor Veränderungen, keine Angst vor Modellversuchen haben. Wir sollten nicht die Risiken betonen, sondern die Chancen. Schließlich geht es um die Bürgerinnen und Bürger und nicht darum, wer recht hat. Wenn also alle zusammenarbeiten, dann können wir etwas erreichen. Etwas niedrigere Benzinpreise, das freut auch die Einpendler aus Mittelhessen. Nutzen Sie die Chance, werben Sie für das westaustralische Modell in Hessen, dann wird alles gut.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herzlichen Dank, Herr Staatssekretär. – Das Wort hat der Abg. Rudolph, SPD-Fraktion.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

 Meine Damen und Herren, wir hatten uns doch geeinigt, dass wir Bekundungen aller Art für uns behalten, wenn ein Redner zum Rednerpult geht. Das gilt für alle hier im Haus

Herr Rudolph hat das Wort.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, vielen Dank! Mich kann nichts erschüttern, nicht einmal ein solch bedeutender Beitrag des Staatssekretärs Saebisch, der Herrn Posch vertritt. Da wünsche ich mir doch den Herrn Kollegen Posch zurück – auch vom Niveau her gesehen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Zweitens. Wenn wir es schon machen, dann machen wir es richtig: Es gibt keinen Sportausschuss in Hessen, sondern der Bereich Sport ist im Innenministerium angesiedelt.

Drittens können Sie sich Ihre Beleidigungen von Sportlern sparen. Das haben sie nicht nötig.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Viertens. Weil Sie dieses Modell so loben: Wenn das am Schluss so ausgeht wie Ihre Ideen und Entwicklungen zum Programm "Staufreies Hessen", dann sollten wir uns als Verbraucher nicht allzu vielen Illusionen hingeben.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Damals haben Sie die Backen aufgeblasen. Sie vollführen hier als FDPist, als Mitglied der Landesregierung einen Spagat. Wir kritisieren ja gar nicht, was Sie machen, dass man regulativ eingreifen muss. Das ist aber genauso, als wenn Sie "Steuern senken!" sagen. Das nimmt Ihnen niemand mehr ab, Herr Rentsch.

Jetzt wollen Sie in den Markt eingreifen. Das ist nicht mein Problem. Ich glaube, wenn Sie so weitermachen, wie Herr Saebisch es hier vorgetragen hat, dann kann man die 1,2 % in Nordrhein-Westfalen noch nach unten toppen. Nur weiter so. Der Beitrag von Herrn Saebisch war ein Beleg dafür. Wir werden uns in der Praxis anschauen, ob das funktioniert. Der Verbraucher will eine ehrliche Diskussion. Die Benzinpreise sind zu hoch. Ich glaube, das, was die Monopolkommission angedacht hat, ist der richtige Weg. Sie versuchen, mit Rhetorik und Schaufensteranträgen dem Verbraucher zu suggerieren, man könne regulativ eingreifen.

(Zurufe von der FDP)

Das Modell aus Westaustralien ist schön und gut, aber ich glaube, es wird am Schluss nicht funktionieren. Darauf haben wir hingewiesen. Herr Kollege Rentsch, nehmen Sie doch einfach einmal zur Kenntnis: Machen Sie eine ordentliche Arbeit, und lassen Sie die Rhetorik – wie in der Rede von Herrn Saebisch und von Ihnen – weg. Dann kommen Sie auch über 1,2 %. Ich habe bei Ihnen aber die Hoffnung aufgegeben. Das ist nicht mehr mein Problem. Sie können sich in der Oppositionsrolle regenerieren. Viel Spaß dabei.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist gewünscht worden, bei den Entschließungsanträgen absatzweise abzustimmen. Ich rufe zunächst den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP auf. Wer Absatz 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, SPD, FDP und DIE LINKE. Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Die GRÜNEN. Absatz 1 ist damit einstimmig angenommen.

Zweiter Absatz: Wer ist dafür? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Keiner. Enthaltungen? – Das übrige Haus. Damit ist auch dieser Absatz einstimmig angenommen.

Ich lasse über den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 18/5488, abstimmen. Zunächst die Absätze 1 bis 4: Wer ist dafür? – SPD, GRÜNE und LINKE. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit sind die Absätze 1 bis 4 abgelehnt.

Ich lasse über die Absätze 5 bis 7 abstimmen: Wer ist dafür? – Die GRÜNEN. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – SPD und LINKE. Damit sind diese Absätze ebenfalls abgelehnt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 18** auf:

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Hessischer NS-Härtefonds leistet wichtigen Beitrag zur Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus – Drucks. 18/5338 –

in Verbindung damit Tagesordnungspunkt 25:

Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend NS-Opfer nicht vergessen – Hessischen NS-Härtefonds weiterführen – Drucks. 18/5414 –

Es ist vereinbart worden, dass wir die Anträge ohne Aussprache an den Sozialpolitischen Ausschuss überweisen. – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 19** auf:

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend eDit Filmmaker's Festival erhalten – Drucks. 18/5372 –

Es ist vereinbart worden, diesen Antrag im nächsten Plenum zu behandeln. – Auch das ist einstimmig beschlossen.

Dann rufe ich Tagesordnungspunkt 20 auf:

Große Anfrage der Abg. Habermann, Gnadl, Hofmeyer, Merz, Dr. Reuter (SPD) und Fraktion betreffend Ganztagsschulentwicklung in Hessen – Drucks. 18/5355 zu Drucks. 18/4472 –

Als Erste hat sich Frau Kollegin Habermann, SPD, zu Wort gemeldet.

Heike Habermann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ganztagsschulen bieten mehr Zeit zum Lernen und zur persönlichen Entwicklung der Schülerinnen und Schüler. Im Rahmen von Ganztagsschulen bestehen also mehr Möglichkeiten für eine intensive und gezielte Berufs- und Studienorientierung. Der Aufbau von Ganztagsschulen muss in Hessen in allen Bildungsgängen forciert werden. Die Landesregierung muss sich davon lösen, einen Einstieg in den Ganztagsschulbetrieb ausschließlich über die Mogelpackung einer pädagogischen Mittagsbetreuung zu realisieren.

Meine Damen und Herren, ich kann dieser Aussage nur zustimmen. Sie stammt allerdings nicht von mir, sondern wurde im Juni 2007 von der damaligen bildungspolitischen Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Dorothea Henzler, gemacht.

(Demonstrativer Beifall bei der FDP)

Inzwischen wissen wir, was das "Forcieren des Aufbaus von Ganztagsschulen" heißt und welche Möglichkeiten den Schulen eröffnet wurden, ohne den Umweg über das bisherige Modell 1 der pädagogischen Mittagsbetreuung einen Ganztagsbetrieb aufzubauen. Ich kann Ihnen nur mitteilen, diese Möglichkeiten sind sehr übersichtlich geblieben.

Im Schuljahr 2009/2010 gab es in Hessen 651 ganztägige Angebote an den Schulen. Zu Beginn des Schuljahres 2011/2012 waren es 788 Schulen. Weitere 115 sollen folgen. Man muss allerdings feststellen, dass das, was im ersten Moment nach zwar kleinen, aber regelmäßigen Schritten klingt, der vollmundigen Ankündigung der ehemaligen bildungspolitischen Sprecherin und den Koalitionsvereinbarungen von Schwarz-Gelb nicht entspricht.

(Beifall bei der SPD)

Dort ist nämlich zu lesen:

Wir werden in dieser Legislaturperiode eine freiwillige Betreuungsmöglichkeit an allen Schulen anbieten und auf freiwilliger Basis gebundene, teilgebundene und offene Ganztagsschulen in erreichbarer Nähe ausbauen.

Frau Kultusministerin, wenn Sie dieses Ziel noch erreichen wollen, muss es bei insgesamt 1.713 allgemeinbildenden Schulen im letzten Jahr Ihrer Regierungszeit noch einen gewaltigen Zuschlag geben. Daran glaubt aber angesichts der offenen, unfinanzierten Baustellen, nämlich der 105-prozentigen Lehrerversorgung und der inklusiven Schule, in diesem Land niemand mehr so recht.

Lohnenswert ist es auch, sich einmal näher anzuschauen, was aus der Beseitigung der von der Kultusministerin so genannten Mogelpackung geworden ist. Konsequenterweise wurde das Modell der pädagogischen Mittagsbetreuung bei der Novellierung der Richtlinien für ganztägig arbeitende Schulen daraus entfernt. Es gibt jetzt nur noch Schulen mit Ganztagsangeboten und Ganztagsschulen.

Die Ausstattung der Schulen mit Ganztagsangeboten ist durch diese Umbenennung allerdings nicht besser geworden. Waren bisher in dem Modell pädagogische Mittagsbetreuung eine Zuweisung von ein bis zwei Lehrerstellen und für eine offene Ganztagsschule Zuschläge in Höhe von 15 % vorgesehen – das wurde den Schulen allerdings nie so zugeteilt, wie es hier stand –, ist die zusätzliche Mittel- und Personalausstattung einer ganztägig arbeitenden Schule jetzt an die Zahl der Schülerinnen und Schüler gebunden worden.

Als Mindestausstattung wird ein Zuschlag aus Landesmitteln im Umfang einer halben Lehrerstelle gewährt. Auf diesem Wege kommen wir "sehr viel" weiter. Ein weiterer Ausbau erfolgt auf Antrag der Schulträger in Schritten von mindestens 0,25 Stellen. Frau Kultusministerin, wie man hiermit echte Ganztagsschulen bekommen will, bleibt Ihr Geheimnis.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Man ahnt angesichts dieser Zahlen, wie im letzten Jahr Ihrer Amtszeit die Zahl der Schulen mit Ganztagsangeboten rein optisch schnell noch einmal kräftig nach oben schnellen kann.

Nichts geworden ist in den vergangenen Jahren aus dem Versprechen, Schulen ohne Bewährungsaufstieg wählen zu lassen, nach welchem Modell der Ganztagsschule sie arbeiten wollen. Dafür sind die zur Verfügung stehenden Mittel weiterhin viel zu gering.

Ich nehme ein Beispiel aus der Stadt Offenbach: Wenn wir in einem Jahr zwei Stellen für den Ausbau der Ganztagsbetreuung erhalten, stellt sich für uns nicht die Frage, ob wir damit eine Ganztagsschule mit verpflichtendem Angebot auf die Beine stellen können. So behilft sich die Stadt Offenbach wie viele andere Schulträger inzwischen auch damit, bestehende Hortplätze in die Grundschulen zu integrieren, um zumindest für einige Kinder die dringend benötigten Ganztagsplätze in einer Verschränkung von Unterricht und Betreuung aufzubauen. Das macht übrigens auch die Waldschule in Obertshausen so, die wir gestern so oft erwähnt haben.

Bei den Ganztagsschulen zeigt sich am deutlichsten – immerhin ist in der Richtlinie nun eine begriffliche Erklärung erfolgt, was das denn ist –, dass trotz vollmundiger Beteuerungen, wie wichtig deren Ausbau sei, der Haupterfolg immer noch ein statistischer ist; er kann inhaltlich nicht unterlegt werden. 1999 gab es in Hessen insgesamt 55 Ganztagsschulen in gebundener Form, wie es damals hieß. 2012, also 13 Jahre später, sind es genau 20 mehr, nämlich 75. Überwiegend sind das Förderschulen. Deutlicher kann eigentlich nicht zum Ausdruck kommen, dass in Hessen die pädagogisch notwendige Veränderung des Schulalltags hin zu einem rhythmisierten Unterricht, also zu einem Wechsel zwischen Förderung, Unterricht und Freizeit, in einer Schule, die sich als Lebensraum definiert, weitgehend verschlafen wurde.

(Beifall bei der SPD)

Frau Kultusministerin, für diese Veränderung des Lernens genügt es eben nicht, wenn viele Schulen für wenige Schülerinnen und Schüler zusätzliche Angebote machen können. Die Nachfrage ist in den Schulen und auch bei den Eltern vorhanden. Es fehlt weiterhin an der Umsetzung.

Wie hohl die jährlichen Erfolgsmeldungen zu dem Thema Ganztagsschule in Wirklichkeit sind, hat der Bildungsmonitor 2011 gezeigt. Hier heißt es zu dem Thema Ganztagsschule für das Bundesland Hessen:

Nachholbedarf besteht bei den Ganztagsschulen. An Grundschulen besuchten 11,7 % der Schüler eine Ganztagsschule (offen oder gebunden), der Bundesdurchschnitt betrug 21,5 %. Besonders gering ist das Angebot an gebunden Ganztagsschulen in der Sekundarstufe I. Hier belegte Hessen mit einem Schüleranteil von 2,2 % den zweitschlechtesten Platz der Bundesländer (Durchschnitt: 14,2 %).

Frau Kultusministerin, es gibt also durchaus Anlass, über die eigene Bilanz etwas kritischer nachzudenken, insbesondere wenn der Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage zu entnehmen ist, dass sie ebenfalls eine zunehmende Nachfrage nach Ganztagsangeboten erwartet.

Meine Damen und Herren, da bei der Diskussion über die Ganztagsschule in diesem Haus von der CDU – insbesondere in der Gestalt von Herrn Irmer – immer der wenig zielführende Hinweis auf die Versäumnisse der rot-grünen Regierungszeiten kommt, will ich selbst etwas zu dieser Sachlage erläutern. Das erspart dann vielleicht etwas Zeit.

(Holger Bellino (CDU): Lassen Sie jetzt einmal Herrn Irmer in Ruhe! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Nein, ich wiederhole das gern!)

Herr Irmer, es ist richtig, dass ein vorausschauendes und fortschrittliches Ausbauprogramm vor 1999 eingefroren wurde, weil die Bedeutung von Ganztagsschulen für das Lernen und die Familien leider noch nicht in allen Köpfen angekommen war. Sogar arbeiteten bis zu diesem Zeitpunkt nur 140 Schulen nach den drei Modellen der Ganztagsbetreuung.

Allerdings hätte es keine einzige gegeben, wenn es nach Ihrem damaligen bildungspolitischen Sachverstand gegangen wäre. Ich habe ähnlich wie Herr Irmer einmal in der Vergangenheit gekramt und habe hier ein Protokoll einer Plenarsitzung vom Februar 1996. Damals hat der bildungspolitische Sprecher der CDU, Herr Kartmann, erklärt:

Der neueste Gag von Minister Holzapfel ist die Schule von 9 bis 15.30 Uhr. Dieser Vorschlag hat nichts, aber auch gar nichts mit der Schule der Zukunft oder einem vorhandenen Bedarf oder sonstigen pädagogischen Notwendigkeiten oder Entlastungen für die Lehrerinnen und Lehrer zu tun.

Weiter unten fährt er fort:

Das ist nicht unser Weg. Dagegen werden wir Tag für Tag kämpfen.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört! - Heiterkeit bei der SPD)

Das haben Sie später bis zum Jahr 2002 in eigener Regierungsverantwortung auch erfolgreich getan, bis sogar selbst diese CDU bemerkt hat, dass die gesellschaftliche Realität sie längst überholt hatte.

Ich komme zum Schluss, denn ich sehe, die Redezeit ist abgelaufen. Frau Ministerin, ich habe Ihnen zu Beginn Ihrer Amtszeit zugestanden, dass Sie bei allen Kritikpunkten beim Ausbau von Ganztagsangeboten das Tempo Ihrer Vorgängerin im Amt immerhin fast verdoppelt haben. Diese Aussage bleibt richtig. Wenn aber das langsamste Säugetier der Welt, das südamerikanische Dreifingerfaultier, seine Geschwindigkeit von 0,1 km/h auf 0,2 km/h verdoppelt, reicht das noch lange nicht, um große Fortschritte zu machen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Frau Kultusministerin, deswegen bleibt auch der Ausbau von Ganztagsschulen weiterhin ein Zukunftsprojekt, an dem noch viel gearbeitet werden muss.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. - Das Wort hat Herr Kollege Irmer, CDU-Fraktion.

Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Verehrter Herr Präsident! Liebe Frau Kollegin Habermann, es war nicht unbedingt verwunderlich, dass Sie die gleiche Schellackplatte aufgelegt haben, nach dem Motto: "Echte Ganztagsschulen sind Mangelware, und die Statistik, die wir vorlegen, ist ein Etikettenschwindel". So Frau Kollegin Habermann eben inhaltlich, vor wenigen Tagen auch in der "HNA" pressemäßig nachzulesen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie arbeiten ja noch mit Wachsmatrizen!)

Die spannende Frage ist doch: Was ist eigentlich eine Ganztagsschule? – Darüber kann man nun mal streiten. Ich habe mir herausgesucht, auch ich schaue ganz gern mal ins Archiv, was denn die rot-grüne Bundesregierung zu diesem Thema der Ganztagsschule gesagt hat. Sie erinnern sich, dass wir das Ganztagsschulförderprogramm hatten, die 4 Milliarden €, davon 278 Millionen € für Hessen; das war okay; das war positiv.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie waren doch dagegen!)

– Entschuldigung. "Das war positiv", das habe ich doch gerade gesagt. – Dann war die spannende Frage: Wie wird denn in der Bundesregierung die Ganztagsschule definiert? – Dazu gibt es eine Antwort der Bundesregierung, von der damaligen Bundesbildungsministerin Bulmahn unterzeichnet. Ich zitiere wörtlich:

Ganztagsschulen sind Schulen, in denen über den in Deutschland normalen Halbtagsunterricht hinaus den Schülerinnen und Schülern auf der Basis eines pädagogischen Konzeptes ... freiwillige oder verbindliche Angebote zur individuellen Förderung und im Freizeitbereich sowie eine Mittagessenbetreuung unterbreitet werden.

Genau dies und ein bisschen mehr machen wir, so wie es die rot-grüne Bundesregierung als ihren Idealzustand beschrieben hat. Der damalige Bundeskanzler erklärte weiter gehend, wir hätten in Deutschland rund 40.000 allgemeinbildende Schulen – zum damaligen Zeitpunkt waren es etwa 2.000 Ganztagsschulen, inhaltlich nach dieser Form definiert –, notwendig seien etwa 10.000. Rund 25 %

aller Schulen, so Gerhard Schröder, sollten also sinnvollerweise Ganztagsschulen sein. Auch Ihr damaliger Spitzenkandidat zur Landtagswahl, Gerhard Bökel, das ist alles noch nicht so lange her, erklärte, er wolle in den nächsten Jahren auf freiwilliger Basis 500 Ganztagsschulen oder Ganztagsangebote schaffen, bezogen auf eine Legislaturperiode von fünf Jahren. Gerhard Bökel sprach von 500; wir haben ungefähr 600. Also von daher –

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist aber lange her!)

– Das ist in der Tat lange her. Das macht aber nichts. Es macht nämlich deutlich, wo Sie gestanden haben, und es macht deutlich, von wo wir gekommen sind. Ich finde es sehr löblich – –

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

- Frau Fuhrmann, ich habe das Mikrofon, ich bin automatisch ein bisschen lauter.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ich kann aber auch laut!)

– Ja, ich weiß. Sie sind dafür berüchtigt, dass Sie "laut können". Das ist schon klar. – Es ist löblich, dass Frau Habermann darauf hingewiesen hat, wo wir denn in Hessen hergekommen sind. 1995 waren es in der Tat 125 Schulen; und es waren 1998/1999, als Sie abgewählt wurden, ebenfalls 125. Zuwachs: null. Dann haben wir einmal geschaut, was wir machen können.

Im Jahr 2005/2006 waren es 336, 2009/2010 waren es rund 650, und 2011/2012 waren es rund 750. Im kommenden Schuljahr werden wir in Hessen etwa 850 Schulen mit Ganztagsangeboten oder Ganztagsschulen haben. Dies sind 50 % aller hessischen Schulen. Das ist das Doppelte dessen, was Gerhard Schröder als Idealzustand beschrieben hat, weil er von 25 % ausging. Zu Ihrer Zeit hatten wir 7 %. Heute haben wir aktuell 50 %, unterlegt mit 1.500 Lehrerstellen, was Jahr für Jahr allein ein Volumen von rund 75 Millionen € ausmacht. Darauf kann man stolz sein. Das ist eine hervorragende Bilanz.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn es dann immer heißt: "Wenn wir die Ganztagsschule flächendeckend haben", so wie Sie das wollen, dann warne ich als Pädagoge ein klein wenig vor zu hohen Erwartungen, weil wir im Grunde genommen Wunderdinge erwarten und ich nicht glaube, dass das erfüllbar ist. Auf die Zahlen, die Kosten usw. will ich jetzt gar nicht eingehen.

(Heike Habermann (SPD): Wir reden völlig aneinander vorbei!)

Wir sind sehr dafür, dass ausgebaut wird. Ich warne aber vor zu hohen Erwartungen. Ich will nur ganz kurz aus der Antwort der Bundesregierung zitieren. Es gab eine parlamentarische Anfrage der damaligen CDU/CSU-Bundestagsfraktion an die Bundesregierung, Frau Bulmahn:

Ist die Bundesregierung sicher, dass das hervorragende Abschneiden von Ländern wie Finnland ... [und anderen] vor allem mit dort vorhandenen Ganztagsschulen zusammenhängt?

Die Antwort der Bundesregierung lautete:

Die Komplexität schulischer Bildungsprozesse mit Einflussfaktoren der verschiedensten Art und auf den verschiedensten Ebenen lässt eine eindimensionale und kausale Interpretation der Ergebnisse nicht zu. Die schulischen Systeme der an PISA beteiligten Staaten unterscheiden sich in vielfacher Hinsicht. Es ist deshalb in der Regel unmöglich, die Effekte einzelner Faktoren – wie zum Beispiel den Effekt von Ganztagsschulen – isoliert zu benennen. ... Nach Aussagen der Wissenschaftler, die an PISA mitgearbeitet haben, könnte allerdings auch dann noch nicht mit Sicherheit gesagt werden, inwieweit ein Ganztagsschuleffekt für Unterschiede in den Leistungsergebnissen der Teilnehmerstaaten verantwortlich ist, ...

(Zuruf der Abg. Heike Habermann (SPD))

Meine Damen und Herren, deshalb warne ich vor zu hohen Erwartungen. Ich möchte auch in aller Ruhe darauf hinweisen, dass es in Deutschland auch anerkannte Wissenschaftler gibt, die sich mit dieser Thematik einer flächendeckenden Zwangsganztagsschule befassen.

(Heike Habermann (SPD): Von der redet kein Mensch!)

Ich möchte beispielsweise Prof. Hellbrügge zitieren, der wissenschaftlich nachgewiesen hat, dass der Unterricht am Nachmittag für Schüler grundsätzlich anstrengender ist als am Vormittag und dass die Fehlerhäufigkeit größer ist:

(Petra Fuhrmann (SPD): Was ist mit G 8?)

Vom ärztlichen Standpunkt aus kann daraus nur die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die körperlichen und geistigen Leistungen der Kinder während des Nachmittagsunterrichts weit unter ihrem durchschnittlichen Niveau liegen ...

Prof. Pechstein, ehemaliger Direktor des Kinderneurologischen Zentrums Mainz, bemängelt:

Die Ganztagsschulen sind eindeutig nicht "vom Kind her" gedacht. … Durch Ganztagskindergärten und -schulen in den frühen Altersstufen müssen Kontinuität, Tiefe und Sicherheit der Kind-Eltern-Bezüge und der Kind-Geschwister-Beziehungen in den Hintergrund treten, wenn die Kinder fast in ihrer gesamten lernaktiven Zeit einem TV-flimmerbildähnlichen Fremdbetreuungssystem ausgesetzt werden …

Der Lippstädter Kinder- und Jugendpsychologe Katterfeldt sagt, gerade sensible Kinder leiden unter dem "verpflichtenden Charakter und dem Gruppendruck" einer Ganztagsschule.

Ich füge hinzu: Prof. Klaus Hurrelmann – durchaus bekannt – hat angeregt, darüber nachzudenken, ob es nicht absolut ausreichend ist, in jedem Bundesland etwa 50 % der Plätze an Schulen mit Nachmittagsangeboten zu versehen, weil man auf den Biorhythmus der Kinder Rücksicht nehmen müsse. Er fügt hinzu: "Die psychische Belastung eines Ganztagsbetriebes liegt vor allem darin, dass viele Schüler sich im Laufe des Tages auch zurückziehen möchten und es möglicherweise nicht können."

Dieser Rückzug wird auch von Christa Schaff, Vorsitzende des Berufsversbandes der Ärzte für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie öffentlich erklärt: "Viele Kinder leiden unter der Dichtigkeit der Gruppe."

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Wir sind für den Ausbau von Ganztagsschulen – auf freiwilliger Basis. Wir sind auch dafür, dass Ganztagsangebote in gebundener Form dort gemacht werden, wo alle dies wol-

len. Gleichwohl muss man solche wissenschaftlichen Erkenntnisse ernst nehmen. Ich glaube, das gehört zu einer seriösen Betrachtung des gesamten Themas dazu.

(Beifall bei der CDU)

Ich zitiere auch sinngemäß Vertreter des Sports, nämlich unseren Landessportbund-Präsidenten Rolf Müller, der in einer öffentlichen Veranstaltung erklärt hat: "Die Chancen liegen in der stärkeren Verankerung des Sports in der Schule und die Gefahren primär darin, dass Kindern und Jugendlichen der Weg versperrt wird, in Vereinen und Verbänden Sport zu treiben." Gleiches sagt seine Kollegin Karin Augustin, Präsidentin des Landessportbundes Rheinland-Pfalz.

Meine Damen und Herren, wir diskutieren immer aus Erwachsenensicht über die Kinder. Es ist doch eine spannende Frage: Was sagen denn eigentlich Schüler? Sie haben vorhin das Thema Holzapfel gebracht. Ich war seinerzeit im Schuldienst und haben einmal gefragt, was sie denn von einem solchen Modell halten – da ging es nicht um Ganztagsschulen, sondern es ging um ein anderes Zeitmodell, das mit Ganztagsschulen überhaupt nichts zu tun hatte, und zwar um den Unterricht von 9 Uhr bis 15:30 Uhr. Das war also eine völlig andere Baustelle.

Es gibt eine interessante Untersuchung des Landes Schleswig-Holstein aus dem Jahr 2010. Untersucht hat Prof. Dr. Struck die Frage, was Schüler dazu sagen. Das Ergebnis war: 19,35 % der befragten Schüler in Schleswig-Holstein waren für die Ganztagsschulen, und fast 70 % haben sie abgelehnt. Das Institut für Sozialforschung "PROKIDS" hier in Hessen hat vor wenigen Wochen eine Umfrage gleicher Art gemacht und untersucht: Was sagen denn unsere Kinder eigentlich zu der Ganztagsschule? Die Aussage lautet: "Hessens Nachwuchs ist gegen Nachmittagsunterricht".

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist im Übrigen das Gleiche, was ich – statistisch nicht erfassbar, aber einfach abfragbar – aus vielen Diskussionen mit Schülern mitnehme. Ich frage meine Schüler auch gelegentlich: Wie sieht es denn aus, was macht ihr denn am liebsten? Ist denn Schule für euch etwas Attraktives mit tollen Angeboten? – Es gibt auch tolle Angebote am Nachmittag. Das bestreitet doch auch keiner. Das macht ja auch Sinn. Gleichwohl sagt die große Mehrzahl unserer Kinder und Jugendlichen: Das ist alles gut und schön, und wir nehmen auch manche Angebote gerne an, aber im Prinzip möchten wir auch einmal individuell unsere Freizeit gestalten und nicht ständig gestaltet bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Irmer, Sie müssen zum Schluss kommen.

Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Deshalb bin ich davon überzeugt, dass wir mit dem Weg, den wir in Hessen eingegangen sind, nämlich angebotsorientiert, bedarfsgerecht und auf freiwilliger Basis so etwas anzubieten, genau das richtige machen, wie es im Sinne unserer Kinder ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Frau Kollegin Habermann zu einer Kurzintervention.

Heike Habermann (SPD):

Herr Irmer, ich bin sehr dankbar, dass Sie sich einmal in einer Rede auch mit bildungspolitischen Erkenntnissen auseinandergesetzt haben.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das machen wir ständig! – Zuruf von der CDU: Was soll diese Arroganz?)

Aber Sie erwähnen wissenschaftliche Erkenntnisse und können dann nicht erklären, warum Sie in diesem Land G 8 eingeführt haben, obwohl der Nachmittagsunterricht so belastend ist. Hier geht es nicht um ein Modell von Ganztagsschule, in dem Unterricht und Freizeit und Förderung sich abwechseln, sondern hier geht es darum, dass Unterricht in den Nachmittag verlegt werden muss. Da bleiben Sie die Antwort schuldig, wo da Ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse waren und warum Sie sie ignoriert haben.

Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil ich glaube, dass man das so nicht stehen lassen kann: Wir haben nie von Zwangsganztagsschulen gesprochen. Auch wir haben davon gesprochen, dass die Schulen ihren Weg wählen sollen. Aber die Schulen müssen auch die Möglichkeit haben, Herr Irmer. Wenn in 13 Jahren 20 neue Ganztagsschulen, die wirklich ganztägig für alle Kinder arbeiten, hinzugekommen sind, dann entspricht das nicht dem tatsächlichen Bedarf. Dann ist das hier etwas in diesem Programm, was dringend aufgestockt werden muss, damit man diese Bedürfnisse der Schulen auch erfüllen kann.

(Zuruf von der CDU)

Wir haben auch nie davon gesprochen, dass Ganztagsschulen die Patentlösung sind. Sie lesen ja immer so gern unsere Papiere. Wenn Sie das "Haus der Bildung" lesen, werden Sie sehen, dass wir für gute Bildung eine ganze Menge von Vorschlägen haben, was sich verändern kann. Ganztagsschule ist nur einer davon. Das ist kein Allheilmittel, aber es ist ein Baustein – genau wie die Selbstverantwortung von Schule, die Sie immer ganz groß schreiben, auch ein Baustein ist. In diesem Zusammenhang würde ich das gern auch einmal relativiert sehen. Denn so, wie Sie es dargestellt haben, entspricht das nicht dem, was wir an politischen Konzepten nach außen gegeben haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. - Kollege Irmer.

Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Herr Präsident! Frau Habermann, ich nehme erfreut zur Kenntnis, dass Sie sich offensichtlich zumindest von dem Eindruck, den Sie bewusst erwecken, verabschiedet haben, Sie wollten einen flächendeckenden Ausbau von Ganztagsschulen in Hessen.

(Heike Habermann (SPD): Nein!)

Das nehme ich für das Protokoll auf und bin dankbar für diese Klarstellung Ihrerseits. Dann kann man das auch gelegentlich einmal medial anderweitig darstellen. Das ist das eine.

Das Zweite ist Folgendes: Sie haben das Thema G 8 angesprochen. Das ist ohnehin merkwürdig. Auf der einen Seite werfen Sie uns vor, wir hätten G 8 eingeführt, und das habe katastrophale Auswirkungen auf den Vereinssport, auf das Freizeitverhalten usw. Ich höre gerade als Zwischenruf, das sei auch so. Natürlich ist es so, dass sie an einem oder zwei Nachmittagen dann in der Regel auch nachmittags Unterricht haben. Das bleibt gar nicht aus. Das ist so.

Aber dieselben, die uns das vorwerfen, plädieren auf der anderen Ebene für einen – sagen wir das einmal sehr zurückhaltend – sehr, sehr großen Ausbau flächendeckender Form von Ganztagsschulen. Wenn Sie Ganztagsschule ernst nehmen, dann haben Sie logischerweise nicht nur einen oder zwei Nachmittage, sondern dann haben Sie drei oder vier oder in gebundener Form alle fünf Nachmittage an der Schule zu verbringen. Kategorischer Imperativ. Und das ist der Unterschied.

(Zuruf der Abg. Heike Habermann (SPD))

Das ist das Problem, das die Vereine dann bekommen. Aber mit G 8 bekommen sie das mit Sicherheit nicht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Abg. Cárdenas für DIE LINKE.

Barbara Cárdenas (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine unserer Mitarbeiterinnen zieht gerade aus Rheinland-Pfalz nach Wiesbaden. Sie hat eine sechsjährige Tochter, die diesen Sommer schulpflichtig wird. In Hessen besteht keine freie Grundschulwahl. Schülerinnen und Schüler müssen die Grundschule in ihrem zugeordneten Schulbezirk besuchen. Die Grundschule für das Kind unserer Mitarbeiterin ist keine der 20 Grundschulen in Hessen, die gebunden oder offen ganztägig arbeiten. An der Grundschule existiert zwar eine Betreuungsinitiative von Eltern, deren Warteliste ist aber so lang, dass mindestens in den nächsten zwölf Monaten kein Platz für die Tochter unserer Mitarbeiterin zur Verfügung stehen wird, den sie dringend benötigt.

Alternativ bietet die Stadt Wiesbaden insgesamt 80 Plätze in einer sogenannten Betreuenden Grundschule. Ein Platz dort kostet mit Mittagessen über 200 €. Es sind insgesamt 80 Plätze für über 300 Schülerinnen und Schüler. Ich denke, Wiesbaden ist vielleicht sogar noch relativ gut ausgestattet. Das sieht auf dem flachen Land sicherlich noch viel schlechter aus.

Da fühlt man sich doch geradezu verhöhnt, wenn Sie, Frau Henzler, in der Beantwortung der Großen Anfrage betonen, Sie hätten sich einen "flächendeckenden, bedarfsgerechten Ausbau von schulischen Ganztagsangeboten sowie deren qualitative Weiterentwicklung zum Ziel gesetzt". Zum Ziel kann man sich alles Mögliche setzen. Aber bedarfsgerecht ist doch etwas anderes.

Letztes Jahr konnte dem von der Bertelsmann Stiftung vorgestellten "Länderreport frühkindliche Bildungssysteme 2011" entnommen werden, dass der Anteil an Grundschulkindern, die in Berlin eine Ganztagsschule bzw. eine Schule mit entsprechenden Ganztagsangeboten

besuchen, bei 70 % lag. Wie ist es in Hessen? Der Anteil lag bei gerade 24 %.

Sie wissen, unsere Partei ist bei Weitem nicht der größte Sympathisant der Bertelsmann Stiftung. Aber wenn selbst Jörg Dräger, das für Bildung zuständige Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung, vor einigen Wochen öffentlich im Landtagsrestaurant einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer echten Ganztagsschule fordert, dann sollte Ihnen das Anstoß genug sein, dies auch in Hessen umzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Stattdessen sind bisher nur 10 % der ganztägig arbeitenden Schulen reale Ganztagsschulen – ein Tropfen auf den heißen Stein und absolut unzureichend. Auf wichtige Fragen der Großen Anfrage wissen Sie wieder einmal keine Antwort. Auf Frage 11 antworten Sie z. B.:

Aussagen zum Investitionsbedarf der Kommunen zur Unterhaltung bzw. zum baulichen Ausbau des Schulangebots in Ganztagsform sind dem Hessischen Kultusministerium mangels Information nicht möglich.

Der bauliche Ausbau des Schulangebots obliegt den Schulträgern bzw. den Kommunen, nicht dem Land Hessen. Für diese Aufgaben erhalten die Kommunen Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich, über die sie vor Ort bedarfsgerecht entscheiden können.

Frau Ministerin, hier tut sich aber ein Problem auf. Denn die Schulträger, die auch in der Vergangenheit schon in vielen Fällen mit einer Haushaltsunterdeckung arbeiten mussten, können durch die Reduzierung der Zuweisung für die Kreise und kreisfreien Städte im laufenden Haushaltsjahr und den folgenden Haushaltsjahren durch die Einsparungen infolge der Schuldenbremse ihre finanziellen Probleme nicht mehr lösen. Da sie aber für die Beantragung neuer Ganztagsschulen auch die nötigen Komplementärmittel bereitstellen müssen, wird ihnen nicht in dem Umfang daran gelegen sein, wie es notwendig wäre.

Im Sinne des Föderalismusgedankens sollen die Kultusaufgaben in der Zuständigkeit der Länder bleiben. Das ist jedenfalls Ihre Sicht. Das bedeutet aber, dass das Land den Schulträgern das dringend benötigte Geld für die Ausweitung von Ganztagsschulen, des Ganztagsbetriebs insbesondere bei den Grundschulen, zur Verfügung stellen müsste.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn das Kultusministerium weist nur dann neue Ganztagsschulen aus, wenn diese von den Kreisen beantragt werden, was aber, wie gesagt, zunehmend seltener geschieht, weil die Schulträger die Kosten nicht mehr tragen können – ein Teufelskreis, in den wir da geraten sind. Hier darf es nicht heißen: Reduzierung der Kosten im Kultusetat durch Finanzminister Schäfer und Kultusministerin Henzler, sondern: massive Aufstockung der Mittel, damit viele Schulen den Personalzuschlag bekommen können, der ihnen nach der neuen Ganztagsschulrichtlinie und auch nach früheren Bestimmungen zusteht. Für die ganztätig arbeitenden Schulen, die die Qualitätsstandards erreichen, würde das einen Zuschlag von rund 20 % auf die vorhandenen Stellen bedeuten. Hinzu kommt, dass das Land die Zuweisungen an die Kreise um ca. 140 Millionen € gekürzt hat und diese dann natürlich bei notwendigen pädagogischen Erweiterungsbaumaßnahmen fehlen. Auch sonst scheint das Kultusministerium an vielen Stellen nicht besonders viel zu sagen zu haben, wie man in der Großen Anfrage sieht.

(Ministerin Dorothea Henzler: Es gibt eine Aufgabenteilung in diesem Lande!)

Aussagen sind Ihnen auch da nicht möglich, wo selbst Grundschüler rechnerische Aussagen treffen könnten. Sie behaupten, die durch den Schülerrückgang frei werdenden Ressourcen bis 2015 bzw. 2020 seien zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar. Das ist schlichtweg falsch. Die Kinder der nächsten sechs Jahrgänge sind doch bereits geboren. Daher muss auch der Bedarf nicht durch eine Zauberkugel wahrgesagt werden, Frau Ministerin. Sie wissen um die Anzahl der Kinder. Da kann es doch für eine Kultusministerin nicht so schwierig sein, mit einfachen mathematischen Mitteln die Einsparung zu errechnen.

Auf weitere Punkte werden wir noch im Kulturpolitischen Ausschuss eingehen. Alles in allem kann ich nur sagen: Ihre bisherigen Bemühungen, Ganztagsschulen wie auch Ganztagsangebote zu schaffen, sind absolut unzureichend. Damit können Sie sich wahrlich nicht profilieren. Das zeigt auch diese Große Anfrage. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Wagner, BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Kolleginnen und Kollegen der SPD gesehen habe, dachte ich, das wird keine spannende Debatte, weil in diesen Antworten nun wirklich nicht viel steht. Aber der Kollege Irmer von der CDU hat die Debatte doch ganz spannend gemacht, weil er zum zweiten Mal in dieser Plenarwoche aus seinem bildungspolitischen Herzen keine Mördergrube gemacht hat.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Nachdem wir in dieser Woche schon einmal lernen durften, was Herr Irmer von Inklusion hält, nämlich nichts,

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Falsch! Typische Unterstellung, die in der Sache falsch ist!)

durften wir jetzt lernen, dass Herr Irmer immer noch mit der Idee der Ganztagsschule völlig fremdelt.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist doch auch falsch!)

Herr Irmer, Sie haben hier sehr viele Daten aus den Neunzigerjahren zitiert, und Sie sind gedanklich immer noch in den Neunzigerjahren der hessischen CDU.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Auch das ist falsch! Sie sagen wieder einmal bewusst die Unwahrheit! Das ist doch falsch, was Sie sagen!)

- Jetzt sagt er, ich sage hier die Unwahrheit. Sie haben doch hier zu einer langen Rede angehoben, dass Sie der Meinung sind, dass Ganztagsschulen aus pädagogischen Gründen durchaus zweifelhaft seien. Sie haben zu einer langen Rede angehoben, dass dadurch Schülerinnen und Schüler ihrer Kindheit und Jugend beraubt würden. Das sind alles die Debatten der Neunzigerjahre der Hessen-CDU. Das ist aber überhaupt nicht die Wirklichkeit der Eltern und auch nicht der Schülerinnen und Schüler im Jahr 2012.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist falsch!)

Herr Kollege Irmer, es ist schon amüsant, wenn Sie sich auf das Ganztagsschulprogramm der rot-grünen Bundesregierung beziehen. Es war die CDU, die dieses Ganztagsschulprogramm bekämpft hat. Es war die Hessische Landesregierung, die sich lange sogar gegen die Umsetzung in Hessen gesträubt hat. Dass Sie jetzt ausgerechnet auf dieses Ganztagsschulprogramm Bezug nehmen, ist schon einigermaßen verwunderlich.

Herr Kollege Irmer, wenn Sie mir freundlicherweise Ihre Aufmerksamkeit schenken könnten.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Herr Kollege Irmer, wenn Sie hier darüber sprechen, wie in die Jugend von Schülerinnen und Schülern eingegriffen wird, dann finde ich das schon ein ziemlich dreistes Stück für eine Partei, die in diesem Bundesland G 8 völlig vermurkst eingeführt hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Irmer, das finde ich wirklich ein starkes Stück. So, wie Sie hier die Ganztagsschule dargestellt haben, zeigt das eindeutig, dass Sie die Idee nicht verstanden haben. Denn Ganztagsschule ist, Herr Kollege Irmer, eben etwas anderes als den ganzen Tag Schule. Die Ganztagsschule ist ein pädagogisches Konzept. Ganztagsschule bedeutet, dass sich Phasen der Anspannung und Phasen der Erholung abwechseln und dass wir es den Schülerinnen und Schülern so leichter machen, zu lernen, dass wir mehr Zeit zur Förderung haben, mehr Zeit, um individuell auf Schülerinnen und Schüler einzugehen. Diese Idee der Ganztagsschule ist richtig. Aber ich finde es sehr erfrischend, Herr Irmer, dass Sie heute aus Ihrem Herzen keine Mördergrube gemacht haben. Dann muss es uns auch nicht mehr wundern, warum der Ausbau der Ganztagsschulen in unserem Land so stockend vorangeht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Irmer, Sie reden in Ihren Beiträgen im Plenum immer viel von der Vergangenheit. Sie haben viele Zahlen aus den Neunzigerjahren mitgebracht.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Ich wusste gar nicht, dass Schröder in den Neunzigerjahren war!)

Sie sind quasi ein wandelndes bildungspolitisches Archiv. Sie reden nicht nur über die Vergangenheit, Sie sind bildungspolitisch die Vergangenheit, Herr Kollege Irmer.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie haben von Pädagogik leider keine Ahnung! Das ist das Problem!)

- Herr Kollege Irmer, für Sie reicht es in pädagogischer Hinsicht. Da mache ich mir gar keine Sorgen.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Herr Kollege Irmer, vielleicht sollten Sie den "Wetzlar Kurier" nicht für ein wissenschaftliches Fachblatt halten. Dann wären wir vielleicht ein Stück weiter.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Die Kolleginnen und Kollegen der SPD haben auf ihre Große Anfrage eine kleine Antwort von dieser Landesregierung bekommen. Wir entnehmen dieser Antwort der Landesregierung, dass weiterhin fast ausschließlich die pädagogische Mittagsbetreuung gefördert wird und eben nicht die echten Ganztagsschulen. Hierzu sage ich ausdrücklich: pädagogische Mittagsbetreuung ist besser als nichts, gar keine Frage. Aber es hat eben mit dem pädagogischen Konzept einer Ganztagsschule überhaupt nichts zu tin

Diese Landesregierung setzt weiterhin auf Masse statt Klasse. Sie erliegen der Illusion der großen Zahl, ganz viele Schulen im Ganztagsschulprogramm zu haben. Aber Sie fragen nun einmal nicht, ob das, was an den Schulen stattfindet, auch die pädagogische Qualität einer Ganztagsschule hat, meine Damen und Herren.

In Ihrer Antwort sagen Sie, dass wir gerade einmal ein Fünftel der Grundschulen im Ganztagsschulprogramm haben. Herr Kollege Irmer, da haben Sie schlicht völlig an der Lebenswirklichkeit der Eltern vorbei agiert; denn das große Betreuungsproblem von Eltern entsteht nämlich gerade beim Übergang von der Kindertagesstätte zur Grundschule.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dann bricht das mühsam getroffene Betreuungsengagement zusammen, weil die Eltern keine Fortsetzung finden. Deswegen ist es beschämend, dass wir noch immer nur ein Fünftel der Grundschulen im Ganztagsschulprogramm haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU)

Es wäre auch pädagogisch sinnvoll, einen Schwerpunkt im Ganztagsschulprogramm bei den Grundschulen zu legen, wie es die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit Jahr und Tag beantragt. Alle Bildungsexperten sind sich darin einig: Auf den Anfang kommt es an. Es kommt auf eine möglichst frühe Förderung der Schülerinnen und Schüler an, es kommt darauf an, möglichst früh alle Talente abzuholen, zu entdecken und möglichst früh zu fördern; denn wenn wir die Talente und die Probleme nicht früh erkennen, werden wir das später nur ganz schwer korrigieren können. Deshalb wäre es gut, wenn ein Schwerpunkt des Ganztagsschulprogramms bei der Grundschule liegen würde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es würde das Betreuungsproblem der Eltern bearbeiten, und es wäre auch pädagogisch richtig, weil wir die Ressourcen und die Förderung am Anfang brauchen.

Wenn man noch die Vorstellung von einer funktionierenden Landesregierung hat, mag man sich denken, dass in einer solchen Antwort auf eine Große Anfrage auch einmal beschrieben würde, wo diese Landesregierung eigentlich hin möchte. Was sind die Zielvorgaben? Bis wann will man welchen Ausbaustand von echten Ganztagsschulen erreicht haben? Wann will man endlich das drängende Betreuungsproblem der Eltern in der Grundschule bearbei-

tet haben? – Auf diese Fragen wird überhaupt keine Antwort gegeben. Diese Landesregierung hat nichts erreicht, sie hat nichts mehr vor – auch beim Thema Ganztagsschulen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Ganz spannend wird es, wenn man die real existierende Regierungspolitik von Frau Henzler mit dem vergleicht, was die Oppositionsabgeordnete Henzler als bildungspolitische Sprecherin versprochen hat; Frau Kollegin Habermann hat schon eine schöne Passage zitiert. Frau Kollegin Henzler, Sie setzen genau das fort, was Karin Wolff im Ganztagsschulprogramm gemacht hat. Als Oppositionspolitikerin haben Sie das "unambitioniert und unzureichend" genannt, und als Kultusministerin sagen Sie heute, das sei der Weisheit letzter Schluss und ein großer Erfolg. Frau Henzler, wenn man Sie an Ihren eigenen Worten misst, sieht man, Sie haben nichts erreicht und auch leider nichts mehr vor.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Oppositionsabgeordnete haben Sie das, was Frau Wolff im Ganztagsschulprogramm gemacht hat und was Sie nun nahtlos fortsetzen, als "Mogelpackung" bezeichnet. Und weil Sie sagen, ich würde Sie zu selten loben: Da lobe ich ausdrücklich die Oppositionspolitikerin Dorothea Henzler. Was Sie machen ist eine Mogelpackung; denn Sie fördern fast ausschließlich die pädagogische Mittagsbetreuung, aber keine echten Ganztagsschulen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wir für die Ganztagsschulen bräuchten, ist zum einen ihr quantitativer Ausbau – insbesondere im Grundschulbereich –, um das Betreuungsproblem der Eltern endlich zu bearbeiten. Zum anderen bräuchten wir auch einen qualitativen Ausbau, und zu beidem finden wir in Ihren Antworten auf die Große Anfrage nichts. Sie haben auch in diesem Bereich "fertig", nichts erreicht und nichts mehr vor; das ist schade für unsere Schulen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Wagner. – Es gibt eine Kurzintervention. Kollege Schork, bitte.

Günter Schork (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Wagner, auch wenn Sie heute Geburtstag haben, sehen Sie es mir nach, dass ich ein paar Ihrer Äußerungen nicht so stehen lassen kann.

Wie kommen Sie eigentlich dazu zu behaupten, der Kollege Irmer – und das unterstellen Sie damit auch der CDU –

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da gibt es schon Unterschiede!)

sei gegen die Inklusion? Wir haben in dieser Woche, bei der gestrigen Diskussion zum Thema Inklusion, wörtlich und explizit ausgeführt, dass Inklusion ein allgemein anerkanntes Ziel ist und wir nicht mehr über die Frage des Ob, sondern über die Frage des Wie streiten.

Der Herr Kollege Irmer hat in seinem Wortbeitrag deutlich gemacht, dass er für die Inklusion sei und sie immer dort stattfinde, wo es möglich, notwendig und im Wohle des Kindes vertretbar ist. Er hat aber auch darauf hingewiesen – und das gehört nun einmal zu einer ehrlichen Debatte dazu –, dass es natürlich Grenzen der Beschulbarkeit gibt. Vor diesem Phänomen können Sie sich nicht verschließen, sondern das müssen Sie zur Kenntnis nehmen, und darüber muss im Zusammenhang mit Inklusion auch gesprochen werden. Zu sagen, man sei gegen Inklusion, wenn man auf die Probleme aufmerksam macht, halte ich nicht für fair.

(Beifall bei der CDU)

Zum Thema Ganztagsschule. Natürlich gibt es unterschiedliche Formen. Natürlich kann man auch da über die Frage diskutieren, ob es angebracht und angemessen ist, flächendeckend überall in Hessen, für alle Schülerinnen und Schüler verbindlich eine gebundene Ganztagsschule einzuführen. Darüber kann man doch zumindest diskutieren, zumal es Wissenschaftler gibt, die sagen: Denkt einmal darüber nach, ob das wirklich alles so gut ist.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Schork, denken Sie bitte an die Zeit.

Günter Schork (CDU):

Wenn Sie sagen, im Bereich der Grundschulen sei es nur ein Drittel, die im Ganztagsangebot sind

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein Fünftel!)

- oder ein Fünftel -, dann gehört es auch zur Wahrheit, dass wir, diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen, das Konzept der betreuenden Grundschule eingeführt haben, um in diesem Bereich zumindest den Eltern, den Schülerinnen und Schülern sowie allen anderen, die damit zu tun haben, zu helfen.

Wenn Sie hier schon solche Äußerungen machen, bitte ich sehr herzlich darum, vollständig zu zitieren und vor allem unseren Kollegen Hans-Jürgen Irmer nicht in eine Ecke zu stellen, in die er schlicht und einfach nicht gehört. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. - Herr Kollege Wagner.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Schork, ich glaube, ich habe Herrn Irmer schon in die Ecke gestellt, in die er gehört.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie als hessische CDU sollten sich wirklich nicht so klein machen, dass Sie sich vollumfänglich hinter Herrn Irmer stellen. Machen Sie sich bitte nicht unglücklich, Sie sind doch auch weiter; das möchte ich Ihnen ausdrücklich zugestehen.

(Judith Lannert (CDU): Das finde ich eine Frechheit!)

 Jetzt sagen Sie, es sei eine Frechheit, wenn ich sage, dass Sie weiter seien, Frau Lannert. Das war der Versuch eines Lobes. Aber es ist wohl nicht angekommen.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN – Gegenruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Herr Kollege Schork, warum sage ich, dass die Landesregierung Inklusion nicht will? Ich sage das, weil Sie ein Inklusionsverhinderungsschulgesetz vorgelegt und weil Sie eine Inklusionsverhinderungsverordnung im Entwurf haben. Sie müssen es ja nicht mir glauben – aber schauen Sie sich einmal die Stellungnahmen der Lehrerverbände an, schauen Sie sich die Stellungnahmen der Eltern an. Ich glaube sehr wohl, dass Eltern entscheiden können, was das Beste für das Kindeswohl und für ihr Kind ist. Genau diese Entscheidungsfreiheit enthalten Sie Eltern vor, indem Sie eben keine Wahlfreiheit zwischen der Regelschule und der Förderschule schaffen, meine Damen und Herren.

Dann haben Sie gesagt: flächendeckende Ganztagsschulen. Wer hat das eigentlich hier in der Debatte gefordert, Herr Kollege Schork? Ich wäre schon dankbar, wenn die vielen Schulen, die sich auf den Weg gemacht haben und sich wünschen, ihr Ganztagsschulangebot auszubauen, es endlich machen dürften. Von "flächendeckend" hat hier niemand geredet. Aber auch hier gilt: Die Eltern, die ein Angebot haben wollen, sollen das endlich finden und nicht dauerhaft vertröstet werden oder sich von Herrn Irmer irgendwelche Vorträge anhören müssen, dass er besser als die Eltern weiß, was für ihr Kind besser ist. Darum geht es in dieser Debatte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist doch nur noch peinlich! Unglaublich!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Wagner, Sie müssen zum Schluss kommen.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wenn Sie glauben, dass Sie mit der betreuenden Grundschule irgendein Betreuungsproblem von Eltern gelöst hätten, dann haben Sie mit der Lebenswirklichkeit überhaupt nichts zu tun.

(Zurufe des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

– Herr Kollege, Sie können sich noch einmal zu Wort melden; es stört ein bisschen. – Vielen Dank.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie sagen bewusst die Unwahrheit!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Reuscher, FDP-Fraktion.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Der hat heute Narrenfreiheit!)

Wilhelm Reuscher (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Große Anfrage der SPD gibt uns noch einmal die Gelegenheit, den erfolgreichen Ausbau der Ganztagsschulen in Hessen unter dieser CDU/FDP-geführten Landesregierung herauszustellen. Die Anfrage und die Antworten darauf geben eine ganze Menge an Informationen her.

Ich will die Gelegenheit nutzen, mich bei der Kultusministerin zu bedanken. Sie hat doch konsequent und zielorientiert gemeinsam mit den Fraktionen von CDU und FDP den Ausbau von Ganztagsangeboten in Hessen vorangetrieben. Sie hat in der Vergangenheit etwas gesagt, was sie in ihrer Regierungszeit tatsächlich umgesetzt hat. Bisher ist das nämlich sehr erfolgreich.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Präsident Norbert Kartmann übernimmt den Vorsitz.)

Grundlage dieser erfolgreichen Ganztagsschulentwicklung ist auch das neue Hessische Schulgesetz, das bundesweit als vorbildlich anzusehen ist.

(Beifall bei der FDP – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?)

Ganztagsschulen bedarfsgerecht auszubauen, das ist für die FDP eine ganz wichtige Angelegenheit und hat auch zukünftig hohe Priorität für die CDU/FDP-Koalition. Die Bertelsmann Stiftung ist heute das eine oder andere Mal erwähnt worden. Wie auch der aktuell veröffentlichte "Chancenspiegel" der Bertelsmann Stiftung belegt, schneidet Hessen im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr gut ab. Gerade im Punkt Integrationskraft – einer von vier Punkten –, Schüler mit Förderbedarf und Nutzung von Ganztagsschulen, gehört Hessen zu der Spitzengruppe. Das widerspricht eigentlich dem, was hier ständig behauptet wird. Das ist auch ein Erfolg dieser Landesregierung.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die Zahlen sind heute bereits genannt worden, aber man kann es nicht oft genug wiederholen: Im Schuljahr 2012/2013 sind weitere 62 Schulen neu in das Ganztagsschulangebot aufgenommen worden. An 82 Schulen ist das Angebot erweitert worden. Wir stellen 115 Lehrerstellen dafür zur Verfügung. Wir haben das Ganztagsangebot in den letzten zehn Jahren verzehnfacht. 850 Schulen verfügen ab dem nächsten Jahr über ein Ganztagsangebot. Das sind 50 % aller öffentlichen Schulen. Im Bundesdurchschnitt liegt der Anteil bei 40 %.

(Wolfgang Greilich (FDP): Hört, hört!)

Das ist ein erfolgreicher Prozess, den wir gestartet haben und der zu diesem Ergebnis geführt hat. Wir stehen bei den westdeutschen Flächenländern an der Spitze.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Eine ganze Menge Lehrer sind in diesen Ganztagsschulbereich hineingebracht worden. Allein 1.500 Lehrer sind im Ganztagsbereich tätig. Es sind immerhin 75 Millionen €, die wir hierfür in die Hand genommen und investiert haben.

Noch einmal zum Ganztagsschulbereich. Ganztagsschulen bieten allen Kindern und Jugendlichen, insbesondere Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten und oft schwierigen sozialen Verhältnissen, die Chance, sich optimal auf den weiteren Bildungsweg vorzubereiten und außerschulische Bildungserfahrungen zu machen. Wir sind uns mit unserem Koalitionspartner völlig einig, dass das ein wichtiges Anliegen der Ganztagsschule ist.

Chancengerechtigkeit heißt vor allem gleiche Bedingungen beim Bildungsstart. Das ist heute schon angesprochen worden. Das beginnt bei der frühkindlichen Bildung in der Kindertagesstätte und setzt sich im Ganztagsangebot fort. Auch sind wir in unserer Politik als Koalition, als Landesregierung von Anfang an konsequent vorgegangen.

Was heute überhaupt nicht oder nur am Rande erwähnt wurde, ist die neue Ganztagsschulrichtlinie, die seit November in Kraft ist. Sie gibt der Schule noch größere Freiräume bei der schulindividuellen Gestaltung dieses Ganztagsangebots. Darauf legen wir ganz großen Wert: Wir wollen keine Zwangsganztagsschule, die über das ganze Land gebunden ist, sondern wir wollen diese Freiheit.

Mit dieser Richtlinie sichern wir qualitative und attraktive Lehr- und Betreuungsangebote von der Grundschule bis über die Förderschulen. Wir fördern damit auch die individuelle Entwicklung unserer Kinder. Aber Schulen müssen auch die Freiheit haben, vor Ort selbst zu entscheiden, welches Ganztagsangebot das richtige ist.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Klaus Dietz (CDU))

Die Bedürfnisse der einzelnen Schulen stellen sich durchaus sehr unterschiedlich dar, denn je nachdem, ob sich die Schule in der Großstadt, im ländlichen Raum oder an besonderen sozialen Brennpunkten befindet, gibt es unterschiedliche Anforderungen. Wir halten es auch für wichtig, dass aus Sicht der Eltern der Besuch einer Ganztagsschule freiwillig ist. Eltern müssen frei entscheiden können, welches Ganztagsangebot und welche Form sie nutzen. Es entspricht unserem liberalen Verständnis, dass die Erziehung der Kinder zuallererst ein Anliegen und Obliegen der Eltern ist, so wie es im Grundgesetz als Grundsatz verankert ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das sollte man bei der ganzen Diskussion nicht vergessen. Dabei verkennen wir nicht, dass unsere Schulen auf unterschiedliche Weise immer mehr Erziehungsaufgaben übernehmen müssen. So weltfremd sind wir nicht; die Welt hat sich auch hier gewandelt. Sie muss auch Defizite ausgleichen, die oft im Elternhaus oder im sozialen Umfeld begründet sind.

Zudem finden wir, dass Vereinbarkeit von Familie nur mit dem weiteren Ausbau von Ganztagsschulen möglich ist. Für uns, die FDP, stehen immer das Wohl des Kindes und die optimale Förderung des Kindes im Mittelpunkt.

(Beifall bei der FDP)

Die neue Richtlinie, wenn man sich die einmal genau durchliest, gibt den einzelnen Schulen viel größere Gestaltungsfreiheit im personellen Bereich. Sie können ihre Personalstruktur selbst bestimmen. Sie können neben den Lehrkräften schul- und sozialpädagogische Fachkräfte einstellen – Sozialarbeiter, Erzieher. Es ist den Schulen ganz individuell überlassen, wie sich die Klientel oder die Schüler in dieser Schule darstellen und in welchem sozialen Milieu sich diese Schule befindet.

Der zentrale Punkt der Richtlinie für die ganztägig arbeitenden Schulen in Hessen – das ist meiner Ansicht nach ein bisschen zu kurz gekommen – sind die beschriebenen Profile. Hier gibt es einen Paradigmenwechsel. Wir sprechen nicht mehr von pädagogischer Nachmittagsbetreuung, was ich als Begriff auch gar nicht so toll finde.

Wir haben Profile und Qualitätsrahmen. Das Entscheidende ist der Qualitätsrahmen. Darin unterscheiden sich die einzelnen Ausprägungen der Ganztagsschulen. Mit der Definition von acht Qualitätsrahmen für drei mögliche Ganztagsprofile kann jede Schule ihren individuellen Weg zum Ausbau ihres Ganztagsangebots gehen. Unter der Bezeichnung Schule mit Ganztagsangebot werden künftig das, was man früher als pädagogische Nachmittagsbetreuung bezeichnet hat, und die kooperativen Gesamtschulen mit offenem Konzept zusammengefasst.

Die Profile 1 und 2 setzen ganz eindeutig auf Freiwilligkeit und freiwillige Teilnahme. Dazu muss man sagen, dass das Profil 1 sehr ausführlich beschrieben ist – Sie müssen sich das einmal durchlesen –, und zwar mit einer schönen Tabelle hinten dran. Dort steht genau, was man in den einzelnen Phasen an Bedingungen erfüllen muss.

Profil 1 ist für die Schulen der Einstieg. Wenn sich eine Schule auf den Weg zur Ganztagsschule macht, dann ist es oft nicht einfach, die räumlich-situativen Voraussetzungen umzusetzen. Das dauert seine Zeit. Dieses Profil 1 entspricht genau dem, was die Kultusministerkonferenz bundesweit als Ganztagsschulbetrieb definiert hat. Wir weichen nicht von dem ab, was bundesweit als Grundsatz für Ganztagsschulbetrieb definiert wurde.

Die gebundenen Formen sind dann in Profil 3 beschrieben.

Die Qualitätskriterien gliedern sich natürlich auf – das sollte man auch einmal differenziert betrachten –, z. B. in den Bereich Unterricht und Angebote, Lern- und Aufgabenkultur. Wie öffnet sich die Schule hin zu Kooperationspartnern? Wie sieht das Raum- und Ausstattungskonzept aus? Es wurde sehr viel in die Beschreibung gesteckt: Was ist Qualität? – Qualität ist für uns in der Ganztagsschule ein ganz wichtiger Begriff. Die Qualität steht für uns vor der Quantität. Eine Ganztagsschule, die nicht qualitativ ausgebaut ist, macht im Endeffekt keinen Sinn. Das wäre eine Aufbewahrungsanstalt, die wir alle nicht wollen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Qualitätsrahmen sind auch dazu da, die Qualität zu vergleichen. Mit dem Qualitätsrahmen kann man hessenweit evaluieren. Mit der Evaluation ist es dann möglich, Qualitäten untereinander zu vergleichen.

Zusammenfassend möchte ich festhalten: Mit der neuen Richtlinie für ganztägig arbeitende Schulen in Hessen sind wir auf einem sehr guten Weg zu einem zügigen und auch flächendeckenden Ausbau von Ganztagsschulen. "Flächendeckend" heißt nicht, dass jede Schule so wird, aber Ganztagsschulen müssen für jeden in unmittelbarer Nähe, im Kreis erreichbar sein, sodass man keine weiten Wege hat, wenn man tatsächlich eine Ganztagsschule braucht.

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, denken Sie bitte an die Redezeit.

Wilhelm Reuscher (FDP):

Ja, danke. – Mit dem Schuljahr 2011 wurde das neue Dreijahresprogramm aufgelegt. Das heißt, der Ausbau der Ganztagsschulen ist auch für die Kommunen eine sichere Option. Sie wissen also, wie die Ganztagsschulen über mehrere Jahre finanziert werden. Wenn wir dieses Programm umsetzen, dann bin ich mir sicher, dass wir gemeinsam mit der CDU das Land Hessen zum Bildungsland Nummer eins in Deutschland machen. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Kultusministerin Henzler, Sie haben das Wort.

Dorothea Henzler, Kultusministerin:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist sehr schön, wenn man zitiert wird, wenn vorgelesen wird, was man früher gesagt hat. Ich weise nur darauf hin: Wenn man das macht, dann muss man auch ganz genau hinschauen, was ich gesagt habe. Ich habe immer gesagt: Wenn man die Schulen mit pädagogischer Mittagsbetreuung als Ganztagsschulen bezeichnet, dann ist es eine Mogelpackung. Sie sind nicht Ganztagsschulen, sondern sie sind Ganztagsangebotsschulen.

(Heike Habermann (SPD): Frau Ministerin, das war ein wörtliches Zitat!)

- Genau so wörtlich habe ich es gesagt.

In der neuen Ganztagsschulrichtlinie haben wir die Begriffe endlich klargestellt: Zum einen gibt es die Ganztagsschulen. Das sind gebundene Ganztagsschulen mit der Anwesenheitspflicht aller Kinder bis 16 oder 17 Uhr mit rhythmisierter Aufteilung. Zum anderen gibt es die Ganztagsangebotsschulen. Das sind Schulen, die nachmittags Angebote machen, die nicht für alle Kinder verpflichtend sind.

Es gibt Ganztagsangebotsschulen in Hessen – die Sie immer so herunterreden –, die auch Angebote bis nachmittags um 16/17 Uhr haben. Das heißt, die Eltern, die darauf angewiesen sind, dass ihre Kinder so lange in der Schule bleiben, finden dort genauso gut ein Angebot vor. Aber die Eltern, die sagen: "Ich möchte, dass mein Kind nur einen oder zwei Nachmittage bzw. nachmittags gar nicht in der Schule ist", können ihre Kinder nach Hause holen. Das ist unser Konzept der Ganztagsangebotsschule.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vonseiten der Landesregierung machen wir eben nicht Vorgaben: "Soundso viele Schulen müssen als Ganztagsschulen arbeiten", sondern wir sagen: Das muss sich von unten nach oben entwickeln. Die Schulen müssen es selbst wollen, die Schulträger müssen es mitmachen, und auch die Eltern müssen es wollen.

Das Ganztagsschulprogramm in Hessen ist eine Erfolgsgeschichte. Da man Bilder besser lesen kann, will ich Ihnen das einmal zeigen.

(Die Rednerin hält ein Papier hoch.)

Dazu kommt im Jahr 2012/2013 eine weitere Säule, die noch höher ist als die vorherige. Daran sehen Sie, wie wir an dem Ganztagsschulprogramm gearbeitet haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bei der Verteilung der Stellen auf die Schulen wollen wir doch bitte eines klarstellen – Frau Cárdenas weiß nicht, wie die Verteilung der Verantwortlichkeiten in Hessen ist –: Wir bieten den Schulträgern die Stellen an, und sie entscheiden dann, welche Schulen für welches Konzept welche Stellen bekommen.

Die Schulträger haben in den letzten Jahren sehr deutlich die Sekundarstufe-I-Schulen bevorzugt. Wir haben alle Gymnasien, alle integrierten Gesamtschulen und bis auf eine alle kooperativen Gesamtschulen im Ganztagsangebotsprogramm. Bei den Haupt- und Realschulen liegen wir bei 60 bis 70 %. Die Schulträger haben die Stellen ganz bewusst erst in die Sekundarstufe-I-Schulen gegeben und beginnen jetzt, sie in die Grundschulen zu geben.

Das liegt auch daran – Herr Schork hat es erwähnt –, dass wir den Schulträgern bereits zwischen 1999 und 2003 für jede im Kreis befindliche Grundschule einen Sockelbetrag gegeben und gesagt haben: Seht zu, wie ihr vor Ort nach Bedarf ein eigenes Grundschulbetreuungsprogramm auflegt. – Dann haben die Schulträger gesagt: Erst sind die Sekundarstufe-I-Schulen dran, zukünftig kommen die Grundschulen.

Ein bisschen gefehlt in der ganzen Diskussion hat mir die Frage – es kann nicht nur um Mittel gehen, die Opposition schreit bei jedem schulpolitischen Thema immer nur nach mehr, mehr, mehr – nach der Qualität und den Inhalten. Das Programm "Ganztägig lernen" hat von Anfang an eine inhaltliche Unterstützung für die Schulen bereitgehalten. Das ist kein Bewährungsaufstieg, Frau Habermann, Schulen müssen sich räumlich und sächlich umstellen. Hier müssen wiederum die Lehrkräfte mitgenommen werden, wenn Schule auch am Nachmittag stattfindet. Wir haben zwei Serviceagenturen "Ganztägig lernen", wir werden sehr gut von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung unterstützt, und wir sind qualitativ auf einem ganz hohen Niveau.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Von der Ganztagsschulkommission, in der alle Lehrerinnen, Lehrer, Schulleiterinnen, Schulleiter, Privatschulen und Verbände anwesend waren, ist insbesondere die neue Ganztagsschulrichtlinie – wir sind das einzige Bundesland, das eine Richtlinie in der Form beschlossen hat – erarbeitet worden. Sie hat sehr gut herausgearbeitet, was wir für den ganztägigen Betrieb brauchen. Alles, was dort vorgeschlagen wurde, ist aufgenommen worden.

Damit hat man sich auch darauf verständigt, dass es jetzt nur noch zwei Begriffe gibt: die Ganztagsangebotsschule und die Ganztagsschule. Die Ganztagsangebotsschule gibt es in zwei Profilen, einmal mit mindestens drei Tagen in der Woche, einmal mit mindestens fünf Tagen in der Woche. Es ist auch die Möglichkeit entstanden, dass Schulen teilgebundene Ganztagsangebote machen, entweder horizontal oder auch vertikal.

Wir haben einen Qualitätsrahmen mit eindeutigen Kriterien festgelegt, und zwar je nach Profil der Schule und je nach Schulform. Es ist ganz wichtig, dass man nicht einfach Vorgaben macht, wie es die anderen Bundesländer tun, ohne sich konkret mit den einzelnen Schulen zu beschäftigen.

Wir haben die Berechnung der Zuschläge nach Schülerzahlen und nach Profil neu geordnet. – Frau Habermann, Sie sagen, dass eine Schule nur 0,25 % einer Stelle anfordern kann. Was glauben Sie, warum wir das gemacht haben? – Weil diese Anforderung von den kleinen Schulen auf dem Land kam, die gesagt haben: Wir brauchen gar keine ganze halbe Stelle für die Angebote, die wir nachmittags machen wollen. – Genau deshalb sind wir darauf

eingegangen und haben gesagt: Dann gibt es eben kleine Stückelungen, sodass die Schule entsprechend ihren Wünschen Lehrerstellen und Lehrerstunden abbuchen kann.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Jede dieser Schulen muss sich ein Programm, ein Konzept geben. Die Schulen haben zwei Jahre Zeit, um das umzusetzen.

Solch eine umfassende und differenzierte Ganztagsschulrichtlinie gibt es in keinem anderen Bundesland, das ist gerade neulich auf einem bundesweiten Kongress festgestellt worden. Wir werden jetzt ständig angefragt, ob wir die Ganztagsschulrichtlinie nicht auch den anderen Bundesländern zur Verfügung stellen können.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die Richtlinie ist ein weiterer großer Schritt in Richtung qualitätsvolle Ganztagsangebotsschule und Ganztagsschule; denn Sie nimmt die drei Funktionen auf, die eine Ganztagsschule haben sollte: Bildung, Betreuung und soziales Lernen.

Meine Damen und Herren, ich wiederhole Folgendes: Das Ganztagsschulprogramm der Landesregierung ist eine Erfolgsgeschichte, und wir werden sie weiterschreiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, damit ist die Große Anfrage besprochen.

Ich darf jetzt **Tagesordnungspunkt 23** aufrufen:

Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend statt Betreuungsgeld einführen – in frühkindliche Bildung investieren – Drucks. 18/5399 –

Die Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion. Das Wort für den Antragsteller hat Herr Bocklet.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befassen uns heute mit einem Plan auf Bundesebene, den wir für sehr kontraproduktiv halten. Die Bundesregierung plant die Einführung eines Betreuungsgeldes, das besser bekannt wurde unter dem Begriff der Herdprämie.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Fraktion hält die Einführung dieser Herdprämie für finanzpolitisch falsch, für bildungspolitisch falsch und geschlechterpolitisch für absoluten Unfug. Wir lehnen die Einführung ab.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Lassen Sie mich kurz die Gründe anführen. Es ist allein schon aus einem einzigen Grund völliger Irrsinn. Die Einführung dieser Herdprämie würde bundespolitisch rund 2 Milliarden € kosten. Ich möchte in Erinnerung rufen: Das sind genau die Kosten, die über fünf Jahre den Bundesländern zur Verfügung gestellt wurden für die Investitionskosten zur Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Es gab noch weitere 2 Milliarden € für die Betriebskosten, aber 2 Milliarden € wurden

über fünf Jahre an die Länder gegeben, um U-3-Plätze zu schaffen.

Sie kennen alle die momentane Problematik. Jeder, der einen Wahlkreis hat und sich dort umhört, weiß, wie dramatisch die finanzpolitische Situation der Gemeinden ist, wie dringend jeder Euro fehlt, um entweder U-3-Plätze, Ganztagsplätze für Kindergärten oder Hortplätze zu schaffen. Was fällt in dieser Situation vor allem der CSU, aber auch Teilen der CDU ein? Es fällt ihnen nichts Besseres ein, als Geld dafür auszugeben, dass Frauen zu Hause bleiben. Das ist totaler Unfug.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Nein, wir wollen, dass dieses Geld für den dringend notwendigen Ausbau und für die Qualität frühkindlicher Bildung eingesetzt wird. Das ist jetzt notwendig.

Für uns gibt es eine klare rote oder grüne Linie. Wir müssen zunächst jeden Euro, der zur Verfügung steht, in die Wahlfreiheit von Männern und Frauen bei der Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie stecken. Da brauchen wir jeden Euro bei der Investition in die Infrastruktur. In so einer Situation die finanzpolitische Priorität so zu setzen, dass wir sie zunächst einmal auffordern, zu Hause zu bleiben, ist und bleibt falsch. Das wird auch von vielen so geteilt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich in der Kürze der Zeit noch zwei weitere Argumente einführen. Gerade das Betreuungsgeld – Frau Wiesmann, dass wissen Sie – bietet für bildungsferne und zugleich einkommensschwache Eltern einen starken Anreiz, die Förderangebote für ihre Kinder nicht zu nutzen. Stattdessen werden sie sich die Geldleistung auszahlen lassen. Im Übrigen ist das zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel mit 100 oder 150 €, wie das geplant ist. Das hat auch nichts mit einer Grundeinkommensdebatte zu tun. Es ist eine Gießkanne, die ohne Sinn und Verstand ausgeschüttet wird.

Es wird ein Fehlanreiz gegeben, der das bildungspolitische Ziel konterkariert, mehr Kinder in die Frühförderung zu bekommen. Dabei belegen Studien, dass Kinder, die schon früh gefördert wurden, bessere Abschlüsse machen. Mit der Prämie würde das alles konterkariert, und deswegen ist die Herdprämie auch bildungspolitisch fatal.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Wir haben interessante Zahlen aus Finnland. Dort wurde ein ähnliches Betreuungsgeld eingeführt. Wie es nicht anders zu erwarten war, sind vor allem Mütter bei solchen Anreizen länger zu Hause geblieben. Die Beschäftigungsquote bei Frauen ist durch Frauen, die das in Anspruch genommen haben, von 67 % auf 48 % zurückgegangen. Aber Frauen, die länger zu Hause bleiben, fällt der Wiedereinstieg in den Beruf deutlich schwerer. Das wird sie stärker unter Druck setzen, länger zu Hause zu bleiben. Deshalb ist es auch geschlechterpolitisch ein falscher Schritt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich glaube, wir GRÜNEN sind nicht die Einzigen. Lassen Sie mich in der Kürze der Zeit nur sagen: Die EU-Kommission sagt interessanterweise zu diesem Thema: "Wir wundern uns", sagt die Sprecherin für den Arbeitsmarkt.

Einen solchen Anreiz einzuführen, der Eltern das Gefühl vermittelt, sie sollten zu Hause bleiben und einen Zuschuss erhalten, das ist kontraproduktiv für die Förderung der Beschäftigung.

Philipp Rösler sollte man erwähnen, solange er noch Bundesvorsitzender ist. Auch Philipp Rösler sagt: Wir müssen das Betreuungsgeld dringend überprüfen.

Selbst die Frauen-Union auf Bundesebene, Frau Böhmer von der Frauen-Union

(Zuruf der Staatssekretärin Petra Müller-Klepper)

– ich kann es Ihnen zitieren, Frau Staatssekretärin –, sagt: Das Betreuungsgeld ist das falsche Instrument zur falschen Zeit. Es ist das falsche Signal. Es ist das falsche Ausgeben der Gelder, statt sie in gute Qualität, in Infrastruktur zu stecken und so eine tatsächliche Wahlfreiheit für alle Eltern zu ermöglichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Landesregierung, verhindern Sie das. Im Moment wird auf Bundesebene noch gekämpft. Noch ist nicht entschieden. Noch wird über Modelle gestritten. Wir GRÜNE schlagen Ihnen ein Modell vor: Streichen Sie das Betreuungsgeld, uns stecken Sie es in die Infrastruktur. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie sich dafür einsetzt. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Abg. Wiesmann für die CDU-Fraktion.

Bettina Wiesmann (CDU):

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren heute tatsächlich über ein Vorhaben der Berliner Koalition, das uns aber auch als Christdemokraten in Hessen sehr wichtig ist. Es geht um zwei Dinge: die Wahlfreiheit von Familien und die Verantwortung von Eltern. Beides wollen wir durch eine zusätzliche finanzielle Leistung, das Betreuungsgeld, stärken als Anerkennung für diejenigen Mütter oder auch Väter, die ihr Kind auch nach dem ersten Lebensjahr für eine begrenzte Zeit in größerem Umfang selbst betreuen und erziehen wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Über die Ausgestaltung ist noch nicht entschieden. Das ist richtig. Als hessische CDU-Fraktion haben wir ein vom Grundgedanken her ähnliches Elterngeld II gefordert und dafür konkrete Vorschläge unterbreitet.

Der Antrag der GRÜNEN, der heute auf dem Tisch liegt, fordert uns auf, das Vorhaben insgesamt aufzugeben und die Mittel in die Infrastruktur zu stecken. Ich will vier Motive nennen, dies abzulehnen.

Erstens: Bildung. Diese beginnt in der Familie.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Richtig!)

Ihnen, liebe Antragsteller, muss Bildung in der und durch die Familie fast schon verdächtig sein. Ihr Antrag nimmt sie jedenfalls nicht wahr. Liest man genau, so stellt man fest, frühkindliche Bildung findet ausschließlich in Einrichtungen und der Tagespflege statt. – Ich will gar nicht widersprechen, dass sie dort stattfindet.

(Zuruf des Abg. Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Familien gestehen Sie zwar hoch zu schätzende Erziehungsleistungen zu. Das Wort Bildung sucht man dort aber vergeblich.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir sagen ganz klar, dass der erste und wichtigste Bildungsort die Familie ist. Die elementarsten Prozesse von Weltwahrnehmung, Selbstvergewisserung und Persönlichkeitsbildung finden in den ersten Jahren dort statt. Das hört danach auch nicht auf.

Wer vom Betreuungsgeld als Fernhalteprämie oder gar als Verdummungsprämie spricht – das haben Sie nicht gemacht, das will ich ausdrücklich würdigen; aber andere machen es –, der ignoriert eine innerfamiliäre Bildungsleistung, die kein Staat je vollständig ersetzen kann, und diskreditiert die Eltern, von deren Bereitschaft, sie gegebenenfalls auch zulasten eigener Interessen zu erbringen, die ganze Gesellschaft stillschweigend profitiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Motiv zwei: Kindeswohl. Kleinkinder brauchen emotionale Stabilität. Darauf weisen Forscher seit Langem hin. Emotionale Stabilität in den ersten Jahren ist grundlegend für die kognitive und die soziale Entfaltung später. Erst die Bindung, dann die Bildung.

Wir reden heute nicht über robuste Kindergartenprofis, sondern über Zwei- und vor allem Einjährige, die häufig noch unsicher sind, wenn sie die schützende Nähe des familiären Umfelds aufgeben sollen. Bildungsforscher sagen, das Sich-nach-außen-Wenden von Kleinkindern findet im Schnitt in der Mitte des dritten Lebensjahres statt. Deshalb gehören alle Dreijährigen in den Kindergarten. Aber deshalb ist es auch richtig, den Übergang der Kleinst- und Kleinkinder in die außerfamiliäre Betreuung behutsam zu gestalten. Auch dies erleichtert das Betreuungsgeld.

(Beifall bei der CDU)

Motiv drei: Verantwortung. Eltern ist etwas zuzutrauen. Die allermeisten Eltern – das wurde von Herrn Wagner eben schon gesagt – wollen und können gut für ihre Kinder entscheiden. Sie können auch mit dem Familienportemonnaie sehr gut umgehen. Der Generalverdacht, den Sie in Ihrem Punkt 4 formulieren, wer Eltern Bares gebe, enthalte es faktisch den Kindern vor, ist unbegründet und fahrlässig. Wer ihn vorbringt, nimmt die überwältigende Mehrzahl der hoch verantwortungsbewussten Eltern in Haftung für das Fehlverhalten oder die Überforderung einer kleinen, wenn auch wichtigen Minderheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir verkennen nicht, dass es diese Familien in schwierigen Bedingungen gibt. Aber man muss anderes für sie tun. Sie brauchen Unterstützung, aufsuchende Elternarbeit, frühe Hilfen, Eltern- und Familienbildung. Das muss geschehen, das geschieht auch, vielleicht noch zuwenig. Aber ein latentes Grundmisstrauen allen Eltern gegenüber ist nicht angebracht.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Viertens – und damit auch zum Schluss –: Wahlfreiheit. Eltern sollen entscheiden können, wie sie leben wollen. Deshalb engagieren wir uns massiv für den Ausbau der familienunterstützenden Infrastruktur. Da sind wir mit Ihnen

völlig einig. Aber aus demselben Grund wollen wir diejenigen anerkennen und entlasten, die sich völlig freiwillig für stärkere Eigenleistungen entscheiden.

Im Übrigen plädiere ich nicht für eine Ausgleichssubvention. Deshalb sollte das Betreuungsgeld auch nicht an die Nichtinanspruchnahme außerfamiliärer Betreuung gebunden sein. Ich setze auf den Anreiz, der mit der Anerkennung verbunden ist. Eltern haben mehr Zeit für Zuwendung, wenn sie sich vorübergehend weniger Erwerbsarbeit leisten können. Ob dann ein Kind noch stundenweise in die Krabbelstube geht oder zur Tagesmutter, ist mir dabei relativ egal.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Matthias Büger (FDP))

Zusammenfassend, letzter Satz. Familien brauchen Freiheit. Im Übrigen sind sie auch mehr als die Summe ihrer Mitglieder. Ein klug ausgestaltetes Betreuungsgeld – darum werden wir noch kämpfen – gibt ihnen als Gesamtheit mehr Spielraum, um die vielfältigen Erwartungen, die sie an sich selbst haben und die auch wir in der Erziehung und Bildung ihrer Kinder an sie richten, zu erfüllen.

Erforderlich sind zudem eine flexible Kinderbetreuung – noch flexibler als heute schon –, familienfreundlichere Arbeitsbedingungen für Mütter und Väter wie auch eine bessere Anerkennung familiärer Sorgearbeit – nicht nur für Kinder – in den Sozialversicherungen.

Eltern sind Leistungsträger in unserer Gesellschaft. Sie haben unseren Respekt, unsere Anerkennung und unsere Unterstützung verdient. Dazu trägt das Betreuungsgeld bei. Kämpfen wir darum, dass es klug ausgestaltet wird, und machen wir an dieser Stelle nicht nur schöne Worte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Abg. Merz für die Fraktion der SPD.

Gerhard Merz (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Regierungskoalition hat sich im November 2011 darauf verständigt, ein sogenanntes Betreuungsgeld einzuführen, das Eltern erhalten sollen, die ihre Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr zu Hause betreuen. Sie sollen dafür ab 2003 100 € im Monat für das zweite Lebensjahr erhalten, ab 2014 soll der Betrag für das zweite und dritte Lebensjahr auf 150 € steigen. Die Einführung des Betreuungsgeldes für Mütter und Väter würde jedoch bildungs-, frauen- und familien- sowie arbeitsmarkt- und finanzpolitisch falsche Anreize setzen.

Statt eine frühzeitige Rückkehr in den Arbeitsmarkt zu fördern, schafft das Betreuungsgeld gerade für Frauen einen finanziellen Anreiz, dem Arbeitsmarkt auch im zweiten und dritten Lebensjahr ihres Kindes fernzubleiben. Dabei sind lange familienbedingte Erwerbsunterbrechungen eine wesentliche Ursache für spätere Nachteile in der Karriere- und Einkommensentwicklung. Das Betreuungsgeld steht damit auch im Gegensatz zur politischen Zielsetzung, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen und bestehende Entgeltunter-

schiede zwischen Frauen und Männern abzubauen. Es ist widersprüchlich, von den Unternehmen zu erwarten, dass rasch mehr Frauen in Führungspositionen kommen, und gleichzeitig Anreize zu setzen, die Frauen vom Arbeitsmarkt fernhalten.

Die Notwendigkeit eines Betreuungsgeldes wird unter anderem damit begründet, dass Eltern nur so Wahlfreiheit hätten, ob sie ihr Kind ausschließlich selbst erziehen oder auch durch andere betreuen lassen. Dieses Argument überzeugt schon deshalb nicht, weil Eltern heute keineswegs gezwungen sind, ihr Kind durch andere betreuen zu lassen. Im Gegenteil ist die Wahlfreiheit heute dadurch beschränkt, dass Eltern, die Beruf und Familie miteinander vereinbaren wollen, oftmals keine ausreichende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsinfrastruktur zur Verfügung haben. Das ist gerade vor dem Hintergrund des wachsenden Arbeits- und Fachkräftebedarfs gravierend, weil Eltern dadurch bei der Ausübung einer Erwerbstätigkeit in gewünschtem Umfang gehindert werden. ...

(Beifall bei der SPD und des Abg. Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Gegen das Argument, das Betreuungsgeld sei als Ausgleich für nicht in Anspruch genommene staatlich geförderte Kinderbetreuung geboten, spricht zudem, dass das Betreuungsgeld auch bei Inanspruchnahme einer staatlich geförderten Tagesmutter gewährt werden soll. Im Übrigen ist es ein abwegiger Gedanke, Bürgern staatliche Ausgleichszahlungen dafür zu leisten, dass sie staatlich finanzierte bzw. geförderte Infrastruktur nicht in Anspruch nehmen, und wird schon mit Blick auf die damit verbundenen Kosten auch in anderen Fällen ... nicht umgesetzt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Das Betreuungsgeld würde Mehrausgaben von rund 1,5 Milliarden € jährlich

– andere Schätzungen sind 2 Milliarden € jährlich –

erfordern, was mit Blick auf die notwendige Konsolidierung der Staatsfinanzen nicht zu verantworten ist. Vorrangig muss zudem sein, dass der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen endlich in ausreichender Weise vorankommt.

Die ersten Lebensjahre eines Kindes ermöglichen besonders große Lernfortschritte. Sie müssen gezielt genutzt werden. Kinder der wachsenden Gruppe aus Familien mit Migrationshintergrund oder aus bildungsfernen Schichten besuchen seltener und später eine Kinderbetreuungseinrichtung als andere Kinder. Vor allem brauchen sie eine frühestmögliche intensive sprachliche Förderung, die das Elternhaus in diesen Fällen nicht immer leistet. Gerade hier wirkt das Betreuungsgeld nachteilig, weil es dazu beitragen kann, dass notwendige frühzeitige und gezielte Förderung unterbleibt. Nach allen Untersuchungen ist aber gerade diese frühe Förderung von fundamentaler Bedeutung für den späteren Bildungs- und Lebensweg.

Unabdingbare Voraussetzung

– Frau Kollegin Wiesmann –

für die Entfaltung des Kindes ist verlässliche Bindung. Eltern und Familie sind dafür unersetzbar. Hier wird das Betreuungsgeld oftmals als bessere Alternative zur Kita aufgeführt. Schon kleine Kinder können aber bereits zu mehreren Bezugspersonen stabile Beziehungen aufbauen, so auch zu den Erziehern und Erzieherinnen in der Kita. Krippen arbeiten mit Eltern als Partnern zusammen und verstehen sich als Orte der Elternbildung und Familienzentren. Insbesondere Sprachförderung ist nur mit aktiver Unterstützung der Eltern nachhaltig erfolgreich. Kinder wachsen heute oftmals alleine oder mit wenigen Geschwistern auf. Erst in der Kita können sie Erfahrungen mit Gleichaltrigen machen und dadurch soziale Kompetenzen entfalten.

So. Das ist alles vollkommen richtig. Es hat nur den Nachteil, dass es nicht von mir ist. Es ist wortwörtlich die Stellungnahme der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, festgehalten auf der Homepage vom Februar 2012 "BDA kompakt".

Ich könnte Ihnen jetzt noch vorlesen – aber dazu reicht die Zeit nicht –, was z. B. die saarländische Ministerpräsidentin dazu gesagt hat. Ich könnte Ihnen vorlesen, was der FDP-Spitzenkandidat in Nordrhein-Westfalen, Herr Christian Lindner, dazu gesagt hat. Ich könnte Ihnen vorlesen, was die Vorsitzende des Bundestags-Familienausschusses, Frau Laurischk, ebenfalls FDP, dazu gesagt hat. Von der EU-Kommission war hier schon die Rede. Ich könnte Ihnen die Stellungnahmen der Chefs der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute vortragen:

(Holger Bellino (CDU): Dann machen Sie es doch!)

Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsförderung, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.

Meine Damen und Herren, alles zusammen, die ganze Latte runter: Sie werden außerhalb der CSU und, wie ich mit Bedauern zur Kenntnis nehme, der hessischen CDU und von Ihnen, geschätzte Frau Kollegin Wiesmann,

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

niemanden finden, der irgendein gutes Haar an dem Gedanken des Betreuungsgeldes lässt,

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜ-NEN)

weil es daran auch kein gutes Haar gibt. Es gibt daran kein gutes Haar, sondern zahllose Haare in der Suppe. Nicht das Geringste ist, dass alles das

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Schluss.

Gerhard Merz (SPD):

– das ist mein letzter Satz –, was Sie hier in Bezug auf die Kinderbetreuungseinrichtungen gefordert haben, die Verbesserung der Qualität, damit finanzierbar wäre. Rechnen Sie sich aus, was nach den üblichen Schlüsseln dafür auf das Bundesland Hessen entfallen würde, und rechnen Sie sich aus, was Sie damit machen könnten. Und dann sagen Sie uns, wie viel Geld Sie zusätzlich für das Kinderförde-

rungsgesetz hier zur Verfügung stellen wollen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Mick, FDP-Fraktion.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der ist doch eigentlich klüger als das, was im Koalitionsvertrag steht!)

Hans-Christian Mick (FDP):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon angeklungen: Die Beschlusslage der FDP auf Bundesebene ist bekannt, genauer: die Beschlusslage, mit der die FDP damals in den Koalitionsvertrag hineingegangen ist. Insofern ist das Anliegen dieses Antrags absolut durchsichtig. Sie wollen damit einen Keil zwischen die Koalition treiben.

(Günter Rudolph (SPD): Das macht ihr im Zweifel schon selbst!)

Um die Spannung vorwegzunehmen: Ich kann Ihnen gleich sagen, das wird Ihnen nicht gelingen.

Schon die Überschrift ist falsch. Die Forderung "in frühkindliche Bildung investieren" suggeriert, dass in diesem Bereich nichts geschehe. Das ist aber nicht richtig.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Das Land unternimmt natürlich erhebliche Anstrengungen in der frühkindlichen Bildung. Die Investitionen in der U-3-Betreuung sind so hoch wie noch nie. Ich möchte das Familienprogramm erwähnen, den Hortplatzbonus für U-3-Plätze. Mit der qualifizierten Schulvorbereitung werden wir den Übergang zwischen Kindergarten und Schule entscheidend verbessern. Das KiföG wird weitere entscheidende Verbesserungen mit sich bringen, insbesondere bei den Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher. Die Familienzentren werden gefördert.

All das sind Maßnahmen, die erheblich in frühkindliche Bildung investieren und für eine Verbesserung der frühkindlichen Bildung zur Verfügung stehen. Insofern sollten wir hier keinen Gegensatz aufbauen, der in der Realität nicht existiert.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die Zitate, die gebracht wurden, sind ja alle vollkommen korrekt. Wissen Sie, was mich an der ganzen Debatte stört? – Das hat mich auch damals schon bei der Debatte um das Krippenprogramm der Bundesregierung gestört, nämlich wie diskutiert wurde. Bei der Familienpolitik hat jede und jeder Einzelne von uns ihre bzw. seine ganz individuellen Erfahrungen, sei es aus der eigenen Kindheit, sei es durch die Kinder aus der Nachbarschaft oder dem Bekanntenkreis. Ich habe das Gefühl, jeder möchte seine eigenen Erfahrungen auf andere Menschen übertragen. Das ist ein roter Faden, der sich durch die Argumentation der Vertreter aller Parteien zieht. Vielleicht werde ich es auch machen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der Schulpolitik reden alle mit, alle waren mal in der Schule!)

Ich finde, das ist ein Gegensatz, den wir überwinden müssen. Es ist nicht richtig, dass all diejenigen, die ihre Kinder zu Hause betreuen, nur die Unterschichten sind, die das Geld mitnehmen. Ich kenne auch viele Akademiker, die darauf verzichten, wieder in die Arbeit einzusteigen und sagen, sie möchten gern ihre Kinder zu Hause betreuen. Es gibt andererseits viele, die ihre Kinder früh in die Krippe geben. Alle Kinder sind unterschiedlich, alle Familien sind unterschiedlich. Unser Ziel muss doch sein, eine Politik zu betreiben, die der Unterschiedlichkeit unserer Lebensentwürfe gerecht wird.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe der Abg. Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Wenn man sich vor Augen führt, was damals mit dem Elterngeld eingeführt wurde, welche Diskussionen jetzt auf Bundesebene stattfinden und was Frau Wiesmann eben ausgeführt hat, dann muss man doch sehen, dass das letzte Wort beim Betreuungsgeld über die genaue Ausgestaltung, wem es zur Verfügung gestellt werden soll, noch nicht gesprochen ist. Es bestehen theoretisch durchaus noch Chancen – je nachdem, wie man es ausgestaltet –, es auch zu einem sinnvollen Baustein der Familienpolitik zu machen.

(Lachen bei der SPD)

Ich habe gesagt, die Ausgestaltung steht noch aus. Ich finde die Idee gut, die Frau Wiesmann eben geschildert hat

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich kann das auch aus meinem Bekanntenkreis berichten: Im ersten Jahr bleiben viele zu Hause und nehmen das Elterngeld in Anspruch. Im zweiten Jahr nehmen viele eine Teilzeitbeschäftigung in Anspruch. Das Betreuungsgeld könnte diese Verdienstlücke, die für die Frauen durch Teilzeitarbeit entsteht – meistens sind es die Frauen, die in Teilzeit arbeiten –, ausgleichen. Damit wäre die Logik des Elterngeldes auf das zweite Jahr weitergedacht, bis die Kinder in der vollen Betreuung sind und die Möglichkeit besteht, wieder in Vollzeit zu arbeiten.

Ich finde, es ist ein interessanter Gedanke, den Frau Wiesmann ausgeführt hat. Man sollte diese Idee nicht komplett vom Tisch wischen. Wenn man sich die Lebensrealität in vielen Familien anschaut, besteht die Chance, daraus etwas Gutes zu machen.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Wir müssen uns vor Augen führen, dass der Staat 187 Milliarden € pro Jahr für familienpolitische Leistungen ausgibt. Wir brauchen dringend eine Gesamtüberprüfung der familienpolitischen Leistungen. Trotzdem wird das Land noch von vielen als familienfeindlich wahrgenommen. Das viele Geld scheint nicht immer sinnvoll eingesetzt zu werden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es, mehr Infrastruktur und weniger Transferleistungen!)

Es ist gut, dass die Debatte um das Betreuungsgeld eine Möglichkeit bietet, diese familienpolitischen Leistungen zu überprüfen. Wir müssen insgesamt zu einer Familienpolitik kommen, die allen Lebensentwürfen gerecht wird. Sie muss in diesem Land eine gute, familienfreundliche Situation für Kinder und Eltern ermöglichen. Ich bin guten Mutes. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Abg. Cárdenas für die Fraktion DIE LINKE.

Barbara Cárdenas (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich nehme es vorweg: Dem Antrag der GRÜNEN werden wir zustimmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Holger Bellino (CDU): Da würde ich nicht applaudieren!)

Es ist ein guter Antrag, inhaltlich richtig und vom Gedanken der Gerechtigkeit geprägt.

Wir, DIE LINKE, haben uns schon auf Bundesebene konsequent gegen die Einführung des Betreuungsgeldes gestellt. Es ist und bleibt unseres Erachtens ein sozialpolitischer Irrweg. Die Forderung muss dagegen sein, für Kinder ab dem ersten Jahr eine beitragsfreie Kinderbetreuung flächendeckend und per Rechtsanspruch geregelt zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wissenschaftliche Studien zeigen, das Miteinander in Kindergarten und Kindergruppen ist wichtig für die Sozialisation und die Entwicklung der Kinder.

(Kurt Wiegel (CDU): Familie ist aber auch wichtig!)

– Sicherlich, die Kinder sind ja auch nicht den ganzen Tag und die Nacht in der Kindergruppe.

Kindern, die vor der Einschulung z. B. eine Kindertageseinrichtung besucht haben, fallen sowohl die Eingewöhnung in die Schulsituation als auch das Miteinander mit fremden Kindern leichter.

Ich verstehe, ehrlich gesagt, nicht, warum Anreize geschaffen werden sollen, Frauen länger aus dem Beruf herauszuhalten. Ist nicht die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eines der zentralen Themen, die die CDU-geführte Bundesregierung umsetzen möchte? Wie verträgt sich dieser Ansatz mit dem Betreuungsgeld? Dieses Betreuungsgeld hat zudem eine selektierende Wirkung. Es wäre ein milliardenschweres soziales Ausgrenzungsprogramm und eine reine Subvention für Alleinverdienerfamilien. Was aber das Fass zum Überlaufen bringt, sind Überlegungen, das Betreuungsgeld auf die Grundsicherung anrechnen zu lassen.

Ich möchte daran erinnern, dass die 100 €, die es anfänglich geben soll, mehr als ein Drittel dessen sind, was Kindern aus Familien, die Arbeitslosengeld II beziehen, zusteht. Das will die schwarz-gelbe Bundesregierung genau wie das Elterngeld anrechnen. Ich kann über so viel Ungerechtigkeit nur den Kopf schütteln.

Auch verstehe ich nicht, wie dieses Betreuungsgeld dem so beklagten Geburtenrückgang entgegenwirken soll. Familienfreundlich ist es doch nur für die Familien, die es sich leisten können, auf ein Gehalt zu verzichten. Dafür sollen sie belohnt werden. Die vielen anderen Familien und die Alleinerziehenden, die sich den Buckel krumm schuften, werden bestraft und gehen leer aus.

Da bringt auch der Vorschlag unserer Familienministerin Schröder nichts, das Betreuungsgeld auch dann zu zahlen, wenn das Kind von einer Tagesmutter betreut wird. Für 100 € monatlich gibt es keine Tagesmutter. Das ist auch gut so, weil auch hier Mindestlöhne endlich gezahlt werden müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Hinzu kommt, dass diese Idee widersinnig ist, da mit dem Betreuungsgeld die Erziehungsleistung der Eltern belohnt werden soll. Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie bitten, die Äußerung unseres Ministerpräsidenten Volker Bouffier zu betrachten. Er sagte in einem Interview, er sei für das Betreuungsgeld, da eine Frau, die sich für die Betreuung ihrer Kinder entscheide, Respekt verdiene.

Herr Bouffier, diejenige, die sich nicht dafür entscheidet, verdient wohl nicht Ihren Respekt? Wir meinen, er sollte sich dafür schämen.

(Günter Schork (CDU): Das ist unterste Schublade!)

Wo ist denn die Logik dabei? – Wie anfänglich gesagt, wir finden den Antrag der GRÜNEN sehr gut, wir stimmen ihm zu und hoffen, dass er durchkommt. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Staatssekretärin Müller-Klepper.

Petra Müller-Klepper, Staatssekretärin im Sozialministerium:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! U-3-Betreuungsplätze und Betreuungsgeld sind keine Alternativen, die sich ausschließen, sondern zwei Seiten einer Medaille. Diese Medaille heißt Wahlfreiheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Beides sind unterstützende Elemente für unterschiedliche Lebensmodelle, damit das Ja zu Kindern leichter umgesetzt werden kann und Kinder gut betreut aufwachsen.

Eltern wollen unterschiedliche Wege gehen. Familienleben ist vielfältig, deswegen brauchen wir auch beides, wie es auch der Präsident des Familienverbandes, Dr. Klaus Zeh, fordert. Eltern brauchen Planungssicherheit und keinen Kampf, welches der beiden Modelle richtig oder besser ist.

Laut unserer Verfassung ist die Erziehung der Kinder "das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht". Die Familie ist der Hort des Aufwachsens, der Wertevermittlung. Sie ist auch zentrale Bildungsinstanz und Lernort für wertvolle Kernkompetenzen.

Frühkindliche Bildung und Betreuung von Kindern unter drei Jahren durch die Eltern schließen sich nicht aus. Wer hier einen Gegensatz konstruieren möchte, diskreditiert die Erziehungsleistungen, die Generationen von Eltern erbracht haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, Eltern, die sich voll und ganz der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder widmen, verdienen keine Häme, wie sie in der Diskussion um das Betreuungsgeld immer wieder geäußert wird, sondern Ermutigung und Dank. Wer Kinder erzieht, leistet wichtige Sorgearbeit und legt damit den Grundstein für die Zukunft unseres Landes.

Der aktuelle Familienbericht der Bundesregierung zeigt: Eltern wollen mehr Zeit für ihre Kinder haben. – Die Politik und zunehmend auch die Wirtschaft haben viele Maßnahmen auf den Weg gebracht, um diesem Wunsch Rechnung zu tragen. Das zentrale Instrument, damit Eltern Zeit für ihr Kind haben, gerade in den ersten Lebensmonaten, die so entscheidend für die Entwicklung sind, ist das Elterngeld. Was ist verwerflich daran, wenn Eltern bereit sind, auf Berufstätigkeit und Einkommen zu verzichten, wenn sie sich länger als ein Jahr Zeit nehmen und die Erziehungsarbeit in diesem Zeitraum in vollem Umfang übernehmen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Eltern sollen entscheiden können, ob sie ihre Kinder im Alter bis zu drei Jahren zu Hause betreuen oder sie in eine Einrichtung geben. Herr Wagner hat in der schulpolitischen Diskussion treffend gesagt: Eltern wissen, was das Beste für ihr Kind ist.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt stimmt es auf einmal!)

Die Politik muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Eltern ihr Lebensmodell verwirklichen können, dass sie über das Familienleben, die Kindererziehung und damit über die Balance von Erwerbs- und Familienarbeit frei entscheiden können. Wir wollen niemanden abqualifizieren, weder die Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind, noch die Familien, in denen die Mutter oder der Vater sich entscheidet, zu Hause zu bleiben, um sich der Kindererziehung zu widmen. Die Begriffe "Rabenmutter" für die berufstätige Mutter und "Heimchen am Herd" für die Mutter, die sich entscheidet, zu Hause zu bleiben, gehören in den Papierkorb.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Zu Recht ist der Begriff "Herdprämie" im Jahr 2007 zum Unwort des Jahres gekürt worden, da er insbesondere die Frauen diffamiert, die sich der Kindererziehung zu Hause widmen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Aufgabe der Politik ist es nicht, einen Weg zu verschließen, indem er keine Unterstützung erfährt. Beide Wege sind gleichwertig. Wahlfreiheit als politisches Credo erfordert vielfältige Optionen einer flexiblen Kinderbetreuung. Hier sind wir auf einem sehr guten Weg. Ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot ist der Dreh- und Angelpunkt, damit Mütter und Väter, die Familie und Beruf vereinbaren wollen oder müssen, nicht mehr Berufsunterbrechung und Teilzeit in Kauf nehmen müssen.

Der Qualifizierung von Kindertageseinrichtungen als Bildungsstätten kommt darüber hinaus eine besondere Bedeutung zu, weil sie die erste öffentliche Bildungsinstanz sind. Gerade weil nicht alle Eltern ihren Kindern die notwendige Förderung garantieren können, bauen wir mit dem Bildungs- und Erziehungsplan und der qualifizierten Schulvorbereitung die frühkindliche Erziehung in Kin-

derbetreuungseinrichtungen systematisch aus, damit soziale Benachteiligungen frühzeitig abgebaut werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Wahlfreiheit als politisches Credo erfordert aber auch eine familienfreundliche Arbeitswelt. Auch hier sind viele Maßnahmen auf dem Weg. Wahlfreiheit bedeutet aber auch mehr Anerkennung für selbsttätige Elternschaft. Es ist eine Aufwertung der Sorgearbeit erforderlich, die die Familien leisten: durch eine verbesserte Anerkennung in der Rentenversicherung sowie als Qualifikation für die Erwerbstätigkeit, durch ein Familien-Realsplitting, aber auch durch das Betreuungsgeld, das im Übrigen nichts anderes ist als die Wiedereinführung des Erziehungsgeldes früherer Zeit.

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Staatssekretärin, die Redezeit der Fraktionen ist überschritten.

Petra Müller-Klepper, Staatssekretärin im Sozialministerium:

Es ist angemessen und fair, dass wir nicht nur den Ausbau der U-3-Betreuung durch einen Rechtsanspruch und die Bereitstellung öffentlicher Mittel besonders fördern, sondern dass auch die Erziehungsleistung von Eltern, die öffentlich subventionierte Kinderbetreuung nicht in Anspruch nehmen, eine höhere Anerkennung seitens der staatlichen Gemeinschaft erfährt. Das Modell des Elterngeldes II ist hier eine interessante und moderne Variante, die wir als Landesregierung unterstützen. Wir wollen die Familien und damit das tragende Element unserer Gesellschaft fördern. Starke Familien bedeuten eine starke Gesellschaft. Das Betreuungsgeld ist neben dem Ausbau der Infrastruktur im Bereich der Kinderbetreuung ein Baustein auf diesem Weg – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Abg. Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich finde, dass wir in dieser Frage ehrlich sein müssen.

Frau Müller-Klepper, der Kollege Mick hat zu Recht darauf hingewiesen, dass dieses Land 180 Milliarden € für Leistungen ausgibt, die in irgendeiner Form Kinder und Familien betreffen. Trotzdem wird dieses Land als familienfeindlich wahrgenommen. Ich will Ihnen das an zwei Zahlen deutlich machen. Anfang der Neunzigerjahre betrug das Kindergeld pro Kind und Monat 70 DM. Inzwischen ist es bei 184 €. Das ist das höchste Kindergeld, das es auf der Welt überhaupt gibt. Trotzdem ist Deutschland weiterhin ein Land, in dem Kinder ein großes Armutsrisiko darstellen. Transferleistungsempfänger haben nämlich keinen Anspruch auf Kindergeld. Als wir über eine Regelsatzerhöhung im ALG debattiert haben, hat Ihre Arbeitsministerin gesagt, sie möchte gerne ein Bildungsund Teilhabepaket haben, keine Erhöhung der Transferleistungen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Warum? Weil wir feststellen müssen, dass es, wenn wir etwas gegen die Kinderarmut tun wollen, wenn wir etwas gegen Bildungsarmut tun wollen, nur eine Lösung gibt, nämlich Investitionen zu tätigen in die soziale Infrastruktur.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

in frühkindliche Bildung, in die Kinderbetreuung, in die ganztägige Betreuung – mit allem, was dazugehört. Die Einführung einer weiteren Transferleistung führt nur zu Mitnahmeeffekten, weil sie denen, die auf staatliche Leistungen angewiesen sind, nichts, aber auch gar nichts bringt. Im Gegenteil, sie schadet, weil man dann kein Geld mehr hat, um in die Infrastruktur zu investieren. Wenn Sie einmal überlegen, wie Sie bei den Transferleistungen im ALG II argumentieren, und das in Beziehung zu Ihrer eigenen Argumentation setzen, was für das Elterngeld II spricht, dann fällt Ihnen auf, dass das überhaupt nicht zusammenpasst.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es kommt noch etwas hinzu. Die Wahlfreiheit ist das eine. Es gibt aber auch die sogenannte stille Reserve. Sie sind ja eine der wenigen Frauenpolitikerinnen in der Union. Die wissen um die Frauen, die gerne arbeiten wollen, nach dem Einstieg suchen und in keiner Statistik vorkommen. Wir werden durch den Fachkräftemangel in die Situation kommen, dass wir zunehmend auf diese Frauen angewiesen sind, nicht nur aus Gründen der Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung, sondern auch aus ökonomischen Gründen, weil wir es uns nicht mehr leisten können, gut ausgebildeten Frauen auch noch Anreize zu geben, zu Hause zu bleiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Peter Stephan (CDU))

Wissen Sie, wie viele Eltern sich inzwischen daran gewöhnt haben, dass es aufgrund des Rechtsanspruchs – eingeführt 1994 – eine gute Kinderbetreuung im Kindergarten gibt, sich zunehmend daran gewöhnen, dass es eine Betreuung auch der unter Dreijährigen gibt, das zunehmend nachfragen und unglaublich vor dem Schuleintritt ihres Kindes bibbern, weil es in vielen Fällen keine solchen Formen der Betreuung für Grundschüler gibt? Es ist doch nicht so, dass wir nichts mehr zu tun hätten. Wenn wir schon Geld in die Hand nehmen, von dem wir eigentlich zu wenig haben, dann sollten wir es da investieren, wo es wirklich etwas bringt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Abg. Merz für die SPD-Fraktion.

Gerhard Merz (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Staatssekretärin, Sie haben sich wirklich mit keinem einzigen Wort auf die Kritik bezogen, die landauf, landab aus allen Lagern – ich habe vergessen, hinzuzufügen: auch aus den Gewerkschaften, den Kirchen, den Wohlfahrtsverbänden und der Fachwelt – gegen die Idee des Betreuungsgeldes

vorgebracht wird. Kein Wort haben Sie zur Entkräftung der Kritik vorgebracht. Sie haben hier wieder einmal – das ist eine der Lieblingsdisziplinen in diesem Haus – die hessischen Meisterschaften im Offene-Türen-Einrennen bestritten. Das ist das, was Sie gemacht haben. Sie haben Respekt vor der Erziehungsleistung der Eltern eingefordert. Wer hätte den hier jemals verweigert?

(Beifall bei der SPD)

Das gilt auch für den Bildungsort Familie. Frau Kollegin Wiesmann, ich will dazu sagen: In der Hinsicht haben Sie recht. Natürlich ist die Familie auch ein Bildungsort. Aber wer hätte jemals den Respekt davor verweigert? Wer hätte das jemals getan?

(René Rock (FDP): Na ja!)

– Dann sagen Sie es mir, Kollege Rock. Stellen Sie sich hierhin, und sagen Sie es uns. – Daraus folgt aber nicht, dass man einen sozialpolitischen Rückschritt macht: dass man die Errungenschaften des Elterngeldes außer Acht lässt und so sehr hinter alle Erkenntnisse der Arbeitsmarkt-, der Frauen- und der Familienpolitik zurückfällt, wie es der Fall wäre, wenn es ein solches Betreuungsgeld gäbe.

Natürlich ist es ein schreiender Widerspruch – da hat Kollege Al-Wazir völlig recht –, wenn man einerseits sagt, man möchte die Bildungs- und Erziehungsleistung von Eltern anerkennen, sie ermutigen und stärken, und andererseits ausgerechnet denen das Geld verweigern will, die es am nötigsten haben. Das ist ein schreiender Widerspruch, genauso wie es einen Widerspruch gibt – zu dem hätte ich vorhin, wenn ich mehr Zeit gehabt hätte, gern noch etwas gesagt; dankenswerterweise wurde er hier erwähnt – zwischen der Philosophie des Bildungs- und Erziehungspaketes und dem, was hier passiert. Den einen will man das Geld bar auszahlen - obwohl übrigens Ihre Ministerin Schröder, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, gesagt hat, eine Barauszahlung gebe es mit ihr nicht –, und den anderen kommt man entweder mit einem Bildungs- und Erziehungspaket oder, wie die Kollegen von der FDP, mit Betreuungsgutscheinen.

Auch da findet sich ein Widerspruch, den hier natürlich niemand außer uns thematisiert hat. Sie haben dazu ebenfalls nichts gesagt. Natürlich gibt es einen Widerspruch. Allerdings ist das jetzt ein bisschen unscharf geblieben. Kollegin Wiesmann hat dazu gesagt, man könne das so machen und könne es klug ausgestalten. Kollege Mick hat sich vorsichtshalber auf gar nichts festgelegt, außer dass er gesagt hat, es gebe vielleicht eine Chance, etwas Vernünftiges daraus zu machen. Den Satz hebe ich mir auf; den tue ich in mein Schatzkästlein.

(Heiterkeit des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

 Ja, der war hübsch. Wenn ich wieder einmal eine gute Ausrede brauche, hole ich ihn hervor.

Es gibt einen Widerspruch, wenn man auf der einen Seite sagt, das Betreuungsgeld ist für die Eltern, die keinen öffentlich subventionierten Betreuungsplatz in Anspruch nehmen, und sich auf der anderen Seite alle Hintertüren offen hält, um genau das mit zu subventionieren. Das sind doch Widersprüche, die mit Händen zu greifen sind. Deswegen müssen Sie uns hier noch einmal erklären, wie Sie eigentlich mit der Kritik umgehen, die – abgesehen von der CSU und der hessischen CDU – unisono aus allen Lagern, unabhängig vom politischen Standort, erschallt. Dazu haben Sie kein Wort gesagt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Abg. Wiesmann.

Bettina Wiesmann (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich plädiere an dieser Stelle ganz kurz dafür, dass wir die Dinge ein bisschen auseinanderhalten. Ich finde es nicht redlich, wie hier diskutiert wird. Es fing schon vorhin bei den Ganztagsangeboten an. Da wurde das Thema Bildung sehr stark mit den Betreuungsanliegen vermischt. Beides kann man separat wichtig finden; aber es hat unterschiedliche Adressaten, und es ist nicht immer zielführend, Anliegen aus dem einen Bereich mit einer Motivation, die dem anderen Bereich zugehört, zu rechtfertigen.

Genauso finde ich es nicht in Ordnung, dass wir, wenn wir hier über die frühkindliche Bildung und die Entwicklung unserer Kinder im familiären Kontext oder darüber hinaus sprechen, plötzlich die ganze Welt zitieren. Das ist Ihr gutes Recht; aber man muss sehen, diese Leute haben in Wahrheit völlig andere Belange im Auge, die aus ihrer Sicht berechtigt sind, z. B. den Arbeitsmarkt, den Fachkräftemangel oder die demografische Entwicklung in unserem Land.

Mein nächster Punkt ist: Der Respekt, den Sie den Eltern gegenüber zum Ausdruck bringen – das will ich Ihnen gar nicht absprechen –, ist kostenlos. Wir dagegen sagen, die Anerkennung der Eltern und ihrer Leistungen muss da und dort auch einmal spürbar werden. Wir wollen kein Elterngehalt; das ist etwas ganz anderes. Aber eine Anerkennung muss mehr sein als gute Worte zum Sonntag. Es muss dort, wo wir sehr viel machen, um den Eltern mithilfe der Infrastruktur die Wahlfreiheit zu ermöglichen, eine im Familienportemonnaie spürbare Würdigung derjenigen geben, die sagen, sie wollten aus persönlichen Gründen – die wir gar nicht zu bewerten haben – einen anderen Weg gehen.

Ich will einen letzten Punkt hinzufügen: Hier ist viel über ein sehr ernst zu nehmendes Argument gesprochen worden. Es geht um die Frage: Was ist mit den Kindern, für die es möglicherweise besser wäre – deren Eltern das aber nicht erkennen –, wenn sie früher als andere in eine außerfamiliäre Betreuung kämen? Ich habe vorhin schon gesagt, dass wir vor den Problemen dieser Gruppe nicht die Augen verschließen. Das sind Familien, die unter schwierigen Bedingungen leben. Es handelt sich z. B. auch um Familien, die das sprachliche Umfeld, das man in diesem Land braucht, um erfolgreich zu sein, nicht bieten können.

All das ist richtig. Es stellt sich nur immer die Frage, ob man wegen eines spezifischen Problems, für das es auch andere Lösungen gibt – das betrifft diesen Punkt, aber auch die Rückkehr der Frauen in den Beruf, Frauen in Führungspositionen und den Arbeitsmarkt –, sozusagen das Kernanliegen über Bord wirft. Wir wollen das nicht.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir finden es richtig, das Bemühen der Eltern anzuerkennen, wenn sie sich für die familiäre Betreuung der Kleinsten entscheiden. Wir halten es für richtig, es so zu gestal-

ten, dass es keine übermäßige Gefährdung der Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern bedeutet. Wir wollen das an die Instrumente des bisherigen Elterngelds und an das, was für den Übergang in den Kindergarten notwendig ist, anpassen. Wir wollen das auch nicht als eine ideologisch motivierte Gegenmaßnahme zur Betreuung in den Einrichtungen gestalten, die wir überall mit Macht und Überzeugung ausbauen.

Deshalb bin ich der Meinung, wir können mit Fug und Recht sagen, die Vorschläge zur Ausgestaltung des Elterngelds II, die wir vorgelegt haben und um die wir uns bemühen werden – das wird diese Landesregierung machen –, dienen dem Wohle der Familien insgesamt: der Kleinen, die wir schützen müssen, und der Eltern, die jeden Tag unseren Respekt, aber auch unsere Unterstützung und Anerkennung verdienen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag unter Tagesordnungspunkt 23. Wer diesem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Ich stelle fest, dass der Antrag bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE und bei Ablehnung der Fraktionen der CDU und der FDP abgelehnt worden ist.

Tagesordnungspunkt 28 wird im nächsten Plenum aufgerufen.

Tagesordnungspunkt 29 wird ebenfalls im nächsten Plenum aufgerufen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 32** auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Unterausschusses Datenschutz zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Datenschutzniveau in Hessen erhalten – Drucks. 18/5403 zu Drucks. 18/5396 –

Berichterstatter ist Herr Abg. Heinz. – Wir verzichten auf die Berichterstattung.

Ich lasse über die Beschlussempfehlung abstimmen. Wer ihr zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Ich stelle fest, dass bei Zustimmung der Fraktionen der CDU und der FDP und bei Enthaltung der übrigen Fraktionen des Hauses der Beschlussempfehlung zugestimmt worden ist.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 49 auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend über-zogene Kürzung der Einspeisevergütung für Fotovoltaik gefährdet dezentrale Energiewende und Tausende hessischer Arbeitsplätze – Drucks. 18/5439 zu Drucks. 18/5324 –

Berichterstatter ist der Abg. von Zech. – Wir verzichten auf die Berichterstattung.

Ich lasse abstimmen. Wer kann der Beschlussempfehlung zustimmen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, dass bei Zustimmung der Fraktionen der CDU und der FDP und bei Ablehnung der übrigen Fraktionen des Hauses diese Beschlussempfehlung angenommen worden ist.

Wir rufen **Tagesordnungspunkt 62** auf:

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend erneuten Vertragsschluss über die Erbringung von Teilbetriebsleistungen für die JVA Hünfeld – Druck. 18/5480 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion. Das Wort hat Herr Kollege Weiß für die SPD-Fraktion.

Marius Weiß (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will gern die Gelegenheit nutzen, um unseren Antrag zu begründen bzw. um die Hintergründe darzulegen, warum wir ihn hier noch aufrufen und behandeln. Vorab war zweierlei bekannt: Zum einen war bekannt, dass das Ausschreibungsverfahren für die teilprivatisierte JVA Hünfeld läuft, und zum anderen war bekannt, dass der Hessische Rechnungshof das erste Verfahren und die erste Ausschreibung untersucht hat und seine Anmerkungen in den Bericht für dieses Jahr einfließen lassen wird.

Da hat es für uns auf der Hand gelegen, dass wir im Ausschuss nachfragen, wie der Stand der Untersuchungen des Rechnungshofs und der Stand der Ausschreibung sind und ob die Ergebnisse der Untersuchung des Rechnungshofs auch in die erneute Ausschreibung einfließen werden oder bereits eingeflossen sind.

Diese Nachfrage haben wir in der letzten Sitzung des Unterausschusses Justizvollzug gestellt. Darauf haben wir Antworten bekommen, die uns skeptisch gemacht und zu weiteren Nachfragen veranlasst haben. Zum einen hat Herr Staatssekretär Dr. Kriszeleit im Unterausschuss Justizvollzug gesagt, dass die Bemerkungen des Rechnungshofs in die Ausschreibung eingeflossen seien, soweit Konsens bestanden habe. Das hat uns natürlich direkt skeptisch gemacht, weil wir gesagt haben: Wir würden gerne wissen, wo denn da der Dissens liegt.

Zweitens haben wir gefragt: Wie ist denn der Stand der Ausschreibung? – Dazu haben wir im Unterausschuss Justizvollzug zur Antwort bekommen, es sei noch ungewiss, wann die Entscheidung über die Vergabe falle; es könne bis Ostern oder Pfingsten passieren. – Bei dieser Aussage liegen acht Wochen dazwischen. Ostern ist nächste Woche, Pfingsten ist in zwei Monaten.

(Holger Bellino (CDU): Das wissen wir doch! Und Weihnachten ist am 24. Dezember!)

Wir haben das für nicht besonders glaubhaft gehalten und haben deshalb in der letzten Woche im Haushaltsauschuss nähere Nachfragen zum Stand des Ausschreibungsverfahrens und zu den Bemerkungen des Hessischen Rechnungshofs gestellt. Ich habe mich am Tag zuvor – das war reine Nettigkeit, ich hätte auch unter dem Tagesordnungspunkt "Verschiedenes" nachfragen können – beim Büro des Finanzministers gemeldet und gesagt, dass ich beabsichtige, in der Sitzung des Haushaltsauschusses am nächsten Tag genau danach zu fragen.

(Zuruf von der CDU: Oh, das war aber lieb!)

Ich habe danach gefragt und von der Staatssekretärin – der Minister war nicht anwesend – die Auskunft bekommen, dass sie dazu nichts sagen könne und dass wir unsere Fragen bitte schriftlich stellen sollen. Wir haben die Fragen dann noch am gleichen – –

(Minister Dr. Thomas Schäfer: Sie haben unsere Bitte um Konkretisierung, die wir Ihnen geschrieben haben, vor der Sitzung gar nicht gelesen!)

– Die E-Mail von Ihrem Büro ist am Tag vor der Sitzung des Haushaltsausschusses, nach 18 Uhr, gekommen. Wir haben dann am nächsten Tag die Fragen, die wir hatten, konkretisiert. Wir haben sie in Schriftform zu Ihnen rübergefaxt, mit der Bitte um Beantwortung. Sie haben sie nicht beantwortet, obwohl uns von der Staatssekretärin im Haushaltsauschuss zugesagt wurde, dass wir die Antworten schriftlich bekommen, wenn wir sie schriftlich einreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gehe davon aus, dass wir alle ein Interesse daran haben, zu klären, worin denn bei den Ausführungen des Rechnungshofs, was das Ausschreibungsverfahren angeht, dieser Dissens besteht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn dieser Dissens in der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung besteht, dann gehe ich davon aus, und deswegen habe ich extra im Haushaltsauschuss nachgefragt, dass gerade Sie, Herr Staatsminister Dr. Schäfer, als Hüter der hessischen Finanzen vehement auf den Tisch gehauen und gesagt hätten: "Liebe Leute, halt, stopp! Das schauen wir uns bitte noch einmal schön an."

(Beifall bei der SPD)

Das ist aber nicht passiert. Da wir bis jetzt keine Antworten auf diese Fragen bekommen haben und wir finden, dass sie dringlich sind, haben wir uns entschieden, für die Osterferien bis jetzt erst einmal noch keine Sondersitzung zu beantragen, sondern Sie zu bitten, hier die Fragen zu beantworten, um Klarheit zu schaffen und den dringenden Informationsbedarf, den wir und das ganze Haus als Haushaltsgesetzgeber haben, zu befriedigen. Darum bitte ich Sie, und darum stehe ich hier. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Eieiei!)

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Herr Staatssekretär für das hessische Ministerium der Justiz. Sie haben das Wort.

Dr. Rudolf Kriszeleit, Staatssekretär im Ministerium der Justiz, für Integration und Europa:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Weiß, ich gebe gern zu, dass ich beim Studium des Antrags zwei unterschiedliche Gefühle hatte. Das erste Gefühl war: Eigentlich arbeiten wir im Unterausschuss Justizvollzug extrem kollegial zusammen und versuchen, uns bei dieser schwierigen Aufgabe Justizvollzug nur an den Punkten in harte Kontroversen bringen zu lassen, wo es wirklich unumgänglich ist, und uns ansonsten gemeinsam der schwierigen Verantwortung gegenüber den Inhaftierten zu stellen. Vor diesem Hintergrund war ich irritiert, dass mit dieser Anfrage plötzlich die ganz selbstverständliche Aussage infrage gestellt wird, dass diese Landesregierung den Unterausschuss Justizvollzug als Ansprechpartner in allen Fragen, auch der JVA Hünfeld, selbstverständlich informieren wird, bevor wir einen Vertragsabschluss machen.

Ich bin durch Ihren Wortbeitrag jetzt außerordentlich beruhigt, dass diese Selbstverständlichkeit auch von Ihnen nicht infrage gestellt wird. Von daher will ich hier noch

einmal ausdrücklich sagen: Das, was in der JVA Hünfeld ab dem 01.01.2013 erfolgen wird, wird selbstverständlich als Allererstes dem Landtag und damit dem zuständigen Ausschuss, dem Unterausschuss Justizvollzug, vorgelegt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): "Pure Selbstverständlichkeit"! – Dr. Frank Blechschmidt (FDP), zur SPD gewandt: Wir sind halt höflich!)

Das zweite Lesen des Antrags hat mich zu der Frage geführt: Wie kann gefragt werden, wie Bemerkungen des Rechnungshofs aussehen, wenn das Prüfungsverfahren des Rechnungshofs zu der Fragestellung noch nicht abgeschlossen ist? – An dem Punkt möchte ich hier ausdrücklich darlegen: Der Hessische Rechnungshof hat seit September 2010 die Wirtschaftlichkeit der JVA Hünfeld überprüft. Dieses Prüfverfahren ist mit Sicherheit schwieriger als kleine Prüfverfahren, ob wir unsere PCs ordentlich bestellen oder sonst irgendetwas, weil teilprivatisierte Justizvollzuganstalten für alle Beteiligten Neuland sind.

Zwischen dem hessischen Justizministerium, der betroffenen Justizvollzuganstalt und dem Hessischen Rechnungshof haben deswegen umfangreiche Gespräche stattgefunden. Diese Gespräche sind noch nicht abgeschlossen. Herr Abg. Weiß, aus diesem Grunde kann ich Ihnen überhaupt nichts über Dissense, wenn dieser Plural überhaupt möglich ist, berichten; denn wir wissen noch gar nicht, wo wir am Ende einen Dissens zwischen dem Justizministerium und dem Rechnungshof haben werden. Wir haben festgestellt, dass der Rechnungshof einige Anregungen gegeben hat. Diese Anregungen haben wir ganz selbstverständlich in das Ausschreibungsverfahren für die Zeit ab dem 01.01.2013 übernommen. Insofern haben wir im Augenblick keinen festgestellten Dissens, weil wir uns noch im Dialog befinden.

Der dritte Punkt, den ich hier noch einmal ausdrücklich darstellen möchte, ist: Wir haben im Unterausschuss Justizvollzug über die Vergangenheit, über das, was mit der JVA Hünfeld in den vergangen Jahren erfolgt ist, regelmäßig und sehr ausführlich berichtet. Herr Weiß, Sie wissen, dass wir den Unterausschuss Justizvollzug z. B. am 10. November 2009 in einer ausführlichen Sitzung über die von Ihnen angesprochene Verlängerung des Vertrags informiert haben. Am 30. März 2011 haben wir über die Neuausschreibung informiert; und wir haben Sie am 14. März, gerade vor wenigen Tagen, unterrichtet, dass das Ausschreibungsverfahren weiter läuft und noch nicht abgeschlossen ist.

Sehr geehrter Herr Abg. Weiß, von daher können wir heute weder zu dem künftigen Ausschreibungsverfahren etwas sagen noch über das, was der Rechnungshof irgendwann einmal als Prüfungsbericht vorlegen wird, weil das Prüfungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Insofern kann ich nur sagen: Alle Antworten, die Sie wollen, werden Ihnen im Laufe der nächsten Wochen und Monate gegeben.

Eine letzte Anmerkung. Ich gebe zu, dass ich in der Vertraulichkeit des Unterausschusses Justizvollzug gerne versuche, die Anspannung mit dem einen oder anderen vielleicht etwas flapsigen Satz aufzulockern. Wenn mir jetzt negativ ausgelegt wird, dass ich mir mit der Angabe "zwischen Ostern und Pfingsten" bei diesem Thema bewusst eine größere Zeitspanne gelassen habe, weil das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, dann bitte ich Sie, dass Sie mich in der nächsten Sitzung des Unterausschusses

Justizvollzug bremsen, damit ich dann nur noch ganz technokratisch antworte. Es würde meinem Wesen widersprechen. Aber wenn es dann hilft, solche Debatten zu verhindern, dann werde ich das eben machen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Abg. Gerling für die Fraktion der CDU.

Alfons Gerling (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Dringlichen Antrag der SPD zur JVA Hünfeld hat soeben Staatssekretär Dr. Kriszeleit ausführlich informiert, was Stand der Ausschreibung bzw. des Vergabeverfahrens ist. Er hat das auch schon in vielen Sitzungen im Unterausschuss Justizvollzug getan. Wir sind jeweils umfassend informiert worden. Fakt ist auch, dass Staatssekretär Herr Dr. Kriszeleit derzeit aus Rechtsgründen nicht mehr über das laufende Vergabeverfahren mitteilen kann. Auch darauf wurde im Unterausschuss Justizvollzug schon hingewiesen.

Meine Damen und Herren, zur Wirtschaftlichkeitsprüfung der JVA Hünfeld durch den Hessischen Rechnungshof ist das Verfahren ebenfalls, wie wir eben gehört haben, noch nicht abgeschlossen. Wir müssen diesen Bericht abwarten. Es gibt deshalb derzeit keinen Beratungsbedarf. Tatsache ist auch, dass die Landesregierung die notwendigen Maßnahmen ergriffen hat, damit die JVA Hünfeld auch künftig effizient, wirtschaftlich und sicher betrieben werden kann, so wie das seit Inbetriebnahme dieser Haftanstalt im Dezember 2005 der Fall ist.

Meine Damen und Herren, die teilprivatisierte JVA Hünfeld – das will ich für die CDU hier noch einmal feststellen – ist eine gut funktionierende, sichere und wirtschaftlich effiziente Haftanstalt, in der ein moderner und auf Resozialisierung ausgerichteter Strafvollzug praktiziert wird. Ich denke, mit dieser Haftanstalt wurde der richtige Ansatz für einen modernen Strafvollzug gefunden. Darauf können wir auch ein Stück weit stolz sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Auch daran ändert die ständige Kritik der SPD nichts. Kollege Weiß, das sollte ja auch so ein bisschen unterschwellig Kritik an dieser Haftanstalt sein, die eben teilweise privat betrieben wird. Denn der SPD war schon immer ein Dorn im Auge, dass bestimmte Aufgabenbereiche dieser neu errichteten Justizvollzugsanstalt von einer Privatfirma wahrgenommen werden.

Was haben SPD und teilweise auch die GRÜNEN in den vergangenen Jahren nicht alles an Bedenken vorgetragen? – Von Sicherheitsrisiken, Illegalität, Verfassungsverstoß und Unproduktivität war die Rede. All diese Kritikpunkte wurden widerlegt. Die JVA Hünfeld ist nach wie vor eine Vorzeige-Haftanstalt mit Modellcharakter, was auch von vielen Fachleuten so beurteilt wird.

Die Zusammenarbeit zwischen privaten Dienstleistungen und staatlichen Hoheitsaufgaben, die von Justizvollzugsbediensteten vorgenommen werden, ist gut und ohne Beanstandungen. Daher muss unser Ziel sein, dass die hohen Qualitäts- und Betreuungsstandards in dieser Haftanstalt fortgesetzt werden und wir nur dort nachsteuern, wo dies nötig ist.

Das gilt im Hinblick auf den bevorstehenden Vertragsabschluss, über den wir, wie Staatssekretär Kriszeleit zugesagt hat, zuvor informiert werden. Im Unterausschuss Justizvollzug haben wir auch Gelegenheit, über den Prüfbericht des Hessischen Rechnungshofs zu diskutieren und unsere Schlüsse zu ziehen.

Es gibt, was die JVA Hünfeld betrifft, keinerlei Anlass, misstrauisch zu sein. Das Justizministerium war und ist immer um Transparenz bemüht. Es hat bisher alle Fragen beantwortet. Das sollten die Oppositionsfraktionen auch endlich beherzigen. Herr Staatssekretär Kriszeleit hat recht, wenn er sagt, wir arbeiteten kollegial im Unterausschuss Justizvollzug zusammen. Das sollte auch künftig der Fall sein. Dafür will ich werben und an Sie appellieren. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Nächste Wortmeldung, Herr Abg. Dr. Wilken für die Fraktion DIE LINKE.

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Staatssekretär Kriszeleit, es geht doch hier nicht um die sensiblen Themen, die wir normalerweise im Unterausschuss Justizvollzug behandeln. Es geht doch nicht um die Sensibilität von Einzelschicksalen, sondern es geht hier darum, dass die Teilprivatisierung der JVA Hünfeld falsch war.

(Beifall bei der LINKEN)

Falsch, weil hoheitliche Aufgaben nicht in diesem engen Schulterschluss zu erbringen sind, und auch nicht in diesem engen Schulterschluss, wie er gerade noch einmal gelobt worden ist.

Meine Damen und Herren, "privat vor Staat" als Maxime ist immer falsch, und bei Ihnen leider immer öfter. Jetzt müssen Sie auch noch, z. B. durch mangelnde oder fehlende Wirtschaftlichkeitsprüfungen, verschleiern, dass sich diese Teilprivatisierung noch nicht einmal gerechnet hat. Also brauche ich eine Steigerung des Wortes "falsch". Mir fällt da "fälscher" ein.

(Zuruf: Na, na, na! – Ui!)

Ich glaube nicht, dass das die richtige Steigerung ist. Auf jeden Fall ist sie zu nah am unparlamentarischen Sprachgebrauch, und deswegen formuliere ich es anders.

(Lebhafte Zurufe)

Meine Damen und Herren, ein falsch gesetztes Ziel --

(Unruhe - Glockenzeichen des Präsidenten)

Präsident Norbert Kartmann:

Jetzt habe ich das Wort, Herr Abgeordneter.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig! Einfach das Wort entziehen!)

 Das entscheide auch ich. Ich lasse mir das Protokoll bringen, dann kann ich entscheiden. – Bitte.

(Zuruf von der CDU: Ein unerhörter Vorgang!)

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Meine Damen und Herren, ein falsch gesetztes Ziel haben Sie mit falschen Methoden nicht erreicht. Kehren Sie um. Hoheitliche Aufgaben gehören in die öffentliche Hand. Ihr Privatisierungswahn schafft uns nur Probleme: in Gießen und Marburg, in Hünfeld und, an die Adresse der SPD, auch hier in Wiesbaden. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Jürgens für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was für ein schöner Donnerstag!)

Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir leben in Zeiten, in denen wir erleben, dass ein Leuchtturm der Landesregierung nach dem anderen erlischt. Dazu gehört auch die teilprivatisierte JVA Hünfeld. Ich erinnere mich noch daran, was Herr Dr. Wagner damals als Justizminister angekündigt hat: Es wäre 660.000 € preiswerter. – Es ist jetzt schon ein paar Tage her, als wir von der Landregierung einmal einen Kostenvergleich bekommen haben. Da waren es gerade noch 180.000 €, die das preiswerter war. Das Ganze wurde dadurch erkauft, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der privaten Firma rund 1 Million € weniger verdienen, als sie im öffentlichen Dienst verdienen würden. Das ist wahrlich kein Erfolgsmodell.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Deswegen sollten Sie sich in dieser Frage auch einmal an Baden-Württemberg orientieren. Der dortige Justizminister hat entschieden, dass der dortige Vertrag für die teilprivatisierte Anstalt Offenburg nach Auslaufen nicht verlängert wird. Auch Bayern hat sich inzwischen nach einigen Überlegungen gegen die Teilprivatisierung entschieden. In Sachsen-Anhalt stellt man gerade fest, welche Schwierigkeiten man sich einhandelt, wenn man langfristige Verträge eingeht. In diesem Fall geht es um die Errichtung einer Justizvollzugsanstalt in Public-Private-Partnerschaft. All das ist kein Erfolgsrezept und sollte deswegen aus unserer Sicht aufgegeben werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Herr Präsident, erlauben Sie vielleicht, dass ich den Rest meiner Redezeit auf ein paar Sätze in eigener Angelegenheit verwende.

(Günter Rudolph (SPD): Damit haben wir kein Problem!)

Viele von Ihnen haben es schon mitbekommen und mich auch darauf angesprochen, dass ich mich als Erster Beigeordneter beim Landeswohlfahrtsverband beworben habe. Wie es so ist: Wer kandidiert, läuft Gefahr, gewählt zu werden oder auch nicht. Das weiß man nach geheimer Abstimmung immer erst, wenn ausgezählt und das Ergebnis verkündet ist. Deswegen werde ich mich hüten, irgendwelche Ergebnisse vorwegzunehmen. Leute, die sich

schon in Amt und Würden gefühlt haben, haben da teilweise schlechte Erfahrungen gemacht.

Wir haben eine neue Koalitionsvereinbarung im LWV, die inzwischen von den Parteigremien genehmigt worden ist. Der Wahlvorbereitungsausschuss hat mich zur Wahl empfohlen. Deswegen ist die Möglichkeit nicht ganz fernliegend, dass ich tatsächlich gewählt werde. Für diesen Fall wäre das hier meine letzte Rede im Hessischen Landtag. Ich lege Wert auf die Feststellung, dass dies nichts damit zu tun hat, dass ich mich in Ihrem Kreis nicht mehr wohlfühle und deswegen etwa eine neue Herausforderung suche. Ich bin jetzt seit etwas mehr als neun Jahren Abgeordneter, bin es immer gerne gewesen, bin es mit Leib und Seele gewesen. Ich bin vielleicht auch das eine oder andere Mal ein bisschen über das Ziel hinausgeschossen. Aber ich glaube, alles in allem habe ich es ganz vernünftig gemacht – und hätte es auch gern weitergemacht, wenn nicht eine noch interessantere Herausforderung auf mich zugekommen wäre.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es das?)

Die Möglichkeit, gestaltend in dem Bereich tätig zu sein, der mir, wie Sie wissen, besonders am Herzen liegt, nämlich die hessische Behindertenhilfe, und das auch noch mit Dienstsitz in Kassel, meiner Heimatstadt, tun zu können, war so herausfordernd, dass ich mich dem nicht verweigern konnte. Ich habe mich also beworben, und es kann sein, wie gesagt, dass ich heute das letzte Mal im Plenum des Landtags rede. Für diesen Fall wünsche ich Ihnen allen viel Glück und viel Erfolg. Das mit dem Erfolg bezieht sich bei den politischen Mitbewerbern natürlich ganz besonders auf den persönlichen und privaten Bereich.

(Heiterkeit)

Im Übrigen: Benehmt euch gut, haltet euch anständig, dass mir keine Klagen kommen, und tschüs.

(Beifall)

Präsident Norbert Kartmann:

Sehr geehrter Herr Abg. Dr. Jürgens, was würde ich sagen, wenn Sie gewählt worden wären? Ich kann das nur so sagen. Ich würde sagen: Vielen Dank, Herr Dr. Jürgens. Es war eine gute Zeit mit Ihnen. Mit Ihrer ganz besonderen Kompetenz, auch Ihrer Art, Politik zu machen, sind Sie mit Sicherheit für alle, die im Hause sind, einer, der in Erinnerung bleibt. Wenn Sie denn gewählt worden wären, würde ich Ihnen sagen: "Alles Gute für Sie im neuen Amt in Kassel. Sie werden sicherlich ab und zu vorbeischauen können", wenn Sie denn gewählt worden wären. Wenn Sie nicht gewählt werden wollen: Wir organisieren ein paar Gegenstimmen. Das müssen Sie nur sagen. – Alles Gute. Danke schön.

(Heiterkeit und Beifall)

Jetzt erteile ich Herrn Abg. Paulus für die Fraktion der FDP das Wort.

Jochen Paulus (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte gehofft, dass es uns allen erspart bleiben würde, die Punkte, die die SPD offenbar nicht bereit gewesen ist zur Kenntnis zu nehmen, noch einmal zu wiederholen. Ich fürchte aber, dass das Gebaren der sozialdemokratischen Opposition, die in der Rechts-

politik mit diesem Antrag verzweifelt nach Strohhalmen greift,

(Heike Hofmann (SPD): Wie bitte?)

um wenigstens irgendein Thema für einen Popanz zu haben, uns dazu zwingt, erneut hinzuschauen.

(Heike Hofmann (SPD): Sie suchen doch nach Strohhalmen!)

Punkt 1 Ihres Antrags ist schon aus rechtlichen Gründen für ein laufendes Verfahren nicht zu beantworten. Das hat der Kollege Gerling bereits ausführlich erläutert.

Zu Punkt 2 Ihres Antrags kann man zweierlei Interpretationen finden. Entweder haben Sie in den zahlreichen Ausschusssitzungen, in denen über die aufgeführten Punkte berichtet wurde, nicht sonderlich aufmerksam aufgepasst, oder Sie schieben jetzt mutwillig Erinnerungslücken vor. Nein, es gibt noch eine dritte Möglichkeit, wie man das verstehen könnte: Sie wollen so tun, als habe die Landesregierung entgegen der Realität nicht transparent, vollständig und umfassend informiert.

(Beifall bei der FDP – Demonstrativer Beifall des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE))

Aber dieses Bild zu stellen ist Ihnen wieder einmal nicht gelungen. Weshalb eine Behandlung im Ausschuss, wie in sonstigen Fragen des Justizvollzugs üblich und guter Brauch, hier nicht ausreichen soll, dazu habe ich heute keine überzeugenden Argumente gehört, jedenfalls nicht aus Ihrem Mund.

(Heike Hofmann (SPD): Die Dringlichkeit!)

Jede der Fragen, die Sie hier stellen, wurde im Ausschuss detailliert beantwortet.

(Heike Hofmann (SPD): Nein!)

Besonders interessant ist aber, dass Sie in den letzten beiden Punkten die Landesregierung quasi auffordern, für den Rechnungshof vor diesem Hause zu sprechen, und zwar bevor die Prüfung des Rechnungshofs überhaupt abgeschlossen ist. Ich finde, das ist selbst von der SPD eine besondere Qualität im Umgang mit einem unabhängigen Organ der Finanzkontrolle, wie es der Hessische Rechnungshof darstellt. Ich gehe selbstverständlich davon aus, dass der Hessische Rechnungshof seinen Bericht gern auch selbst mit dem Parlament erörtern wird, nachdem das Prüfverfahren seinen ordnungsgemäßen Abschluss gefunden hat. Aber dazu muss der Bericht eben erst einmal vorliegen. Was bleibt, ist nichts anderes als ein erneuter Versuch, daraus einen Popanz zu basteln, der allerdings mangels Substanz gleich wieder umfallen wird.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Reiner Popanz!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, Herr Rudolph, ich gehöre diesem Haus jetzt etwas mehr als drei Jahre an. Bereits im März 2009 musste ich feststellen, dass, würden Sie, Herr Rudolph, zusammen mit den GRÜNEN und den Kommunisten die Wüste regieren, dort der Sand knapp werden würde.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Das muss ich revidieren: Der Sand wäre nicht nur knapp, er wäre weg, und die darin herumtrampelnden Kamele wären orientierungslos wie die Opposition, was dieser unsinnige Antrag wieder einmal zeigt. (Beifall bei der FDP und der CDU – Hermann Schaus (DIE LINKE): Nirgendwo Niveau! – Weitere Zurufe von der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Ich erteile noch einmal Herrn Weiß das Wort. Herr Weiß, Sie haben fünf Minuten.

Marius Weiß (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. Die fünf Minuten brauche ich nicht. Ich habe gedacht, ich hätte nur noch 24 Sekunden, und habe mich darauf eingestellt. Ich will schauen, ob ich die einhalte.

(Unruhe)

Nach den Äußerungen des Staatssekretärs und nach den Beiträgen von Herrn Paulus und Herrn Gerling muss ich hier noch ein paar Punkte klarstellen. Herr Paulus, natürlich ist Druck im Kessel, wenn wir im Unterausschuss erfahren, eine Vergabe könnte bis Ostern erfolgen. Dann haben wir ein Bedürfnis, dass wir auch noch vor Ostern Antworten auf unsere Fragen bekommen. Das ist nächste Woche. Vorher ist keine Sitzung des Unterausschusses Justizvollzug mehr. Von daher leuchtet das ein.

Herr Gerling, Sie haben hier von Vorzeigeanstalt gesprochen, was die JVA Hünfeld angeht. Diese Einschätzung teilen wir explizit nicht. Wir möchten hier eher von einem Prestigeprojekt der Landesregierung sprechen. Wenn wir das Wort Prestigeprojekt hören – ich will es so formulieren –, dann heißt das, dass die Landesregierung auch ein besonderes Interesse an dem Ergebnis der Prüfung dieses Prestigeprojekts hat. Von daher ist es doch selbstverständlich, dass wir da ein bisschen genauer hinschauen.

Noch zwei Punkte. Herr Kriszeleit, vielleicht könnten Sie noch kurz etwas dazu sagen. Erstens. Habe ich Ihre Äußerung richtig verstanden, dass wir auf unsere Fragen, die wir erst an das Finanzministerium gestellt haben, die dann an Sie weitergeleitet wurden und die jetzt hier als Antrag vorliegen, eine schriftliche Antwort bekommen?

(Holger Bellino (CDU): Wie viel Zeit hat der junge Mann denn noch? – Unruhe)

Zweitens. Habe ich Ihre Aussage, die Sie eben hier gemacht haben, richtig verstanden, dass Sie zugesagt haben, dass keine Vergabe aufgrund der Ausschreibung erfolgen wird, bevor das Ergebnis des Rechnungshofs vorliegt?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es ist vereinbart, den Antrag zur weiteren Beratung an den Unterausschuss Justizvollzug zu überweisen. – Dem widerspricht keiner. Dann geschieht dies so.

Ich stelle zunächst zum Ablauf der Sitzung fest, dass ich den Protokollauszug von vorhin noch nicht habe. Ich werde ihn mir ansehen und schauen, was gesagt worden ist. Dann werde ich es in der nächsten Sitzung des Ältestenrates aufrufen.

(Holger Bellino (CDU): Nächstes Mal ausschließen!)

 Diese Frage obliegt nicht dem Parlament, sondern dem Präsidenten. Das ist auch gut so.

(Holger Bellino (CDU): Das war eine gute Empfehlung! – Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

- Herr Kollege, lebenslanges Lernen tut jedem gut. – Ich bedanke mich herzlich für die heutige Eile. Wir sind gut in der Zeit. Ich wünsche Ihnen eine gute Osterzeit, Ferien, Urlaub, was immer Sie machen, und hoffe, Sie alle gesund und munter nach den Ferien wiederzusehen. Auf Wiedersehen.

(Schluss: 17:39 Uhr)